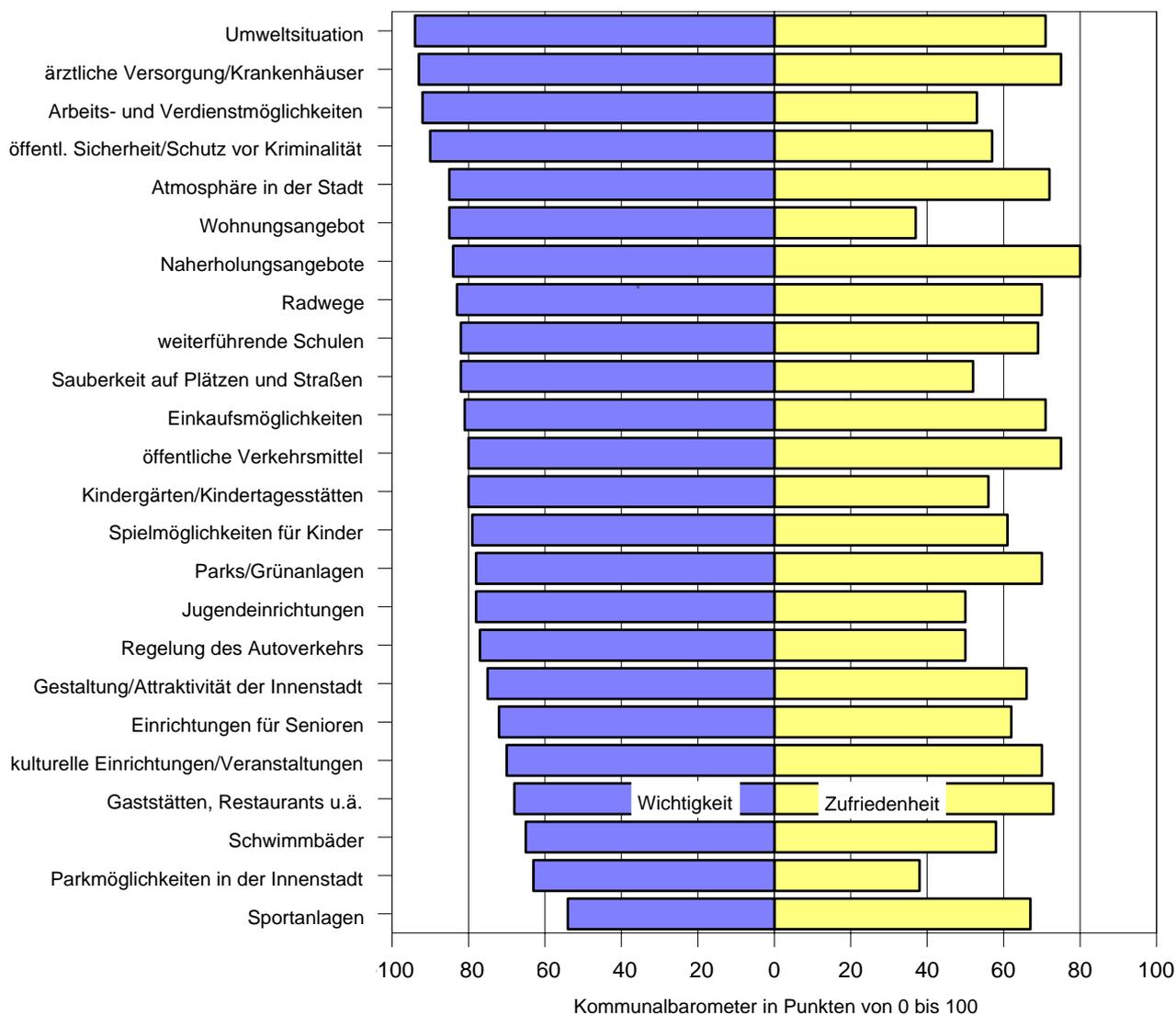


Beiträge zur Statistik

Bürgerumfrage 2003 in Freiburg



Wichtigkeit und Zufriedenheit hinsichtlich der Lebensbedingungen in Freiburg

Bürgerumfrage 2003 in Freiburg



Herausgeber: Stadt Freiburg im Breisgau
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung
79095 Freiburg

Hausanschrift: Wilhelmstr. 20 a, 79098 Freiburg

Bestellungen: Telefax: (0761) 201-3299
E-mail: statistik@stadt.freiburg.de

Statistische Informationen auch:
Internet: <http://www.freiburg.de/statistik>

Gebühr dieses Heftes: € 15,- (ohne Versandkosten)

Copyright beim Herausgeber

Freiburg 2005

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/Mikrofiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

Befragung Freiburger Bürgerinnen und Bürger 2003

von P. Höflin

INHALT

	Seite
1. Einleitung	9
1.1 Aufgabe und Thematik der Bürgerumfrage	9
1.2 Zusammenfassung und zentrale Ergebnisse	13
1.3 Erhebungsmethodik	21
1.4 Die Struktur der Befragten: Demographie und soziale Milieus	25
2. Leben in Freiburg	43
2.1 Die Bindung an die Stadt Freiburg und ihr Image	43
2.2 Die allgemeinen Lebensbedingungen in Freiburg	46
2.3 Die Zufriedenheit mit den Lebens- und Versorgungsbereichen Freiburgs	52
3. Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt	62
3.1 Aktionsräume von Kindern – Die Möglichkeiten zum unbeaufsichtigten Spielen	63
3.2 Kinder- und Familienfreundlichkeit	68
3.3 Die Betreuung von Kindern	72
4. Soziale Netzwerke und die Unterstützung pflegebedürftiger Menschen	81
5. Wohnzufriedenheit, Wohnversorgung und Umzugswünsche	101
6. Kommunalpolitische Beteiligung und Parteiidentifikation	120
7. Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat	129
8. Informationsverhalten und Internetnutzung	144
8.1 Informationsquellen zum kommunalpolitischen Geschehen	144
8.2 Wer ist online? Zugang und Nutzung des Internets	147
9. Literaturverzeichnis	153

Anhang

Grundauszählungen

Fragebogen

Veröffentlichungen des Amtes für Bürgerservice und Informationsverarbeitung
der Stadt Freiburg seit 1978

Verzeichnis der Tabellen im Text		Seite
Tab. 1	Befragung Freiburger Bürgerinnen und Bürger 2003 - Rücklaufquoten nach Stadtbezirken -	24
Tab. 2	Demographische Struktur der Befragungsteilnehmer/innen im Vergleich mit der Grundgesamtheit (in %)	25
Tab. 3	Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen (Quartile) der Bürgerumfragen 2001 und 2003 im Vergleich	30
Tab. 4	Die Messung von Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau	36
Tab. 5	Vorstellungen zur Rollenverteilung von Mann und Frau in Freiburg und im Bundesgebiet	37
Tab. 6	Soziale Milieus in Freiburg insgesamt und in den Stadtbezirken 2003 im Vergleich zum Bundesgebiet 2002 (in %)	40
Tab. 7	Inwieweit treffen die folgenden Eigenschaften auf Freiburg zu?	45
Tab. 8	Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?	48
Tab. 9	Wie haben sich die Lebensbedingungen verändert?	51
Tab. 10	Die größten Probleme Freiburgs im Vergleich der Bürgerumfragen 1999/2003	60
Tab. 11	Familienfreundlichkeit und Haushaltsform	69
Tab. 12	Kinderfreundlichkeit und Haushaltsform	70
Tab. 13	Probleme mit der Kinderbetreuung bei Befragten mit Kindern unter 3 Jahren in der Freiburger Bürgerumfrage 2003	78
Tab. 14	Probleme mit der Kinderbetreuung bei Befragten mit Kindern von 3 bis 6 Jahren in der Freiburger Bürgerumfrage 2003	78
Tab. 15	Probleme mit der Kinderbetreuung bei Befragten mit Kindern von 7 bis unter 12 Jahren in der Freiburger Bürgerumfrage 2003	79
Tab. 16	Das Vorhandensein von Verwandten und Freunden nach soziodemographischen Merkmalen	83
Tab. 17	Verwandtschaftsnetze nach Haushaltsgröße und Verwandtschaftsbeziehungen in Freiburg 2003	85
Tab. 18	Anteil der Haushalte nach Stärke des Verwandtschaftsnetzwerkes in den Wohngebieten	86
Tab. 19	Typologie „Pflegekulturelle Orientierungen“	90
Tab. 20	Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus in Freiburg 2003 in %	93
Tab. 21	Rollenzuteilung „Zuständigkeit für Pflege“ nach sozialem Milieu	95
Tab. 22	Beratungsbedarf und die Kenntnis von Beratungsangeboten	97
Tab. 23	Der Bedarf an Unterstützung durch berufliche Hilfen bei Personen mit der Bereitschaft zum Selberpflegen („Pfleagemix“)	98
Tab. 24	Die Wohnzufriedenheit der Freiburger Bevölkerung in Abhängigkeit demographischer Merkmale in der Bürgerumfrage 2003	106
Tab. 25	Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung? (Kommunalbarometer)	109
Tab. 26	Die Sozialstruktur der potentiell Wegziehenden in der Freiburger Bürgerumfrage 2003 (in %)	112
Tab. 27	Wohnfläche (qm) pro Person	114
Tab. 28	Anzahl der Wohnräume je Person	117
Tab. 29	Sind Wohnungsprobleme vorhanden?	119
Tab. 30	Bekanntheit der Lokale Agenda 21	124

Tab. 31	Die Stärke der Parteibindung nach soziodemographischen Merkmalen	128
Tab. 32	Die allgemeine Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung	130
Tab. 33	Wer hat Interesse an der Arbeit des Gemeinderates? Wer fühlt sich gut vertreten?	136
Tab. 34	In welchen Bereichen würden die Freiburger Bürgerinnen und Bürger sparen oder mehr ausgeben ? (Bürgerumfrage 2003)	141
Tab. 35	Subjektive Auswirkungen der Sparmaßnahmen	143
Tab. 36	Das Amtsblatt (früher StadtNachrichten) als Informationsquelle	145
Tab. 37	Wie häufig nutzen Sie das Internet?	149

Verzeichnis der Grafiken		Seite
Abb. 1	Funktionen von Bürgerumfragen	10
Abb. 2	Handlungsfelder von Bürgerumfragen	12
Abb. 3	Rücklauf der Fragebögen zur Bürgerbefragung in Freiburg 2003	23
Abb. 4	Von den Befragten der Bürgerumfrage 2003 leben in folgenden Haushalten ...	26
Abb. 5	Der höchste Schulabschluss der Befragten	27
Abb. 6	Kulturelles Kapital - Index aus Schulbildung und Berufsstatus -	28
Abb. 7	Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen nach Personengruppen	30
Abb. 8	Werteorientierungen in Freiburg 2003 - Materialismus-Postmaterialismus-Index nach Inglehart -	35
Abb. 9	Soziale Milieus im Raum struktureller und symbolischer Ressourcen	38
Abb. 10	Soziale Milieus in Freiburg 2003 und im Bundesgebiet 2002	39
Abb. 11	Demographie und Milieus als erklärende Variablen	41
Abb. 12	Leben Sie gerne in Freiburg oder würden Sie lieber woanders wohnen?	44
Abb. 13	In ihrer Stadt leben gerne ...	44
Abb. 14	Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg bzw. wie waren die Lebensbedingungen vor zehn Jahren	47
Abb. 15	Wie beurteilen Sie, alles in allem, die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?	49
Abb. 16	Wie haben sich die Lebensbedingungen in Freiburg in den letzten zehn Jahren verändert?	50
Abb. 17	Zufriedenheit mit den Lebens- und Versorgungsbedingungen in Freiburg	52
Abb. 18	Wichtigkeit und Zufriedenheit hinsichtlich der Lebensbedingungen in Freiburg	54
Abb. 19	Zufriedenheit mit den Lebens- und Versorgungsbereichen in Freiburg 1999 und 2003 im Vergleich	58
Abb. 20	Als Problem in Freiburg wird gesehen (Häufigkeit der Nennungen)	59
Abb. 21	Die größten Probleme in Freiburg (Anteile in Prozent)	60
Abb. 22	Können Freiburger Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren draußen spielen?	64
Abb. 23	Können Freiburger Kinder ohne Beaufsichtigung und ohne Bedenken draußen spielen? - nach Altersjahren -	65
Abb. 24	Wie können Freiburger Kinder im Alter zwischen 5 und 9 Jahren Spielkameraden erreichen?	65

Abb. 25	Anteil der Freiburger Kinder, die eigenständig Spielkameraden in der Nähe erreichen können	66
Abb. 26	Zufriedenheit mit den Spielmöglichkeiten/Spielplätzen	67
Abb. 27	Bitte beurteilen Sie, inwieweit Kinder- und Familienfreundlichkeit Ihrer Meinung nach auf Freiburg zutreffen	68
Abb. 28	Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?	70
Abb. 29	Veränderungen der Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren	71
Abb. 30	Wer übernimmt außer Ihnen noch die Betreuung des Kindes/der Kinder?	72
Abb. 31	Anteil der Befragten mit Kindern unter 12 Jahren, die auf Hilfe der Großeltern oder anderer Verwandter zurückgreifen können, nach sozialen Milieus	73
Abb. 32	Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindergärten (alle Befragten)	74
Abb. 33	Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindergärten bei Befragten mit/ohne Kindergartenkinder(n)	75
Abb. 34	Haben oder hatten Sie folgende Probleme mit der Kinderbetreuung - Befragte mit Kindern unter 12 Jahren -	77
Abb. 35	Erwartete zukünftige Probleme mit der Kinderbetreuung	79
Abb. 36	Probleme in der gegenwärtigen Lebenssituation Befragte in Haushalten mit Kindern unter 12 Jahren (in %)	80
Abb. 37	Verwandte und Freunde in Freiburg	81
Abb. 38	Wenn Sie plötzlich fremde Hilfe brauchen, wer würde helfen?	87
Abb. 39	„Wie könnten nahe stehende Personen gepflegt werden?“	89
Abb. 40	Pflegekulturelle Orientierungen in Freiburg 2003 nach Altersklassen	91
Abb. 41	Pflegekulturelle Orientierung, 40- bis unter 60-jährige Befragte	92
Abb. 42	Pflegekulturelle Orientierung und soziale Milieus in Freiburg 2003	93
Abb. 43	Bewertung der Aussage „In der Familie ist vor allem die Frau für die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zuständig“	94
Abb. 44	Beratungsbedarf, wenn eine nahe stehende Person pflegebedürftig würde	96
Abb. 45	Wohndauer in Freiburg und in der jetzigen Wohnung	101
Abb. 46	Wohndauer in der Wohnung	101
Abb. 47	Durchschnittliche Wohndauer in der jetzigen Wohnung - in Jahren -	102
Abb. 48	Durchschnittliche Wohndauer in Freiburg - in Jahren -	103
Abb. 49	Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung?	104
Abb. 50	Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Eigenschaften Ihrer Wohnung?	104
Abb. 51	Anteil der Personen, die mit Ihrer Wohnung „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ sind, nach Altersgruppen und Nationalität	108
Abb. 52	Umszugswünsche aus der jetzigen Wohnung	111
Abb. 53	Wohin möchten Sie umziehen bzw. welches Umzugsziel käme für Sie in Frage?	111
Abb. 54	Durchschnittliche Wohnfläche in qm (Median) je Person	115
Abb. 55	Anzahl der Räume pro Person (ohne Küche, Bad und Flur)	116
Abb. 56	Möglichkeiten, kommunalpolitischen Einfluss zu nehmen	120
Abb. 57	Welche Beteiligungsmöglichkeiten, um Kommunalpolitik und Stadtentwicklung zu beeinflussen, kommen für Sie in Frage?	121
Abb. 58	Haben Sie schon einmal etwas von der Lokalen Agenda 21 in Freiburg gehört?	123
Abb. 59	Parteibindung	125

Abb. 60	Wie stark oder schwach neigen Sie dieser Partei zu?	126
Abb. 61	Wenn Sie einer bestimmten Partei zuneigen, welcher?	127
Abb. 62	Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit der Stadtverwaltung?	129
Abb. 63	Korrelation zwischen der Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung und der Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen	131
Abb. 64	Interessieren Sie sich für das, was der Gemeinderat macht?	133
Abb. 65	Wie finden Sie Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten? - 2001 und 2003 im Vergleich -	134
Abb. 66	Wie finden Sie Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten?	135
Abb. 67	Anteil der Personen, die sich für das interessieren, was der Gemeinderat macht	138
Abb. 68	Wofür soll die Stadt mehr ausgeben, wo soll sie sparen?	140
Abb. 69	Wie wirken sich die Sparmaßnahmen für sie persönlich aus?	142
Abb. 70	Wie informieren Sie sich über das kommunalpolitische Geschehen in Freiburg? - 1999 und 2003 im Vergleich -	144
Abb. 71	Leseranteil des Amtsblattes nach Stadtbezirken (früher "StadtNachrichten")	146
Abb. 72	Haben sie Zugang zum Internet?	148
Abb. 73	Wie häufig nutzen Sie das Internet?	148
Abb. 74	Anteil der "Offliner", die nie im Internet sind (in %)	150
Abb. 75	Internetnutzung nach Stadtbezirken	151

Methodische und redaktionelle Anmerkungen

Alle Auswertungen wurden nach Geschlecht differenziert durchgeführt. Unterschiede werden aber nur aufgeführt, sofern diese statistisch signifikant nachweisbar sind. Soweit möglich, wurden für Personenbezeichnungen die männliche und weibliche Form verwendet. Sofern aus Gründen der Lesbarkeit und Darstellungsform (insbesondere in Grafiken und Tabellen) die kürzere männliche Form verwendet wurde, ist die weibliche Form selbstverständlich eingeschlossen.

Prozentangaben wurden in der Regel ohne Nachkommastellen angegeben, da andernfalls eine Genauigkeit vorgespiegelt würde, die mit Stichprobenerhebung des gegebenen Umfangs nicht zu erreichen ist.

Bei der Darstellung von prozentualen Verteilungen können die Summen rundungsbedingt geringfügig von 100 % abweichen. Ebenfalls ist bei Fragen mit möglichen Mehrfachnennungen eine Randsumme von 100 % nicht zu erwarten.

Befragung Freiburger Bürgerinnen und Bürger 2003

von Peter Höfflin

1. Einleitung

Seit 1999 führt die Stadtverwaltung Freiburg regelmäßige Bürgerumfragen durch. Mit diesem Abschlussbericht werden die Ergebnisse der 3. Freiburger Bürgerumfrage dokumentiert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Ergebnisse der Umfrage wurden bereits seit März 2004 in verschiedenen Statistischen Infodiensten und durch Vorträge in Fachveranstaltungen und gemeinderätlichen Gremien präsentiert. Auch mit der Vorlage dieses Berichtes ist das Informationspotential der Bürgerumfrage keineswegs endgültig ausgeschöpft. Mit der hier nun vorgelegten Veröffentlichung sollen die methodischen Grundlagen und zentralen Ergebnisse in einem zusammenfassenden Bericht dargestellt werden. Auch wenn die Auswertungen damit zu einem vorläufigen Abschluss kommen, so stellt der erhobene Datenbestand doch auch zukünftig ein Informationspotential für weitere Anfragen der städtischen Planung und Politik dar. Die hohe Teilnahmebereitschaft der Freiburger Bürgerinnen und Bürger ermöglichte es, 3 392 Interviews zu realisieren und damit eine umfassende Datenbasis zu schaffen, die auch für zukünftige weitere fachspezifische Auswertungswünsche zur Verfügung stehen wird.¹

Den interviewten Bürgerinnen und Bürger gilt für ihre Unterstützung ein besonderer Dank. Besonders danken wir auch Herrn Prof. Dr. Blinkert vom Institut für Soziologie an der Universität Freiburg für wichtige methodische Hinweise und die Bereitstellung von Konzepten zur Messung der Aktionsraumqualität für Kinder und von pflegekultureller Orientierungen in sozialen Milieus. Bei der Erarbeitung des Erhebungskonzeptes waren verschiedene städtische Ämter und Dienststellen² beteiligt. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für inhaltliche Anregungen und Vorschläge.

1.1 Aufgabe und Thematik der Bürgerumfrage

Bürgerumfragen sind eine effiziente und kostengünstige Methode, die an eine moderne kommunale Informationsversorgung gestellten Anforderungen zu befriedigen. Aus der Abb. 1 kann entnommen werden, in welchen Zusammenhängen kommunale Bürgerumfragen eine Rolle spielen.³

¹ Die Infodienste zur Bürgerumfrage sind online verfügbar unter www.freiburg/statistik.de. Ergebnisse der Bürgerumfrage wurden in folgenden Fachveranstaltungen präsentiert: Hearing „Kinderfreundliches Freiburg“ des Jugendhilfeausschusses am 22. Juli 2004; Frühjahrestagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker am 16. März 2005 in Freiburg; Konzepttag „Kinderfreundliches Freiburg“ am 27. April 2005. Weitere Informationen zur Bürgerumfrage 2003 werden im Statistischen Informationssystem der Stadt Freiburg bereitgestellt: <http://fritz.freiburg.de/fritz/index.htm> Stichwort: Themen.

² Die Fragen zur Kinderbetreuung wurden von der Stelle zur Gleichberechtigung der Frau angeregt. Der Themenbereich Wohnversorgung und Umzugswünsche wurde gemeinsam mit der Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung (PRISE) konzipiert.

³ Die Übersichten sind entnommen aus: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Methodik kommunaler Bürgerumfragen. In: Reihe H. DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, 1997.

Kommunalstatistische Grundlagen: Bürgerumfragen erweitern die kommunalstatistische Datenbasis in wichtigen Bereichen. Die aus Registern abgeleiteten Statistiken, wie etwa die Bevölkerungs-, Sozial- oder Baustatistik, sind Vollerhebungen, die nicht mit dem Problem eines Stichprobenfehlers behaftet sind und wegen ihrer hohen Fallzahlen sehr differenzierte Analysemöglichkeiten bieten. Da sie regelmäßig geführt werden, stehen Zeitreihen zur Verfügung, mit denen sich Entwicklungstrends verfolgen lassen. Da die Registerdaten primär zu Verwaltungszwecken und nicht aus statistischen Gründen erhoben werden, sind die Auswertungsmöglichkeiten allerdings auch sehr begrenzt. Die Sozialhilfestatistik kann beispielsweise lediglich Informationen über die „bekämpfte Armut“ liefern und es liegen nur die Informationen vor, die für die Sachbearbeitung von Sozialhilfeanträgen benötigt werden. Eine Umfrage kann hier weiteren Aufschluss über die Lebenslagen und sozialen Probleme in der Bevölkerung geben. Die Baustatistik verfügt wiederum nur über Informationen, die im Zuge eines Bauantrages statistisch erhoben wurden. Aktuelle differenzierte Aussagen zur Wohnungsausstattung lassen sich nur durch Erhebungen gewinnen. Die kommunalen Statistiken und die Umfrageforschung können sich in ihren Stärken hier in hervorragender Weise ergänzen.

Abbildung 1: Funktionen von Bürgerumfragen

Zusammenhang	Zielsetzung: Umfragen dienen der ...
Kommunalstatistik	Erweiterung der statistischen Informationsgrundlagen für die (planende) Verwaltung
Kommunale Verwaltungsreform	Quasi-Marktforschung für das „Dienstleistungsunternehmen“ Stadt
Bürgernahe Verwaltung	kommunalpolitischen Willensbildung durch Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen für die kommunalen Mandatsträger
Plebiszitäre Willensbildung	kommunalen Beteiligungspolitik

Kommunale Verwaltungsreform: Bürgerumfragen sind weiterhin ein wichtiges Instrument der kommunalen Verwaltungsreform. Zusammen mit Kundenbefragungen werden sie beispielsweise von der „Kommunale **Gemeinschaftsstelle** für Verwaltungsvereinfachung“ (KGSt) empfohlen um eine Öffnung der Kommunen gegenüber den Bürgern zu erreichen. Bürgerumfragen leisten mit ihren Bedarfserkundungen und Zufriedenheitsanalysen eine Quasi-Marktforschung für das Dienstleistungsunternehmen Stadt.¹

¹ Reichard, Christoph: Das "Neue Steuerungsmodell" und der Bürger. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 41. Jg. (2002), H. 2, S. 44-60.

Bürgernahe Verwaltung: Bürgerumfragen verbessern die Entscheidungsgrundlagen für die kommunalen Mandatsträger und tragen damit im Rahmen kommunalpolitischer Willensbildung zu einer bürgernäheren Verwaltung bei.

Bürgerbeteiligung: Schließlich sind Bürgerbefragungen auch ein wichtiges Instrument der kommunalen Beteiligungspolitik. Durch die repräsentativ angelegte Untersuchungsform kommen hier breite Bevölkerungsschichten mit ihren Wünschen und Einschätzungen zu Wort, die durch andere Beteiligungsformen oftmals nicht erreicht werden können.

Aufgrund dieser vielfältigen Funktionen haben sich Bürgerumfragen zu einem für die Kommunen unverzichtbaren Instrument entwickelt und werden inzwischen von nahezu allen größeren Städten durchgeführt. Ein Beleg dafür ist die vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) unterhaltene Datenbank zum Nachweis kommunaler Umfragen, in der mittlerweile über 1 500 kommunale Umfragen gespeichert sind. Jährlich kommen etwa 50 neue Umfragen hinzu. Inzwischen gibt es auch verstärkte Bestrebungen, die Bürgerumfragen der Städte stärker aufeinander abzustimmen und durch teilweise gleiche Erhebungsbereiche die Möglichkeit von Städtevergleichen zu verbessern. In Baden-Württemberg führen u.a. die Städte Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart und Pforzheim regelmäßige Bürgerumfragen durch.

Bürgerumfragen sind in der Regel als Mehrthemenbefragungen angelegt. Sie versuchen die Informationsbedürfnisse der planenden Verwaltung aus den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern zu befriedigen. Einen Überblick über die gängigen Handlungsfelder, die von Bürgerumfragen angesprochen werden, gibt die Abb. 2. In diesem breiten Themenspektrum liegt einerseits eine Stärke von Bürgerbefragungen, da eine Fülle unterschiedlicher Informationen kostengünstig bereitgestellt werden können. Andererseits ergibt sich aus dem Mehrthemencharakter auch eine notwendige Beschränkung auf grundlegende Fragestellungen. So ist es beispielsweise zwar durchaus möglich, die Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung generell und in einzelnen Fachbereichen in einer Bürgerumfrage zu messen. Möchte man aber sehr differenzierte Informationen zu einzelnen Ämtern oder Servicebereichen, so sind ergänzende Kundenbefragungen notwendig.

In den Bürgerumfragen können verschiedene Fragebereiche unterschieden werden. Zum einen gibt es Fragen, die regelmäßig in gleicher Form gestellt werden und die es damit möglich machen Veränderungen und Entwicklungen zu beobachten („Monitoring“). Diese Fragen betreffen vor allem die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger und ihre Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung. Sie sind häufig mit anderen Städten abgestimmt und ermöglichen damit interkommunale Vergleiche. Zum anderen hat es sich als sinnvoll erwiesen, die Bürgerumfragen mit bestimmten Schwerpunktthemen zu versehen, die dann intensiver bearbeitet werden können. In der Bürgerumfrage 2001 standen beispielsweise Themen der sozialen Ressourcen in den Wohngebieten und des bürgerschaftlichen Engagements im Vordergrund.

Abbildung 2: Handlungsfelder von Bürgerumfragen

Handlungsfeld	Befragungsanlass
Sozialplanung	Informationen z. B. zum sozialen Zusammenhalt im Wohnquartier oder zu den sozialen Netzwerken von Senioren
Stadtentwicklung, Stadtplanung	Informationen über das Wohnumfeld, Zufriedenheit mit dem Wohngebiet, Zuzugs- und Wegzugsmotive
Kommunale Wohnungspolitik	Wohnraumversorgung, Wohnungsbedarfsanalysen, Wohnzufriedenheit
Planung der sozialen Infrastruktur	Erweiterung des begrenzten Datenvorrats von Statistiken aus den Verwaltungsregistern
Verkehrsplanung	Bedarf an über Verkehrszählungen hinausgehende Informationen zum Verkehrsverhalten
Erfolgskontrolle	Überprüfung der Effekte kommunaler Maßnahmen
Interkommunale Handlungsfelder	Städtevergleich, Feststellung von Stärken und Schwächen
Kommunale Wirtschaftsförderung	Informationen über die Bewertung der Stadt als Standort, Humanressourcen, Attraktivität der Stadt als Standortfaktor

Die Themen der Bürgerumfrage 2003

Das Erhebungskonzept der Bürgerumfrage 2003 wurde mit den Fachbereichen abgestimmt und in der Dezernentenbesprechung vom 23.09.2003 beschlossen. Folgende Themen stehen im Mittelpunkt:

- Die Lebensbedingungen in Freiburg: allgemeine Beurteilung, Veränderungen, die Wohndauer in Freiburg, Eigenschaften Freiburgs, die dringlichsten Probleme, Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Stadt
- Familie und soziale Unterstützung: Aktionsräume von Kindern, Möglichkeiten der Kinderbetreuung, familiäre Unterstützung und soziale Netzwerke, Betreuung behinderter und pflegebedürftiger Menschen, Bekanntheit von Beratungsangeboten
- Wohnen: Wohnzufriedenheit allgemein und mit verschiedenen Wohnbereichen, Wohnversorgung (Wohnfläche, Wohnräume), Wohneigentum oder Mietwohnung, Umzugswünsche und Umzugsziele
- Politische Beteiligung: Formen politischer Beteiligung, Kenntnisse der „Lokalen Agenda 21“, Parteiidentifikation, Werteorientierung (Postmaterialismusskala nach Inglehart)
- Stadtverwaltung und Gemeinderat: Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung, Interesse an der Arbeit des Gemeinderates, Beurteilung der Vertretung durch den Gemeinderat, Infor-

mationsquellen über das kommunalpolitische Geschehen, Zugang zum Internet, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

- Demographische Angaben: Alter, Geschlecht, Nationalität, Schulabschluss, Berufsstatus, Haushaltsstruktur, Einkommen

Entsprechend stadtpolitischer Schwerpunktsetzungen richtet die Bürgerumfrage 2003 ihren Fokus besonders auf die Situation von Familien und Kindern in der Stadt Freiburg. Das Untersuchungsdesign wurde so angelegt, dass für die verschiedenen Haushaltsformen und Lebenslagen der Freiburger Familien Aussagen getroffen werden können.

1.2 Zusammenfassung und zentrale Ergebnisse

„Datengrundlage“

Im Rahmen der 3. Freiburger Bürgerumfrage wurden 5 495 repräsentativ ausgewählte Freiburger Bürgerinnen und Bürger angeschrieben. Von diesen haben sich 3 392 Personen beteiligt und den Fragebogen zurückgeschickt. Die damit erzielte Ausschöpfungsquote von 61,7 % liegt deutlich über den Ergebnissen bisheriger Bürgerumfragen und vergleichbarer kommunaler Erhebungen in Freiburg. Durch ein spezielles Design der Stichprobenziehung („disproportionales Auswahlverfahren“) sind kleinräumige Analysen auf der Ebene der Stadtbezirke und für besondere Personengruppen möglich. In der Untersuchungsgruppe sind beispielsweise 185 allein Erziehende enthalten, für die bei einem herkömmlichen Stichprobenverfahren keine Aussagen möglich wären.

„Befragungsthemen“

Die Bürgerumfrage ist als Mehrthemenumfrage konzipiert, um den vielfältigen Informationsbedarf von Stadtverwaltung und Kommunalpolitik möglichst umfassend abzudecken. Zahlreiche Fragen wurden bereits in früheren Erhebungen oder in Bürgerumfragen anderer Städte gestellt. Damit können Entwicklungen verfolgt und Städtevergleiche durchgeführt werden.

Einen breiten Raum nehmen Fragen zu den Lebensbedingungen und zur Zufriedenheit der Freiburger Bürgerinnen und Bürger ein. Ein eigener Themenbereich widmet sich der Wohnversorgung, der Wohnzufriedenheit und etwaigen Umzugswünschen. Die Folgen und die Gestaltung des demographischen Wandels werden zunehmend als zentrale gesellschaftliche Themen auch auf kommunaler Ebene erkannt. Dabei geht es nicht nur um die allgemein im Vordergrund stehenden Fragen des Geburtenrückgangs und des Altersaufbaus der Bevölkerung, sondern auch um die damit verbundenen sozialen Herausforderungen. Wie ist es beispielsweise um die Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Stadt bestellt und wie werden zukünftig pflegebedürftige ältere Menschen gepflegt? Dies sind Fragen, die als Schwerpunktthemen im Mittelpunkt dieser Umfrage stehen. Ein weiterer Fokus richtet sich auf das kommunalpolitische Geschehen und die Beurteilung der Arbeit des Gemeinderates und der Stadtverwaltung. Da Kommunalpolitik von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger lebt, stehen dabei Fragen des Beteiligungs- und Informationsverhaltens im Zentrum des Interesses.

ses. Die Frage nach der Nutzung des Internets ist dabei auch im Hinblick auf die möglichen Potentiale von „E-Government“-Angeboten von hohem Interesse.

Alle Themenbereiche werden differenziert nach soziodemographischen Merkmalen wie etwa Geschlecht, Alter, Nationalität und Haushaltstyp der Befragten analysiert. Angesichts zunehmender Individualisierung und der damit einhergehenden Ausdifferenzierungen von Lebensstilen sind die klassischen demographischen Merkmale immer weniger geeignet, als erklärende Variablen das Verhalten und die Einstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erklären. Die in dieser Bürgerumfrage erstmals durchgeführte zusätzliche Unterscheidung verschiedener sozialer Milieus trägt mit diesem Analysekonzept deshalb den neueren Entwicklungen der Sozialstrukturanalyse Rechnung.

„Die Bürger/innen und ihre Stadt“

Die Umfrage belegt die ausgesprochen hohe Bindung der Freiburger Bürgerinnen und Bürger an ihre Stadt. 90 % der Befragten leben gerne in Freiburg, jeweils 5 % würden lieber im Umland oder ganz woanders wohnen. Auch bei der Beurteilung verschiedener Eigenschaften von der Frauenfreundlichkeit über die Ausländerfreundlichkeit bis hin zur Kinderfreundlichkeit gelangen nahezu durchgängig mehr als 60 % der Befragten zu einer positiven Beurteilung der Stadt. Allerdings zeigen sich in Abhängigkeit der eigenen Betroffenheit teilweise deutliche Unterschiede. So halten beispielsweise 79 % der Männer, aber nur 63 % der Frauen Freiburg für frauenfreundlich. Haushalte mit minderjährigen Kindern beurteilen die Kinderfreundlichkeit Freiburgs zurückhaltender als Haushalte ohne Kinder.

„Allgemeine Lebensbedingungen und Zufriedenheit“

Die allgemeinen Lebensbedingungen in Freiburg werden von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als ziemlich gut (52 %) oder sogar sehr gut (16 %) eingestuft. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten (27 %) macht Einschränkungen, während 4 % die Lebensbedingungen als „ziemlich schlecht“ und 1 % als „sehr schlecht“ einstufen. Der Anteil der Befragten, der die Lebensbedingungen als „sehr gut“ oder „gut“ einstuft, ist gegenüber der Vorerhebung um 8 %-Punkte gesunken. Positiv werden die Lebensbedingungen vor allem von jüngeren Personen aus dem liberal-bürgerlichen und studentischen Milieu beurteilt. Deutlich geringer ist die Zufriedenheit in den Unterschichtmilieus und bei den allein Erziehenden. Das traditionelle Unterschichtmilieu fühlt sich im Hinblick auf die letzten zehn Jahre überdurchschnittlich von einer Verschlechterung der Lebensbedingungen betroffen. 53 % dieser Bevölkerungsgruppe sehen für sich eine Verschlechterung der Lebensbedingungen im Unterschied zu 39 % in der Gesamtbevölkerung.

Betrachtet man einzelne Lebensbereiche, dann sind die Freiburger vor allem mit den Naherholungsmöglichkeiten, der ärztlichen und medizinischen Versorgung und dem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln sehr zufrieden. Auch das Flair der Stadt, das sich in einem guten

Angebot an Gaststätten, Restaurants, Bildung, Kultur und einer attraktiven Innenstadt ausgedrückt, wird sehr positiv gewürdigt. Geringere Zufriedenheitswerte gibt es in den Bereichen der öffentlichen Infrastruktur, der Spielmöglichkeiten für Kinder, öffentliche Sicherheit, Sauberkeit auf Plätzen und Straßen und bei den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Besonders kritisch werden die Regelungen des Autoverkehrs, das Angebot an Jugendeinrichtungen, die Parkmöglichkeiten in der Innenstadt gesehen. Die geringste Zufriedenheit besteht mit dem Wohnungsangebot, das auf einer Skala der Wichtigkeit von Versorgungsbereichen weit oben steht. Gleichzeitig ist die Zufriedenheit mit der Wohnungsversorgung im Vergleich zur Umfrage von 1999 am deutlichsten zurückgegangen. Daher verwundert es nicht, dass die hohen Mieten gemeinsam mit der angespannten Haushaltslage der Stadt von den Befragten als die dringlichsten Freiburger Probleme benannt werden.

„Aktionsräume von Kindern“

Die im Auftrag der Stadt Anfang der 90er-Jahre durchgeführte „Freiburger Kinderstudie“ machte deutlich, welchen starken Einfluss die Qualität des unmittelbaren Wohnumfeldes auf den Lebensalltag von Kindern und deren Entwicklung hat. Die Bürgerumfrage 2003 greift die entsprechenden Fragen zu den außerhäuslichen Spielmöglichkeiten und den Kontaktmöglichkeiten mit Gleichaltrigen auf. Dabei zeigt sich, dass sich die Aktionsraumqualität für Kinder in den vergangenen zehn Jahren weiter verschlechtert hat. Vor allem der Anteil der Eltern, der seine 5- bis 9-jährigen Kinder nur „unter Aufsicht“ oder „überhaupt nicht“ draußen spielen lassen kann, hat sich von 13 % auf 25 % erhöht. Die Verschlechterung betrifft besonders die Altersgruppen am Ende der Kindergarten- und zu Beginn der Grundschulzeit. Für diese Gruppe haben sich auch die Möglichkeiten verschlechtert, eigenständig gleichaltrige Kinder zum Spielen aufzusuchen. Eine Ursache für diese Entwicklung dürfte der zunehmende innerstädtische Individualverkehr sein. So hat die Anzahl der Kraftfahrzeuge in Freiburg zwischen 1991 und 2003 um 15,3 % zugenommen. Auch die negative Entwicklung des im Rahmen der Lokalen Agenda 21 erarbeiteten Nachhaltigkeitsindikators „Verkehrsunfälle“ weist in diese Richtung. Trotz der verstärkten Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche, vor allem in den städtischen Neubaugebieten, konnte der langfristige Trend einer zunehmenden Verschlechterung städtischer Wohnumfeldbedingungen von Kindern also nicht gestoppt, sondern allenfalls gebremst werden.

„Die Perspektive der Familien: Kinder- und Familienfreundlichkeit“

21 % der Befragten sind der Meinung, das Prädikat „Familienfreundlichkeit“ träfe für Freiburg „völlig zu“. Weitere 43 % halten es für „eher zutreffend“. Die Eigenschaft „Kinderfreundlichkeit“ wird ähnlich beurteilt. Sie wird von 19 % als „völlig zutreffend“ und von 39 % als „eher zutreffend“ angesehen. Freiburg wird von seinen Bürgern und Bürgerinnen wesentlich positiver beurteilt als beispielsweise die Landeshauptstadt Stuttgart, die in der dortigen Bürgerumfrage nur von 5 % als „völlig“ familienfreundlich und von 36 % als „eher“ familienfreundlich eingestuft wird. Die Beurteilung unterscheidet sich deutlich bei einer Differenzierung nach

Haushalts- und Familientypen. Besonders kritisch ist das Urteil von allein Erziehenden mit starker häuslicher Bindung durch jüngere Kinder. Von diesen hält nur etwa ein Viertel (27 %) Freiburg für familienfreundlich und lediglich 13 % sind der Ansicht, Freiburg sei kinderfreundlich. Die allein Erziehenden sind auch deutlich seltener mit ihren gegenwärtigen Lebensbedingungen zufrieden als die übrigen Familien und die kinderlosen Haushalte. Sie beklagen zudem deutlich häufiger eine Verschlechterung der Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren.

Im Vergleich der Umfragen von 1999 und 2003 hat die Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindergärten und Kindertagesstätten deutlich abgenommen. 42 % aller Befragten sind in der aktuellen Erhebung „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“. In der Erhebung von 1999 waren dies noch 61 %. Bei den Familien mit Kleinkindern unter 3 Jahren werden vor allem das fehlende Betreuungsangebot und die damit verbundenen Kosten als problematisch angesehen. In der Kindergartenzeit stehen dann das Angebot an Ganztagsplätzen und die Ferienschlusszeiten im Vordergrund. Bei Familien mit Kindern im Schulalter bereiten vor allem „zu große Schulklassen“, „häufiger Unterrichtsausfall“ und die „fehlende Nachmittagsbetreuung“ die größten Probleme. Neben der quantitativen Frage des Platzangebotes treten nach den Ergebnissen der Bürgerumfrage die Aspekte der Betreuungszeiten, die notwendig sind, um Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, demnach stärker in den Vordergrund. Fast jede dritte Person mit Kindern unter 12 Jahren hat Probleme, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren (31 %). Nur 43 % haben hier allenfalls geringe oder keine Probleme. Mehr als jede fünfte Befragungsperson mit Kindern unter zwölf Jahren hat „sehr große“ bzw. „große“ Probleme durch ungünstige oder wechselnde Arbeitszeiten.

„Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus“

Nach den Ergebnissen der Pflegestatistik werden 61 % der Freiburger Pflegebedürftigen in privaten Haushalten versorgt. Etwa ein Drittel erhält dabei Unterstützung von einem Pflegedienst, während 42 % ausschließlich von Angehörigen versorgt werden. Auch wenn beim Thema Pflegebedürftigkeit die Heime meistens im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung stehen, so stellt der private Haushalt doch die zentrale Versorgungsform von Pflegebedürftigen dar. Wenn auf kommunaler Ebene die zukünftige pflegerische Versorgung prognostiziert werden soll, reicht es nicht aus, allein die quantitative Veränderung des Altersaufbaus zu betrachten, sondern es sind auch die Veränderungen des häuslichen Pflegepotentials zu berücksichtigen. Hier spielt einerseits die Dichte des Familien- und Verwandtschaftsnetzwerkes eine zentrale Rolle. Eine sinkende Kinderzahl und zunehmende Singularisierung auch der höheren Altersgruppen bedeutet, dass im Alter immer weniger auf die Hilfe der Familie zurückgegriffen werden kann. Eine weitere wichtige Rolle kommt den pflegekulturellen Orientierungen zu, also der Bereitschaft der Angehörigen, die Pflege selbst zu übernehmen. Die von den Familien für die Gesellschaft erbrachten Leistungen wurden in der Vergangenheit oft als selbstverständlich betrachtet. Diese Selbstverständlichkeit kann heute nicht mehr unterstellt werden. So hat beispielsweise der Adenauer-Satz: „Kinder kriegen die Leute von alleine“

seine Gültigkeit verloren. Nachdem Nachwuchs zur Mangelware geworden ist, wird zunehmend erkannt, dass die Geburtenrate auch von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt. Wenn ein kinderfreundliches gesellschaftliches Umfeld fehlt und Familie und Beruf nur schwer oder überhaupt nicht zu vereinbaren sind, wirkt sich dies auf das generative Verhalten der Familien aus. Diese Zusammenhänge werden aktuell breit diskutiert. Die Frage, der die Bürgerumfrage nachgeht, ist nun, ob sich ähnliche Entwicklungen zukünftig auch im Bereich der Pflege ergeben können.

In der Bürgerumfrage wurde deshalb danach gefragt, welche Versorgungsmöglichkeit in Frage käme, wenn eine nahe stehende Person pflegebedürftig würde. Etwa ein Fünftel (22 %) der Befragten würde einer Versorgung im Pflegeheim den klaren Vorzug geben. Für einen etwa ebenso großen Anteil käme ein Pflegeheim auf keinen Fall in Betracht. Für mehr als die Hälfte (54 %) käme eine Versorgung ohne professionelle Unterstützung „auf keinen Fall in Frage“. Die höchste Bereitschaft gibt es für eine Pflege mit Unterstützung eines Pflegedienstes. Für immerhin 41 % wäre dieses Pflegearrangement die erste Wahl und 49 % würden es zumindest eventuell in Betracht ziehen. Die Bürgerumfrage zeigt, dass die Pflegebereitschaft erheblich vom sozialen Milieu der Befragten abhängt. Von den Personen, die zum traditionellen Unterschichtmilieu gehören, würden etwas mehr als ein Drittel (34 %) die Pflege selbst übernehmen („unbedingt“ oder „eher selbst pflegen“). Im bürgerlich-liberalen Milieu wäre lediglich ein Zehntel der Befragten dazu bereit, während 65 % die Heimpflege präferieren. Im traditionellen Unterschichtmilieu bevorzugt hingegen nur etwa ein Drittel (35 %) die stationäre Pflege im Heim. Dass sich das Potential zur häuslichen Versorgung gerade in den modernen städtischen Milieus reduziert, zeigt auch ein Vergleich mit der ländlich geprägten schwäbischen Gemeinde Munderkingen. Während in Freiburg lediglich 17 % der 40- bis unter 60-Jährigen die häusliche Pflege bevorzugen, tun dies immerhin 31 % der Befragten in Munderkingen.

Um das häusliche Pflegepotential zu stärken und zu stabilisieren, kommt insbesondere der entsprechenden Beratung eine besondere Bedeutung zu. 61 % der Befragten sehen für sich einen Beratungsbedarf, wenn eine nahe stehende Person pflegebedürftig würde. Eine durch umfassende Beratung geschaffene Informationsgrundlage kann dazu beitragen, dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ein passendes Pflegearrangement organisieren können. Dabei zeigt sich, dass bei einer entsprechenden professionellen Unterstützung eine große Offenheit für die häusliche Versorgung vorhanden ist. Selbst bei den Personen, die eigentlich eher zum Pflegeheim tendieren, wird eine ambulante Versorgung unter Einbeziehung von Pflegediensten häufig in Erwägung gezogen. Nur etwa ein Zehntel der Befragten (11 %) kann sich das auf keinen Fall vorstellen. Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass über die pflegerische Versorgung nicht nur eindimensional zwischen der häuslichen und stationären Pflege entschieden wird, sondern dass sich die Frage nach einem optimalen „Pflegemix“ zwischen den verschiedenen Hilferessourcen stellt. Hier bieten sich Gestaltungsmöglichkeiten und Ansatzpunkte für die kommunale Altenhilfepolitik.

„Wohnzufriedenheit, Wohnversorgung und Umzugswünsche“

69 % der Befragten sind mit ihrer Wohnung „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber der Erhebung von 2001 (- 6 %-Punkte). Die höchste Zufriedenheit besteht mit der Lage der Wohnung. Freiburg verfügt über eine flächendeckende gute Infrastruktur, eine durchgängige Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und in allen Stadtteilen sind gute Naherholungsmöglichkeiten vorhanden. Deshalb ist es wenig verwunderlich, dass nur eine geringe Minderheit der Befragten (6 %) mit der Wohnlage nicht zufrieden ist. Die geringste Zufriedenheit besteht mit den Wohnkosten. Nur etwa die Hälfte der Befragten (51 %) ist mit den Wohnkosten zufrieden und knapp ein Viertel (23 %) ist „sehr unzufrieden“. Die Wohnzufriedenheit hängt deutlich vom Lebensalter ab. Jüngere Befragte haben größere Probleme, sich mit zufrieden stellenden und bezahlbaren Wohnraum zu versorgen. Besondere Probleme mit der Wohnversorgung haben die ausländischen Befragten.

Ein zentrales Thema der Stadtpolitik ist die Frage der Stadt-Umland-Wanderungen. Im Vergleich zu den beiden Vorerhebungen kann ein geringer Rückgang der Umzugsneigung festgestellt werden (- 4 %-Punkte). Vor allem hat sich aber eine Verschiebung der gewünschten Umzugsziele ergeben. 62 % der Umzugswilligen möchten im engeren Stadtgebiet umziehen. Dies ist ein deutlicher Zuwachs (+ 7 %) gegenüber der Befragung von 2001. Auch die Freiburger Ortsteile am Stadtrand haben als Umzugsziel deutlich an Attraktivität (29 % gegenüber 21 %) gewonnen. Diese Zahlen sprechen dafür, dass die Stadt gegenüber dem Umland an Attraktivität gewonnen hat. Betrachtet man die Personen, die dennoch ins Umland ziehen möchten, so stammen diese überdurchschnittlich häufig aus Haushalten in der Familienphase und sie verfügen über ein überdurchschnittliches Einkommen.

„Bürgerbeteiligung und politische Partizipation“

Die demokratische Stadtgesellschaft lebt von der politischen Beteiligung und dem zivilgesellschaftlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die Förderung von Bürgerbeteiligung ist folglich ein wichtiges Ziel der Freiburger Stadtpolitik. Vor diesem Hintergrund wurde in der Bürgerumfrage ermittelt, wie verschiedene kommunale Beteiligungsformen im Hinblick auf die Einflussmöglichkeiten bewertet werden und welche dieser Möglichkeiten die Befragten bereits einmal wahrgenommen haben oder gegebenenfalls wahrnehmen würden. Der stärkste Einfluss wird den klassischen politischen Beteiligungsformen, wie etwa der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen oder auch an Demonstrationen, zugeschrieben. Aber auch in der Mitarbeit in Vereinen, Initiativen sehen die Befragten wirksame Mitgestaltungsmöglichkeiten. Interessant ist das teilweise erhebliche Potential der Personen, die eine bestimmte Beteiligungsmöglichkeit noch nicht genutzt haben, dies aber eventuell tun würden. So besteht beispielsweise bei der Mitarbeit in Arbeitsgruppen zu Themen der Stadtentwicklung ein zusätzliches Potential von 44 % der Befragten. Dabei sind vor allem allein Erziehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern überdurchschnittlich oft vertreten. Diese sind vermutlich aus familiären Gründen an der Teilnahme gehindert. Hier könnten familiengerechtere Zeiten oder

die Organisation einer begleitenden Kinderbetreuung die Teilnahme verbessern. Auch im Bereich der Lokalen Agenda 21 sollten entsprechende Zielgruppen direkter angesprochen werden. 61 % der Befragten haben noch nichts von der Lokalen Agenda 21 gehört. Die Lokale Agenda 21 ist vor allem im liberal-bürgerlichen Milieu der mittleren Altersgruppen bekannt. Weniger informiert sind die jüngeren Bevölkerungsgruppen, die Senioren und die Migranten.

Ziemlich genau zwei Drittel der Befragten verfügt über eine feste Parteibindung (67 %). Dieser Anteil ist gegenüber den beiden Vorerhebungen von 1999/2001 geringfügig zurückgegangen (- 2 %). Die Parteiidentifikation nimmt mit dem Lebensalter deutlich zu. Die geringste Parteiidentifikation zeigt sich bei den Befragten aus dem traditionellen Unterschichtmilieu. Dies spiegelt sich in den geringen Wahlbeteiligungen in den westlichen Stadtbezirken wieder, die bei den Freiburger Wahlen regelmäßig zu beobachten sind.

„Stadtverwaltung und Gemeinderat“

Die Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung hat im Vergleich zur letzten Umfrage deutlich abgenommen. Waren damals noch 54 % „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“, so sind es nun nur noch 41 %. Die jüngeren Befragten sind wesentlich seltener zufrieden als die älteren Befragten. Vor allem hat aber auch die Haushaltsstruktur einen Einfluss. Singles und kinderlose Haushalte sind mit der Stadtverwaltung häufiger zufrieden als die Familien.

Das Interesse an der Arbeit des Gemeinderates ist in der Umfrage 2003 etwas höher als 2001, was aber auch an der zeitlichen Nähe der Gemeinderatswahl 2004 liegen könnte. 38 % zeigen sich an der Arbeit des Gemeinderates interessiert und 8 % interessieren sich sehr. Die älteren Bevölkerungsgruppen fühlen sich im Gemeinderat besser vertreten als die jüngeren Gruppen. Allerdings haben sich die Unterschiede hier sehr deutlich verringert. Der Anteil der Seniorinnen und Senioren, der sich im Gemeinderat „sehr gut“ bzw. „gut“ vertreten fühlt, hat sehr stark abgenommen.

Wie in der Umfrage von 1999 wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, wofür die Stadt mehr ausgeben und wo sie sparen soll. Vor allem für die Bereiche „Kindergärten“ und „sozialer Wohnungsbau“ ist die Ausgabebereitschaft deutlich angestiegen. Eine sinkende Ausgabebereitschaft gibt es in den Bereichen Öffentlicher Nahverkehr, Ausbau des Radwegenetzes und der Kriminalprävention. Befragt nach den persönlichen Auswirkungen der städtischen Sparmaßnahmen zeigt sich ein großer Anteil der Befragten als gar nicht unmittelbar betroffen und antwortet mit „weiß nicht“ (24 %). Die meisten Befragten (41 %) sehen sich teilweise betroffen und etwa jeder zehnte fühlt sich „sehr stark“ (2 %) oder „stark“ (7 %) betroffen. Es sind vor allem die Familien und die mittleren Altersgruppen sowie die ausländischen Befragten, die für sich direkte Auswirkungen sehen.

„Informationsverhalten und Internetnutzung“

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) informiert sich regelmäßig über Kommunalpolitik in Freiburg. 52 % informieren sich zumindest regelmäßig und 12 % informieren sich überhaupt nicht. Die wichtigste Informationsquelle ist die Tageszeitung (78 %). Aber auch die kostenfreien lokalen Anzeigen- und Sonntagsblätter werden von immerhin knapp drei Viertel der Befragten herangezogen. Das von der Stadt Freiburg 14-tägig an die Haushalte verteilte Amtsblatt wird von 57 % der Befragten gelesen. Mit dem Amtsblatt werden überdurchschnittlich stark Leser in den mittleren Altersgruppen erreicht, während die Studierenden das Amtsblatt deutlich seltener lesen. Einen überdurchschnittlich hohen Leseranteil erreicht das Amtsblatt in den westlichen Ortsteilen am Tuniberg und in Hochdorf.

Einen starken Zugang in seiner Verbreitung hat das Internet gefunden. Inzwischen verfügt die Mehrheit der Freiburger Haushalte (55 %) über einen Internetzugang. Der Anstieg lag hier gegenüber 2001 bei 14 %-Punkten. 29 % der Befragten sind nahezu täglich online und die Hälfte (54 %) nutzt mindestens einmal in der Woche das Internet. Die Nutzung des Internets hängt ganz wesentlich von der Bildung und vom Alter ab. Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen sind wesentlich häufiger online. Die mittleren Altersgruppen zwischen 45 und 60 Jahren haben in den vergangenen Jahren am stärksten aufgeholt. 1999 hatten 40 % dieser Gruppe keine Erfahrung mit dem Internet, nun sind es nur noch 26 %. Lediglich die Senioren sind noch weit überwiegend „offline“, und zwar zu 72 % bei den 60- bis unter 75-Jährigen und zu 91 % bei den über 75-Jährigen.

1.3 Erhebungsmethodik

Wie wurde die Befragung der Freiburger Bürgerinnen und Bürger durchgeführt und über wen macht diese Erhebung eine Aussage? Über diese methodischen Fragen möchten wir im Folgenden Auskunft geben.

Wie wurden die Freiburger Bürgerinnen und Bürger befragt?

Die Befragung wurde als postalische Erhebung im Zeitraum von Mitte Oktober bis Dezember 2003 durchgeführt. Zu diesem Zweck wurden 5 495 Erhebungsbögen mit einem Begleitbrief des Oberbürgermeisters Dr. Dieter Salomon verschickt, in dem über den Zweck der Umfrage informiert und um Teilnahme gebeten wurde. Der ausgefüllte Erhebungsbogen konnte in einem beigefügten Rückumschlag portofrei zurückgesandt oder bei den Rathäusern und Ortsverwaltungen abgegeben werden. Die Erhebung wurde durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit mit mehreren Presseberichten unterstützt. Jeweils im Abstand von etwa zwei Wochen wurden die Personen, die noch nicht geantwortet hatten, mit einem persönlichen Schreiben erinnert und um Teilnahme gebeten. Dem ersten Erinnerungsschreiben war eine Kopie von Presseartikeln beigefügt, um die Antwortbereitschaft zu erhöhen.¹

Persönlich-mündliche Interviews, bei denen die Erhebung durch Interviewer im Haushalt der Befragten stattfindet, galten lange Zeit als Königsweg der sozialwissenschaftlichen Datenerhebung. Man ging davon aus, dass mit dieser Methodik gültigere und verlässlichere Daten gewonnen werden könnten als mit den kostengünstiger durchzuführenden postalischen Erhebungen. Diese Einschätzung ist vor dem Hintergrund neuerer Methodenstudien nicht mehr haltbar.² Sofern eine postalische Befragung sorgfältig durchgeführt wird und bestimmte methodische Standards beachtet werden, lassen sich durchaus gute Ausschöpfungsquoten erreichen. Auch die Datenqualität bleibt keineswegs hinter persönlich-mündlich erhobenen Daten zurück. Der Erhebungsbogen einer postalischen Befragung besitzt allerdings den Nachteil, dass er möglichst einfach aufgebaut werden und damit auf komplexe Filterführungen verzichtet werden muss. Weiterhin kommt es bei postalischen Interviews häufiger vor, dass einzelne Fragen oder Teile des Erhebungsbogens nicht beantwortet werden. Da der Fragebogen in Ruhe und ohne Anwesenheit eines Interviewers ausgefüllt werden kann, ist andererseits eine „ehrlichere“ und „durchdachtere“ Beantwortung zu erwarten. Gerade bei Fragen zu persönlichen Einstellungen wäre zu befürchten, dass bei Anwesenheit eines Interviewers im Sinne einer „sozialen Erwünschtheit“ geantwortet wird.

Die Grundgesamtheit – Wer wurde befragt?

Die Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch eine repräsentative Stichprobe aus dem Freiburger Einwohnermelderegister. Berücksichtigt wurde die deutsche und ausländische

¹ Methodenstudien haben ergeben, dass sich durch Beifügen von Presseartikeln die Antwortbereitschaft signifikant steigern lässt. Vgl. Reuband, Karl-Heinz: Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern. Durchführungsbedingungen, Ausschöpfungsquoten und soziale Zusammensetzung der Befragten in einer Großstadtstudie. In: ZA-Information, Jg. 1999, H. 45, S. 71-99.

² Vgl. Reuband, Karl-Heinz: Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53. Jg. (2001), H. 2, S. 307-333.

Wohnbevölkerung im Alter ab 18 Jahren. Die Stichprobe wurde methodisch so ausgewählt, dass nicht nur kleinräumige Aussagen auf der Ebene der Stadtbezirke möglich sind, sondern auch differenzierte Aussagen über bestimmte Personengruppen, wie etwa für Haushalte mit Kindern und die allein Erziehenden getroffen werden können. Würde man die Stichprobe entsprechend der allgemeinen Bevölkerungsstruktur ziehen, dann könnten für bestimmte Bevölkerungsgruppen keine oder nur sehr gering differenzierte Analysen durchgeführt werden, da zuwenig Interviews zur Verfügung stehen würden. Dies betrifft vor allem die Haushalte von allein Erziehenden oder Personen in Stadtbezirken mit geringerer Einwohnerzahl. Um das Ziel zu erreichen, stadtbezirksbezogene Auswertungen und differenzierte Analysen für die Freiburger Familienhaushalte durchführen zu können, wurde deshalb ein disproportionaler Stichprobendesign gewählt. Dies bedeutet, dass bestimmte Personengruppen zunächst überproportional in der Stichprobe berücksichtigt wurden. Damit wird eine ausreichende Fallzahl erreicht, um für diese „selteneren Gruppen“ Analysemöglichkeiten zu eröffnen. Sofern aber repräsentative Aussagen über die Freiburger Gesamtbevölkerung getroffen werden sollen, werden die in der Stichprobe überproportional enthaltenen Interviews durch einen Faktor geringer gewichtet. Die Freiburger Bürgerumfrage kann damit sowohl repräsentative Aussagen für die volljährige Gesamtbevölkerung wie auch für die einzelnen Haushaltsgruppen und Stadtbezirke liefern.

Bei den Stadtbezirken ist nahezu durchgängig eine Zahl von 40 Interviews je Stadtbezirk gewährleistet. Lediglich die sehr dünn besiedelten Stadtbezirken Haslach-Schildacker und Brühl-Industriegebiet verfügen über eine für statistische Zwecke zu geringe Fallzahl. Sie wurden deshalb mit ihren Nachbarbezirken Haslach-Gartenstadt bzw. Brühl-Industriegebiet zusammengefasst. Der Stadtbezirk Mundenhof wurde angesichts seiner geringen Einwohnerzahl von etwa 50 Personen aus der Erhebung ausgeschlossen. Durch das disproportionaler Stichprobendesign stehen für die Untersuchung Interviews mit 1 355 Personen, die in Familienhaushalten leben, zur Verfügung, darunter 185 mit allein erziehenden Personen.

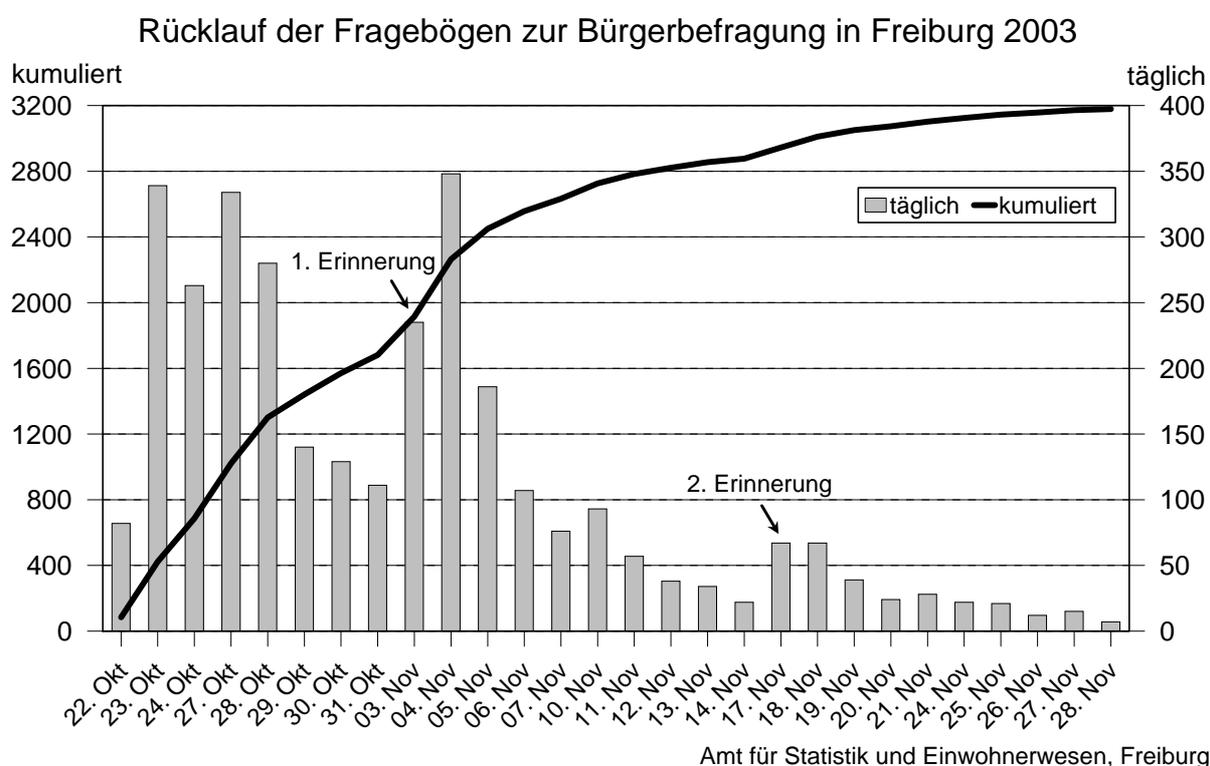
Rücklaufstatistik und Repräsentativität

Die Befragung der Freiburger Bürgerinnen und Bürger konnte Ende Dezember 2003 mit großem Erfolg abgeschlossen werden: 3 392 Personen beteiligten sich an der schriftlichen Erhebung. Bezogen auf die 5 495 angeschriebenen Personen entspricht dies einer Teilnahmequote von 61,7 %, womit ein Spitzenergebnis im Vergleich mit ähnlichen Erhebungen erreicht wurde. Die Bürgerumfrage besitzt damit eine breite repräsentative Basis, um über die Lebenslagen, Bedürfnisse und Einstellungen der Freiburger Bevölkerung Auskunft zu geben. Die große Anzahl der Antworten ist ein Zeichen für das Engagement der Bürgerschaft, die dieses Instrument für eine breite Bürgerbeteiligung genutzt hat.

Die Steigerung der Ausschöpfungsquote gegenüber der Erhebung von 2001 konnte durch eine Optimierung des Erhebungsverfahrens erreicht werden, das eine personenbezogene

Rücklaufkontrolle und damit eine individuelle Nachfassaktionen ermöglichte.¹ Das Verfahren einer intensiven Rücklaufkontrolle hat sich inzwischen als methodischer Standard etabliert. Eine Richtschnur ist dabei die von Don A. Dillmann entwickelte „Total Design Method“², an der sich auch das Vorgehen dieser Bürgerumfrage orientiert. Wie sich die Erinnerungsaktionen auf die Rücksendung der Erhebungsbögen ausgewirkt haben, kann aus Abb. 3 entnommen werden. Als Faustregel lässt sich sagen, dass bei jeder Erinnerungsaktion nochmals die gleiche Ausschöpfungsquote bei den erneut Angeschriebenen realisiert werden kann. Antwortet beispielsweise ein Drittel der angeschriebenen Personen ohne weitere Erinnerung, dann können nochmals ein Drittel der ausstehenden Interviews durch eine Nachfassaktion realisiert werden.

Abbildung 3



Im Hinblick auf die Erhebungskosten und die bereits damit erreichte ausgesprochen hohe Stichprobenausschöpfung wurde nach dem zweiten Erinnerungsschreiben auf weitere Nachfassaktionen verzichtet. In Anlehnung an die „Total Design Method“ wäre noch ein drittes Schreiben möglich gewesen, bei dem dann aber nochmals ein kompletter Erhebungsbogen beizulegen gewesen wäre. Als Fazit lässt sich festhalten, dass bei kommunalen Bürgerumfragen ausgesprochen hohe Ausschöpfungen von über zwei Dritteln der Befragten realisierbar sind. Die Stichprobe ermöglicht durch ihr Auswahlverfahren und die hohe Ausschöpfungsquote repräsentative Aussagen über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf der Ebene der Stadtbezirke (Tab. 1).

¹ Die Stichprobenadressen und Erhebungsbögen werden dazu mit einer Identifikationsnummer versehen. Diese Hilfsmerkmale werden nur für die Organisation der Erhebung verwendet und dann aus Datenschutzgründen getrennt. Wer dann mit dem Erhebungsbogen arbeitet oder Analysen durchführt, weiß nicht von wem die Antworten stammen.

² Dillmann, Don: Mail and Telephone Surveys. The Total Design Method. New York, Chichester, Brisbane u.a. (John Wiley & Sons) 1978.

Tabelle 1: Befragung Freiburger Bürgerinnen und Bürger 2003
- Rücklaufquoten nach Stadtbezirken -

Stadtbezirk	Zahl der verschickten Fragebögen	Zahl der erhaltenen Fragebögen	Rücklaufquote in %
111 Altstadt-Mitte	75	34	45,3
112 Altstadt-Ring	73	41	56,2
120 Neuburg	88	47	53,4
211 Herdern-Süd	130	74	56,9
212 Herdern-Nord	134	89	66,4
220 Zähringen	205	126	61,5
231 Brühl-Güterbhf.	147	72	49,0
232 Brühl-Ind.gebiet	12	6	50,0
240 Hochdorf	143	91	63,6
310 Waldsee	126	72	57,1
320 Littenweiler	179	114	63,7
330 Ebnet	110	67	60,9
340 Kappel	126	81	64,3
410 Oberau	148	97	65,5
421 Oberwiehre	156	88	56,4
422 Mittelwiehre	112	74	66,1
423 Unterwiehre-Nord	108	63	58,3
424 Unterwiehre-Süd	171	106	62,0
430 Günterstal	74	53	71,6
511 Stühl.-Beurbarung	65	37	56,9
512 Stühl.-Eschholz	137	72	52,6
513 Alt-Stühlinger	202	97	48,0
521 Mooswald-West	92	54	58,7
522 Mooswald-Ost	82	38	46,3
531 Be.-Bischofslinde	173	103	59,5
532 Alt-Betzenhausen	118	76	64,4
540 Landwasser	179	90	50,3
550 Lehen	123	76	61,8
560 Waltershofen	124	71	57,3
611 Haslach-Egerten	144	79	54,9
612 Hasl.-Gartenstadt	195	99	50,8
613 Hasl.-Schildacker	17	9	52,9
614 Haslach-Haid	111	64	57,7
621 St. Georgen-Nord	233	150	64,4
622 St. Georgen-Süd	124	82	66,1
630 Opfingen	213	119	55,9
640 Tiengen	175	101	57,7
650 Munzingen	133	76	57,1
660 Weingarten	271	128	47,2
670 Rieselfeld	267	161	60,3
unbekannt		215	
insgesamt	5495	3392	61,7

Die Ausschöpfungsquote liegt in vielen Stadtteilen sogar über der Wahlbeteiligung bei der letzten Gemeinderatswahl. In Weingarten beteiligte sich etwa jeder zweite Angeschriebene, während 2004 lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten an der Gemeinderatswahl teilnahmen.

Wie gut die demographische Struktur der Freiburger Bevölkerung durch die Stichprobe abgebildet wird, zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 2: Demographische Struktur der Befragungsteilnehmer/innen im Vergleich mit der Grundgesamtheit (in %)

Merkmalsbereich	Grundgesamtheit	Stichprobe
18 bis unter 25 Jahren	13,7	10,3
25 bis unter 30 Jahren	10,4	8,3
30 bis unter 45 Jahren	29,6	30,4
45 bis unter 65 Jahren	27,0	30,2
65 bis unter 75 Jahren	9,8	12,0
75 Jahre und älter	9,5	8,8
männlich	45,9	44,0
weiblich	54,1	56,0
Ausländer	12,8	7,5
Deutsche	87,2	92,5

Vergleicht man die Altersstruktur der Befragten mit dem Altersaufbau der Freiburger Bevölkerung, so ist eine gute Übereinstimmung festzustellen. Die Anteile in den einzelnen Altersgruppen differieren nur um wenige Prozentpunkte zwischen der Stichprobe und der Grundgesamtheit und bewegen sich innerhalb des zu erwartenden Stichprobenfehlers. Eine größere Abweichung ist lediglich beim Erhebungsmerkmal Nationalität zu verzeichnen. Die ausländische Bevölkerung ist in der Erhebung geringfügig unterrepräsentiert. Dies lässt sich bei einer schriftlichen Erhebung ohne den aufwändigen Einsatz fremdsprachiger Fragebögen nicht vermeiden. Angesichts der in den vielen Umfragen gewählten Alternative, sich auf die deutsche Wohnbevölkerung zu beschränken und damit die Migranten aus der Erhebung auszuschließen, erschien es sinnvoller, diese geringe Unschärfe in Kauf zu nehmen.

1.4 Die Struktur der Befragten: Demographie und soziale Milieus

Für eine differenzierte Auswertung der in der Bürgerumfrage erhobenen Bereiche stehen verschiedene sozialstrukturelle Merkmale zur Verfügung. Bereits im Zusammenhang mit der Rücklaufstatistik (vgl. Tab. 2) haben wir die Zusammensetzung der Stichprobe nach Alter, Geschlecht und Nationalität dargestellt. Das Durchschnittsalter der Befragten liegt bei 47 Jahren, jeweils ein Viertel sind jünger als 33 Jahre bzw. älter als 62 Jahre. 56 % sind

Frauen und 8 % haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Alle Datenanalysen wurden grundsätzlich nach diesen Merkmalen differenziert durchgeführt und berichtet, sofern sich statistisch signifikante Unterschiede ergaben.

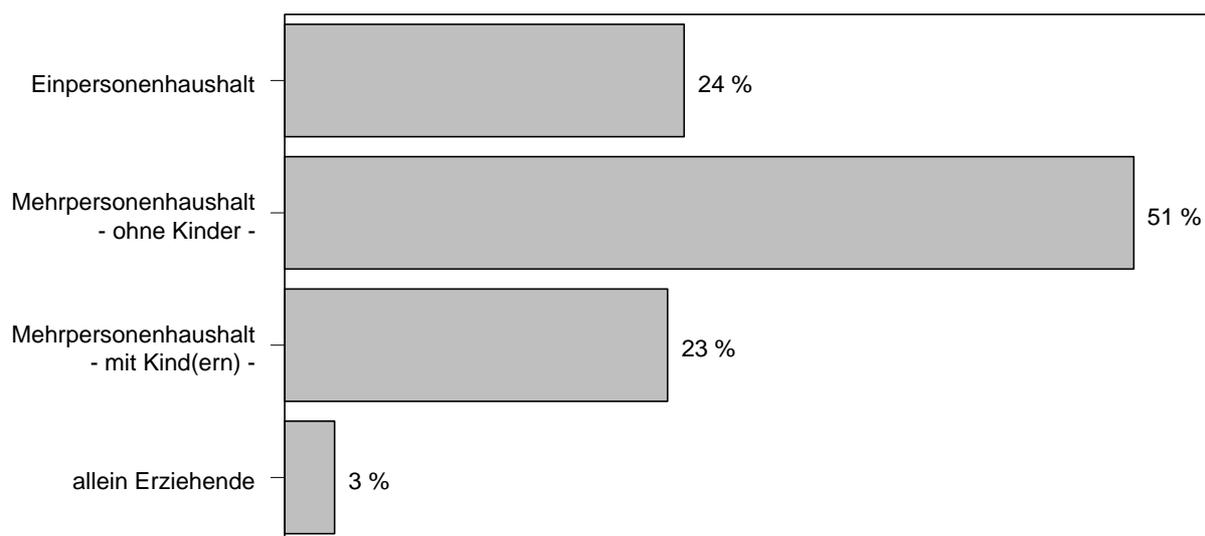
Neben dem Geschlecht, der Nationalität und dem Lebensalter gibt es weitere Personenmerkmale, die einen Einfluss auf die Lebenssituation besitzen und deshalb in der Bürgerumfrage herangezogen wurden. Zur Beschreibung sozialer Ungleichheiten hat sich die von Pierre Bourdieu¹ entwickelte Unterscheidung dreier Kapitalarten bewährt: soziales Kapital, kulturelles Kapital und ökonomisches Kapital. Das kulturelle Kapital wird durch Erziehung, schulische und berufliche Ausbildung erworben. Ein Teil des kulturellen Kapitals ist das Humankapital, das die monetären Kosten der Ausbildungsinvestitionen beinhaltet. Das ökonomische Kapital bilden die als Geld vorhandenen oder unmittelbar in Geld transferierbaren Ressourcen. Das soziale Kapital sind die Ressourcen, die auf Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens oder auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen. Die Kapitalarten lassen sich gegenseitig konvertieren. Zu allen drei Formen besitzen wir in der Bürgerbefragung zumindest ansatzweise Informationen, die wir für unsere Analysen als erklärende Merkmale heranziehen möchten.

Haushaltsstruktur

Ob jemand als Single lebt, zusammen mit einem Partner einen Haushalt führt, ob Kinder vorhanden sind oder nicht und ob diese gegebenenfalls von einem Elternteil allein erzogen werden, hat weitgehende Folgen für den jeweiligen Lebensstil und die sich ergebenden Bedürfnisse.

Abbildung 4

Von den Befragten der Bürgerumfrage 2003 leben in folgenden Haushalten ...



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3270

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

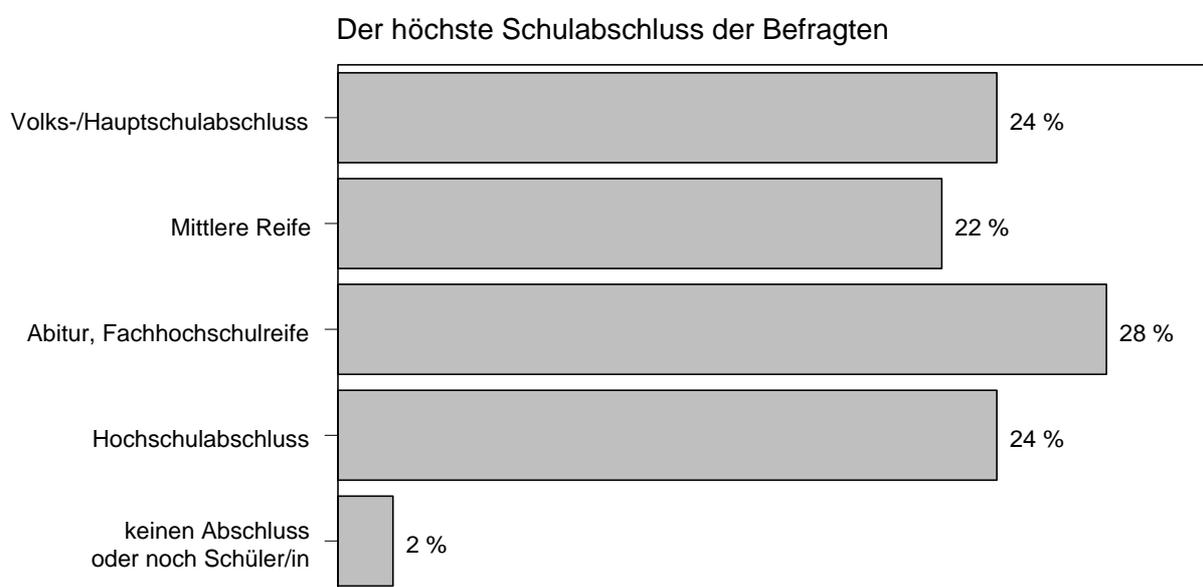
¹ Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. Aus: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen (Schwartz) 1983. (= Soziale Welt: Sonderband; 2) S. 183 - 198.

Etwas mehr als die Hälfte (51 %) der Befragten wohnt in einem Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder und 24 % leben als Single. Etwa ein Viertel der Befragten lebt in einem Mehrpersonenhaushalt, zu dem Kinder gehören (23 %), oder ist allein erziehend (3 %).

Kulturelles Kapital: Schulbildung und Berufsstatus

Der Schulabschluss bestimmt die Startchancen für das Berufsleben. Informationen über die Bildungsabschlüsse sind aber nicht nur wichtig, um die Sozialstruktur der Freiburger Bevölkerung angemessen beschreiben zu können. Für viele der in der Bürgerbefragung untersuchten Themenbereiche ist anzunehmen, dass es Unterschiede in Abhängigkeit von der Bildungsschicht geben wird.

Abbildung 5



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3312

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Etwa ein Viertel der Befragten hat einen Hochschulabschluss (24 %) und 28 % besitzen das Abitur oder die Fachhochschulreife. Etwa ein weiteres Viertel verfügt über einen Volks-/Hauptschulabschluss und 22 % haben die Schule mit der „Mittleren Reife“ beendet.

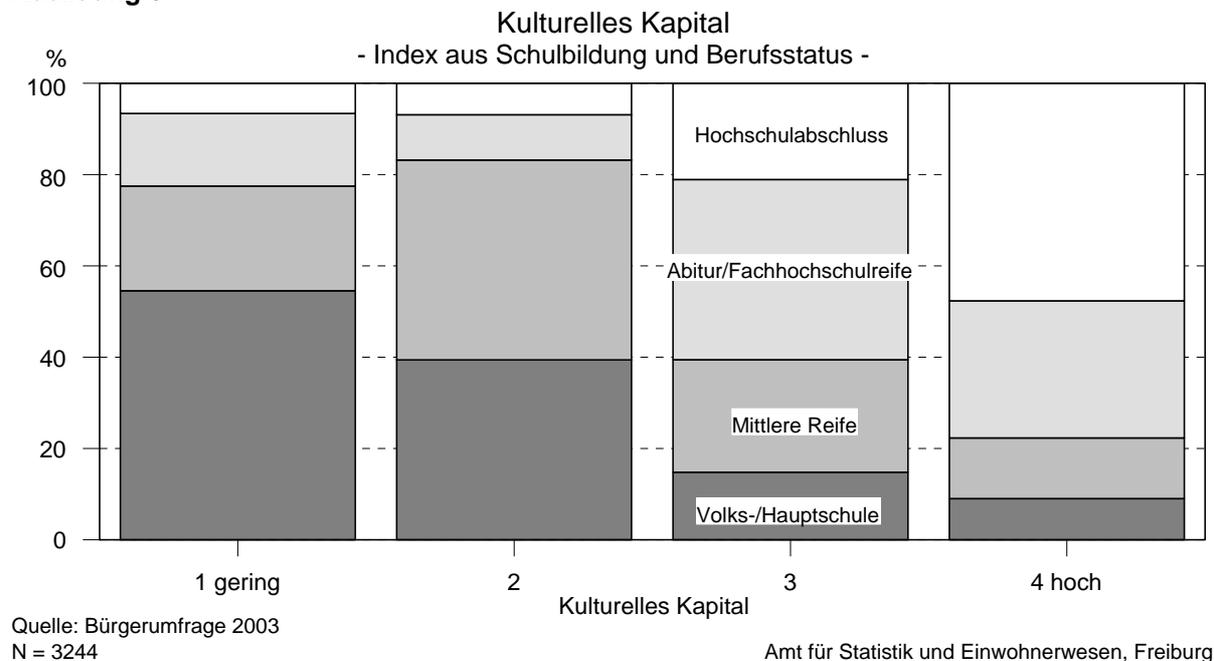
Ein hoher Bildungsabschluss ist heute zwar noch stärker als früher eine Voraussetzung, um eine gute Berufsposition zu erreichen, er ist aber immer weniger eine Garantie dafür. Neben der Bildungsposition ist deshalb der Berufsstatus ein wichtiger Bestandteil des „kulturellen Kapitals“ eines Menschen. Wir können folgende vier Gruppen unterscheiden:

- 25 % der erwerbstätigen Befragten sind oder waren als Arbeiter/in oder in einer einfach ausführenden Tätigkeit beschäftigt, für die keine besondere Ausbildung notwendig ist (z. B. Verkauf, Schreibkraft).
- 7 % gehen oder gingen einer Facharbeitertätigkeit nach.

- 36 % üben/übten eine qualifizierte Angestelltentätigkeit aus oder sind/waren als Beamte im öffentlichen Dienst bis hin zum mittleren Dienst tätig.
- 32 % sind/waren in einer höher qualifizierten Position als Angestellte, Beamte im gehobenen oder höheren Dienst tätig oder arbeiten/arbeiteten als selbstständige Akademiker.

Die Informationen über den Schulabschluss und die Berufsposition wurden zu dem vierstufigen Index „Kulturelles Kapital“ verknüpft. Dieser Index berücksichtigt, dass die soziale Position nicht nur von den schulischen Voraussetzungen, sondern auch von der beruflichen Biographie bestimmt wird. Wer die Schule lediglich mit einem Hauptschulabschluss verlassen hat, kann bei entsprechendem Berufserfolg eine hohe soziale Position erreichen und umgekehrt ist das Abitur noch keine Garantie für den zukünftigen beruflichen Aufstieg. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Status und Schulbildung sehr eng (vgl. Abb. 6).

Abbildung 6



Mehr als drei Viertel (77 %) der Personen mit geringem kulturellen Kapital haben die Schule mit einem Haupt- oder Realschulabschluss verlassen. Demgegenüber besitzen 78 % der Befragten mit hohem kulturellen Kapital einen Hochschulabschluss oder eine studienqualifizierende Schulbildung.

Ökonomisches Kapital: Einkommen und Vermögen

Die Messung von Armut und Reichtum gehört zu den kompliziertesten Erhebungsproblemen der sozialwissenschaftlichen Forschung. Zum einen ist die Frage nach dem Einkommen sehr heikel und wird häufig nicht beantwortet. Zum anderen bestehen verschiedene Berech-

nungsmethoden, über die alles andere als Einigkeit besteht. Allein der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung arbeitet mit vier verschiedenen Armutsbegriffen und zwei so genannten Äquivalenzskalen.¹

Erfragt wurde das Haushaltsnettoeinkommen, das monatlich dem Haushalt zur Verfügung steht:

Frage: Wenn Sie alles zusammenrechnen, was der gesamte Haushalt an Einkommen hat – also Lohn, Gehalt, Rente, Kindergeld oder andere Einkünfte nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung –, wie hoch ist dann das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen des gesamten Haushalts?

Als Antwortmöglichkeit standen elf verschiedene Einkommenskategorien zur Verfügung. Es ist bekannt, dass eine solche kategoriale Abfrage zu einer höheren Antwortbereitschaft führt.² Insgesamt konnten wir von 78 % der Befragten Auskunft zum Haushaltseinkommen erhalten, was an der oberen Grenze vergleichbarer Erhebungen liegt.³

Um die Wohlfahrtsposition verschiedener Haushalte vergleichen zu können, muss die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen je nach Lebensalter durch verschiedene Gewichtungsfaktoren berücksichtigt werden. Ein Zweipersonenhaushalt mit einem Einkommen von 2 000 € befindet sich in einer besseren Wohlfahrtsposition als ein Einpersonenhaushalt mit einem Einkommen von 1 000 €, da durch gemeinsames Wirtschaften Vorteile erreicht werden können. Bestimmte Ausstattungsgegenstände, wie z.B. eine Waschmaschine oder ein Kühlschrank, müssen beispielsweise nur einmal angeschafft werden. Auch ist zu berücksichtigen, dass Kinder einen geringeren Bedarf als Erwachsene haben, der aber mit dem Alter zunimmt. Für die Berücksichtigung dieser Einflüsse werden so genannte Äquivalenzskalen angewendet. Wir haben uns im Rahmen dieser Untersuchung entschieden, eine Gewichtung in Anlehnung an die Bedarfsskala des Bundessozialhilfegesetzes vorzunehmen. Die erwachsene Bezugsperson des Haushalts geht mit 100 % in die Äquivalenzberechnung⁴ ein, jede weitere erwachsene Person mit 80 %, Kinder von 10 bis unter 18 Jahren mit 75 %, Kinder von 6 bis unter 10 Jahren mit 60 % und Kinder unter 6 Jahren mit 50 %.

Das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen liegt bei 1 164 € pro Person. Die Verteilung der Einkommen ist in Tabelle 3 dargestellt. Die mittleren 50 % der Verteilung (Interquartilsabstand) verfügen über ein monatliches Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 635 € und 1 458 €. Jeweils etwa ein Viertel der Befragten haben ein Einkommen, das über bzw. unterhalb dieser Spanne liegt.

¹ Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2001.

² Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.; Warner, Uwe: Die Messung von Einkommen im nationalen und internationalen Vergleich. In: ZUMA-Nachrichten, 22. Jg. (1998), H. 42, S. 30-65.

³ Ebenda, S. 43 f.

⁴ Für die Berechnung wurden die Mittelwerte der Einkommenskategorien verwendet, wobei für die untere Klasse ein Mittelwert von 625 € und für die obere Klasse von 5 250 € verwendet wurde.

Tabelle 3: Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen (Quartile) der Bürgerumfragen 2001 und 2003 im Vergleich

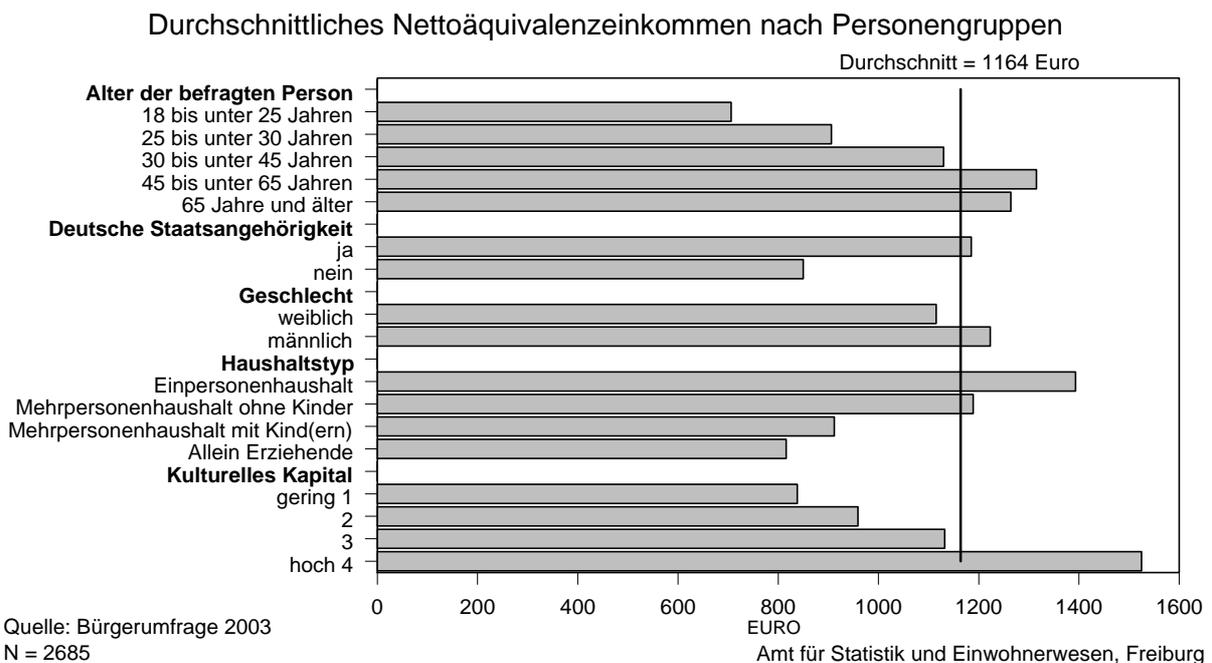
Quartile	Monatliches Äquivalenzeinkommen	
	2003	2001
1. Quartil	bis 635 €	bis 640 €
2. Quartil	über 635 € bis unter 1042 €	über 640 € bis unter 924 €
3. Quartil	1042 € bis unter 1458 €	924 € bis unter 1349 €
4. Quartil	1458 € und mehr	1349 € und mehr

Die Quartile teilen die nach steigendem Einkommen sortierte Verteilung in vier gleich große Klassen. Das 1. Quartil bilden die 25 % der Befragten mit dem niedrigsten Einkommen, das 4. Quartil sind die 25 % der Befragten mit dem höchsten Einkommen.

Betrachtet man die Einkommensentwicklung im Vergleich mit den Bürgerumfragen 2001 und 2003, dann wird deutlich, dass sich das Durchschnittseinkommen zwar erhöht hat, die Ungleichheit der Verteilung aber zugenommen hat. Vor allem das untere Viertel der Bevölkerung mit den geringsten Haushaltseinkommen hat in den vergangenen zwei Jahren sogar geringe Verluste hinnehmen müssen, während das oberer Einkommensviertel sich deutlich verbessern konnte.

Das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen verschiedener Bevölkerungsgruppen unterscheidet sich erwartungsgemäß recht deutlich (Abb. 7).

Abbildung 7



- Das Einkommen steigt im dritten und vierten Lebensjahrzehnt deutlich an und erreicht in der Altersgruppe zwischen 45 und 65 Jahren sein durchschnittliches Maximum. Im Seniorenalter nimmt das Einkommen dann zwar etwas ab, der Unterschied ist aber sehr geringfügig. Dieses Ergebnis zeigt, dass es der heutigen Senioren generation gelingt, den im Erwerbsleben erreichten Lebensstandard auch im Ruhestand zu halten. Zwar gibt es durchaus auch altersspezifische Armutsriskien, etwa bei eintretender Pflegebedürftigkeit oder wenn unzureichende Rentenansprüche erworben wurden. Dieses Armutsrisiko ist aber nicht größer als die Armutsriskien bei jüngeren Altersgruppen. Das war nicht immer so, sondern ist in erster Linie ein Erfolg der sozialen Sicherungssysteme. Bis Mitte der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts bestand im Alter weit verbreitete Armut. Mit der großen Rentenreform von 1957 gelang es dann die Ruhestandsbevölkerung an der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards zu beteiligen.
- Die Einkommensposition der ausländischen Bevölkerung liegt deutlich unter dem Niveau der deutschen Bevölkerung. Die Durchschnittseinkommen belaufen sich bei den deutschen Befragten auf 1 185 € und bei den ausländischen Befragten auf 850 €. Dies entspricht einem Niveauunterschied von etwa 30 %.
- Die Unterschiede im Äquivalenzeinkommen zwischen den männlichen und weiblichen Befragungsteilnehmern sind zwar signifikant, im Vergleich zu anderen Merkmalen aber eher gering. Das Äquivalenzeinkommen bewertet die Einkommensposition von Haushaltsmitgliedern und nicht die tatsächlich erzielten Einkünfte. Es sagt daher nichts über etwaige geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Einkommensbereich aus.
- Das höchste Äquivalenzeinkommen haben Einpersonenhaushalte, deren Durchschnittswert noch deutlich über dem Einkommen von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder liegt. Ein deutlich geringeres Äquivalenzeinkommen haben Mehrpersonenhaushalte mit Kindern und das geringste Äquivalenzeinkommen findet sich bei den allein Erziehenden.
- Das Äquivalenzeinkommen nimmt mit steigendem kulturellen Kapital, also entsprechend der Schulbildung und des beruflichen Status, deutlich zu. Bemerkenswert ist der geringe Unterschied zwischen den mittleren Statusgruppen und die sich davon absetzenden deutlichen Niveauunterschiede der untersten und obersten Gruppe. Die Einkommensposition der sehr gering und der sehr hoch Qualifizierten hebt sich sehr deutlich ab.

Neben dem Haushaltseinkommen stehen uns weitere Informationen zu selbstgenutztem Immobilienvermögen zur Verfügung. 14 % der Befragten wohnen in einer Eigentumswohnung und 20 % in ihrem eigenen Haus. Zwei Drittel (66 %) der Befragten wohnen zur Miete. Der Anteil der Besitzer von Wohneigentum hat sich gegenüber der Umfrage von 2001 damit erhöht. Keine Informationen besitzen wir über weitere Vermögensformen, wie z.B. Betriebsvermögen, Kapitalbesitz, fremdgenutzter Immobilienbesitz etc.

In der Bürgerumfrage wurde schließlich noch danach gefragt, ob ein geringes Einkommen bzw. eine niedrige Rente für die persönliche Lebenssituation bzw. für den eigenen Haushalt ein Problem darstellt. 14 % sahen in ihrer Einkommenssituation ein sehr großes Problem.

Dieser Anteil entspricht zahlenmäßig ziemlich genau der Armutsquote, die im neuesten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berichtet wurde.¹ Weitere 13 % berichten über große Einkommensprobleme. Keine größeren Probleme hat etwas mehr als ein Drittel der Befragten (36 %), während eine etwas ebenso große Gruppe (37 %) für sich keinerlei Probleme im Einkommensbereich sieht. Im Hinblick auf diese Verteilung scheint das Schlagwort der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ eine durchaus geeignete Beschreibung zu liefern.

Soziale Milieus

Die Erhebung demographischer Merkmale wie etwa Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf und Einkommen dient verschiedenen Zwecken. Zunächst besitzen diese Daten einen eigenen Informationswert, da sie uns etwas über die Struktur der städtischen Gesellschaft aussagen. Handelt es sich um eine junge oder um eine alternde Bevölkerung, wie stellt sich das Bildungsniveau und die Berufsstruktur dar und wie ist es um die finanziellen Ressourcen der Haushalte bestellt? Einige dieser sozialstrukturellen Merkmale, wie etwa Alter und Geschlecht, können auch durch die Auswertung des Melderegisters gewonnen werden. Für zentrale Merkmale wie etwa Bildung, Beruf und Einkommen liegen aber aus Registerquellen keine differenzierten aktuellen Daten für die Bevölkerung Freiburgs vor.² Die Bürgerumfrage schließt hier eine wichtige Datenlücke. Eine zweite Funktion der demographischen Daten besteht in der Erklärung individueller und sozialer Unterschiede. Wenn wir etwa Einstellungen, Bedürfnisse oder die Zufriedenheit der Freiburger Bürgerinnen und Bürger messen, dann möchten wir nicht nur einen Gesamtwert für die Bevölkerung, sondern auch Aussagen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweils spezifischen Lebenslagen treffen.

Wegen dieser beiden wichtigen Gründe ist es selbstverständlich, in Umfragen standardmäßig die demographischen Grunddaten der Befragten zu erheben. Allerdings zeigt sich immer mehr, dass die klassischen Schichtungsmerkmale, die zur Beschreibung von Bevölkerungsgruppen verwendet werden, heute nicht mehr ausreichend sind. In der traditionellen Industriegesellschaft mit ihren fest gefügten Klassen und Schichten konnte die Position einer Person noch sehr gut mit den zwei Merkmalen Berufsstatus und Einkommen ermittelt werden, die zudem auf einer Dimension lagen. Unter modernen individualisierten Bedingungen fällt der Status einer Person immer häufiger in unterschiedlichen Dimensionen auseinander (Statusinkonsistenz). Wer vor 50 Jahren beispielsweise Rechtswissenschaft studiert hat, konnte damals mit dem erfolgreichen Examen fast sicher eine entsprechende gesellschaftliche Platzierung und das damit verbundene Einkommen und Prestige erzielen. Heute ist der Studienabschluss zwar eine fast noch wichtigere, andererseits aber immer weniger hinreichende Voraussetzung für die gesellschaftliche Positionierung. Damit verliert aber in einer Umfrage auch die Berufsangabe „Akademiker/in“ an entsprechender Erklärungskraft.

¹ Deutsche Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2005.

² Etliche dieser Merkmale werden üblicherweise durch Volkszählungen ermittelt und liegen folglich lediglich zum letzten Zensustermin für 1987 vor.

Neben den Berufsverläufen differenzieren sich zudem die Werte, Einstellungen und Lebensstile in einem erheblichen Umfang aus und es kommt zu einer Auflösung traditioneller Bindungen und Orientierungen. Aus der Berufsangabe „Arbeiter“ konnte bis weit über die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinaus relativ zuverlässig auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu geschlossen werden, das mit bestimmten Einstellungen und Lebensweisen verbunden war. Die Werteforschung und die mit ihr eng verbundene Wahlforschung zeigen sehr deutlich, wie sich diese früher selbstverständlichen Zusammenhänge aufgelöst haben. Um zu einer angemessenen Beschreibung der Sozialstruktur zu kommen, müssen diese Veränderungen berücksichtigt werden. In der Wahlforschung wurde diesem Sachverhalt etwa durch die breitere Berücksichtigung von Wertorientierungen, etwa durch die Unterscheidung materialistischer und postmaterialistischer Einstellungen Rechnung getragen. Inzwischen hat es sich in Sozialstrukturanalysen durchgesetzt, die Dimension der „strukturellen Ressourcen“, die u.a. durch Einkommen, Vermögen, Bildung und berufliche Abschlüsse gebildet wird, durch eine weitere Dimension der „symbolischen Ressourcen“ zu erweitern. Diese weitere Dimension bringt die Lebensstile und -entwürfe zum Ausdruck, die durch individuelle Einstellungen, Werte und Verhaltensdispositionen gekennzeichnet sind.

Durch die Berücksichtigung dieser zweiten Dimension lassen sich soziale Milieus identifizieren. Diese Milieus besitzen eine ausgesprochen hohe Erklärkraft. So konnte etwa am Beispiel der Europa- und Gemeinderatswahl 2004 gezeigt werden, welche starken Zusammenhänge zwischen der Milieuzugehörigkeit und dem Wahlverhalten bestehen.¹ Milieukonzepte werden auch häufig in der Markt- und Konsumforschung eingesetzt, um das Käuferverhalten zu beurteilen und Zielgruppen zu identifizieren. Sehr verbreitet und bekannt sind die so genannten Sinus-Milieus.²

Die Einführung von „symbolischen Ressourcen“ als weitere Dimension erhöht allerdings die Komplexität der Sozialstrukturanalyse. Dies um so mehr, da sich Werteorientierungen und die mit ihnen verbundenen Lebensstile nicht so einfach erheben lassen, wie dies etwa bei Berufs- und Einkommensmerkmalen der Fall ist. Erschwerend kommt hinzu, dass vor allem die in der Marktforschung verwendeten Milieukonzepte nicht offen gelegt sind und damit von der Wissenschaft weder überprüft, noch verwendet werden können. Ein Rückgriff auf andere wissenschaftlich veröffentlichte Milieustudien scheidet häufig wiederum an der Komplexität der verwendeten Erhebungsbögen. Im Gegensatz zu einer Bürgerumfrage können in einer speziellen Einzelstudie Werte sehr umfangreich erhoben werden. Es stellt sich damit die Aufgabe, ein geeignetes Erhebungsverfahren zu entwickeln, mit dem soziale Milieus auf einfache Weise identifiziert werden können. Wünschenswert ist die Möglichkeit, diese Milieus mit bundesweiten Ergebnissen zu vergleichen. Ein entsprechendes Instrument wurde am Institut für Soziologie an der Universität Freiburg entwickelt und in verschiedenen Studien

¹ Vgl. Baldo Blinkert: Die Parteien und ihre Milieus. Eine Analyse auf der Grundlage der Freiburger Bürgerumfrage 2003 und der Wahlergebnisse vom 13. Juni 2004. Statistischer Infodienst vom 7.7.2004. (Online: <http://news.fr-ase.kunden.bzol.de/upload/15476.pdf>)

² Siehe <http://www.sinus-sociovision.de/>

erfolgreich eingesetzt.¹ Die symbolischen Ressourcen werden mit zwei Indizes bzw. Skalen gemessen, die auch regelmäßig in der bundesweiten ALLBUS-Erhebung eingesetzt werden: dem Materialismus-Postmaterialismus-Index von Inglehart und einer Skala aus verschiedenen Einstellungsfragen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und zur Frauenerwerbstätigkeit, die die Unterscheidung eines „modernen“ und „traditionellen Rollenverständnisses“ möglich macht.

Die Postmaterialismusthese wurde mit der von Inglehart 1977 veröffentlichten „Theorie der Silent Revolution“² populär. Inglehart geht davon aus, dass sich mit dem wachsenden Wohlstand in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ein Wertewandel zwischen den beiden Polen Materialismus und Postmaterialismus vollzieht. Eine wesentliche Ursache sieht er in den Sozialisationserfahrungen der Generationen, die von unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen bestimmt werden. Mit wachsendem Wohlstand kommt es in der Nachkriegszeit zu einer zunehmenden Abwendung von materiellen hin zu postmateriellen Werten. Statt wirtschaftlichem Wohlstand, der nun selbstverständlich geworden ist, treten Ansprüche an Demokratisierung, Gleichberechtigung und Umweltschutz in den Vordergrund.

Zur Messung der Postmaterialistischen/Materialistischen Werteorientierung wird folgende Fragestellung verwendet³:

Frage: Postmaterialismus-/Materialismus-Index nach Inglehart:

In der Politik können ja verschiedene Ziele verfolgt werden. Wenn Sie zwischen den folgenden vier Zielen wählen müssten, welches Ziel erschien Ihnen persönlich am wichtigsten (Rang 1) und welches am unwichtigsten (Rang 4)? Wählen Sie dann zwischen den beiden übrig gebliebenen Zielen den Rang 2 und 3 aus.

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung
- mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung
- Kampf gegen steigende Preise
- Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung

Diejenigen Befragten, die sowohl „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ als auch „Kampf gegen steigende Preise“ auf die ersten beiden Rangplätze in der Wichtigkeitseinstufung setzen, werden als „Materialisten“ eingestuft. Befragte, welche dagegen „mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ und „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“ für die wichtigsten Ziele halten, werden als „Postmaterialisten“ bezeichnet. Alle anderen Befragten haben im Sinne dieser Indexbildung keine einheitliche Prioritätensetzung und werden daher als „Mischtypen“ bezeichnet. Befragte, die ein „postmaterialistisches Item“ an erster Stelle und ein „materialistisches“ Item an zweiter Stelle nennen, werden in die Kategorie „postmaterialistischer Mischtyp“ eingruppiert; bei

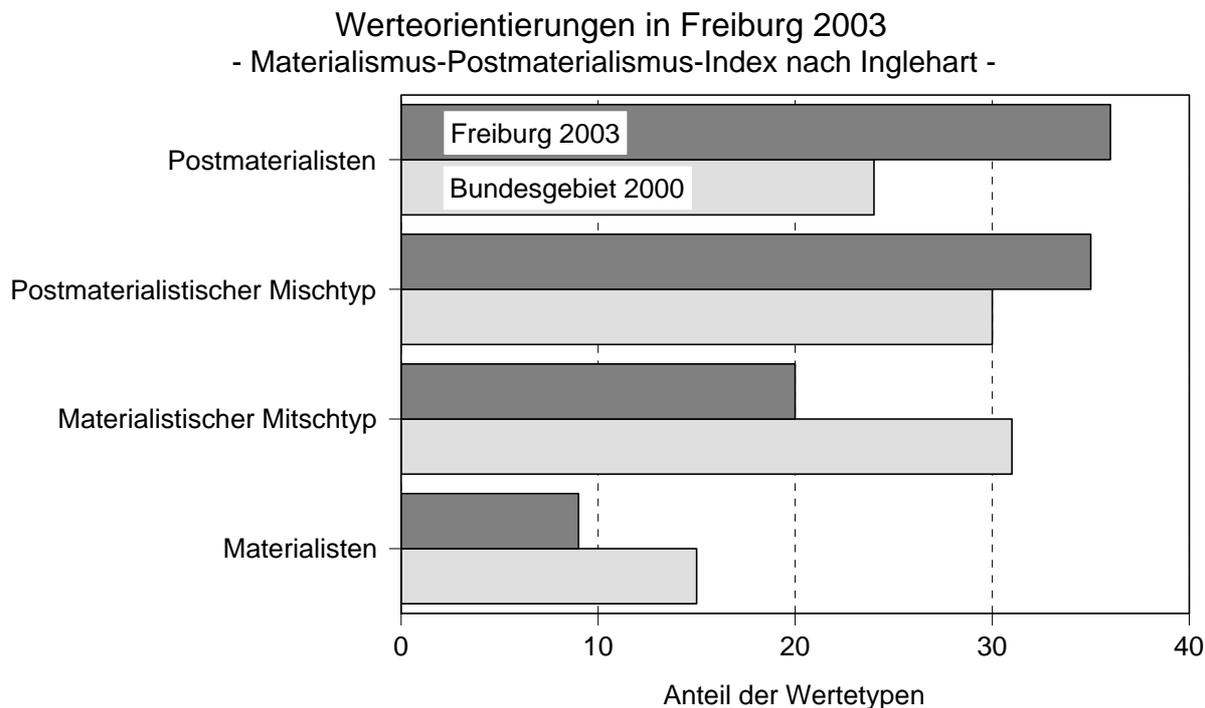
¹ Wir danken Herrn PD Dr. Baldo Blinkert für die Überlassung des Instrumentes im Rahmen der Freiburger Bürgerumfrage und für seine Anregungen und Hilfestellungen.

² Inglehart, Ronald: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles. Princeton (Princeton University Press) 1977.

³ Vergleiche auch Codebuch zum ALLBUS 2000, S. 492, ZA-Nr. 3451.

Kategorie „postmaterialistischer Mischtyp“ eingruppiert; bei umgekehrter Prioritätenreihenfolge wird von einem „materialistischen Mischtyp“ ausgegangen.¹

Abbildung 8



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Vergleicht man die Anteile der Wertetypen nach Inglehart in der Freiburger Bevölkerung mit den Ergebnissen im Bundesgebiet, so sind deutliche Unterschiede feststellbar. Den häufigsten Wertetyp in Freiburg stellen mit einem Anteil von 36 % die Postmaterialisten dar, die bundesweit einen deutlich geringeren Anteil von 24 % aufweisen. Der materialistische Wertetyp ist in Freiburg dagegen mit lediglich 9 % vertreten und damit im Vergleich zum Bundesgebiet (15 %) unterrepräsentiert. Auch bei den Mischtypen zeigt sich ein Überwiegen postmaterialistischer Orientierungen im Vergleich zum Bundesgebiet.

Bereits diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich die Freiburger in ihren Werteorientierungen deutlich von der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung abheben. Dieser soziologische Sachverhalt korrespondiert mit dem Freiburger Selbstverständnis, doch „etwas anders zu sein“. Auch die bekannten politischen Besonderheiten, wie etwa der hohe Wähleranteil der GRÜNEN, die starke Ökologiebewegung und der „grüne“ Oberbürgermeister, sind letztlich vor dem Hintergrund dieses Wertewandels zu sehen.

Die stärkere Verbreitung moderner² Werteorientierungen in der Freiburger Bevölkerung zeigt sich ebenfalls sehr deutlich in den Einstellungen zur Rolle der Frau in Familie und Beruf, die

¹ Zur Erläuterung siehe: Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: American Political Science Review, 65. Jg. (1971), S. 991 - 1017.

² Der Begriff „modern“ wird hier nicht in einem wertenden Sinn verwendet sondern bezieht sich auf die zeitliche Veränderung von früheren vormodernen Werteorientierungen zu heutigen modernen Orientierungen.

als weiterer Indikator für „vormoderne“ und „moderne“ Orientierungen verwendet wurden. In der Tabelle 4 sind die verschiedenen Frageformulierungen aufgeführt, mit denen das Rollenverständnis der Befragten ermittelt wurde. Es können zwei verschiedene Dimensionen unterschieden werden. Die eine Dimension betrifft die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, während die andere Dimension die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit der Frau auf die Situation und Entwicklung der Kinder betrifft. Als traditionell wird ein Rollenverständnis eingestuft, das dem Mann die Dominanz in der Berufssphäre zuordnet und die Frau in den häuslichen Bereich verweist. Befragte mit diesem Rollenverständnis sind der Ansicht, die Frau solle sich eher zu Hause um die Kinder kümmern, dem Mann unter Zurückstellung eigener beruflicher Möglichkeiten bei der Karriere helfen und auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn Arbeitsplätze knapp sind. Ein modernes Rollenverständnis kommt durch gegenteilige Einstellungen zum Ausdruck. Moderne Einstellungen liegen ebenfalls vor, wenn die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit von Frauen für die Kinder positiv eingeschätzt werden.

Tabelle 4: Die Messung von Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau

Dimension	Frage	Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverhältnis	
		Zustimmung	Ablehnung
Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau	„Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“	traditionell	modern
	„Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“	traditionell	modern
	„Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.“	traditionell	modern
Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau	„Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“	traditionell	modern
	„Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“	modern	traditionell
	„Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.“	modern	traditionell

Wie sich die Freiburger im Hinblick auf die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Berufstätigkeit von Müttern äußern, ist aus Tabelle 5 zu ersehen. Die Freiburger zeigen ein deutlich moderneres Rollenverständnis als die übrige Bundesbevölkerung. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Wesentlich weniger Personen (34 % statt 44 % bundesweit) sind der Meinung, eine Frau solle besser zu Hause bleiben, wenn der Mann voll im Berufsleben steht. Auch ein Vorrang für die Karriere

des Ehemanns wird in Freiburg nur von etwa jedem fünften Befragten (22 %) bejaht, während dies im Bundesgebiet jeder Dritte (32 %) so sieht. Deutlich geringer ist der Unterschied im Hinblick auf den Arbeitsmarkt. Hier sagen 31 % der Freiburger und 36 % der Bundesbürger eine verheiratete Frau solle beruflich zurückstehen, wenn Arbeitsplätze knapp sind.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der Freiburger und auch der Bundesbürger lehnen eine Vorrangstellung des Mannes im Hinblick auf die berufliche Rollenverteilung ab. Eine geschlechterspezifische Rollenzuordnung ist aber etwas deutlicher festzustellen, wenn es um die Erziehung der Kinder geht. 61 % der Bundesbürger sind der Meinung, ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist. In Freiburg wird diese Einschätzung bei einem Anteil von 58 % der Befragten fast genauso häufig geteilt. Andererseits sind 84 % der Freiburger der Ansicht, eine berufstätige Mutter könne ein genauso herzliches Verhältnis zu den Kindern haben wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist. Diese Einstellung ist ziemlich genauso häufig anzutreffen wie im Bundesgebiet. Etwas häufiger sind die Freiburger der Ansicht, es sei für ein Kind sogar gut, wenn die Mutter sich nicht ausschließlich auf den Haushalt konzentriert (60 % statt 53 % bundesweit).

Tabelle 5: Vorstellungen zur Rollenverteilung von Mann und Frau in Freiburg und im Bundesgebiet

	„stimme voll und ganz“ bzw. „eher zu“	
	bundesweit 2000	Freiburg 2003
„Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“	44 %	34 %
„Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“	32 %	22 %
„Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.“	36 %	31 %
„Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“	61 %	58 %
„Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“	85 %	84 %
„Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.“	53 %	60 %

Die Messung materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen und die Unterscheidung moderner und traditioneller Rollenvorstellungen besitzen bereits für sich genommen einen eigenen Informationswert. Es zeigt sich, dass die Freiburger Bevölkerungen insgesamt modernere Einstellungsmuster als die übrige Bevölkerung im Bundesgebiet aufweist. Diese Einstellungen haben natürlich Auswirkungen auf das Alltagshandeln, die Bedarfslagen und das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso wie es einen Unterschied macht, ob jemand über ein hohes oder geringes Einkommen, eine bestimmte Schulbildung oder einem Beruf verfügt, so spielt es auch eine Rolle, ob jemand eher einen traditionellen oder einen

modernen Lebensentwurf verfolgt. Die beiden Dimensionen der strukturellen und der symbolischen Ressourcen bilden folglich ein Koordinatensystem (Abb. 9), in dem sich verschiedene soziale Milieus verorten lassen.

Abbildung 9:



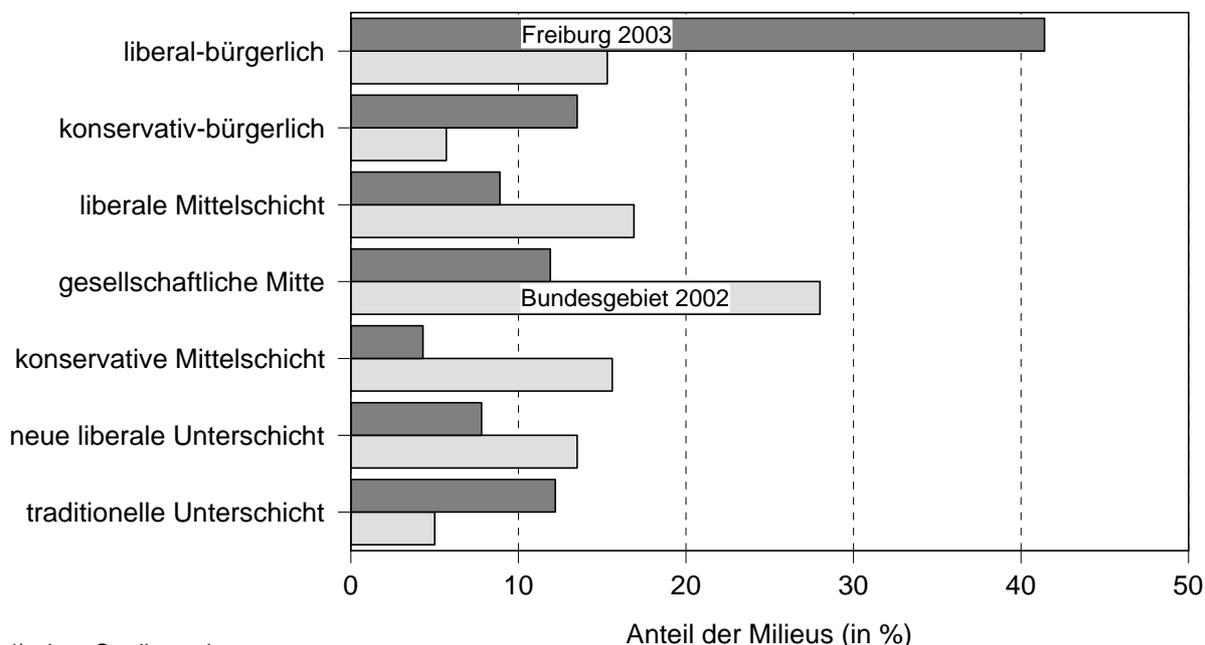
Die größte Gruppe bildet in Freiburg das liberal-bürgerliche Milieu mit einem Anteil von 41 %. Im Bundesgebiet sind es lediglich 15 % der Einwohner, die diesem Milieu zuzurechnen sind. Freiburg verfügt also über ein deutliches Potential an Einwohnern, die über relativ hohe Bildungs- und Einkommensressourcen verfügen und einen modernen Lebensstil präferieren. Jeweils etwa gleich große Milieugruppen bilden in Freiburg dann das konservativ-bürgerliche Milieu (14 %), das traditionelle Unterschichtmilieu (12 %) und die gesellschaftliche Mitte (12 %). Die beiden erstgenannten Milieus sind in Freiburg stärker ausgeprägt als im Bundesgebiet, während die gesellschaftliche Mitte erheblich schwächer ausgebildet ist. Eine geringere Bedeutung haben in Freiburg ebenfalls die konservativen und liberalen Mittelschichtmilieus.

In diesen Milieugruppen sind die Studierenden bislang nicht berücksichtigt. Sie lassen sich zwar hinsichtlich ihrer Lebensstile und -einstellungen recht gut auf der Achse der symbolischen Ressourcen verorten. Problematisch ist aber die Verortung auf der Dimension der strukturellen Ressourcen. Studierende verfügen zwar über geringe Einkommen und besitzen auch noch keinen festen Berufsstatus, es wäre aber unangemessen, von geringen Ressourcen auszugehen. Für eine große Anzahl der Studierenden ist vielmehr davon auszugehen, dass sie im Zuge ihrer beruflichen Entwicklung zukünftig eher eine höhere Position erreichen

werden. Aus diesem Grund wurden die Studierenden als eigene Milieugruppe zusammengefasst.

Abbildung 10

Soziale Milieus^{*)} in Freiburg 2003 und im Bundesgebiet 2002



^{*)} ohne Studierende

Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Interessante Unterschiede zeigen sich im Hinblick auf die sozialräumliche Verteilung der verschiedenen Milieugruppen. Insbesondere beim traditionellen Unterschichtmilieu zeigt sich eine starke Ost-West-Segregation der städtischen Bevölkerung. Vor allem die Stadtbezirke Haslach, Stühlinger und Weingarten weisen einen überdurchschnittlichen Anteil dieser Milieugruppe auf.

Hohe Anteile des neuen, liberalen Unterschichtmilieus finden sich in Mooswald-West und Stühlinger-Beurbarung. Das konservative Milieu und die gesellschaftlichen Mittelschichten finden sich vor allem in den westlichen Stadtbezirken, in Herdern und den Freiburger Ortschaften. Das in Freiburg zahlenmäßig am stärksten vertretene liberal-bürgerliche Milieu prägt die Bevölkerungsstruktur im Bezirk Altstadt-Ring, Herdern-Süd, Waldsee, Wiehre und St. Georgen-Süd (Vauban).

Tabelle 6: Soziale Milieus 2003 in den Stadtbezirken und in Freiburg insgesamt im Vergleich zum Bundesgebiet 2002 (in %)

	trad. Unterschichtmilieu	neues, lib. Unterschichtmilieu	kons. Mittelschichtmilieu	gesellsch. Mitte	liberales Mittelschichtmilieu	konservatives bürgerl. Milieu	liberales bürgerl. Milieu	Studenten	Gesamt
111 Altstadt-Mitte	8	0	0	2	2	11	35	42	100
112 Altstadt-Ring	10	0	0	6	0	4	62	17	100
120 Neuburg	4	1	9	11	4	35	25	11	100
211 Herdern-Süd	5	2	2	11	5	3	54	18	100
212 Herdern-Nord	8	1	8	14	11	17	27	13	100
220 Zähringen	6	4	3	6	9	13	44	14	100
[231] Brühl	8	7	2	8	3	14	29	28	100
240 Hochdorf	14	13	4	20	6	12	22	10	100
310 Waldsee	2	4	7	7	2	16	53	9	100
320 Littenweiler	2	9	8	8	4	19	31	19	100
330 Ebnet	15	11	8	16	4	7	30	9	100
340 Kappel	6	9	7	14	4	21	23	16	100
410 Oberau	2	3	3	6	9	8	44	25	100
421 Oberwiehre	2	10	3	12	6	11	44	12	100
422 Mittelwiehre	0	3	1	11	5	8	55	17	100
423 Unterwiehre-Nord	0	3	0	7	2	12	46	29	100
424 Unterwiehre-Süd	1	4	8	4	9	7	50	18	100
430 Günterstal	8	0	4	15	2	16	48	8	100
511 Stühl.-Beurbarung	27	22	0	5	0	5	24	16	100
512 Stühl.-Eschholz	4	4	2	5	12	10	45	19	100
513 Alt-Stühlinger	15	11	0	3	1	6	41	23	100
521 Mooswald-West	16	23	0	20	5	7	20	9	100
522 Mooswald-Ost	15	2	10	7	12	16	24	14	100
531 Be.-Bischofslinde	14	13	1	9	14	6	33	9	100
532 Alt-Betzenhausen	8	4	2	8	13	19	25	20	100
540 Landwasser	16	15	5	18	3	25	13	6	100
550 Lehen	20	8	5	17	7	10	27	6	100
560 Waltershofen	24	11	6	12	7	7	20	13	100
[610]Hasl.Gartenst./Schild.	25	8	5	13	8	4	25	13	100
611 Haslach-Egerten	20	4	4	9	13	6	30	14	100
614 Haslach-Haid	14	10	4	6	1	26	30	9	100
621 St. Georgen-Nord	15	4	5	10	12	8	35	11	100
622 St. Georgen-Süd	5	6	2	10	9	1	50	16	100
630 Opfingen	13	12	3	16	15	7	29	6	100
640 Tiengen	12	6	5	9	10	19	32	6	100
650 Munzingen	16	4	1	18	14	17	17	14	100
660 Weingarten	31	4	3	14	5	11	25	6	100
670 Rieselfeld	5	5	1	10	13	7	45	13	100
Freiburg 2003 insges.	10	7	4	10	7	11	36	15	100
Freiburg 2003 insges. ohne Studenten	12	8	4	12	9	14	41		100
Bundesgebiet 2002 ohne Studenten	5	14	16	28	17	6	15		100

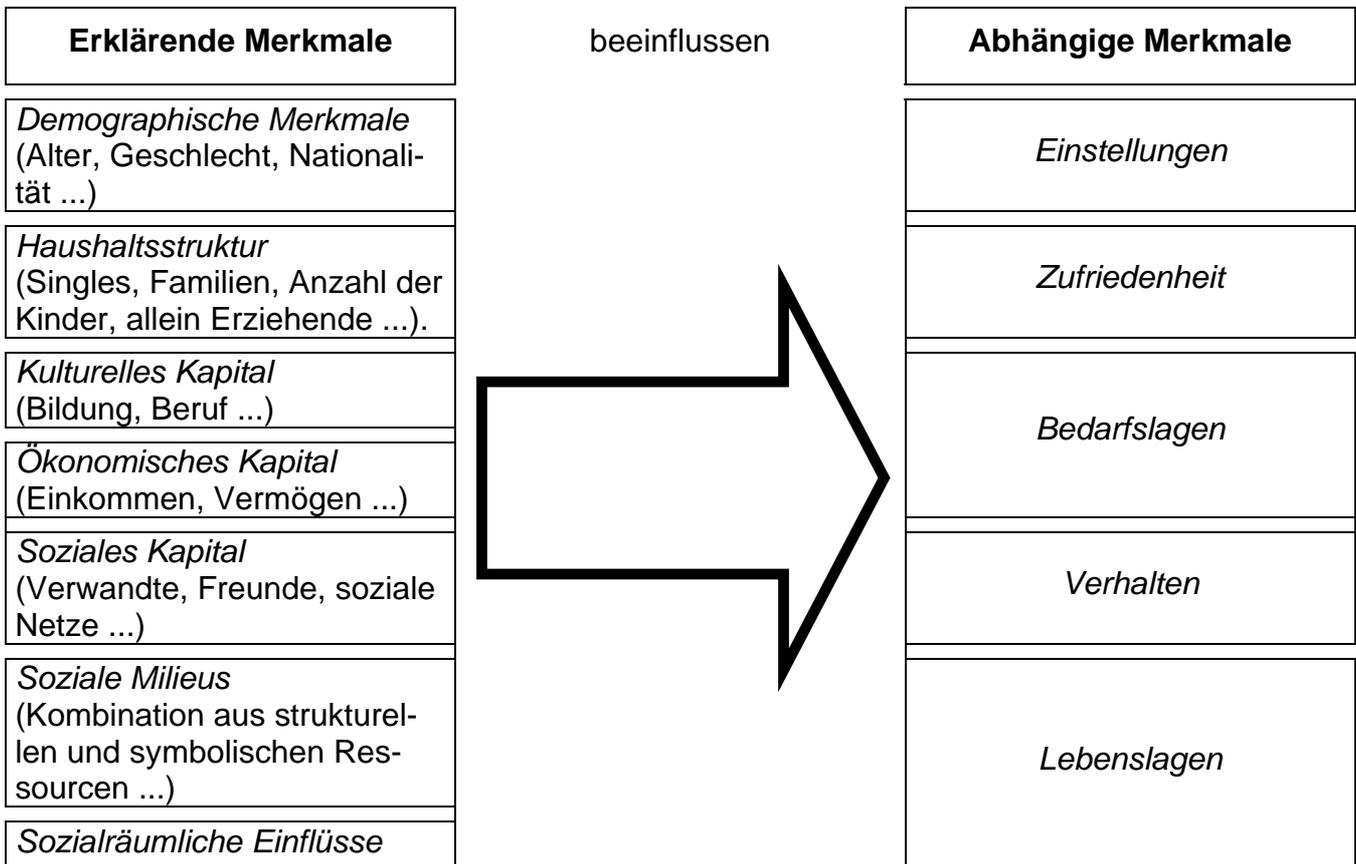
Quellen: Eigenberechnungen auf der Grundlage der Bürgerumfrage Freiburg 2003 und der ALLBUS-Umfrage 2002

Demographische Merkmale und soziale Milieus als Erklärvariablen

Die demographischen Merkmale und sozialen Milieus werden in dieser Umfrage nicht nur zur Beschreibung der sozialen Struktur sondern auch zur Erklärung herangezogen.

Abbildung 11

Demographie und Milieus als erklärende Variablen



Wenn wir die Einstellungen, die Bedürfnisse oder die Zufriedenheit der Freiburger Bürgerinnen und Bürgerinnen ermitteln, dann interessieren nicht nur die Gesamtergebnisse, sondern wir möchten auch wissen, wie es in bestimmten Bevölkerungsgruppen oder Stadtgebieten aussieht. Sind beispielsweise ältere Bürger mit bestimmten Aspekten der Stadt Freiburg und ihrer Verwaltung zufriedener als jüngere Einwohner? Gibt es in bestimmten Stadtteilen spezifische Problemlagen oder Defizite, die so auf gesamtstädtischer Ebene gar nicht sichtbar werden? Welche Rolle spielt die Familiensituation: gibt es Unterschiede zwischen Haushalten mit Kindern und ohne Kinder? Und wie verhält es sich bei den allein Erziehenden? Für eine vorausschauende städtische Planung ist aber nicht nur das Wissen um diese Unterschiede, sondern auch um die Zusammenhänge und Entwicklungen von zentralem Interesse? Worauf muss sich eine Stadt einstellen, wenn sich durch die demographischen Entwicklungen einerseits die Bevölkerungsstruktur verändert und andererseits durch den sozialen Wandel und gestiegene Mobilitätsanforderungen die informellen Unterstützungsnetzwerke schwächer wer-

den? Aus diesen Gründen versuchen wir in diesem Bericht nicht nur rein statisch die Ist-Situation darzustellen, sondern auch die sozialen Zusammenhänge und Entwicklungen zu analysieren.

Wenn über die Entwicklung in den Städten diskutiert wird, dann wird zurecht sehr deutlich auf die großen Unterschiede zwischen den Stadtteilen hingewiesen. Soziale Unterschiede schlagen sich in räumlichen Unterschieden nieder und führen zu einer deutlichen Segregation der Bevölkerung. Die demographischen und sozialen Verhältnisse differieren sehr stark und deshalb reicht es nicht aus nur statistische Zahlen für die Gesamtstadt zu berichten. Für die kommunale Stadtforschung und Statistik sind die kleinräumigen Ergebnisse in den Stadtbezirken von besonderer Bedeutung. Ebenso besteht ein großes Interesse daran, für wichtige Zielgruppen der Stadtpolitik einen ausreichenden Informationshintergrund zu erarbeiten. Eine solche Zielgruppe bilden beispielsweise die Familien. Würde man eine Umfrage nach dem gängigen Stichprobenverfahren einer reinen Zufallsauswahl durchführen, hätte dies zur Folge, dass für bestimmte Teilgruppen der Bevölkerung zu wenige Interviews zur Verfügung ständen. Dies wäre beispielsweise bei Haushalten von allein Erziehenden und bei geringer besiedelten Stadtquartieren der Fall. Aus diesem Grund wurde in der Bürgerumfrage wiederum ein disproportionales Stichprobendesign gewählt. Allein Erziehende und Einwohner dünner besiedelter Stadtbezirke wurden in der Stichprobe stärker berücksichtigt, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Damit kann auch für diese Teilgruppen eine Aussage getroffen werden. Bei Angaben zur Gesamtbevölkerung werden diese Gruppen dann gewichtet, womit repräsentative Schätzungen für die Grundgesamtheit möglich werden.

Angestrebt wurde eine Mindestzahl von 40 Interviews je Stadtbezirk. Dies wurde mit Ausnahme der bevölkerungsarmen Bezirke Brühl-Industriegebiet und Haslach-Schildacker realisiert, die deshalb mit ihren Nachbarbezirken zusammengefasst wurden. Durch die Stichprobenanlage konnten weiterhin Interviews in 1 355 Familienhaushalten mit Kindern unter 18 Jahren realisiert werden. Zu diesen Familienhaushalten zählen 185 allein Erziehende, womit auch für diese Gruppe erstmals eine ausreichende empirische Befragungsbasis geschaffen werden konnte. Damit steht in Freiburg eine aussagekräftige Stichprobe für die verschiedenen Familienformen zur Verfügung.

2. Leben in Freiburg

Bürgerumfragen sollen vor allem Informationen zur Verfügung stellen, wie sich die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger entwickelt, wie sie ihre Stadt sehen und subjektiv bewerten und in welchen Feldern sie die Stärken und Schwächen ihrer Stadt verorten. Aus diesen Gründen bilden Fragen zur Zufriedenheit mit der eigenen Stadt einen wichtigen Themenkomplex in fast allen kommunalen Bürgerumfragen. Wenn diese Fragen regelmäßig in gleichlautender Form gestellt werden, ergeben sich wichtige Aufschlüsse über Veränderungen in einzelnen Bereichen, die sich in Form eines „Kommunalbarometers“¹ beobachten lassen. Es sind im wesentlichen drei verschiedene Dimensionen die im Folgenden dargestellt werden. Zunächst wird auf die allgemeine Bindung der Freiburger Bürgerinnen und Bürger und das Image der Stadt Freiburg in der eigenen Bevölkerung eingegangen. Dann steht die Frage im Mittelpunkt, wie die Lebensbedingungen in Freiburg beurteilt werden und wie sich diese im Vergleich zu früher verändert haben. Die dritte Perspektive geht dann differenziert auf die einzelnen wichtigen Lebensbereiche ein um zu erkunden, wo die dringendsten Probleme gesehen werden und wie es um die Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebens- und Versorgungsbereichen in Freiburg bestellt ist.

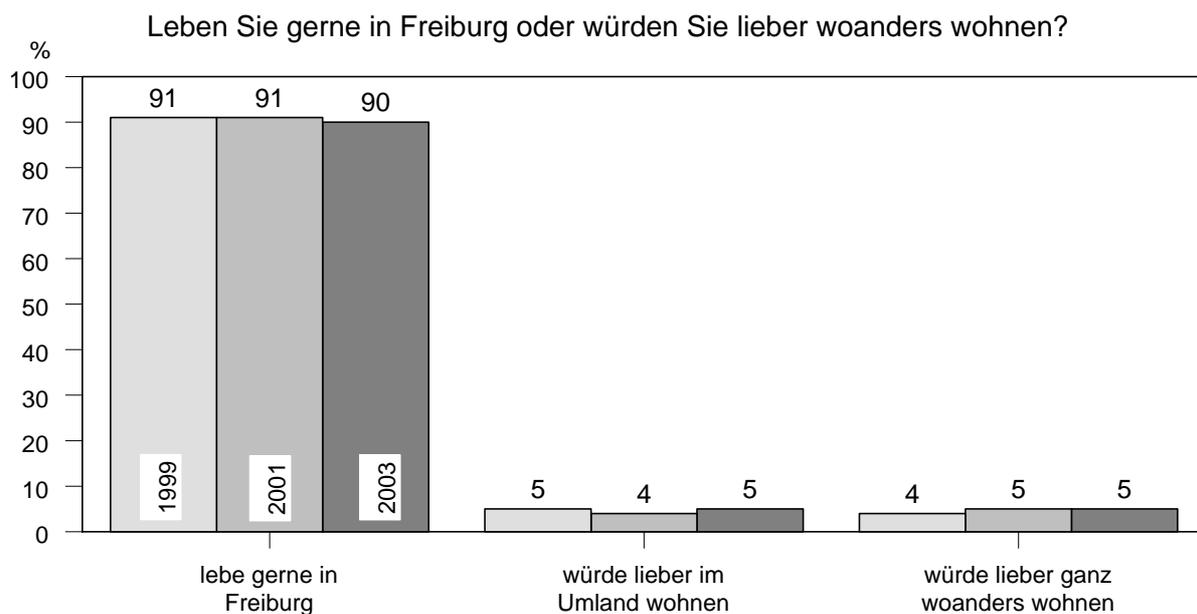
2.1 Die Bindung an die Stadt Freiburg und ihr Image

Frage: Leben Sie gerne in Freiburg, oder würden Sie lieber woanders wohnen, wenn Sie es sich aussuchen könnten?

Diese Frage wurde gleichlautend wie in den Bürgerumfragen von 2001 und 1999 gestellt. Da sie regelmäßig auch in zahlreichen Umfragen anderer Städte gestellt wird, sind gute Vergleichsmöglichkeiten gegeben. Neunzig von hundert, die antworteten, leben gerne in Freiburg, fünf würden lieber im Umland und fünf ganz woanders wohnen. Die Ergebnisse decken sich ziemlich exakt mit den Resultaten der bisherigen Bürgerumfragen. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Freiburger Bevölkerung eine konstante und ausgesprochen hohe Bindung an die eigene Stadt besitzt.

¹ Landeshauptstadt Stuttgart; Statistisches Amt: Die Ergebnisse in der Bürgerumfrage 2003 in der Gesamtschau. Stuttgart 2004. (= Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 2/2004)

Abbildung 12



Quelle: Bürgerumfragen 1999/2001/2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Wie hoch die Bindung der Freiburger Bürgerinnen und Bürger an ihre Stadt ist, zeigt ein Vergleich mit anderen Städten. Lediglich Regensburg hat für seine Bürger noch eine höhere Attraktivität. In Städten wie Frankfurt, Herne oder Pforzheim bekundet hingegen etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Bevölkerung lieber woanders wohnen zu wollen.

Abbildung 13



Quelle: Bürgerumfrage 2003 in Freiburg

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Eigenschaften Freiburgs

Befragt man die Bevölkerung nach den Eigenschaften Freiburgs, dann fällt auf, dass kaum eine der vorgegebenen Antwortkategorien wirklich negativ beurteilt wird. Bei allen Eigenschaften sind mehr als 60 % der Befragten der Meinung, dass Freiburg positiv zu beurteilen ist (Einstufung „trifft zu“ oder „trifft eher nicht zu“).

Tabelle 7: Inwieweit treffen die folgenden Eigenschaften auf Freiburg zu?

Freiburg ist ...	trifft völlig zu	trifft eher zu	teils/teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	Anzahl (=100 %)
frauenfreundlich	20 %	49 %	26 %	4 %	1 %	2 827
familienfreundlich	21 %	43 %	30 %	5 %	1 %	3 049
seniorenfreundlich	19 %	43 %	30 %	7 %	1 %	2 589
ausländerfreundlich	20 %	41 %	34 %	5 %	1 %	2 914
kinderfreundlich	19 %	39 %	33 %	9 %	1 %	2 954

Jeweils ein Fünftel der Befragten äußert völlige Zustimmung zu den verschiedenen Dimensionen. Beim Anteil der Befragten, die geringe Einschränkungen machen, sind die Unterschiede schon deutlicher. 49 % halten beispielsweise die Aussage, Freiburg sei frauenfreundlich für „eher zutreffend“, während dieses Prädikat nur von 39 % der Befragten für die Eigenschaft „kinderfreundlich“ vergeben wird.

Die Beurteilung Freiburgs wurde von allen Befragten vorgenommen. Nun stellt sich die spannende Frage, ob es Beurteilungsunterschiede in Abhängigkeit von der eigenen Gruppenzugehörigkeit gibt. Beurteilen beispielsweise Frauen die „Frauenfreundlichkeit“ anders als Männer etc. Tatsächlich lassen sich deutliche Unterschiede¹ feststellen:

Freiburg ist frauenfreundlich sagen:	... 79 % der Männer ... 63 % der Frauen
Freiburg ist familienfreundlich sagen:	... 69 % der Single-Haushalte ... 68 % der kinderlosen Mehrpersonenhaushalte ... 55 % der Mehrpersonenhaushalte mit Kind(ern) ... 45 % der allein Erziehenden
Freiburg ist kinderfreundlich sagen:	... 62 % der kinderlosen Haushalte ... 46 % der Haushalte mit minderjährigen Kindern
Freiburg ist seniorenfreundlich sagen:	... 64 % der unter 60-Jährigen ... 59 % der über 60-Jährigen
Freiburg ist ausländerfreundlich sagen:	... 61 % der Deutschen ... 59 % der Ausländer

¹ Jeweils Anteil der Personen, die sagen, „trifft völlig zu“ und „trifft eher zu“.

Die Frage der Ausländerfreundlichkeit ist der einzige Aspekt, bei dem es keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf die eigene Gruppenzugehörigkeit gibt. Sowohl Deutsche wie auch Ausländer stimmen in ihrer Einschätzung fast völlig überein. Auch bei den Senioren liegt die Bewertung mit einem Abstand von 5 %-Punkten nicht erheblich unter dem der jüngeren Bevölkerung, ist aber statistisch durchaus signifikant.

Sehr drastisch sind hingegen die Unterschiede im Bereich der Frauen-, Familien- und Kinderfreundlichkeit. Männer halten Freiburg für frauenfreundlicher als dies die Frauen selbst erleben. Über zwei Drittel der Singles (69 %) halten Freiburg für kinderfreundlich. Eine Einschätzung, der sich die Familienhaushalte (55 %) wesentlich seltener anschließen und die von weniger als der Hälfte der allein Erziehenden (45 %) geteilt wird. Die gleiche Differenz zeigt sich bei der Kinderfreundlichkeit Freiburgs, die von 62 % der kinderlosen Haushalte attestiert wird, während auch hier nicht einmal die Hälfte der Befragten mit minderjährigen Kindern im Haushalt (46 %) sich diesem Urteil anschließt.

Wer ein Ziel bereits für realisiert hält, wird sich wenig für Veränderungen in diesem Bereich einsetzen. Die unterschiedliche Einschätzung der Frauen-, Familien- und Kinderfreundlichkeit kann sich deshalb nachteilig auf die Verbesserung der jeweiligen Situation auswirken. Deshalb ist es ein richtiger Ansatz, wenn im Zuge von „Gender-Mainstreaming“ die Auswirkung von Maßnahmen auf die Lebenssituation beider Geschlechter untersucht und evaluiert wird. Gleiches gilt für angestrebte Verbesserungen im Bereich der Familien- und Kinderfreundlichkeit. Wenn die Haushalte mit Kindern immer mehr in die Minderheit geraten, besteht die Gefahr, dass die „gefühlte Kinderfreundlichkeit“ immer mehr von der „tatsächlichen Kinderfreundlichkeit“ abweicht. Deshalb ist es auch hier notwendig, die Einschätzungen der Familien und Kinder unmittelbarer in den Blick zu nehmen.

2.2 Die allgemeinen Lebensbedingungen in Freiburg

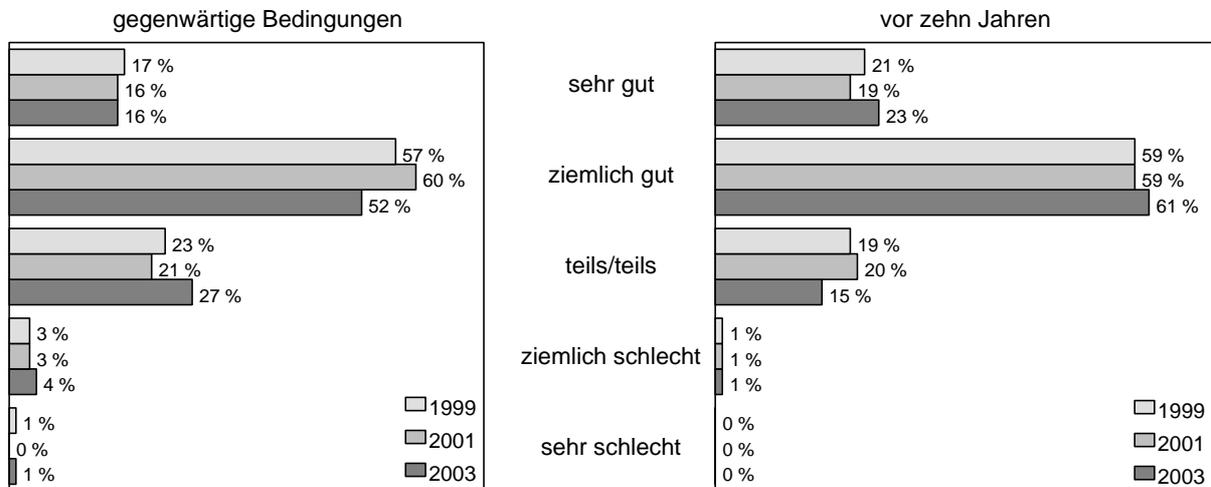
Eine Frage, die in allen drei bisherigen Bürgerumfragen gestellt wurde, betrifft die Einschätzung der Lebensbedingungen in Freiburg:

Frage: Wenn Sie einmal an die Lebensbedingungen in Freiburg denken.
a) Wie beurteilen Sie, alles in allem, die gegenwärtigen Lebensbedingungen?
b) Wie waren Ihrer Meinung nach die Lebensbedingungen vor zehn Jahren?
(Antwortvorgaben:
sehr gut / ziemlich gut / teils/teils / ziemlich schlecht/sehr schlecht/ weiß ich nicht)

Die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg werden von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als ziemlich gut (52 %) oder sogar sehr gut (16 %) eingestuft. Etwas mehr als jeder Vierte macht Einschränkungen und antwortet mit „teils/teils“ (27 %) und nur wenige beurteilen die Bedingungen als „ziemlich schlecht“ (4 %) oder „sehr schlecht“ (1 %).

Abbildung 14

Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg
bzw. wie waren die Lebensbedingungen vor zehn Jahren



Quelle: Bürgerumfragen 1999/2001/2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Allerdings haben sich deutliche Veränderungen im Bild der Bürgerumfragen seit 1999 ergeben. Während zwischen den Umfragen 1999/2001 das Antwortverhalten fast konstant blieb, haben in den vergangenen zwei Jahren deutliche Verschiebungen stattgefunden. Der Anteil der Befragten, der die Lebensbedingungen als „gut“ beurteilt, ist um 8 Prozentpunkte gesunken. Demgegenüber wird die Vergangenheit positiver eingeschätzt. Fast ein Viertel (23 %) der Befragten stuft die Lebenssituation vor zehn Jahren als „sehr gut“ ein, während 61 % sie als „gut“ bewerten.

Die Lebensbedingungen werden in den demographischen Bevölkerungsgruppen durchaus unterschiedlich beurteilt. Am positivsten werden sie von Personen aus dem liberal-bürgerlichen und studentischen Milieu beurteilt. Dementsprechend ist auch bei den jüngeren Befragten eine höhere Zufriedenheit festzustellen. Wer jung ist, über hohe Bildung oder Einkommensressourcen verfügt und einen modernen Lebensstil verfolgt, fühlt sich in Freiburg besonders gut aufgehoben.

Deutlich geringer ist die Zufriedenheit in den Unterschichtmilieus. Hier stuft nur etwa die Hälfte der Befragten die Lebensbedingungen als „sehr gut“ oder „ziemlich gut“ ein. Weiterhin äußern sich die Männer zufriedener als Frauen und auch bei den Deutschen werden die Freiburger Lebensbedingungen positiver bewertet als bei den Ausländern. Hinsichtlich der Haushaltstypen macht es keinen Unterschied, ob es sich um einen Singlehaushalt oder um einen Mehrpersonenhaushalt handelt und ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Lediglich von den allein Erziehenden wird die Freiburger Lebenssituation ungünstiger bewertet. Weniger als die

Hälfte der allein Erziehenden (48 %) bewerten diese als „sehr gut“ bzw. „ziemlich gut“. Das sind mehr als 20 %-Punkte weniger als bei der übrigen Bevölkerung.

Tabelle 8: Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?

	Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?			
	sehr gut, ziemlich gut		teils/teils, schlecht	
	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	2228	68 %	1047	32 %
darunter				
Altersgruppen				
18 bis unter 25 Jahren	247	73 %	90	27 %
25 bis unter 30 Jahren	206	75 %	69	25 %
30 bis unter 45 Jahren	686	69 %	310	31 %
45 bis unter 65 Jahren	619	63 %	365	37 %
65 bis unter 75 Jahren	259	68 %	121	32 %
75 Jahre und älter	195	71 %	79	29 %
Geschlecht				
weiblich	1183	65 %	638	35 %
männlich	1034	72 %	400	28 %
Nationalität				
deutsch	2059	68 %	947	32 %
nicht-deutsch	144	61 %	93	39 %
Soziales Milieu				
traditionelle Unterschicht	110	47 %	124	53 %
neue, liberale Unterschicht	83	54 %	70	46 %
konservative Mittelschicht	57	68 %	27	32 %
gesellschaftliche Mitte	149	66 %	75	34 %
liberale Mittelschicht	108	64 %	60	36 %
konservativ-bürgerlich	180	70 %	77	30 %
liberal-bürgerlich	639	80 %	157	20 %
studentisch	268	82 %	59	18 %
Haushaltsgröße				
Einpersonenhaushalt	414	68 %	191	32 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	906	69 %	401	31 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	728	68 %	346	32 %
allein Erziehende	86	48 %	94	52 %

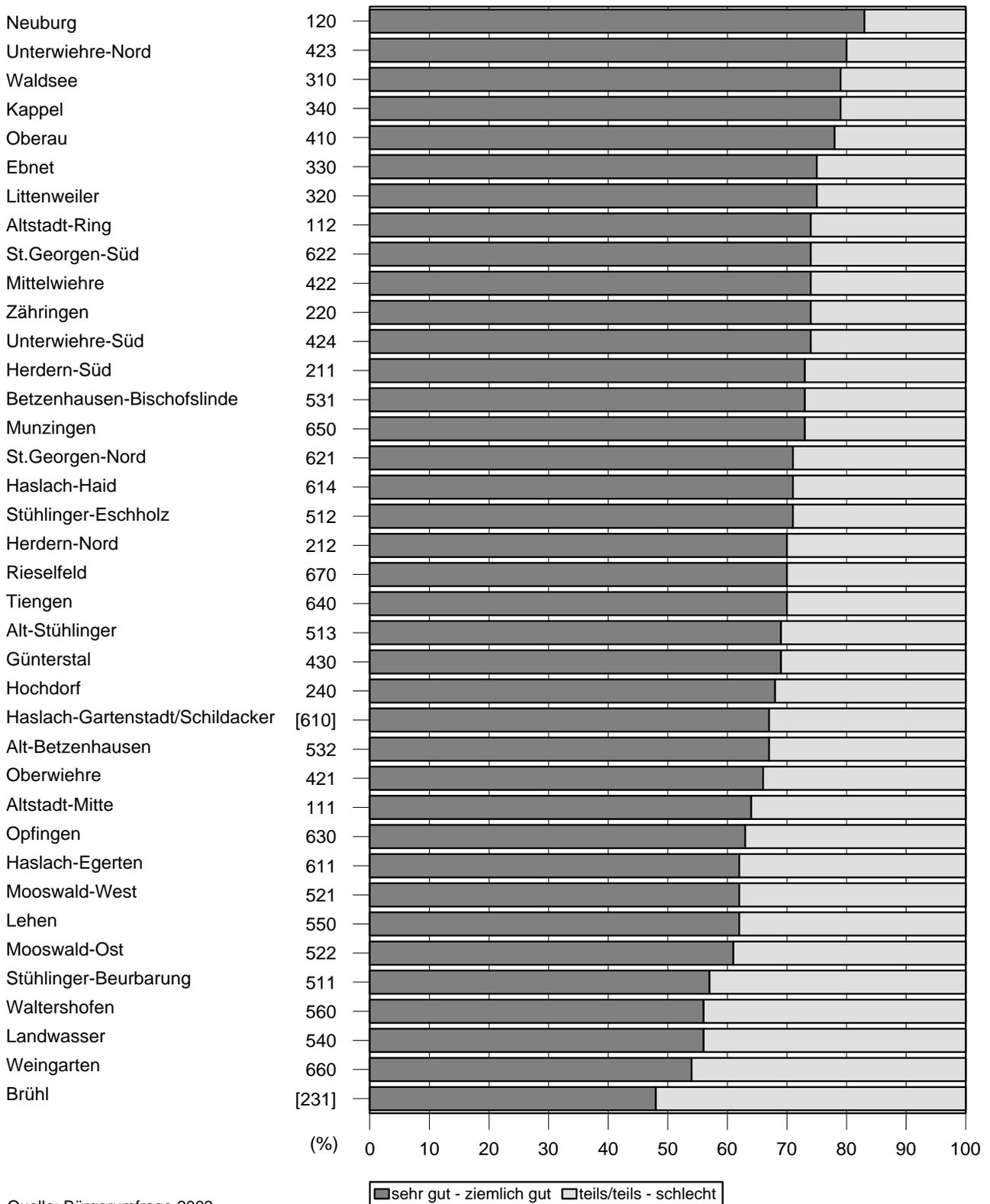
Quelle: Bürgerumfrage 2003

Die sozialen Strukturen der verschiedenen Wohnquartiere unterscheiden sich erheblich. Die unterschiedliche Beurteilung der eigenen Lebensbedingungen schlägt sich damit auch in den Stadtbezirken nieder. In den östlichen Stadtteilen ist die Zufriedenheit mit den eigenen Lebensbedingungen deutlich stärker. Die meisten Zufriedenen mit einem Spitzenwert von bis zu 70 % leben in den Stadtbezirken Neuburg, Unterwiehre-Nord, Waldsee, Kappel und

Oberau. In den westlichen Stadtbezirken ist der Anteil der Zufriedenen geringer und liegt am unteren Rand bei etwa der Hälfte der Bevölkerung.

Abbildung 15

Wie beurteilen Sie, alles in allem, die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3070

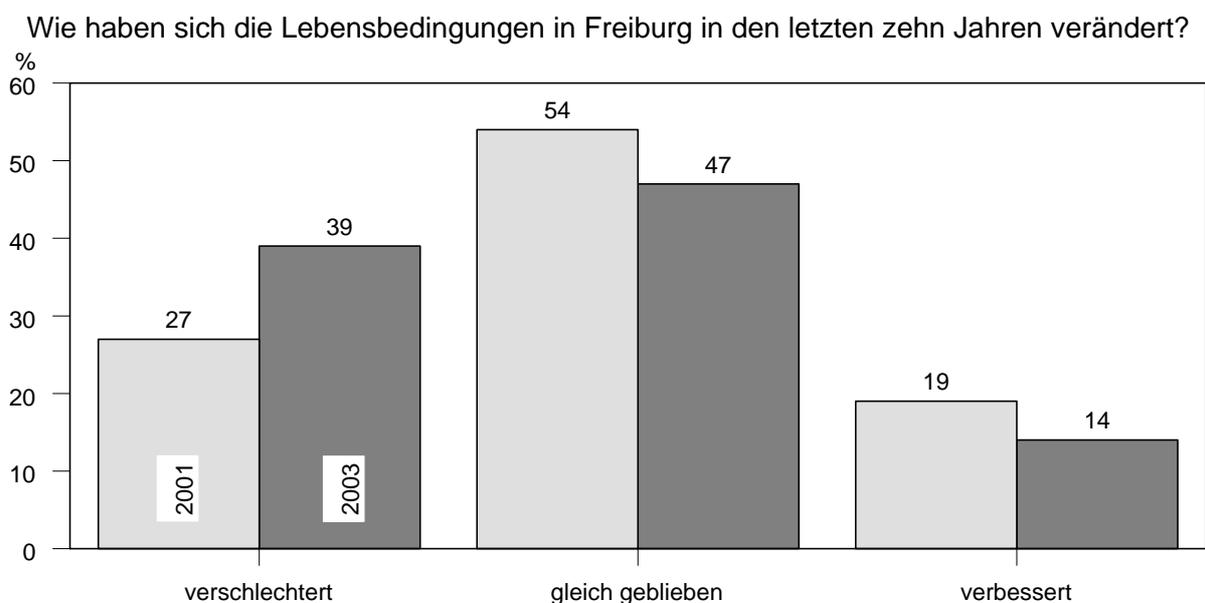
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Bemerkenswert ist, dass die Streuung insgesamt nicht sehr ausgeprägt ist. Sie ist zwar mit 20 %-Punkten deutlich wahrnehmbar, aber dennoch geringer als dies bei anderen sozialen Merkmalen der Fall ist. Vor allem fällt auf, dass auch in eher mittelschichtsgeprägten Stadtbezirken wie etwa in Mooswald oder den westlichen Ortsteilen relativ viele Befragte ihre gegenwärtigen Lebensbedingungen nicht durchweg positiv einschätzen.

Die Entwicklung der Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren

Der Anteil der Bevölkerung, der sich mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen konfrontiert sieht, ist deutlich im Wachsen begriffen. Während 2001 nur knapp jeder Vierte eine Verschlechterung feststellte, sind Ende 2001 bereits 39 % der Freiburger Bevölkerung der Ansicht, dass sich die Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert haben. Sicherlich sind diese Veränderungen vor allem auch auf bundesweite gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen zurückzuführen.

Abbildung 16



Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003
N =2001 (1956), 2003 (3392)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Analysiert man die subjektiv empfundene Veränderung der Lebensbedingungen in den verschiedenen Sozialgruppen, dann zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede. Das Gefühl einer Abwärtsfahrt ist im traditionellen Unterschichtmilieu am ausgeprägtesten. Über die Hälfte der Befragten sind hier der Ansicht, dass sich die Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert haben. Diese Empfindung findet sich hingegen nur bei etwa einem Viertel der Befragten aus dem liberal-bürgerlichen (26 %) und dem studentischen Milieu (24 %). Nun umfassen die letzten beiden Milieus zusammen etwa die Hälfte der Freiburger volljährigen Bevölkerung, während nur etwa jeder Zehnte zum traditionellen Unterschichtmilieu gehört. Auch wenn aber nur eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe betroffen ist, so er-

gibt sich hier doch das Risiko einer zunehmenden Spaltung der städtischen Bevölkerung mit den bekannten Folgerisiken.

Tabelle 9: Wie haben sich die Lebensbedingungen verändert?

	Veränderungen der Lebensbedingungen 1993/2003					
	verschlechtert		gleich geblieben		verbessert	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	975	39 %	1181	47 %	364	14 %
darunter						
Altersgruppen						
18 bis unter 25 Jahren	43	33 %	60	46 %	28	21 %
25 bis unter 30 Jahren	38	37 %	42	40 %	24	23 %
30 bis unter 45 Jahren	257	34 %	372	49 %	127	17 %
45 bis unter 65 Jahren	375	42 %	412	46 %	115	13 %
65 bis unter 75 Jahren	149	43 %	154	44 %	46	13 %
75 Jahre und älter	98	39 %	131	52 %	23	9 %
Geschlecht						
weiblich	572	42 %	606	44 %	194	14 %
männlich	394	35 %	570	50 %	170	15 %
Nationalität						
deutsch	893	38 %	1124	48 %	327	14 %
nicht-deutsch	76	50 %	46	30 %	31	20 %
Soziales Milieu						
traditionelle Unterschicht	116	53 %	71	33 %	30	14 %
neue liberale Unterschicht	55	43 %	54	43 %	19	15 %
konservative Mittelschicht	35	44 %	35	45 %	9	11 %
gesellschaftliche Mitte	81	41 %	85	43 %	31	16 %
liberale Mittelschicht	54	37 %	66	46 %	25	17 %
konservativ-bürgerlich	85	42 %	97	48 %	20	10 %
liberal-bürgerlich	152	26 %	340	57 %	103	17 %
studentisch	26	24 %	63	57 %	20	19 %
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalt	182	41 %	197	44 %	67	15 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	405	40 %	461	46 %	143	14 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	280	32 %	458	53 %	124	14 %
allein Erziehende	70	51 %	52	37 %	16	12 %

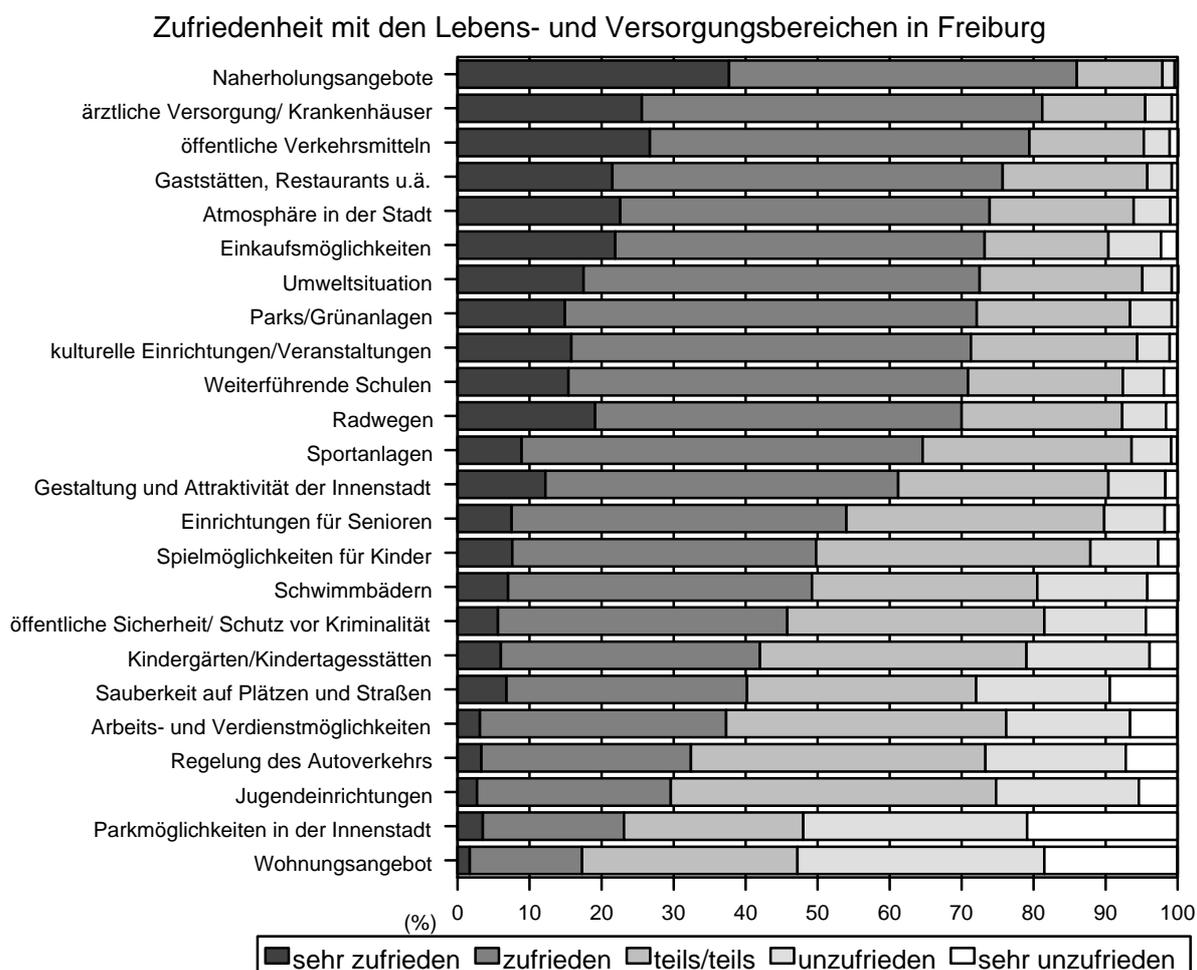
Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

2.3 Die Zufriedenheit mit den Lebens- und Versorgungsbereichen Freiburgs

Während die Beurteilung der Lebensbedingungen sicherlich sehr stark auch von Faktoren abhängt, die kommunalpolitisch nur wenig oder gar nicht beeinflussbar sind, liefert die Frage nach der Zufriedenheit mit den Lebens- und Versorgungsbereichen ein spezifischeres Profil der lokalen Situation.

Frage: Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit den folgenden Aspekten der Stadt Freiburg?

Abbildung 17



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

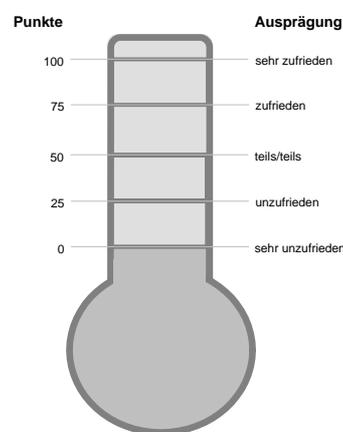
Die Freiburger Bürgerinnen und Bürger haben von den meisten Lebens- und Versorgungsbereichen ein positives Bild. Das gilt ganz besonders für die Naherholungsgebiete sowie die ärztliche Versorgung und die öffentlichen Verkehrsmittel, mit denen etwa 80 % der Befragten „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ sind. Auch Dinge, die das besondere Flair der Stadt Freiburg ausmachen, werden besonders positiv bewertet: das Angebot an Gaststätten und Re-

staurants, die Atmosphäre in der Stadt, Einkaufsmöglichkeiten, die Umweltsituation und Grünanlagen sowie Kultur und Bildung.

Geringere Zufriedenheitswerte gibt es in Bereichen der öffentlichen Infrastruktur, der Spielmöglichkeiten von Kindern, öffentliche Sicherheit, Sauberkeit auf Plätzen und Straßen und den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Besonders kritisch werden die Regelung des Autoverkehrs, das Angebot an Jugendeinrichtungen, die Parkmöglichkeiten in der Innenstadt und das Wohnungsangebot gesehen. Hier sind weniger als ein Drittel der Befragten „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“.

Freiburger Kommunalbarometer

Eine anschauliche Möglichkeit, die Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebens- und Versorgungsbereichen und deren Veränderungen darzustellen, ist die Normierung der Antworten in Form eines Kommunalbarometers.¹ Den Antwortkategorien werden entsprechend ihrer Rangfolge von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“ die Werte 0, 25, 50, 75 und 100 zugeordnet. Für die Messung der einzelnen Merkmale wird dann der Mittelwert herangezogen. Es entsteht damit eine Skala von 0 bis 100 Punkten. Würden sich beispielsweise alle Befragten „sehr zufrieden“ äußern, würde der Maximalwert von 100 Punkten erreicht, wären alle „sehr unzufrieden“, ergäbe sich ein Wert von 0 Punkten. Je nach Anzahl und Stärke der Zufriedenen steigt bzw. sinkt das „Kommunalbarometer“. Eine entsprechende Normierung auf 0 bis 100 Punkte ist auch bei Fragen mit weniger Antwortkategorien, wie etwa zur Wichtigkeit von Versorgungsbereichen, möglich.



Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Ergebnisse des Kommunalbarometers: Wichtigkeit und Zufriedenheit

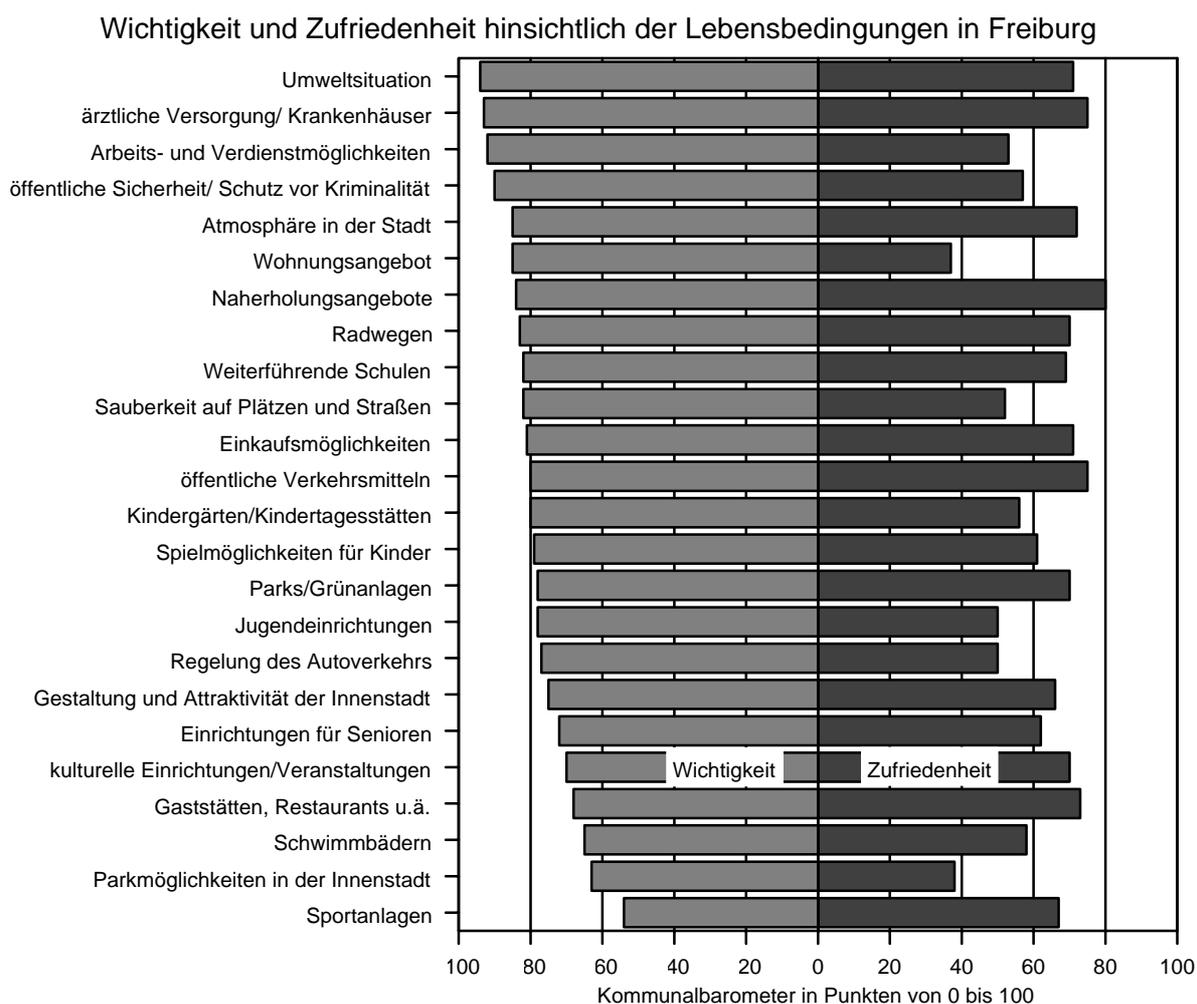
Würde man lediglich vergleichen, wie zufrieden die Bürgerinnen und Bürger mit den unterschiedlichen Bereichen sind, würde sich ein unzureichendes Bild ergeben. Eine umfassende Beurteilung muss auch in Betracht ziehen, wie wichtig der jeweilige Versorgungsbereich für die Befragten ist. In Abbildung 18 sind die verschiedenen Lebens- und Versorgungsbereiche im Hinblick auf ihre wahrgenommene Wichtigkeit und Zufriedenheit gegenübergestellt.

Unter den Bereichen, die als wichtig eingeschätzt werden und bei denen zugleich eine hohe Zufriedenheit feststellbar ist, finden sich die Umweltsituation, die medizinische Versorgung und die Atmosphäre in der Stadt. Die öffentliche Sicherheit und die Arbeits- und Verdienst-

¹ Wir greifen hier eine methodische Vorgehensweise auf, die in den Bürgerumfragen der Landeshauptstadt Stuttgart in beispielhafter Weise eingesetzt wird. Vgl. Landeshauptstadt Stuttgart; Statistisches Amt: Die Ergebnisse in der Bürgerumfrage 2003 in der Gesamtschau. Stuttgart 2004. (Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 2/2004)

möglichkeiten erhalten mit über 90 Punkten ebenfalls einen hohen Wert auf dem Kommunalbarometer. Die Zufriedenheit liegt hier aber bei etwas über 50 Punkten deutlich geringer. Am stärksten ist die Diskrepanz beim Wohnungsangebot, bei dem das Kommunalbarometer einen Wichtigkeitswert von 85 Punkten und eine Zufriedenheit von 37 Punkten anzeigt. Auf der anderen Seite relativiert sich die Unzufriedenheit mit den Parkmöglichkeiten in der Innenstadt, die bei der Wichtigkeit mit 63 Punkten an zweitletzter Stelle der vorgegebenen Bereiche stehen.

Abbildung 18



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Zufriedenheitsdimensionen und soziodemographische Unterschiede

Die 24 Merkmale, mit denen die verschiedenen Lebensbereiche gemessen wurden lassen sich zum Teil verdichten. Mit Hilfe des statistischen Verfahrens der Faktorenanalyse¹ können die Merkmale zusammengefasst werden, die auf einer gleichen Dimension liegen. Folgende Merkmale lassen sich auf der Ebene einheitlicher Zufriedenheitsdimensionen bündeln:

¹ Wir greifen hier auf die Ergebnisse einer Faktorenanalyse zurück, die von Andreas Kern und Ralf Spörkel im Rahmen einer Seminararbeit gerechnet wurde. Andreas Kern war als Praktikant beim Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg tätig.

- Dimension Kinder- und Jugendfreundlichkeit: Spielmöglichkeiten für Kinder, Angebot an Kindergärten/Kindertagesstätten, Angebot an Jugendeinrichtungen, Angebot an weiterführenden Schulen. Das Zufriedenheitsbarometer dieser gebündelten Dimension liegt bei 59 Punkten.
- Dimension Infrastruktur: Schwimmbäder, Sportanlagen, öffentliche Verkehrsmittel, Einkaufsmöglichkeiten. Die Zufriedenheit mit diesem Bereich liegt bei 68 Punkten.
- Dimension Urbanität: Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt, Atmosphäre der Stadt, Naherholungsmöglichkeiten, Gaststätten und Restaurants, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen. Diese Dimension erreicht mit 73 Punkten den höchsten Zufriedenheitswert.
- Dimension Sicherheit und Sauberkeit: Die Merkmale öffentliche Sicherheit und Sauberkeit der Stadt korrelieren ebenfalls sehr stark und können deshalb zusammengefasst werden. Das Zufriedenheitsbarometer weist für diese Dimension 55 Punkte auf.
- Dimension Autoverkehr: Parkmöglichkeiten in der Innenstadt und Verkehrsregelung. Diese Dimension wird zwar im Vergleich mit den anderen Lebensbereichen als weniger wichtig eingestuft. Die Zufriedenheit ist aber sehr gering und liegt bei lediglich 45 Punkten.

Die in diesen Dimensionen nicht berücksichtigten Merkmale lassen sich nicht sinnvoll zusammenfassen und sind folglich einzeln zu betrachten. Durch die Zusammenfassung kann der Merkmalskatalog von zuvor 24 Lebensbereichen auf fünf Dimensionen und sieben Einzelmerkmale reduziert werden. Für diese verdichteten Bereiche lässt sich nun analysieren, ob sich die Zufriedenheit in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheidet.

Zufriedenheit nach Altersgruppen

Welche Unterschiede gibt es etwa zwischen den jüngeren und den älteren Befragten im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebensbereichen? Das Wohnungsangebot, öffentliche Sicherheit und Sauberkeit und die Kinder- und Jugendfreundlichkeit der Stadt sind die Themen, die in Abhängigkeit vom Lebensalter am unterschiedlichsten beantwortet werden. Bei den unter 30-Jährigen ergibt das Zufriedenheitsbarometer im Bereich Wohnen einen Wert unter 25 Punkten, während die über 60-Jährigen einen Zufriedenheitswert von etwa 50 Punkten aufweisen. Das knappe Wohnungsangebot trifft also vor allem die jüngere Bevölkerung, die sich erstmals mit Wohnraum versorgen muss und noch eher über ein geringes Einkommen verfügt. Mit zunehmendem Alter verliert das Thema dann an Dringlichkeit, auch wenn die Zufriedenheit durchgängig geringer ist als bei den übrigen Lebensbereichen. Bei dem Wohnungsangebot haben die 30- bis unter 45-Jährigen einen Zufriedenheitswert von 32 Punkten und die 45- bis unter 65-Jährigen von 44 Punkten. Bei der Dimension Sicherheit und Sauberkeit sind hingegen die Jüngeren zufriedener. Die unter 30-Jährigen erreichen Zufriedenheitswerte von über 30 Punkten, während das Zufriedenheitsbarometer bei den über 65-Jährigen unter 45 Punkte anzeigt. Die Kinder- und Jugendfreundlichkeit wird von den unter 45-Jährigen kritischer gesehen (weniger als 55 Punkte) als von den über 65-Jährigen (mehr als 65 Punkte). Keine signifikanten Altersunterschiede gibt es bei der Zufriedenheit mit dem Angebot an Einrichtungen für Senioren und bei der Dimension Urbanität. Jung und alt sind also gleichermaßen zufrieden mit der Attraktivität und dem Flair der Stadt. Die übrigen Zufriedenheitsbereiche weisen aufgrund der hohen Fallzahlen zwar auch signifikante Unter-

schiede auf, die Unterschiede betragen aber nur wenige Punkte auf dem Zufriedenheitsbarometer.

Gender: Zufriedenheit nach Geschlecht

Was die Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebensbereichen angeht, sind die Aussagen von Frauen und Männern fast deckungsgleich. Einen nennenswerten Unterschied gibt es allenfalls bei der Frage der Kinder- und Jugendfreundlichkeit, die von Männern etwas positiver (61 Punkte) als von den Frauen (57 Punkte) beurteilt wird. Die Differenz bei den übrigen Zufriedenheitsmerkmalen liegt durchgängig unter 3 Punkten auf dem Zufriedenheitsbarometer.

Migration: Zufriedenheit und Staatsbürgerschaft

Die Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit sind mit der öffentlichen Sicherheit weniger zufrieden (54 Punkte) als die ausländischen Befragten (63 Punkte). Bei den Zufriedenheitsfragen zur Regelung des Autoverkehrs und zur Wohnsituation äußern sich hingegen die Migranten unzufriedener. Es ist sehr wahrscheinlich, dass hier auch ein Alterseffekt eine Rolle spielt, da der Altersdurchschnitt der Migranten deutlich geringer ist. Welcher Einfluss der Migrationshintergrund hat, wäre durch weitergehende multivariate Analysen zu untersuchen.

Zufriedenheit und Milieuzugehörigkeit

Bei der Zufriedenheitsdimension „Kinder- und Jugendfreundlichkeit“ weichen zwei Milieugruppen vom Durchschnittsniveau ab. Die Befragten aus der konservativen Mittelschicht sind etwas zufriedener (+ 4 Punkte), während die neue, liberale Unterschicht mit der Kinder- und Jugendfreundlichkeit unzufriedener ist (- 5 Punkte). Die letzte Gruppe, die sich hier kritischer äußert, ist durch einen modernen Lebensstilentwurf gekennzeichnet, besitzt aber wenig strukturelle Ressourcen (Bildung, Einkommen). Diese Gruppe hebt sich auch bei der Zufriedenheit mit der Urbanität durch ein unzufriedeneres Urteil (- 3 Punkte) von den übrigen Befragten ab. Sehr deutliche Unterschiede gibt es bei der Dimension der öffentlichen Sicherheit und der Sauberkeit der Stadt. Das liberal-bürgerliche und das studentische Milieu erreichen über 60 Punkte auf dem Zufriedenheitsbarometer. Angehörige der traditionellen Unterschicht erreichen lediglich 43 Punkte. Diese geringe Zufriedenheit korrespondiert mit den objektiv schlechteren Lebensbedingungen in den eher benachteiligten Wohngebieten Freiburgs, die durch eine stärkere soziale Desorganisation und der damit verbundene Unsicherheit gekennzeichnet sind.¹ Bei der Zufriedenheit mit den Verkehrsregelungen weicht die studentische Milieugruppe deutlich vom Durchschnitt ab (- 4 Punkte). Hier spielt wahrscheinlich die Parkproblematik in den innenstadtnahen Wohngebieten mit hohem Studentenanteil eine besondere Rolle. Die Verdienstmöglichkeiten werden vor allem von den Angehörigen des liberalen Mittelschichtmilieus positiver beurteilt (+ 5 Punkte). Überdurchschnittlich unzufrie-

¹ Zur Messung der sozialen Desorganisation siehe Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Bürgerumfrage 2001. Freiburg 2002 (= Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau) und Oberwittler, Dietrich: Zusammenleben im Wohngebiet. Eine Skala zur Messung des sozialen Klimas in Wohnquartieren am Beispiel Freiburgs. Aus: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Jahresheft 2000 - 2001. Freiburg 2002.

den mit der Umweltsituation sind die Befragten aus dem neuen, liberalen Unterschichtmilieu (- 7 Punkte). Die größte Bandbreite der Werte des Zufriedenheitsbarometers gibt es bei der Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot, das zwischen 22 Punkten bei den Studierenden und 49 Punkten in der konservativen Mittelschicht schwankt. Keine signifikanten Zufriedenheitsunterschiede sind bezüglich der Infrastruktur, der Grünanlagen, der Radwege und der Angebote für Senioren vorhanden.

Zufriedenheit nach Haushaltstyp

Mit der Kinder- und Jugendfreundlichkeit sind die allein Erziehenden deutlich unzufriedener (- 6 Punkte), während die Haushalte ohne Kind(er) im Durchschnitt zufriedener sind (+ 3 Punkte). Allein Erziehende äußern sich etwas zufriedener im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit als die übrige Bevölkerung, was sicherlich auf einen Alterseffekt zurückzuführen sein dürfte. Auch bei den Verdienstmöglichkeiten (- 7 Punkte) und dem Wohnungsangebot (- 7 Punkte) zeigen sich die allein Erziehenden weniger zufrieden.

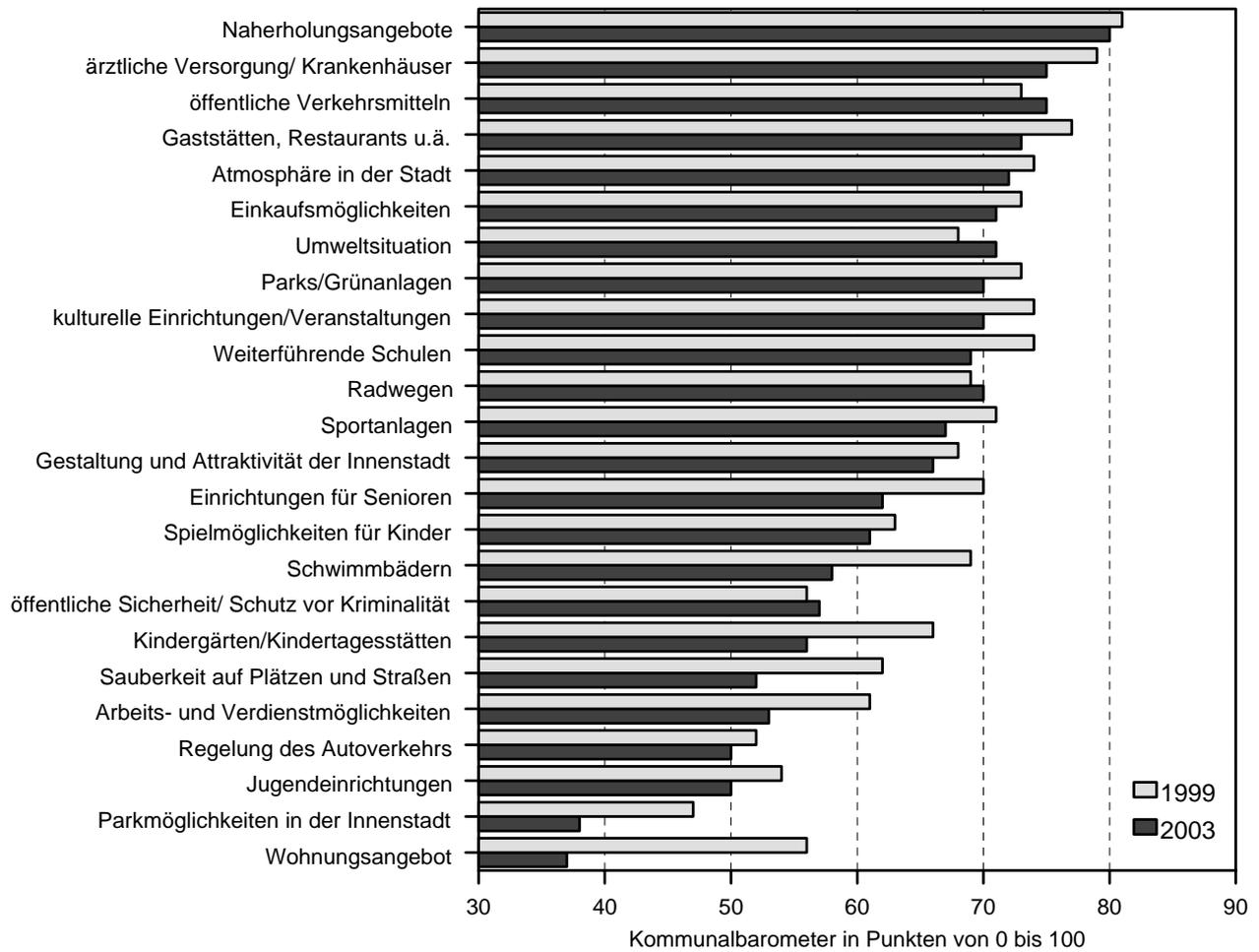
Keine maßgeblichen Unterschiede im Hinblick auf die Haushaltszusammensetzung ergeben sich bei der Beurteilung der Urbanität, der Verkehrsregelung, der Infrastruktur, den Grünanlagen, den Radwegen, der ärztlichen Versorgung und dem Angebot für Senioren.

Veränderungen gegenüber der Bürgerumfrage 1999

Mit dem Instrument des Kommunalbarometers lässt sich auch auf einfache Weise die Veränderung der Zufriedenheit im Vergleich mit der ersten Freiburger Bürgerumfrage von 1999 ermitteln (Abb. 19). Lebens- und Versorgungsbereiche, in denen die Bedingungen zwischen 1999 und 2003 etwas besser oder mindestens vergleichbar blieben, befinden sich vor allem in den Bereichen Umwelt und Sicherheit: Umweltsituation (+ 3 Punkte), öffentliche Verkehrsmittel (+ 2 Punkte), öffentliche Sicherheit (+ 2 Punkte), Radwege (+ 1 Punkt) und Naherholungsangebote (+/- 0 Punkte). In den übrigen Bereichen sind eher Rückgänge zu verzeichnen, die zwar meistens eher von geringem Ausmaß sind. Deutlichere Rückgänge betreffen vor allem die Zufriedenheit mit Teilen der öffentlichen Infrastruktur und hier insbesondere die Kindergärten und Kindertageseinrichtungen (- 10 Punkte), die Schwimmbäder (- 11 Punkte) und am deutlichsten das Wohnungsangebot (- 19 Punkte).

Abbildung 19

Zufriedenheit mit den Lebens- und Versorgungsbereichen in Freiburg
1999 und 2003 im Vergleich



Quelle: Bürgerumfragen 1999/2003

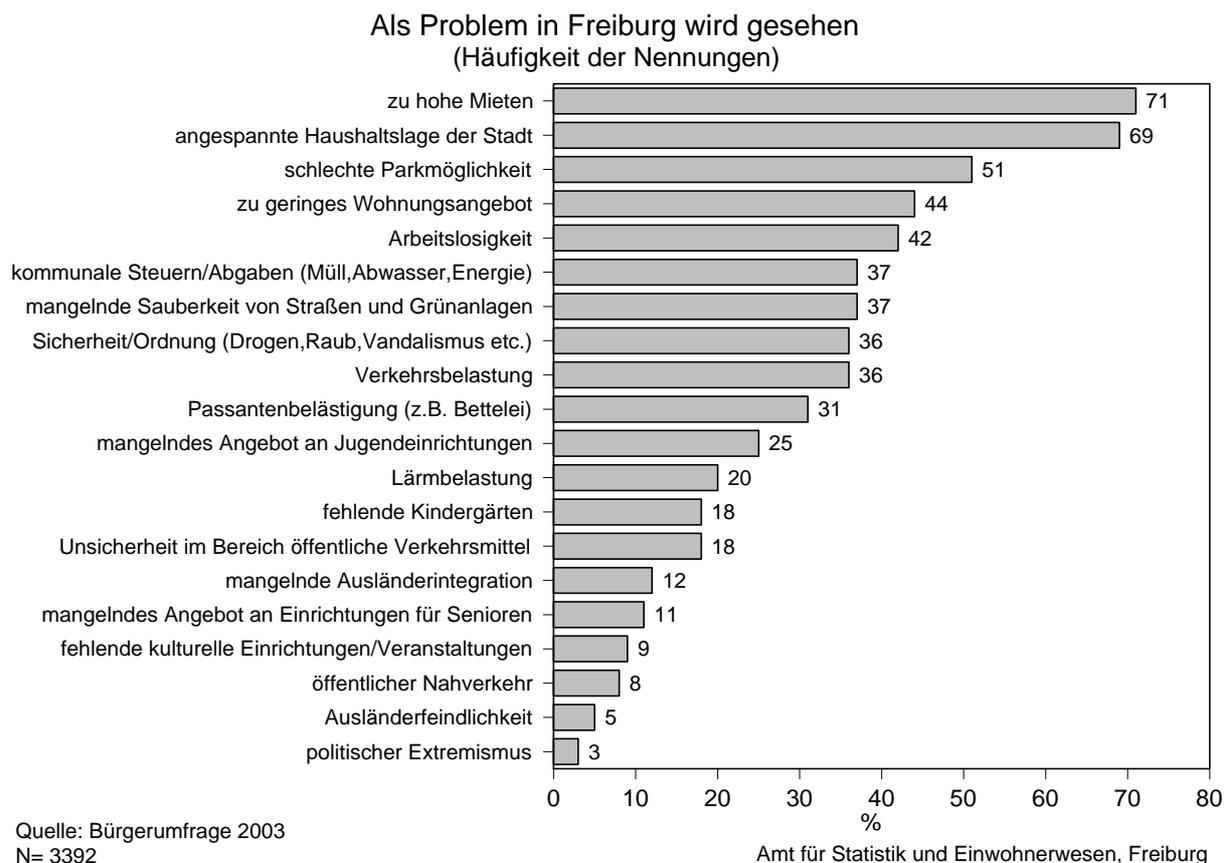
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Probleme Freiburgs aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger

Frage: Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit die größten Probleme in Freiburg?

Geht man nach der Häufigkeit der Nennungen, dann sind mit 71 % der Nennungen „zu hohe Mieten“ das Problem Nummer eins in Freiburg (Abb. 20). Weitere 44 % der Befragten beklagen ein zu geringes Wohnungsangebot. Diese beiden Problempunkte hängen eng zusammen. Dass aber die Höhe der Mieten noch wesentlich häufiger problematisiert wird als das geringe Wohnungsangebot, spricht dafür, dass es vor allem an preiswertem Wohnraum mangelt. Im Vergleich zur Umfrage von 1999 wurden diese beiden Problembereiche wesentlich häufiger angekreuzt: Die Miethöhe erfuhr einen Zuwachs von 27 Prozentpunkten und das geringe Wohnungsangebot um 26 Prozentpunkte. In dieser Entwicklung spiegelt sich die aktuell starke Anspannung des Wohnungsmarktes wider.

Abbildung 20



Als weiteres zentrales Problem hat die „angespannte Haushaltslage der Stadt“ an Bedeutung gewonnen. Wurden die städtischen Finanzen 1999 gerade einmal von knapp der Hälfte der Befragten (48 %) als Problem benannt, so sehen nun über zwei Drittel der Freiburger Bürgerinnen und Bürger (69 %) hier ein großes Problem.

Wie auch in anderen Großstädten ist das Parkplatzproblem ein Dauerbrenner. Es wird von ziemlich exakt der Hälfte der Befragten (51 %) angeführt. Der Problemdruck hat sich gegenüber der Vergangenheit allerdings nicht erhöht. Dafür ist im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs eine Entspannung eingetreten. Der Ausbau des Stadtbahnnetzes hat sicher dazu beigetragen, dass dieser Bereich nur noch von 8 % der Befragten als problematisch angesehen wird. Dies sind 7 Prozentpunkte weniger als 1999.

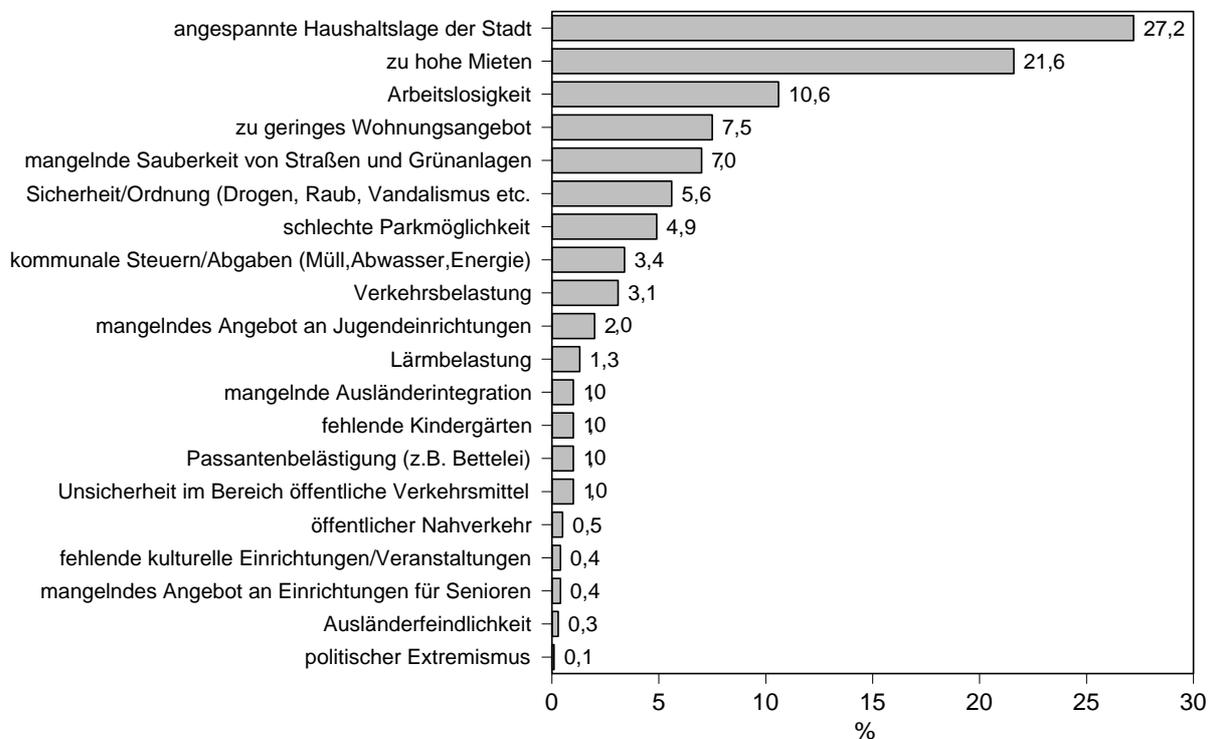
Da Mehrfachnennungen möglich waren, wurde auch nach dem wichtigsten der angekreuzten Probleme gefragt (Abb.21). Das heißt, die Rangfolge ergibt sich nicht aus der Gesamtzahl der Nennungen, sondern aus der Häufigkeit, mit der ein bestimmtes Problem als das Wichtigste angesehen wurde. Dies führt dazu, dass die Befragten eine eindeutigere Gewichtung zwischen den verschiedenen Problemfeldern durchführen müssen.

Tabelle 10: Die größten Probleme Freiburgs im Vergleich der Bürgerumfragen 1999/2003

	1999 %	2003 %	Veränderung 1999/2003 %-Punkte
zu hohe Mieten	44	71	+ 27
zu geringes Wohnungsangebot	18	44	+ 26
angespannte Haushaltslage der Stadt	48	69	+ 21
mangelnde Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	25	37	+ 12
fehlende Kindergärten	7	18	+ 11
mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	16	25	+ 8
mangelndes Angebot an Einrichtungen für Senioren	6	11	+ 5
fehlende kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen	5	9	+ 5
Passantenbelästigung (z.B. Bettelei)	30	31	+ 1
kommunale Steuern und Abgaben (Müll, Abwasser, Energie)	36	37	+1
schlechte Parkmöglichkeit	52	51	-1
politischer Extremismus	6	3	-3
Sicherheit und Ordnung (Drogen, Raub, Vandalismus etc.)	42	36	-5
Ausländerfeindlichkeit	12		-7
öffentlicher Nahverkehr	15	8	-7
Arbeitslosigkeit	49	42	-8
Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (Belästigungen)	26	18	-8

Abbildung 21

Die größten Probleme in Freiburg
(Anteile in Prozent)



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3392

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Deutlich an erster Stelle der Probleme rangiert nach dieser Abwägung die „angespannte Haushaltslage der Stadt“. Über ein Viertel der Freiburger Bürgerinnen und Bürger (27,2 %) sehen hier das größte Problem. An zweiter Stelle folgen die „hohen Mieten“, die von mehr als jedem fünften Befragten (21,6 %) als Hauptproblem identifiziert wird. Auch hier ist wiederum zu beachten, dass weitere 7,5 % das „zu geringe Wohnungsangebot“ beklagen und damit bei fast 30 % der Befragten der Freiburger Wohnungsmarkt als wichtigstes Problem im Mittelpunkt steht. Die bestehende Arbeitslosigkeit wird von jedem zehnten Befragten (10,6 %) als Hauptproblem benannt.

3. Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt

Ein wichtiges Thema der Stadtpolitik sind die Lebensbedingungen der Freiburger Familien. Aber nicht nur die Tatsache, dass diesem Bereich von der Kommunalpolitik durchweg eine hohe Priorität eingeräumt wird, sondern auch die besondere Relevanz dieser Bevölkerungsgruppe für die soziale Stadtentwicklung boten Anlass, hier auch in der Bürgerumfrage einen besonderen Schwerpunkt zu setzen. Familien und ihre Kinder leisten einen besonderen Beitrag für die städtische Gesellschaft. Bereits in der letzten Bürgerumfrage von 2001 konnte gezeigt werden, welchen Einfluss der Anteil von Familien beispielsweise auf die soziale Stabilität in den Wohnquartieren hat.¹ Der amerikanische Sozialforscher James Coleman hat sehr eindrucksvoll die Mechanismen beschrieben, die hier wirksam sind.² Familien sind nicht nur aufgrund ihrer Lebenssituation in einem besonderen Maße in lokalen Zusammenhängen wie etwa Schule, Kindereinrichtungen und Vereinen verwoben. Sie bilden dabei auch soziale Beziehungen aus, die in einem hohen Maß nicht nur zwischen Einzelpersonen entwickelt werden, sondern generationen- und gruppenübergreifend sind. Ein Beispiel dafür sind die Freunde der Eltern, die zugleich die Eltern der eigenen Freunde sind. Diese Form von Beziehungen, die vor allem in sehr mobilen urbanen Verhältnissen zunehmend gefährdet sind, tragen zur Ausbildung und Stabilisierung von Normensystemen bei, die beispielsweise der Entstehung sozialer Probleme wie etwa Jugendkriminalität entgegenwirken. Coleman macht sehr deutlich darauf aufmerksam, dass Familien mit diesem Beitrag ein „öffentliches Gut“ produzieren, das allen zugute kommt.

Familien leisten darüber hinaus einen wichtigen Unterstützungsbeitrag für ihre Angehörigen. Sie sind nach wie vor die wichtigste Unterstützungsquelle, wenn es beispielsweise um die Pflege und Versorgung älterer Menschen geht. In diesem Bereich zeigen sich auch sehr deutlich die Substitutionsbeziehungen mit öffentlichen Hilfs- und Unterstützungsangeboten. In dem Umfang, in dem das Hilfepotential der Familien durch sinkende Kinderzahlen, Erwerbsanforderungen, Mobilität u.ä. abnimmt, wächst der Bedarf nach öffentlichen Einrichtungen. Eine kommunale Sozialpolitik, die Familien bei der Wahrnehmung ihrer Unterstützungsfunktionen stärkt, kann deshalb dazu beitragen, dass auf der anderen Seite Kosten für Einrichtungen oder finanzielle „Hilfen zur Pflege“ eingespart werden können.

Familien sind aber auch eine wichtige Nutzergruppe des städtischen Infrastruktur- und Dienstleistungsangebotes. Die Bürgerumfrage bietet hier die Möglichkeit zu erkunden, wie dieses Angebot beurteilt wird und wo in Freiburg die Stärken und Schwächen liegen. Für diesen Themenbereich konnten wir auf wichtige Vorarbeiten anderer Studien und Anregungen aus den entsprechenden Fachbereichen der Stadtverwaltung aufbauen. Die Beurteilung der Aktionsraumqualität schließt an die Untersuchungsergebnisse der Freiburger Kinderstudie von 1994 an und überprüft, welche Veränderungen sich in den zentralen Bereichen „unbeaufsichtigte Spielmöglichkeiten“ und „Erreichbarkeit von Spielkameraden“ ergeben haben.

¹ Vgl. Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Bürgerumfrage 2001. Freiburg 2002. S. 51 ff.

² Vgl. Coleman, James: Social Capital in the creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, 94. Jg. (1988), S. 95-120.

Bei den Fragen zur Kinderbetreuung bauen wir auf die von der Zeitschrift Brigitte 1992 veröffentlichte Untersuchung „Kinderbetreuung in Deutschland“ auf.¹ Bei den Fragen zur pflegerischen Versorgung und den pflegekulturellen Einstellungsmustern orientieren wir uns an den von Baldo Blinkert am Institut für Soziologie der Universität Freiburg entwickelten Erhebungsinstrumenten, die inzwischen in verschiedenen Gemeindestudien erfolgreich zum Einsatz kamen.

3.1 Aktionsräume von Kindern – Die Möglichkeiten zum unbeaufsichtigten Spielen

Es gibt kaum einen Einflussfaktor, der den Kinderalltag so stark beeinflusst wie die Möglichkeit zum unbeaufsichtigten Spiel mit Gleichaltrigen im unmittelbaren Wohnumfeld. Das ist das zentrale Ergebnis der Kinderstudie², die von der Stadt Freiburg in Auftrag gegeben und 1994 veröffentlicht wurde.

In einer schriftlichen Vollerhebung aller Familien mit Kindern zwischen 5 und 9 Jahren wurde damals erhoben, welche Spielmöglichkeiten für sie im Wohnumfeld gegeben sind. Dabei wurde ein Aktionsraumkonzept zugrunde gelegt, das auf vier wesentliche Kriterien aufbaut. Das Wohnumfeld ist als Aktionsraum für Kinder geeignet,

- wenn es für Kinder zugänglich ist,
- wenn es gefahrlos ist,
- wenn es von Kindern gestaltet werden kann und
- wenn die Chance zu Interaktionen mit anderen Kindern besteht.

Durch eine Zeitbudgetanalyse des Kinderalltags in Wohngebieten mit verschiedener Aktionsraumqualität konnte deutlich gemacht werden, wie stark der Kinderalltag durch die außerhäuslichen Spielmöglichkeiten geprägt wird. Wenn es um das Ausmaß des Fernsehkonsums, die Nutzung organisierter Angebote oder sogar um den Bedarf an institutioneller Kinderbetreuung geht, hat die Aktionsraumqualität einen zentralen Einfluss. Das moderne Bild von Kindheit, wie es etwa mit den Schlagworten der „insularisierten“ und „organisierten Kindheit“ beschrieben wird, hat viel damit zu tun, dass in den Städten die unbeaufsichtigten Spielmöglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld immer schlechter werden. Der sozialökologische Ansatz der Freiburger Kinderstudie hat sowohl in der Fachöffentlichkeit wie auch in der Kinderpolitik große Aufmerksamkeit gefunden. Inzwischen mehren sich aber auch die umweltpsychologischen Befunde, die mögliche Zusammenhänge zwischen schwindenden Aktionsräumen und der kognitiven Entwicklung von Kindern (Lernstörungen, ADS etc.) nahe legen.

In der Bürgerumfrage wurden zwei zentrale Dimensionen der Aktionsraumqualität gemessen: die Möglichkeiten zum unbeaufsichtigten Spielen im unmittelbaren Wohnumfeld und die Erreichbarkeit von anderen Kindern zum gemeinsamen Spielen.

¹ Ohde, Julia: Kinderbetreuung in Deutschland. (BRIGITTE Untersuchung '92) Hamburg 1992.

² Blinkert, Baldo: Aktionsräume von Kindern in der Stadt. Pfaffenweiler 1993.

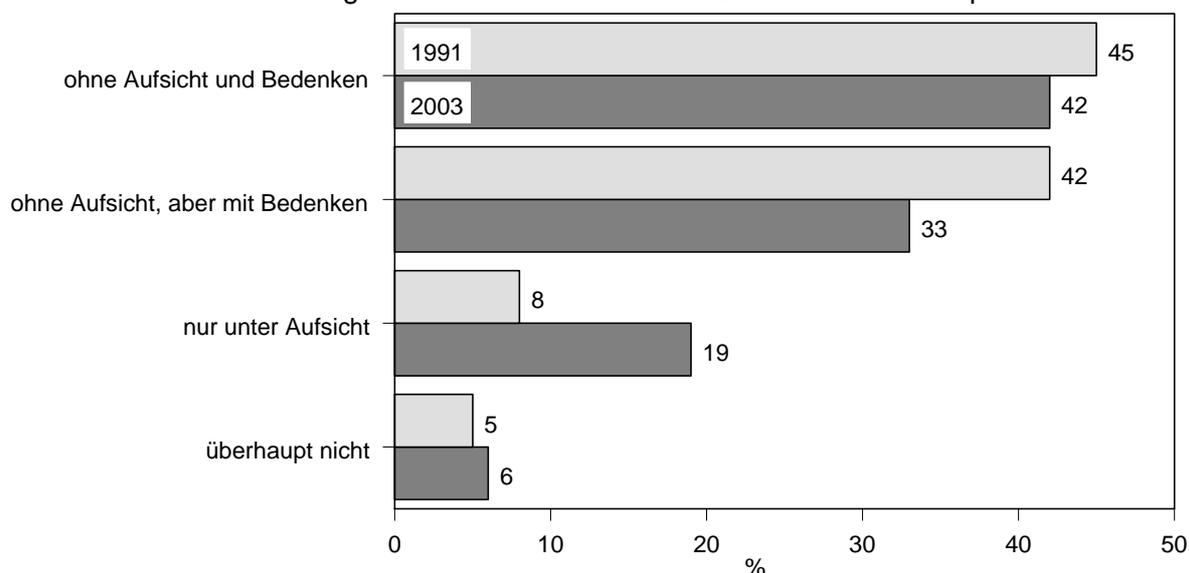
Frage: Bitte sagen Sie uns jeweils für jedes Kind, ob es draußen in unmittelbarer Nähe der Wohnung spielen kann. Welche der folgenden Aussagen ist am ehesten zutreffen?

- ja, ohne Beaufsichtigung und Bedenken
- ja, ohne Beaufsichtigung, aber mit Bedenken
- ja, aber nur unter Aufsicht
- nein, das ist überhaupt nicht möglich

42 % der Freiburger Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren können ohne Aufsicht und Bedenken im unmittelbaren Wohnumfeld spielen. 6 % können überhaupt nicht draußen spielen. Dies ist eine geringfügige Verschlechterung gegenüber der Erhebung von 1991. Wesentlich stärkere Veränderungen sind beim Anteil der Kinder festzustellen, die zwar im Wohnumfeld spielen können, bei denen die Eltern aber Bedenken haben oder die Kinder beim Spielen beaufsichtigen müssen.

Abbildung 22

Können Freiburger Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren draußen spielen?



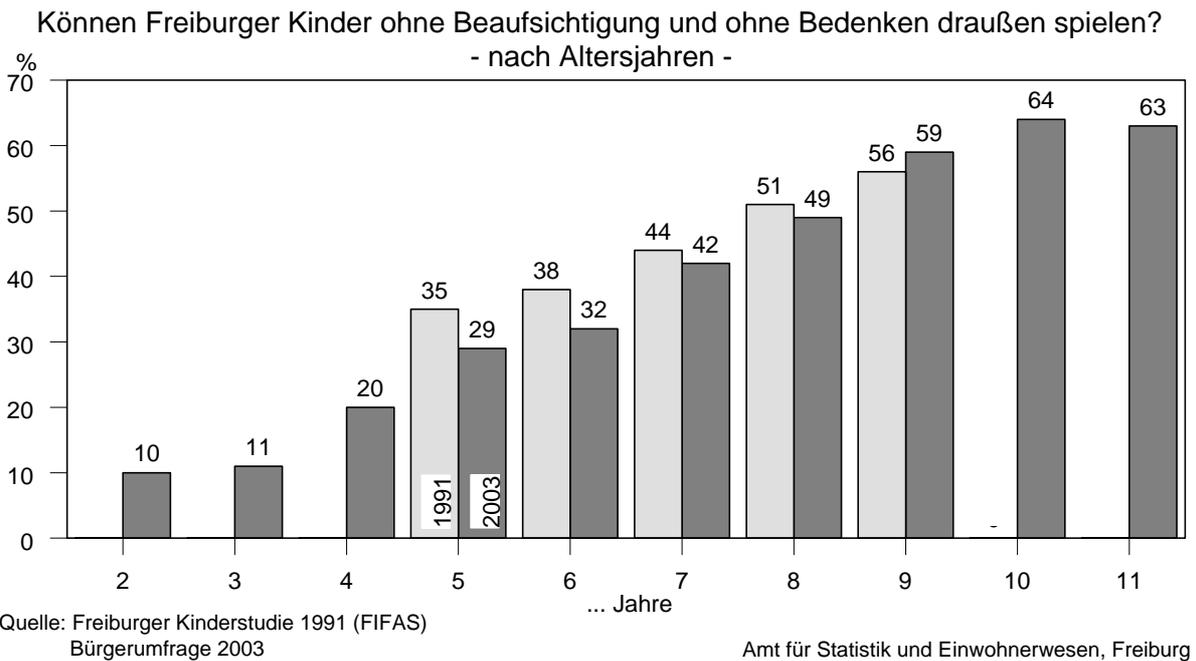
Quelle: Freiburger Kinderstudie 1991 (FIFAS)
Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Der Anteil der Eltern, die ihre Kinder beim Spielen im Freien beaufsichtigen müssen, hat sich von 8 % auf 19 % verdoppelt. Jedes vierte Kind dieser Altersgruppe kann nur unter Aufsicht oder überhaupt nicht im Freien spielen. Sicher ist die Abstufung zwischen den Kategorien nicht sehr trennscharf und hängt neben den objektiven Wohnumfeldbedingungen auch von der Risikobereitschaft der Eltern ab. Aber unabhängig davon, welcher Faktor den Ausschlag gibt, ist davon auszugehen, dass Kinder heute weniger Möglichkeiten haben, draußen zu spielen, als dies noch vor etwa zehn Jahren der Fall war.

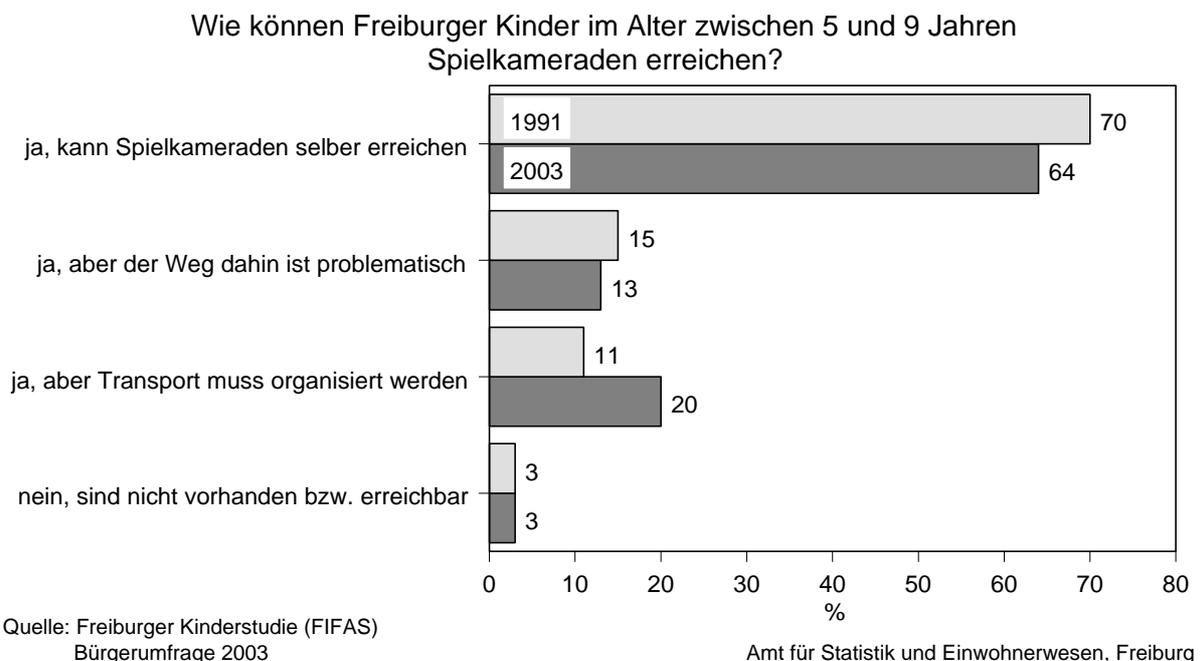
Interessant ist eine Differenzierung nach dem Alter der Kinder. Dabei wird deutlich, dass vor allem die Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren, also etwa im Einschulungsalter, von einer Verschlechterung der außerhäuslichen Spielmöglichkeiten betroffen sind.

Abbildung 23



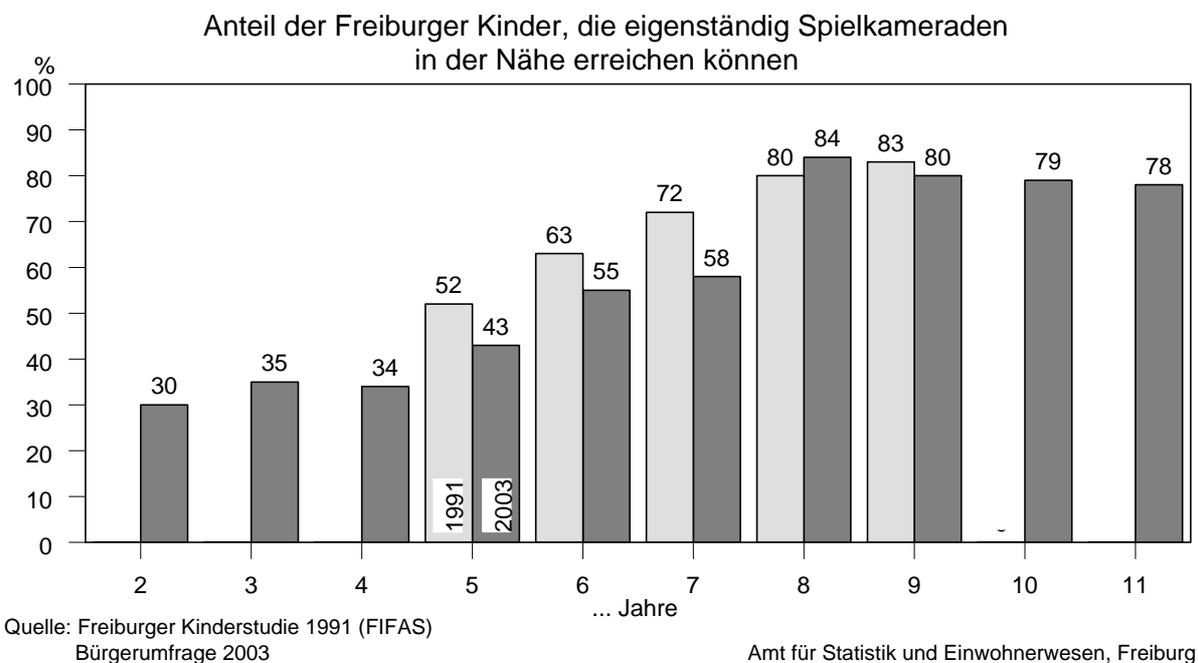
Aber nicht nur die Möglichkeiten zum unbeaufsichtigten Spiel im unmittelbaren Wohnumfeld haben sich in den vergangenen zehn Jahren weiter reduziert, sondern auch die Möglichkeiten, andere Spielkameraden selber zu erreichen, haben sich verschlechtert. Konnten im Jahr 1991 noch 70 % der Freiburger Kinder zwischen 5 und 9 Jahren selbstständig andere Kinder zum Spielen aufsuchen, so ist dies 2003 nur noch bei 64 % der Fall.

Abbildung 24



Im Gegenzug muss inzwischen für jedes fünfte Kind ein Transport organisiert werden, um Gelegenheit zum Spiel mit Gleichaltrigen zu schaffen. Betrachtet man auch hier die einzelnen Altersjahrgänge der Kinder, wird wiederum deutlich, dass sich vor allem für die Kinder um das Einschulungsalter herum eine Verschlechterung ergeben hat.

Abbildung 25



Der Anteil der Kinder, die eigenständig Spielkameraden erreichen können, hat sich bei den 5-Jährigen um 9 %-Punkte, bei den 6-Jährigen um 8 %-Punkte und bei den 7-Jährigen sogar um 14 %-Punkte verringert. Welche Folgen fehlende oder ungeeignete Aktionsräume für den Kinderalltag und die Entwicklung von Kindern haben, wurde in der Freiburger Kinderstudie ausführlich untersucht.¹ Verständlicherweise können diese Folgen im begrenzten Rahmen einer kommunalen Bürgerumfrage nicht in der gleichen Tiefe untersucht werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die damals gefundenen Zusammenhänge nach wie vor wirksam sind. Kinder in Gebieten mit schlechten Aktionsraumqualitäten haben einen wesentlich höheren Fernsehkonsum. Dies gilt vor allem in Familien aus einfachen Bildungsschichten. Bei höherer Bildung neigen die Eltern hingegen dazu, für ihre Kinder Alternativen zu organisieren, indem sie diese beispielsweise zu Veranstaltungen und Kursen bringen oder andere institutionalisierte Angebote verstärkt in Anspruch nehmen. Eine geringe Aktionsraumqualität verstärkt die Nachfrage nach organisierter Kinderbetreuung und entsprechender Infrastruktur. Inzwischen liegen auch Befunde aus der Umweltpsychologie² vor, die plausible Zusammenhänge zwischen schlechten Aktionsraumbedingungen und Entwicklungsstörungen bei Kindern (z.B. Lese- und Rechenschwäche, ADS) herstellen.

¹ Siehe Teil III der Freiburger Kinderstudie.

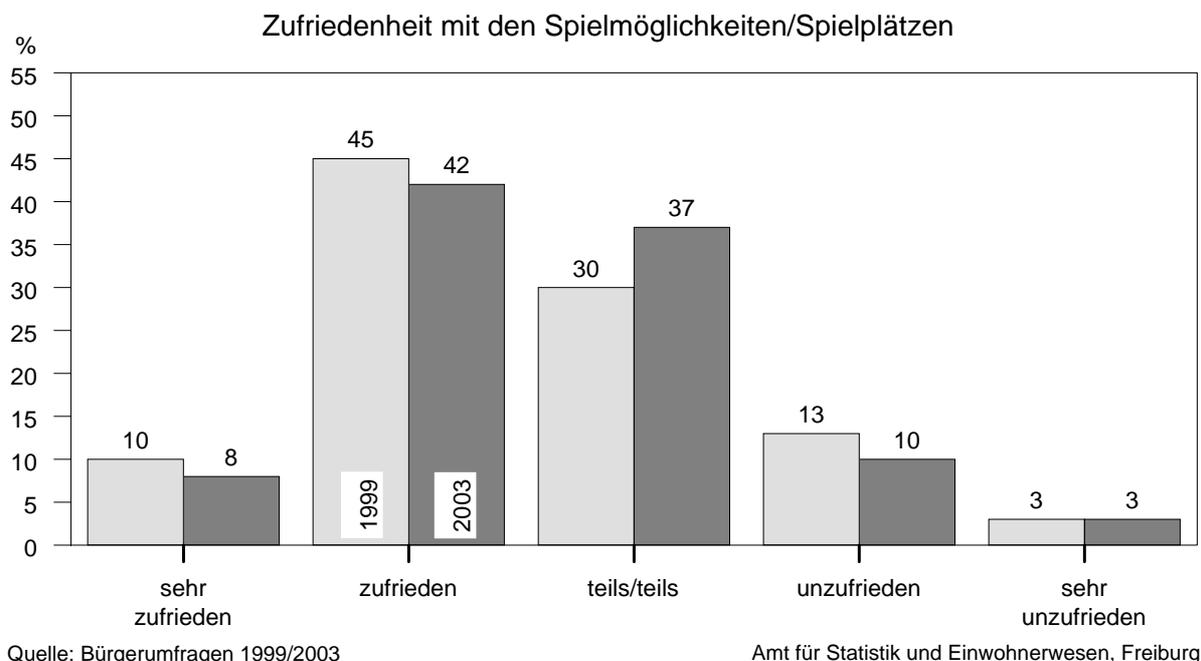
² Vgl. Kahl, Reinhard: Das Schwinden der Sinne. (Filmproduktion Norddeutscher Rundfunk) 1992.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der langfristige Trend einer Verschlechterung städtischer Aktionsräume für Kinder auch in den vergangenen Jahren weiter fortgeschritten ist. Der städtische Raum bietet Kindern heutzutage immer weniger Möglichkeiten, spontan und unbeaufsichtigt mit Gleichaltrigen im Wohnumfeld zu spielen. Obwohl in den Neubaugebieten Vauban und Rieselfeld auf beispielhafte Weise kinderfreundliche verkehrsberuhigte Bereiche geschaffen werden konnten, ist es nicht gelungen, den gesamtstädtischen Trend umzukehren. Es ist aber davon auszugehen, dass sich ohne diese Maßnahmen die Bilanz noch schlechter darstellen würde. Ursache für diese Entwicklung ist der zunehmende innerstädtische Individualverkehr. So hat zwischen den Jahresenden 1991 und 2003 die Anzahl der Kraftfahrzeuge in Freiburg von 91 685 auf 105 747 zugenommen (+15,3 %). Auch der im Rahmen der Lokalen Agenda erarbeitete Nachhaltigkeitsindikator „Verkehrsunfälle“¹ ist ein weiterer Beleg für diese Entwicklung. Während es in Neubaugebieten relativ einfach ist, verkehrsberuhigte Bereiche zu planen, wird eine zukünftige Herausforderung für die städtische Verkehrsplanung vor allem darin bestehen, im Bestand der Tempo-30-Zonen die Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten für Kinder zu verbessern.

Subjektive Zufriedenheit mit den Spielmöglichkeiten

Die Fragen nach den Spielmöglichkeiten im Wohnumfeld und zur Erreichbarkeit anderer Kinder zeigten, dass sich die Bedingungen eher verschlechtern. Dieses Bild wird bestätigt, wenn die Eltern unmittelbar um eine Einschätzung der Spielmöglichkeiten/Spielplätze gebeten werden.

Abbildung 26



¹ Höfflin, Peter: Werkstattbericht "Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Freiburg". Freiburg (Amt für Statistik und Einwohnerwesen) 2004. (= Beiträge zur Statistik)

Bei der Zufriedenheit mit den Spielmöglichkeiten/Spielplätzen hat es einen Rückgang gegenüber 1999 gegeben. Allerdings ist die Veränderung eher geringfügig. 1999 waren 55 % der Befragten mit den Spielmöglichkeiten „zufrieden“ (45 %) oder „sehr zufrieden“ (10 %). 2003 sind 50 % mit den Spielmöglichkeiten „zufrieden“ (42 %) oder „sehr zufrieden“ (8 %). Das ist ein Rückgang um 5 %-Punkte.

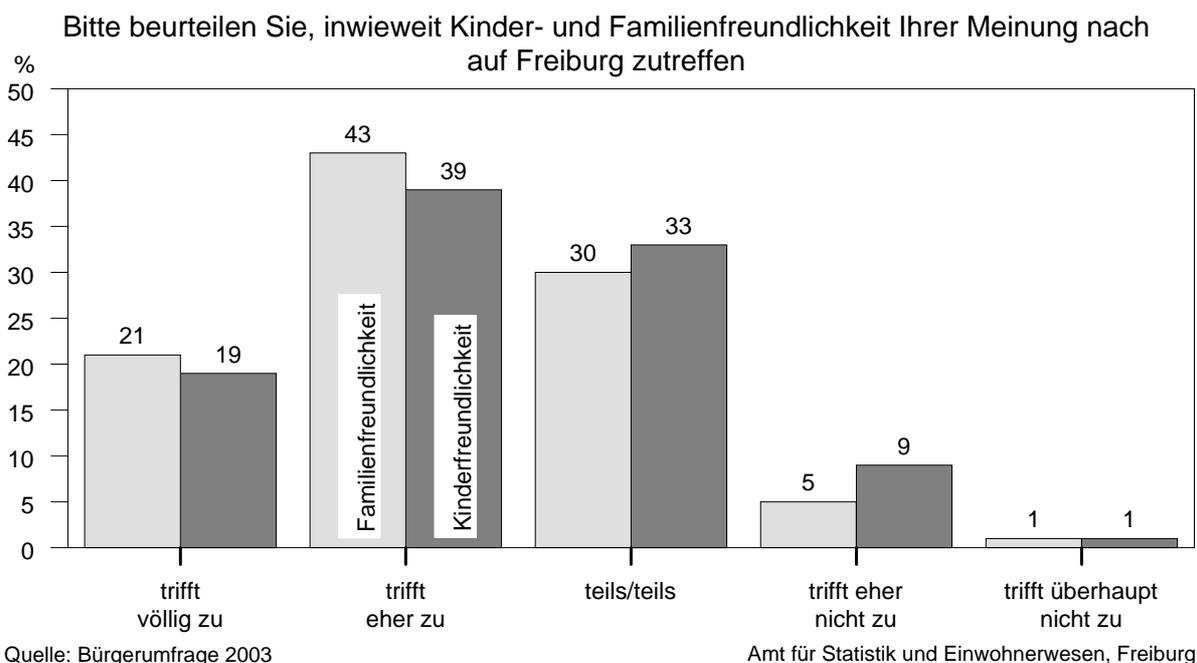
3.2 Kinder- und Familienfreundlichkeit

Frage: „Bitte beurteilen Sie, inwieweit diese Eigenschaften Ihrer Meinung nach auf Freiburg zutreffen: – Kinderfreundlichkeit, Familienfreundlichkeit?“

21 % der Befragten sagen: Familienfreundlichkeit „trifft völlig zu“. 43 % sagen: das „trifft eher zu“. Das bedeutet, das knapp zwei Drittel der Befragten (64 %) Freiburg als familienfreundliche Stadt einstufen. Wir können das Ergebnis mit der Stuttgarter Bürgerumfrage vergleichen, wo diese Frage in gleicher Form gestellt wurde. Stuttgart wird von lediglich 5 % als „völlig familienfreundlich“ eingestuft und von 36 % als „eher familienfreundlich“. Zusammen sind das 41 %. Freiburg besitzt demnach einen guten Vorsprung von 23 %-Punkten bei dieser Frage gegenüber der Landeshauptstadt.

Familienfreundlichkeit und Kinderfreundlichkeit wird sehr ähnlich beurteilt und steht sicherlich auch in einem inneren Zusammenhang. Allerdings ist die positive Beurteilung bei der Dimension Kinderfreundlichkeit etwas schwächer. 19 % meinen Kinderfreundlichkeit „trifft völlig zu“ und 39 % meinen dies „trifft eher zu“. Zusammen sind das 58 %.

Abbildung 27



Die bisherige Einschätzung der Familien- und Kinderfreundlichkeit beruht auf den Angaben aller Befragten, gleichgültig ob sie Kinder haben oder keine. Daraus ergibt sich die Frage, wie die Familien- und Kinderfreundlichkeit Freiburgs in verschiedenen Haushaltstypen beurteilt wird und ob es entsprechende Unterschiede gibt. In Tabelle 11 ist der Anteil der Personen die Freiburg als familienfreundlich einstufen, nach Haushaltstypen differenziert dargestellt. Von den kinderlosen Haushalten stufen mehr als zwei Drittel (68 %) der Befragten Freiburg als familienfreundliche Stadt ein. Dies lässt sich weiter nach der häuslichen Bindung der Haushalte differenzieren. Häusliche Bindung meint hier nicht etwa eine emotionale Bindung, sondern beschreibt den Betreuungsaufwand. Von einer starken häuslichen Bindung wird gesprochen, wenn mindestens ein Kleinkind im Alter unter 3 Jahren versorgt werden muss. Kinder in diesem Alter bedürfen eines starken Pflegeaufwandes und müssen durchgehend beaufsichtigt werden. Eine mittlere häusliche Bindung liegt vor, wenn mindestens zwei Kinder im Haushalt leben, von denen mindestens ein Kinder unter 10 Jahren alt ist. Eine schwache häusliche Bindung liegt bei den übrigen Familienhaushalten vor.

Tabelle 11: Familienfreundlichkeit und Haushaltsform
(Anteil der Befragten, die sagen: Familienfreundlichkeit „trifft zu „ bzw. „eher zu“)

	häusliche Bindung*) in %			
	keine	schwach	mittel	stark
kinderlose Haushalte	68			
allein Erziehende		48	50	27
Familien mit 2 und mehr Erwachsenen		57	48	58

*) Starke Bindung: mindestens 1 Kind unter 3 Jahren. Mittlere Bindung: 2 und mehr Kinder, davon mindestens eines unter 10 Jahren. Schwache Bindung: andere Haushaltskonstellation mit Kindern.

Bei den allein Erziehenden mit schwacher und mittlerer häuslicher Bindung stufen etwa 50 % Freiburg als familienfreundliche Stadt ein, also etwa die Hälfte der befragten allein Erziehenden. Bei den allein Erziehenden mit Kleinkindern ist der Anteil wesentlich geringer. Hier vergeben nur ein Viertel der Befragten das Prädikat „familienfreundlich“ (27 %). Bei den Zwei-Eltern-Familien zeigt sich ein überraschendes Ergebnis. Hier sind die Familien mit schwacher und starker häuslicher Bindung etwa in gleichem Maß zufrieden. 57 bzw. 58 Prozent beurteilen Freiburg als familienfreundlich. Bei den Familien mit mittlerem Betreuungsbedarf ist die Zustimmung um etwa 10 Prozentpunkte geringer. Für dieses zunächst überraschende Ergebnis bietet sich folgende Erklärung an: Bei den Zwei-Eltern-Familien mit Kleinkindern finden wir vorwiegend das traditionelle Haushaltsmodell mit einem in Vollzeit erwerbstätigen Vater und einer nicht-berufstätigen Mutter, die sich in der Elternzeit befindet. Probleme hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf tauchen hier noch nicht auf. Auch bei den Familienhaushalten mit schwacher häuslicher Bindung treten diese Probleme nicht auf, weil die Kinder schon sehr selbstständig sind. Im Gegensatz dazu befinden sich die Familien mit mittlerer häuslicher Bindung. Das ist die Schwelle, an der die Frauen wieder in die Berufstätigkeit zurückkehren und sich entscheidet, wie familienfreundlich die Stadt ist.

Familienfreundlichkeit darf dabei nicht nur auf das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen verengt werden, sondern betrifft auch die Betriebe und Unternehmen. Wie ist es etwa um das Angebot an Teilzeitarbeit und flexibler familienfreundlicher Arbeitszeitformen bestellt?

Betrachtet man die Frage nach der Kinderfreundlichkeit, so ergibt sich ein fast identisches Antwortmuster, wobei die Kinderfreundlichkeit allerdings durchgängig etwas geringer als die Familienfreundlichkeit eingestuft wird.

Tabelle 12: Kinderfreundlichkeit und Haushaltsform
(Anteil der Befragten, die sagen: Kinderfreundlichkeit „trifft zu“ bzw. „eher zu“)

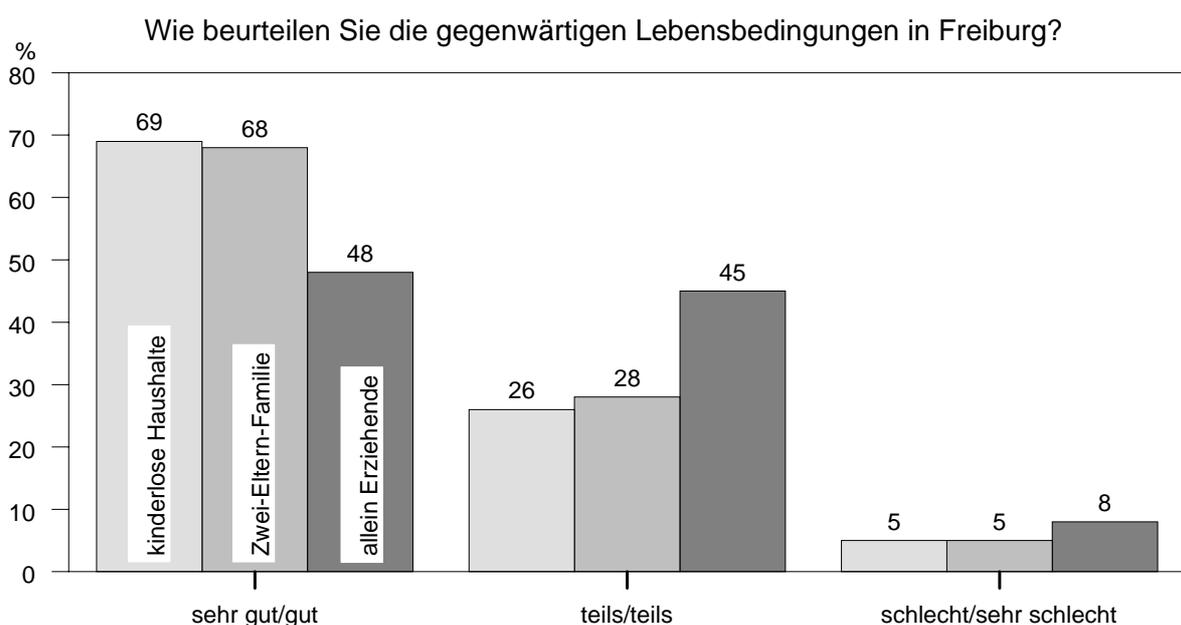
	häusliche Bindung*) in %			
	keine	schwach	mittel	stark
kinderlose Haushalte	62			
allein Erziehende		43	28	13
Familien mit 2 und mehr Erwachsenen		48	43	53

*) Starke Bindung: mindestens 1 Kind unter 3 Jahren. Mittlere Bindung: 2 und mehr Kinder, davon mindestens eines unter 10 Jahren. Schwache Bindung: andere Haushaltskonstellation mit Kindern.

Familientyp und Veränderung der Lebensbedingungen

Wenn man sich ansieht, wie die Lebensbedingungen ganz allgemein beurteilt werden, dann beurteilen deutlich mehr als zwei Drittel der Befragten aus kinderlosen Haushalten und Zwei-Eltern-Familien diese als „sehr gut“ oder „gut“ (69 % bzw. 68 %).

Abbildung 28



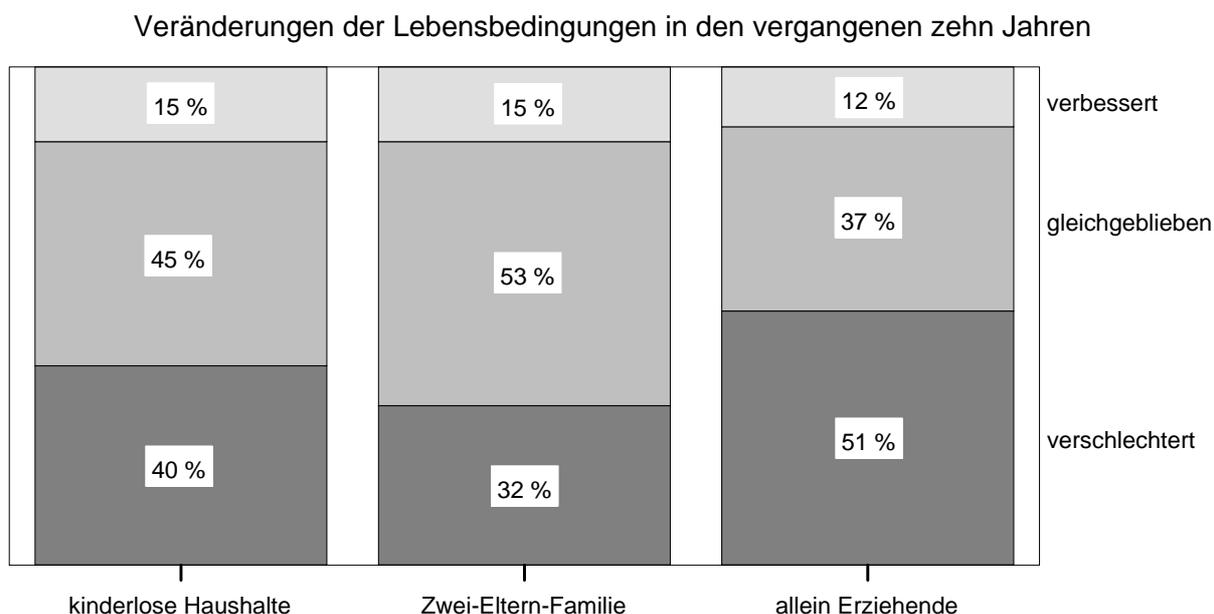
Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Deutliche kritischer werden die Lebensbedingungen von allein Erziehenden beurteilt. Von ihnen vergibt knapp die Hälfte (48 %) das Prädikat „sehr gut“ oder „gut“. Fast genauso viele allein Erziehende machen Einschränkungen uns sagen „teils/teils“. Allerdings stufen lediglich 8 % die Lebensbedingungen als „schlecht“ ein.

Auch die Frage, wie sich die Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren in Freiburg entwickelt haben, kann nach der Haushaltszusammensetzung differenziert ausgewertet werden (Abb. 29).

Abbildung 29



Quelle: Bürgerumfrage 2003

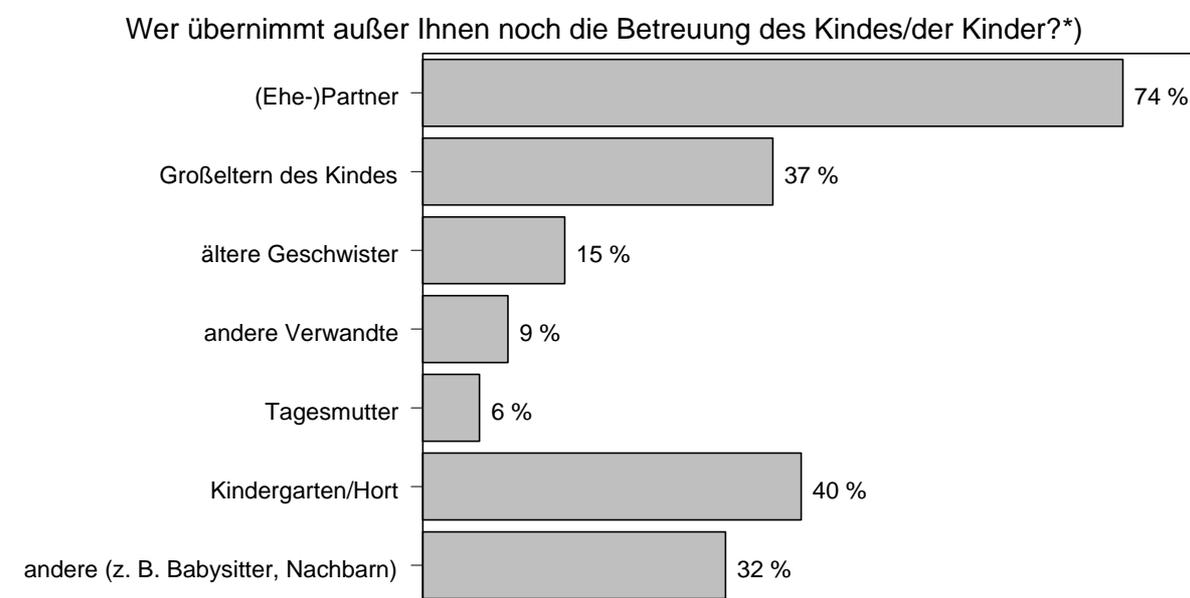
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Es ist festzustellen, dass sich für durchgängig über ein Drittel der Befragten die Lebensbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert haben. Die Zeiten, bei denen die gesamte Gesellschaft gleichförmig wie in einem Fahrstuhl aufwärts fährt, sind vorbei. Am deutlichsten artikulieren die allein Erziehenden eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Am geringsten scheinen die Zwei-Eltern-Familien betroffen zu sein. Bei den kinderlosen Haushalten sind es etwa 40 %. Dass sich die Lebensbedingungen bei den Zwei-Eltern-Familien am wenigsten verschlechtert haben, deckt sich übrigens auch mit anderen Befunden, etwa aus der Sozialhilfestatistik. Die größten Risiken, hilfebedürftig zu werden, haben allein stehende Personen. Sie sind am wenigsten in der Lage, Einkommensrisiken zu kompensieren, und sie können Defizite schlechter über vorhandene soziale Netzwerkressourcen kompensieren.

3.3. Die Betreuung von Kindern

Knapp drei Viertel der Befragten mit Kindern unter 12 Jahren können bei der Kinderbetreuung auf die Hilfe des Partners oder der Partnerin zurückgreifen. Die zweitwichtigste Hilfe bei der Kinderbetreuung sind Kindertageseinrichtungen wie beispielsweise Kindergärten oder Horte, die von 40 % der Befragten genannt werden.

Abbildung 30



Quelle: Bürgerumfrage 2003

*) Befragte mit Kindern unter 12 Jahren, Mehrfachnennungen möglich

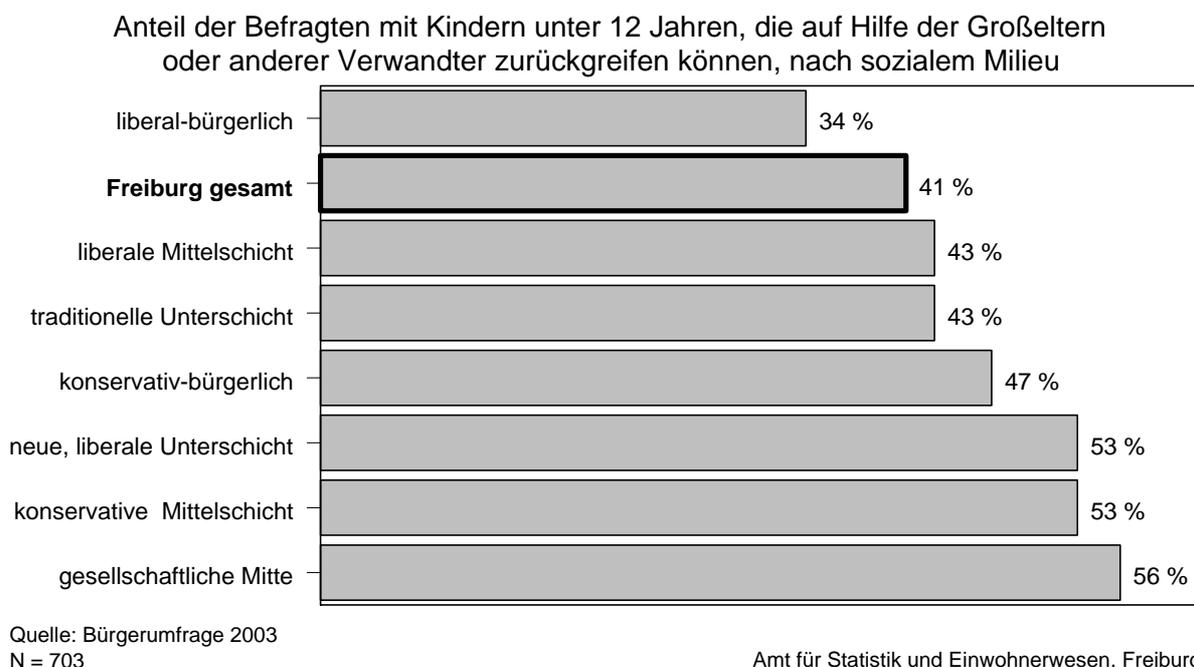
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (37 %) können die Großeltern um Unterstützung bei der Betreuung bitten. Auch ältere Geschwister (15 %) und andere Verwandte (9 %) werden durchaus zur Betreuung herangezogen, wenn auch in deutlich geringerem Umfang. Eine Tagesmutter wird von 6 % der Befragten mit Kindern im angegebenen Betreuungsalter genannt. Ein mit etwa einem Drittel (32 %) durchaus beachtlicher Anteil greift auch auf sonstige Betreuungsmöglichkeiten wie etwa die Nachbarschaft oder Babysitter zurück.

Großeltern und Verwandte bilden ein wichtiges Unterstützungspotential außerhalb der engeren Kernfamilie, wenn es um die Betreuung der Kinder geht. Insgesamt 41 % der Befragten mit Kindern unter 12 Jahren können auf die Hilfe dieser beiden Gruppen zurückgreifen. Interessant sind die großen Unterschiede, die sich in dieser Hinsicht in den verschiedenen sozialen Milieus ergeben. Das stärkste Unterstützungspotential finden wir in der gesellschaftlichen Mitte mit über 56 %. Auch in der konservativen Mittelschicht und der neuen liberalen Unterschicht helfen noch bei über der Hälfte der Befragten Großeltern oder andere Verwandte bei der Kinderbetreuung mit. Deutlich unter dem Durchschnitt ist das Unterstützungspotential im liberal-bürgerlichen Milieu, in dem lediglich etwa ein Drittel der Befragten (34 %) auf ein solches familiäres Unterstützungsnetzwerk zurückgreifen kann. Dieses Ergebnis ist vor allem deshalb bedeutsam, weil das liberal-bürgerliche Milieu in Freiburg deutlich

dominierend ist. Wenn aber keine oder nur geringe familiäre Hilfen vorhanden sind, steigt damit der Bedarf nach institutioneller Betreuung. Oftmals wird in diesem Fall auch die Betreuungssituation sehr leicht problematisch, wenn Ausfälle oder Schließzeiten zu überbrücken sind oder das Betreuungsangebot sich nicht mit den eigenen Zeitanforderungen zur Deckung bringen lässt.

Abbildung 31



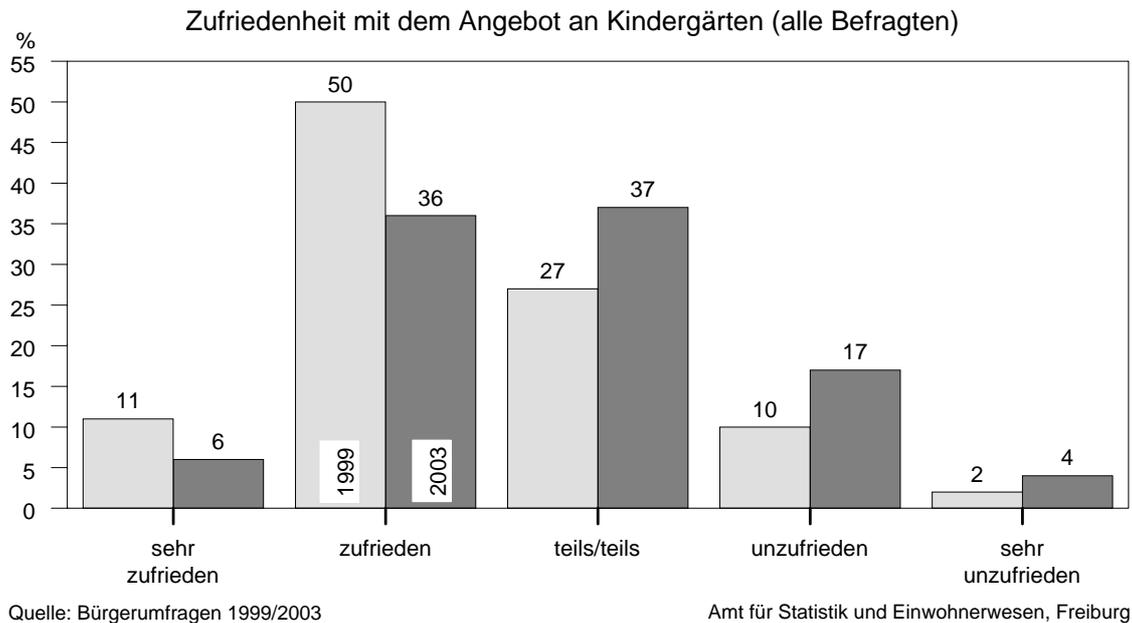
Die Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindergärten/Kindertagesstätten

Da Kindertageseinrichtungen nach dem (Ehe-)Partner die wichtigste Stütze bei der Kinderbetreuung sind, ist es sinnvoll, die Zufriedenheit mit diesem Bereich eingehender zu betrachten. Gleichlautend wie in der Bürgerumfrage 1999 wurden zunächst einmal in allgemeiner Form alle Befragten, unabhängig ob sie Kinder hatten oder nicht, nach der Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindergärten gefragt:

Frage: Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit den folgenden Aspekten der Stadt Freiburg: dem Angebot an Kindergärten / den Kindertagesstätten?

Mit dem Freiburger „Angebot an Kindergärten/Kindertagesstätten“ sind 36 % zufrieden und 6 % sehr zufrieden (Abb. 32). „Teilweise zufrieden“ äußern sich 37 %. Etwa jeder fünfte Befragte ist „unzufrieden“ (17 %) oder „sehr unzufrieden“ (4 %). Im Vergleich zu 1999 ist festzustellen, dass es doch einen merklichen Rückgang in der Zufriedenheit gibt. Damals waren noch die Hälfte der Befragten „zufrieden“ (50 %) oder „sehr zufrieden“ (11 %).

Abbildung 32



Hinter der Zufriedenheit mit dem Angebot stecken verschiedene Dimensionen. Die Befragung wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die Kindergartenfinanzierung ein heißes kommunalpolitisches Thema war. Zudem hat das Thema Kinderbetreuung, vor allem der unter 3-Jährigen, auch auf bundespolitischer Ebene an Bedeutung gewonnen, was sich ebenfalls auf die Urteile der Freiburger Befragten auswirken kann. Letztlich ist es aber auch möglich, dass sich die Bedürfnisse und Ansprüche ändern und die Kindergärten heute kritischer beurteilt werden.

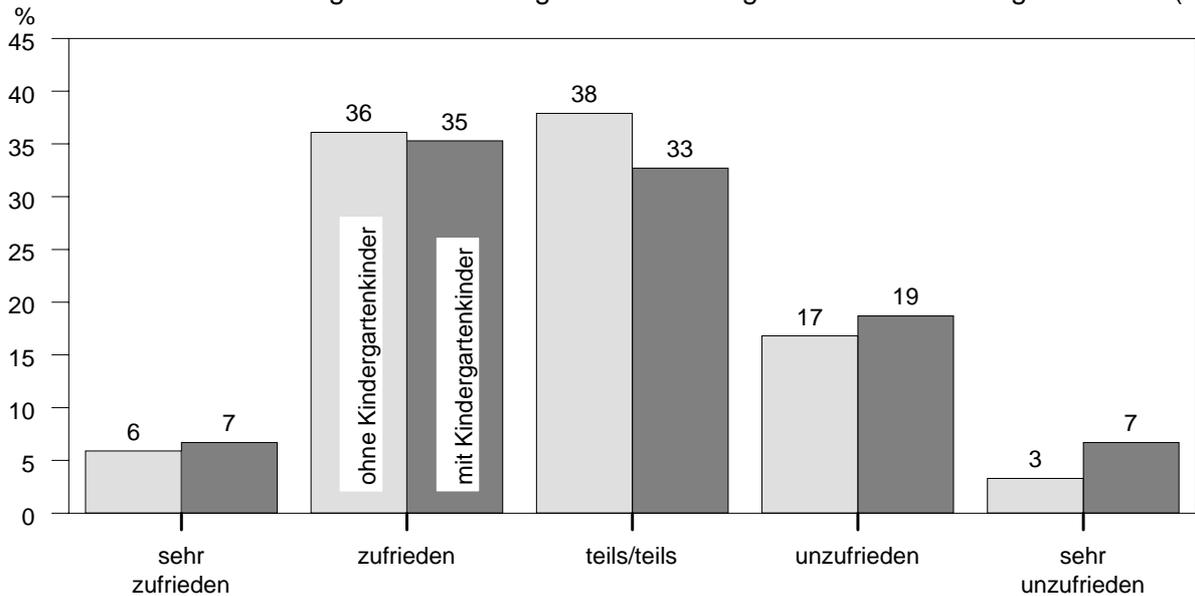
Dass sich die Aussagen zur Zufriedenheit nicht auf allgemeine Einschätzungen, sondern durchaus auf konkrete Erfahrungen stützen, zeigt sich, wenn man die Gruppe derjenigen untersucht, die Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren haben (Abb. 33).

Die Einschätzung von Personen mit Kindern im Kindergartenalter unterscheidet sich nur geringfügig vom Urteil der übrigen Befragten. 7 % sind „sehr zufrieden“ und 35 % äußern sich „zufrieden“. Allerdings ist der Anteil der „unzufriedenen“ (19 %) und der „sehr unzufriedenen“ (7 %) etwas höher.¹

¹ Dieser Unterschied erweist sich bei einem Chi²-Test als signifikant auf dem 5 %-Niveau.

Abbildung 33

Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindergärten bei Befragten mit/ohne Kindergartenkinder(n)



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Bei der Zufriedenheit mit dem Angebot gibt es interessanterweise keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen und zwischen Deutschen und Ausländern. Auch im Hinblick auf die Haushaltstypen und sozialen Milieus sind nur schwache Unterschiede auszumachen. Einen deutlicheren Einfluss haben aber die Arbeitszeiten. Wenn ungünstige oder wechselnde Arbeitszeiten für die Befragten ein Problem darstellen, ist die Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich geringer. In dieser Gruppe sind zwei Drittel (66 %) der Befragten nur teilweise zufrieden oder sogar unzufrieden mit dem bestehenden Angebot. Dies sind 8 %-Punkte mehr als bei der Gesamtheit der Befragten.

Die Ergebnisse der Bürgerumfrage weisen darauf hin, dass die Bedarfslagen komplexer geworden sind. Mit der Ausdifferenzierung und Pluralisierung von Lebenslagen und Familienformen verändert sich auch das benötigte Betreuungsangebot. Eine einfache Zuordnung von Betreuungsformen zu bestimmten Haushaltstypen ist zu eindimensional. Das jeweilige Arrangement einer Betreuungssituation hängt nicht mehr nur von der Berufstätigkeit oder von der Haushaltszusammensetzung ab, sondern muss an die Zeiterfordernisse der Familien angepasst werden. Hier sind Fragen der kommunalen Zeitpolitik angesprochen, die über den gegebenen Analyserahmen einer allgemeinen Bürgerumfrage hinausweisen.¹

¹ Eine Untersuchung zwischen Zeitstrukturen und Betreuungsbedarf müsste beispielsweise sehr viel differenzierter die Zeitarrangements in den befragten Haushalte erfassen. Zur Debatte um die kommunale Zeitpolitik siehe auch: Mückenberger, Ulrich: Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 1998.

Welche Bereiche der Betreuungseinrichtungen bereiten Probleme?

Die Zufriedenheit mit den Kindertageseinrichtungen umfasst viele verschiedene Bereiche. Um Prioritäten setzen und Handlungskonzepte entwickeln zu können, ist es sinnvoll, diese Erhebungsbereiche weiter zu differenzieren. Auf Anregung der Freiburger Frauenbeauftragten wurde für die verschiedenen altersspezifischen Angebote erhoben, ob Eltern mit Kindern unter 12 Jahren in diesen Bereichen Probleme haben oder früher hatten (Abb. 34)

Die Betreuungsformen für Kinder unter 3 Jahren besitzen grundsätzlich eine hohe Akzeptanz. Lediglich 11 % der Befragten sehen oder sahen sich hier mit großen Problemen konfrontiert, weil nur Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, mit denen sie sich nicht einverstanden fühlten. Ein deutlich gewichtigeres Problem sind „fehlende Betreuungsmöglichkeiten“, die von 25 % der Befragten als „großes Problem“ und von 37 % als „teilweises Problem“ genannt wurden. Am stärksten problematisiert wurden die Kosten für Betreuungsangebote vor der klassischen Kindergartenzeit. 42 % der Befragten sehen hier „große Probleme“ und 33 % sehen „teilweise Probleme“.

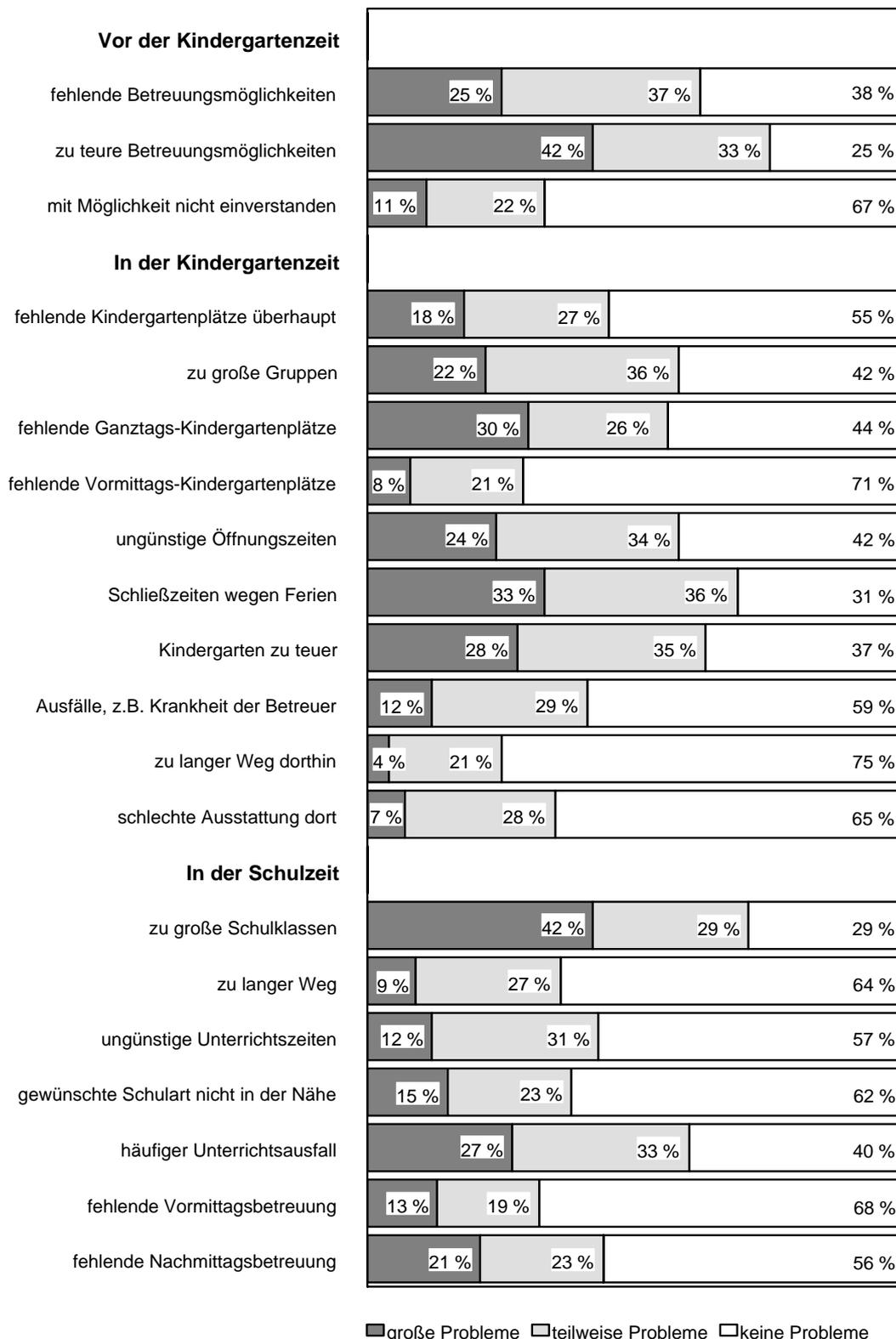
Betrachtet man die Kindergartenzeit, so sind es die „Schließzeiten wegen Ferien“ (33 %) und „fehlende Ganztags-Kindergartenplätze“ (30 %), die am häufigsten als „großes Problem“ benannt wurden. Keine nennenswerten Probleme ergeben sich in den Bereichen der Versorgung mit „Vormittagsplätzen“, der Wohnortnähe oder der Ausstattung, die für die weit überwiegende Mehrheit der Befragten keine Probleme bereitet.

In der Schulzeit sind es zwei Bereiche, die den Eltern häufig Probleme bereiten. An herausragender Stelle stehen die „zu großen Schulklassen“, die von 42 % der Eltern als großes Problem eingestuft werden. An zweiter Stelle der drängenden Probleme ist der „häufige Unterrichtsausfall“ zu nennen, der von mehr als einem Viertel der Befragten (27 %) als großes Problem gesehen wird. Gerade für berufstätige Eltern kann der Unterrichtsausfall zu Betreuungsproblemen führen. Dass diese Betreuungsfrage eine immer größere Bedeutung erhält, zeigt sich auch daran, dass jeder fünfte Befragte (21 %) große Probleme wegen einer fehlenden Nachmittagsbetreuung hat und 23 % hier zumindestens teilweise Probleme ausmachen.

Alle bisherigen Angaben wurden von Eltern mit Kindern unter 12 Jahren gemacht, das heißt, dass nicht nur aktuelle, sondern auch frühere Erfahrungen in die Bewertung eingingen. Deshalb stellt sich die Frage, ob Eltern, die Kinder in der jeweiligen Altersphase haben und damit über unmittelbarere Erfahrungen verfügen, zu einer anderen Einschätzung gelangen. Die Auswertungen zeigen, dass vor allem die Eltern mit Kleinkindern das Betreuungsangebot sogar noch etwas kritischer beurteilen (Tabelle 13).

Abbildung 34

**Haben oder hatten Sie folgende Probleme mit der Kinderbetreuung
- Befragte mit Kindern unter 12 Jahren -**



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

31 % berichten über große Betreuungsprobleme und für ziemlich exakt die Hälfte der Befragten sind die Betreuungskosten ein großes Problem. Die Art der vorhandenen Betreuungsangebote ist auch in dieser Gruppe für die deutliche Mehrheit der Befragten (62 %) nicht mit Problemen verbunden.

Tabelle 13: Probleme mit der Kinderbetreuung bei Befragten mit Kindern unter 3 Jahren in der Freiburger Bürgerumfrage 2003

Vor der Kindergartenzeit	große Probleme		teilweise Probleme		keine Probleme	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
fehlende Betreuungsmöglichkeiten	58	31 %	65	35 %	63	34 %
zu teure Betreuungsmöglichkeiten	90	49 %	59	32 %	34	19 %
nur Betreuungsmöglichkeiten, mit denen ich nicht einverstanden bin	20	14 %	34	24 %	90	62 %

Im Bereich der Kinderbetreuung für 3- bis 6-Jährige unterscheiden sich die Problemangaben zwischen der Elterngruppe mit Kindergartenkindern und der Elterngruppe ohne Kindergartenkinder um maximal zwei Prozentpunkte. Die Beurteilung stimmt also sehr gut überein.

Tabelle 14: Probleme mit der Kinderbetreuung bei Befragten mit Kindern von 3 bis 6 Jahren in der Freiburger Bürgerumfrage 2003

In der Kindergartenzeit	große Probleme		teilweise Probleme		keine Probleme	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
fehlende Kindergartenplätze überhaupt	50	17 %	75	26 %	164	57 %
zu große Gruppen im Kindergarten	66	23 %	97	33 %	127	44 %
fehlende Ganztags-Kindergartenplätze	82	29 %	73	26 %	124	44 %
fehlende Vormittags-Kindergartenplätze	21	8 %	53	19 %	199	73 %
ungünstige Öffnungszeiten des Kindergartens	67	23 %	101	35 %	122	42 %
Schließzeiten wegen Ferien	96	33 %	106	36 %	89	31 %
Kindergarten zu teuer	86	30 %	98	34 %	104	36 %
Ausfälle, z. B. durch Krankheit der Betreuer	38	13 %	77	27 %	173	60 %
zu langer Weg zum Kindergarten	12	4 %	61	21 %	219	75 %
schlechte Ausstattung im Kindergarten	17	6 %	74	26 %	194	68 %

Bei der Frage der schulischen Betreuung wird die Situation von den Eltern, die tatsächlich schulpflichtige Grundschul Kinder haben, tendenziell etwas positiver beurteilt als von den übrigen Eltern. Allerdings sind auch hier die Unterschiede nicht sehr groß und bewegen sich im Rahmen weniger Prozentpunkte.

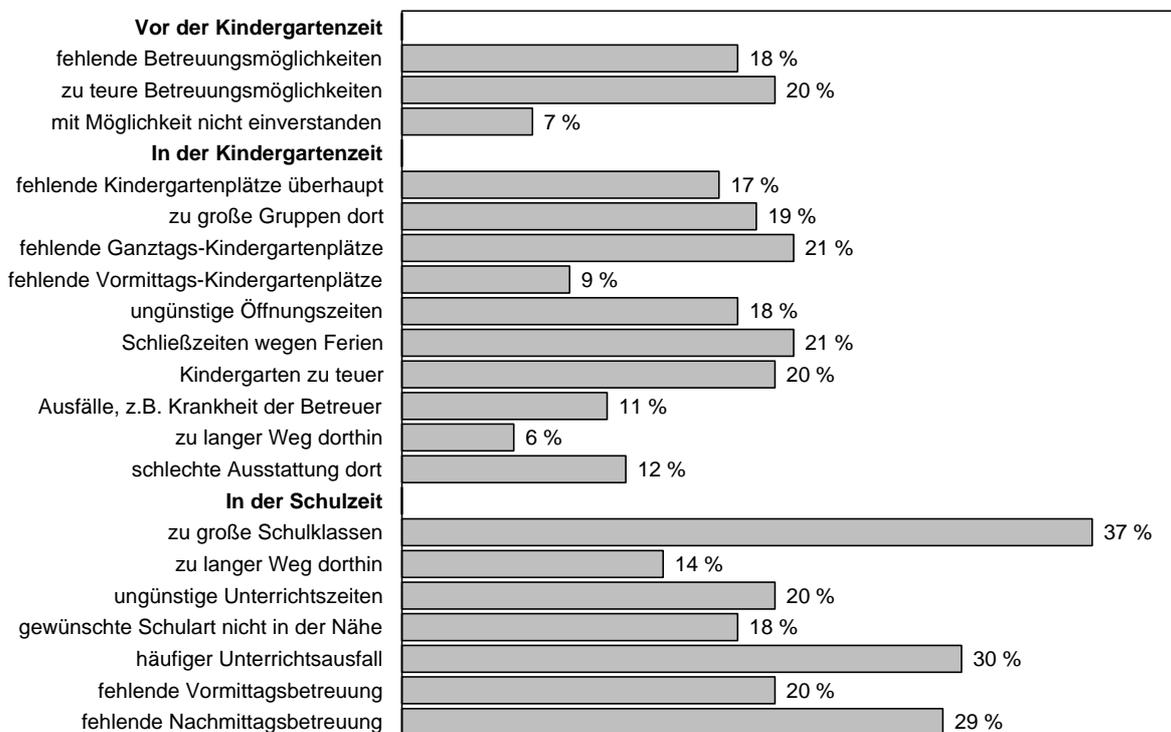
Tabelle 15: Probleme mit der Kinderbetreuung bei Befragten mit Kindern von 7 bis unter 12 Jahren in der Freiburger Bürgerumfrage 2003

In der Schulzeit	große Probleme		teilweise Probleme		keine Probleme	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
zu große Schulklassen	115	39 %	91	31 %	87	30 %
zu langer Weg zur Schule	21	7 %	69	24 %	197	69 %
ungünstige Unterrichtszeiten	27	9 %	89	31 %	171	60 %
gewünschte Schulart nicht in der Nähe	39	14 %	56	20 %	186	66 %
häufiger Unterrichtsausfall	74	25 %	98	34 %	118	41 %
fehlende Vormittagsbetreuung	24	9 %	45	16 %	211	75 %
fehlende Nachmittagsbetreuung	46	16 %	62	22 %	176	62 %

Fragt man nicht nur nach den aktuellen und früheren Problemlagen, sondern auch nach den zukünftigen Erwartungen, so ergibt sich ein vergleichbares Profil. Bei den Kleinkindern werden „fehlende“ (18 %) oder „zu teure“ (20 %) Angebote genannt, in der Kindergartenzeit wird mit „fehlenden Ganztagsplätzen“ (21 %) gerechnet und die Schließzeiten (21 %) problematisiert.

Abbildung 35

Erwartete zukünftige Probleme mit der Kinderbetreuung



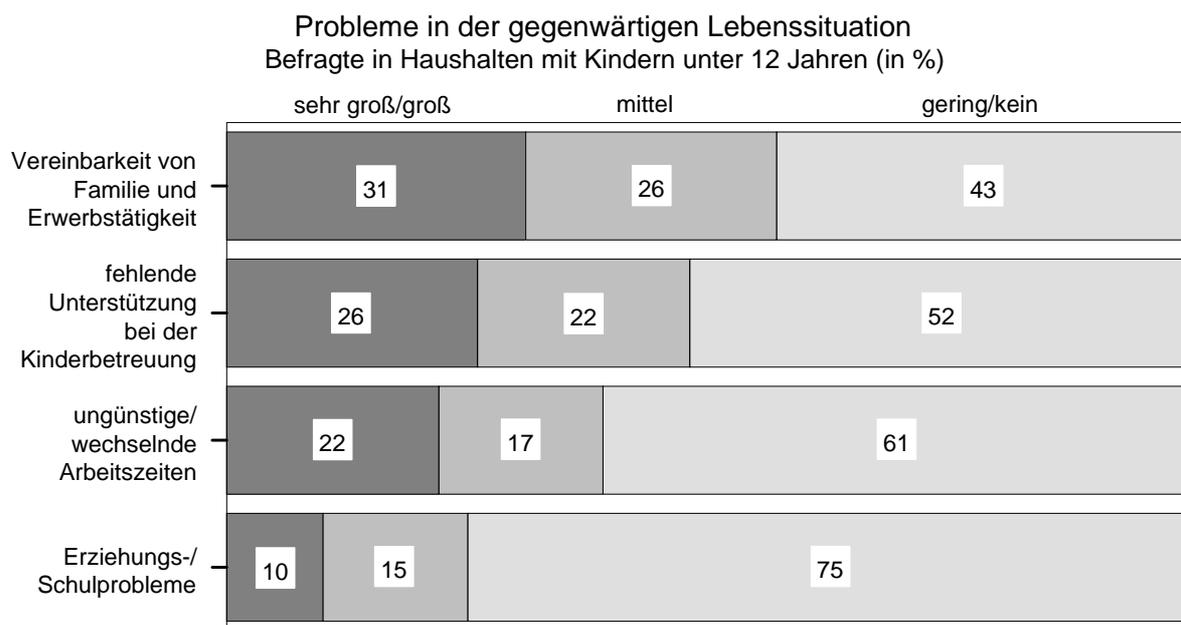
Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Auch rechnet man zukünftig häufig mit „zu teuren Kindergärten“ (20 %). In der Schulzeit sind es wiederum die drei Problembereiche „große Schulklassen“ (37 %), „häufiger Unterrichtsausfall“ (30 %) und „fehlende Nachmittagsbetreuung“ (29 %), mit denen auch in der Zukunft gerechnet wird.

Welche Bedeutung die Frage der Kinderbetreuung für die Lebenssituation von Familien hat, zeigt sich auch bei der Frage nach den zentralen Problemen, mit denen sich die Familien konfrontiert sehen (Abb. 36).

Abbildung 36



Quelle: Bürgerumfrage 2003

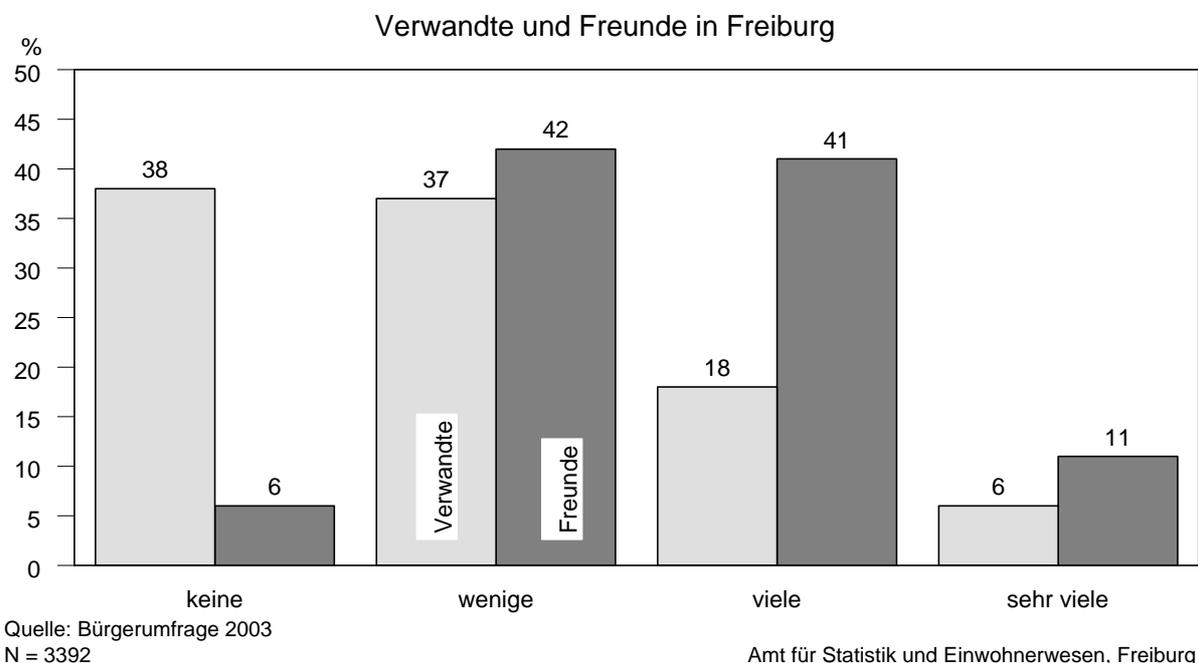
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Fast jede dritte Person mit Kindern unter 12 Jahren hat Probleme, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren (31 %). Nur 43 % haben hier allenfalls geringe oder keine Probleme. Interessanterweise äußern nicht nur 33 % der Frauen, sondern auch 27 % der Männer, dass sie Probleme haben, die Anforderungen von Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinen. Etwa ein Viertel der Befragten (26 %) beklagt sich über fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung, wobei noch weiter differenziert werden müsste, ob es sich um institutionelle oder persönliche Unterstützung handelt. Mehr als jede fünfte befragte Person (22 %) hat Probleme aufgrund ungünstiger/wechselnder Arbeitszeiten. Immer weniger Menschen arbeiten heute in einem Normalarbeitszeitverhältnis zwischen etwa 8.00 Uhr und 17.00 Uhr, also in der Zeit, in der die Kinderbetreuungseinrichtungen offen sind. Wer bis 20.00 Uhr oder am Samstag im Einzelhandel verkaufen muss, bekommt ebenso Probleme wie die zunehmende Anzahl derjenigen, die flexibilisierte Arbeitszeiten mit ihren familiären Zeitbedürfnissen synchronisieren muss. Drei Viertel der Befragten haben keine Probleme im Bereich der Erziehung und schulischer Probleme. Auch wenn sich nur jeder zehnte Befragte mit Problemen in diesem Bereich konfrontiert sieht, so können diese im Einzelfall doch sehr belastend sein.

4. Soziale Netzwerke und die Unterstützung pflegebedürftiger Menschen

Urbane Bevölkerungen sind mobile Bevölkerungen. Freiburg ist eine Stadt, die nach wie vor über eine durch deutlichen Zuwanderungsgewinn wachsende Bevölkerung verfügt, während immer mehr Städte in anderen Gebieten Deutschlands deutlichen Schrumpfungsprozessen unterliegen. Unabhängig davon, ob die hohe Mobilität auf einen selbst gewählten individuellen Lebensstil oder auf berufliche Mobilitätsanforderungen zurückzuführen ist, entstehen hier spezifische Risiken. Das Leben in der Stadt ist von zunehmender Singularisierung geprägt. Die Herkunftsfamilie und andere Verwandten leben immer häufiger nicht in Freiburg und der Region, sondern sind räumlich weit entfernt. Aber auch der Wandel der Familien- und Haushaltsformen, etwa die wachsende Zahl von Singles oder die Zunahme von Ehescheidungen, führen dazu, dass die Verfügbarkeit von Verwandten tendenziell immer mehr abnimmt. Familien, Verwandte und Freunde bilden ein wesentliches Substrat für das bereits erwähnte „Soziale Kapital“ einer Gesellschaft. Wenn informelle Netzwerke schwinden, steigen die Ansprüche an institutionelle Unterstützungsformen. Das Spektrum reicht von der kurzfristigen Kinderbetreuung durch die Nachbarschaft bis hin zur intensiven häuslichen Pflege älterer Menschen durch Angehörige. Die enormen Leistungen, die hier im familiären, nachbarschaftlichen und auch bürgerschaftlichen Bereich erbracht werden, sind kaum zu überschätzen. Die hohe Bedeutung dieser Leistungen rechtfertigt es, einen genaueren Blick auf diese wichtigen sozialen Netzwerke zu richten.

Abbildung 37



Etwa die Hälfte der Befragten hat keine (6 %) oder wenige (42 %) Freunde, die in Freiburg leben. 41 % haben viele Freunde und 11 % haben sogar sehr viele Freunde in Freiburg.

38 % haben keine und 37 % haben wenig Verwandten in Freiburg. Etwa jeder vierte Befragte hat hingegen „viele“ (6 %) oder sogar „sehr viele“ (18 %) Verwandte, die in Freiburg leben.

Sofern weder Verwandte noch Freunde in Freiburg vorhanden sind, droht die Gefahr der Vereinsamung und Isolation. Wir haben in der Bürgerumfrage deshalb nachgefragt, ob „Einsamkeit, Isolation oder mangelnde Kontakte“ ein persönliches Problem darstellen. Etwa jede zwanzigste Person sieht für sich in diesem Bereich eine Problemlage. 2 % haben hier nach eigener Einschätzung ein „sehr großes Problem“ und weiter 3 % haben ein „großes Problem“. Eine weitere Gruppe von 18 % sieht für sich zumindest „geringe“ (12 %) oder sogar „mittlere Probleme“ in diesem Bereich. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Gruppe über nur wenig Kontaktmöglichkeiten verfügt und damit zumindest potentiell auch dem Risiko einer Vereinsamung ausgesetzt ist.

Die demographischen Unterschiede im Hinblick auf das Vorhandensein von Freunden und Verwandten sind beachtlich. In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen haben über die Hälfte (54 %) der Befragten keine Verwandten in Freiburg. In dieser Gruppe befindet sich ein hoher Anteil Studierender und es herrscht eine sehr hohe berufliche Mobilität. Bei den Senioren hat lediglich ein Viertel (25 %) keine Angehörigen in Freiburg. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind nicht sehr ausgeprägt, während Ausländer deutlich seltener in Freiburg lebende Verwandte haben als Deutsche. Sehr ausgeprägt sind auch die Unterschiede in den Milieugruppen. Neben den Studierenden zeichnet sich auch das stärkste Freiburger Milieu mit einer liberal-bürgerlichen Verortung durch die mehrheitliche Abwesenheit von Verwandten aus (53 %).

Diese Unterschiede verweisen auf einen häufig zu wenig beachteten Faktor des demographischen und sozialen Wandels. Neben dem breit diskutierten Umbruch der Alters- und Familienstrukturen in unserer Gesellschaft verändert sich durch die erhöhte Bevölkerungsmobilität auch die räumliche Erreichbarkeit der Angehörigen. Dies hat Konsequenzen für die Verfügbarkeit von familialen Hilfen. Die Kinderbetreuung wird schwieriger, wenn die Großeltern zu weit entfernt sind, um auch einmal einzuspringen. Und zukünftig wird auch der Anteil der älteren Menschen steigen, die keine Verwandten im erreichbaren Umfeld haben und damit auf andere Hilfemöglichkeiten angewiesen sein werden.

Tabelle 16: Das Vorhandensein von Verwandten und Freunden
nach soziodemographischen Merkmalen

	Verwandte in Freiburg			Freunde in Freiburg		
	keine %	wenige %	sehr viele %	keine %	wenige %	sehr viele %
insgesamt	38	37	24	6	42	52
Altersgruppen						
18 bis unter 25 Jahren	39	34	26	2	19	79
25 bis unter 30 Jahren	54	22	24	5	33	61
30 bis unter 45 Jahren	47	28	26	4	39	57
45 bis unter 65 Jahren	34	41	26	7	44	49
65 bis unter 75 Jahren	25	53	22	9	58	33
75 Jahre und älter	25	59	16	16	63	21
Geschlecht						
weiblich	40	37	24	6	44	50
männlich	37	38	25	6	39	55
Nationalität						
deutsch	37	38	25	6	41	53
nicht-deutsch	50	33	17	4	51	45
Soziales Milieu						
traditionelle Unterschicht	20	46	34	14	51	36
neue, liberale Unterschicht	16	37	47	6	40	53
konservative Mittelschicht	15	44	41	5	54	40
gesellschaftliche Mitte	27	38	36	4	41	55
liberale Mittelschicht	44	29	27	2	43	55
konservativ-bürgerlich	40	38	21	11	45	44
liberal-bürgerlich	53	31	16	4	40	56
studentisch	56	29	16	2	22	76
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalt	48	34	18	6	49	45
Mehrpersonenh. ohne Kinder	34	41	25	7	43	49
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	37	32	31	3	32	65
allein Erziehende	44	28	28	6	43	52

Beim Knüpfen von Freundschaftsbanden sind die Jungen am aktivsten. 79 % der 18- bis unter 25-Jährigen haben viele bzw. sehr viele Freunde in Freiburg. Mit zunehmendem Alter nimmt die Anzahl der Freunde und Freundinnen tendenziell ab. Aber selbst bei den Senioren haben noch ein Drittel der 65- bis unter 75-Jährigen und ein Fünftel der über 75-Jährigen viele bzw. sehr viele Freunde in Freiburg. Allerdings ist bei den über 75-Jährigen mit 16 % auch der Anteil derjenigen am größten, die „keine Freunde“ mehr in unmittelbar erreichbarer Nähe haben.

Neben den Jungen gibt es eine weitere Gruppe, die über ein dichtes Netzwerk an Freunden verfügt. Fast zwei Drittel (65 %) der Befragten aus Mehrpersonenhaushalten mit Kindern haben sehr viele Freunde in Freiburg. Den Zwei-Eltern-Familien gelingt es demnach besonders gut, ein Freundschaftsnetzwerk aufzubauen. Wie leicht und schnell Kinder Freundschaften schließen und Distanzen überbrücken, ist immer wieder erstaunlich zu beobachten. Ein wenig von dieser besonderen sozialen Kontaktfähigkeit scheinen sie auch an ihre Eltern weiterzugeben. Die vielfältigen Kontaktchancen, die sich zudem durch Kindertageseinrichtungen, Schule, Spielen in der Nachbarschaft und andere Gelegenheiten ergeben, tragen ein Übriges dazu bei. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich das Freundschaftsnetzwerk der allein Erziehenden kaum von dem der kinderlosen Haushalte, unterscheidet. Dies spricht dafür, dass Kontaktchancen zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für den Aufbau von Freundschaften sind. Freundschaften wollen gepflegt sein und dazu bedarf es weiterer Ressourcen. Es ist zu vermuten, dass die gerade bei allein Erziehenden durch die Zwänge der Alltagsorganisation oftmals stark ausgeprägte Zeitnot diese Freundschaftspflege erschwert.¹ Im Unterschied zu den übrigen Familien können allein Erziehende auch nicht auf ein Netzwerk gemeinsamer Freunde zurückgreifen.

Haushaltsgröße und Verwandtschaftsnetzwerke

Die Verwandtschaftsnetzwerke können eine wichtige Unterstützungsfunktion im Lebensalltag einnehmen. Großeltern oder Geschwister helfen beispielsweise, wenn es einmal eng wird bei der Kinderbetreuung. Und nach wie vor wird der größte Teil der älteren pflegebedürftigen Menschen von den Angehörigen versorgt. Ein schwaches Verwandtschaftsnetzwerk muss nicht zwangsläufig mit Defiziten verbunden sein. Es ist bei bestimmten Personengruppen, etwa bei den Studenten, sogar geradezu typisch. In vielen Lebenslagen ist die von Verwandten geleistete Hilfe aber eine wichtige Ressource für die Bewältigung des Lebensalltages.

Für die Beurteilung der verwandtschaftlichen Netzwerke ist es notwendig, die Verwandten innerhalb und außerhalb des Haushaltes zu berücksichtigen (Tab. 17). 11 % der Befragten leben in einem 1-Personen-Haushalt ohne Verwandte. Weitere 8 % sind Singles mit wenig

¹ In der Forschungsliteratur über allein Erziehende wird darauf hingewiesen, dass diese zwar selten sozial isoliert sind, aber durch geringere finanzielle Ressourcen und eingeschränkte Zeit häufig erhebliche Probleme haben, soziale Kontakte zu pflegen. Niepel, Gabriele: Alleinerziehende. Abschied von einem Klischee. Opladen (Leske + Budrich) 1994.

Verwandten in Freiburg. Auf der anderen Seite lebt über jeder 10 Befragte (11 %) in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen und hat viele Verwandte in Freiburg.

Tabelle 17: Verwandtschaftsnetze nach Haushaltsgröße und Verwandtschaftsbeziehungen in Freiburg 2003

		Haushaltsgröße		
		1 Person	2 Personen	mehrere Personen
Verwandte in Freiburg	ohne	1-Personen-Haushalte ohne Verwandte 11 %	2-Personen-Haushalte ohne Verwandte 14 %	Mehrpersonenhaushalte ohne Verwandte 13 %
	wenige	1-Personen-Haushalte wenig Verwandte 8 %	2-Personen-Haushalte wenig Verwandte 17 %	Mehrpersonenhaushalte wenig Verwandte 13 %
	viele	1-Personen-Haushalte viele Verwandte 4 %	2-Personen-Haushalte viele Verwandte 9 %	Mehrpersonenhaushalte viele Verwandte 11 %

N = 3222

Quelle: Bürgerumfrage 2003

Unter Berücksichtigung dieses Zusammenhanges lassen sich drei verschiedene Netzwerktypen unterscheiden:

Typ I: Schwaches Verwandtschaftsnetzwerk. Dies sind 1-Personen-Haushalte ohne oder mit nur wenig Verwandten und 2-Personen-Haushalte ohne Verwandte. Diesem Netzwerktyp gehört etwa ein Drittel (33 %) der Befragten an.

Typ II: Mittleres Verwandtschaftsnetzwerk. Hierzu zählen die 1-Personen-Haushalte mit vielen Verwandten, die 2-Personen-Haushalte mit wenig Verwandten und die Mehrpersonenhaushalte ohne Verwandte. Ebenfalls ein Drittel (34 %) der Befragten ist diesem Netzwerktyp zuzurechnen.

Typ III: Starkes Verwandtschaftsnetzwerk. Ein weiteres Drittel (33 %) der Befragten hat ein starkes Verwandtschaftsnetzwerk. Der Haushalt besteht aus zwei und mehr Personen und es sind weitere Verwandte vorhanden.

Über welche Verwandtschaftsnetzwerke die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Freiburger Stadtquartieren verfügen, ist aus Tabelle 6 zu ersehen.

Tabelle 18: Anteil der Haushalte nach Stärke des Verwandtschaftsnetzwerkes
in den Wohngebieten ^{*)}

schwach	mittel	stark
54 % Altstadt-Ring	51 % St. Georgen-Süd	59 % Hochdorf
53 % Oberau	45 % Tiengen	58 % Waltershofen
52 % Altstadt-Mitte	44 % Lehen	52 % Munzingen
48 % Alt-Stühlinger	43 % Kappel	47 % Mooswald-West
47 % Günterstal	41 % Mooswald-West	45 % Opfingen
46 % Haslach-Egerten	40 % Neuburg	42 % Haslach-Haid
45 % Zähringen	40 % Günterstal	40 % Mittelwiehre
43 % Stühl.-Eschholz	40 % Landwasser	40 % Stühl.-Beurbarung
42 % Alt-Betzenhausen	40 % Herdern-Süd	38 % Weingarten
39 % Mooswald-Ost	39 % Haslach-Haid	38 % Landwasser
39 % Brühl	39 % Oberwiehre	38 % Rieselfeld
38 % Oberwiehre	39 % Rieselfeld	38 % St. Georgen-Nord
37 % Waldsee	38 % Mittelwiehre	38 % Tiengen
37 % Hasl.-Gartenst./Schild.	38 % Unterwiehre-Süd	37 % Be.-Bischofslinde
37 % Littenweiler	38 % St. Georgen-Nord	36 % Lehen
36 % Herdern-Süd	37 % Waldsee	36 % Kappel
35 % Weingarten	37 % Stühl.-Eschholz	36 % Haslach.-Gartenst./Schild.
34 % Unterwiehre-Nord	37 % Be.-Bischofslinde	35 % Mooswald-Ost
34 % Ebnet	36 % Alt-Betzenhausen	34 % Ebnet
33 % Neuburg	34 % Waltershofen	33 % Haslach-Egerten
33 % Freiburg insgesamt	34 % Freiburg insgesamt	33 % Freiburg insgesamt
33 % Herdern-Nord	34 % Littenweiler	33 % Herdern-Nord
30 % Unterwiehre-Süd	34 % Altstadt-Mitte	32 % Unterwiehre-Nord
27 % St. Georgen-Süd	34 % Stühl.-Beurbarung	32 % Unterwiehre-Süd
27 % Be.-Bischofslinde	34 % Herdern-Nord	30 % Brühl
26 % Stühl.-Beurbarung	34 % Unterwiehre-Nord	29 % Littenweiler
25 % St. Georgen-Nord	32 % Ebnet	28 % Alt-Stühlinger
23 % Munzingen	32 % Opfingen	26 % Neuburg
23 % Opfingen	32 % Brühl	25 % Waldsee
23 % Rieselfeld	31 % Zähringen	25 % Herdern-Süd
22 % Landwasser	29 % Altstadt-Ring	25 % Zähringen
21 % Mittelwiehre	27 % Hasl.-Gartenst./Schild.	23 % Oberwiehre
21 % Kappel	27 % Weingarten	22 % St. Georgen-Süd
20 % Lehen	27 % Hochdorf	22 % Alt-Betzenhausen
18 % Haslach-Haid	26 % Mooswald-Ost	22 % Oberau
18 % Tiengen	26 % Oberau	20 % Stühl.-Eschholz
14 % Hochdorf	25 % Alt-Stühlinger	17 % Altstadt-Ring
12 % Mooswald-West	24 % Munzingen	13 % Altstadt-Mitte
7 % Waltershofen	20 % Haslach-Egerten	13 % Günterstal

^{*)} jeweils in absteigender Reihenfolge

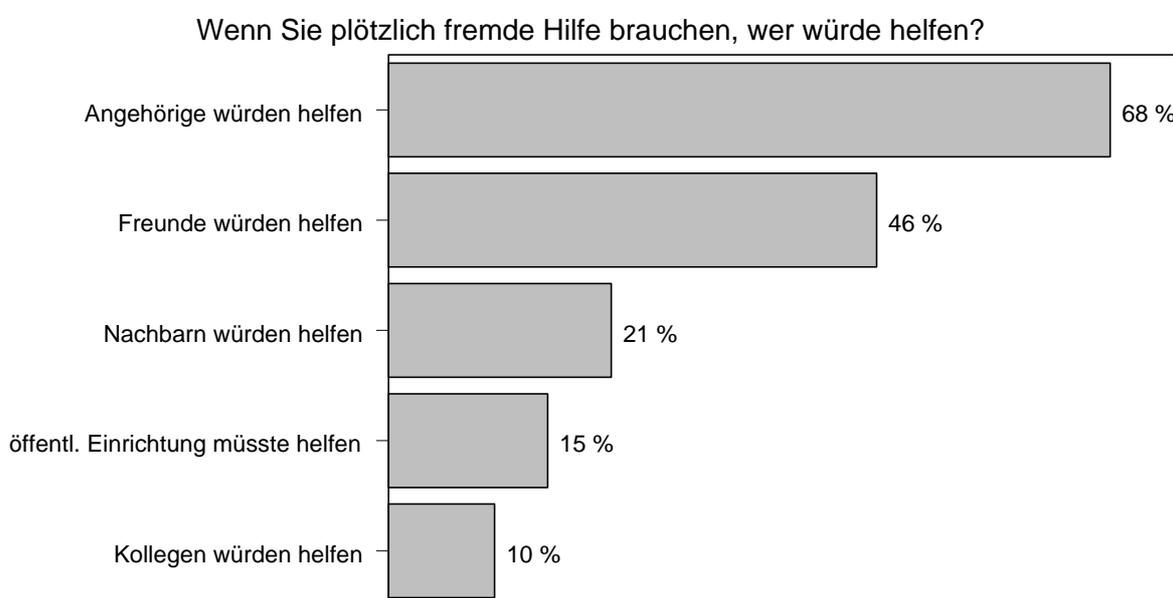
In den urbanen Stadtbezirken der Altstadt und Oberau lebt die Mehrheit der Befragten singularisiert und hat keine weiteren oder mit nur wenig Verwandte in Freiburg. Zu einem großen Teil handelt es sich hier auch um Studierende, die einen innenstadt- und damit universitätsnahen Wohnstandort bevorzugen. Einen hohen Bevölkerungsanteil mit einem starken Ver-

wandtschaftsnetzwerk finden wir in Hochdorf und in den westlichen Ortsteilen Waltershofen, Munzingen, Opfingen sowie im Stadtbezirk Mooswald-West.

Dass Familie, Verwandte und Freunde erhebliche Unterstützungsleistungen erbringen, zeigt sich, wenn nach den Unterstützungsmöglichkeiten in einer plötzlichen Notsituation gefragt wird.

Frage: Stellen Sie sich einmal vor, Sie kommen plötzlich in eine Situation, in der Sie innerhalb weniger Tage für einige Wochen fremde Hilfe benötigen (z. B. bei einer Krankheit). Hätten Sie Angehörige, Freunde, Nachbarn oder Kollegen, mit deren Hilfe Sie Ihre momentane Lage bewältigen könnten oder müssten Sie sich an eine öffentliche Einrichtung wenden?

Abbildung 38



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3392, Mehrfachnennungen möglich

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Etwas mehr als zwei Drittel rechnen damit, dass ihnen Angehörige helfen würden, wenn sie plötzlich auf Hilfe angewiesen wären. Dieses Ergebnis entspricht in der Größenordnung dem Anteil der Personen, die auf ein „mittleres“ oder „schwaches Verwandtschaftsnetzwerk“ zurückgreifen können. Bemerkenswert ist der hohe Anteil der Befragten, der mit der Hilfe von Freunden rechnen kann. Das ist immerhin bei fast der Hälfte der Befragten (46 %) der Fall. Mehr als ein Fünftel (21 %) rechnet auch damit, Hilfe von ihren Nachbarn zu bekommen, während die Arbeitskollegen nur bei 10 % der Befragten eine Rolle spielen. 15 % der Befragten wüssten keine informelle Unterstützungsmöglichkeit und müssten sich selbst bei einem kurzfristigen Unterstützungsbedarf an eine öffentliche Einrichtung wenden. Aus der Forschung über soziale Unterstützungsnetzwerke wissen wir, dass intensivere Hilfebedarfe fast nur durch familiäre Hilfen befriedigt werden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass bei etwa einem Drittel der Befragten in diesem Fall keine Hilferessourcen vorhanden

wären. Die räumliche Nähe von Angehörigen sagt aber noch nichts darüber aus, in wieweit diese auch subjektiv in der Lage und bereit sind, Unterstützungsleistungen zu erbringen. Dies ist ein weiterer zentraler Aspekt, dem im Folgenden am Beispiel der pflegekulturellen Orientierungen nachgegangen werden wird.

Pflegebedürftigkeit

Für 4 % der Befragten stellt die eigene Pflegebedürftigkeit zur Zeit ein „sehr großes“ (2 %) oder „großes“ Problem (2 %) dar. Weiter 8 % sind mindestens in geringem Umfang beeinträchtigt. Die Anteile decken sich ziemlich exakt mit dem Umfang der Befragten, die aufgrund von Pflegebedürftigkeit und Behinderung Probleme haben, den eigenen Haushalt selbstständig zu führen. Der Erfahrung eigener Pflegebedürftigkeit steht die oftmals sehr schwierige Problematik gegenüber, die eigenen pflegebedürftigen Angehörigen zu versorgen. 16 % der Befragten sehen sich in dieser Hinsicht vor Probleme gestellt. Dabei haben 2 % „sehr große“ und 4 % „große“ Probleme. Weitere 10 % haben ein „mittleres“ (5 %) oder „geringes“ (5 %) Problem bei der Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt, dass vor allem die über 45-Jährigen sich wesentlich häufiger um die Pflege ihrer Angehörigen sorgen müssen. In den Altersgruppen zwischen 45 und 75 Jahren sehen sich durchgängig 15 % der Befragten mit mehr als geringen Problemen in dieser Frage belastet. Männer und Frauen machen sich dabei in gleichem Umfang Sorgen, wenngleich die Frauen in der Pflege stärker engagiert sind.

7 % der Befragten pflegen oder betreuen zur Zeit eine ältere, kranke oder behinderte Person. Etwa die Hälfte der Pflegenden bringt mindestens 1,5 Stunden täglich für diese Aufgabe auf. 29 % pflegen mindestens drei Stunden täglich und weitere 21 % pflegen täglich sogar mehr als fünf Stunden.

Eine zentrale Frage ist, wie pflegebedürftige Menschen zukünftig versorgt werden. Ob sie im häuslichen Umfeld versorgt werden können oder die Pflege in einem Heim erfolgen muss, hängt nicht nur davon ab, ob unterstützende Angehörige verfügbar sind, sondern auch von der Frage, ob für diese überhaupt eine Übernahme von Pflegeaufgaben in Frage kommt. Dies hängt von pflegekulturellen Orientierungen ab, die einerseits mit der persönlichen Pflegebereitschaft, andererseits aber auch mit den jeweiligen Lebenslagen der potentiell Pflegenden zu tun haben. Ebenso wie der Kinderwunsch häufig mit beruflichen Anforderungen in Konflikt gerät, kann auch die Übernahme von Pflegetätigkeiten entsprechende berufliche Opportunitätskosten erzeugen.

Zur Messung der pflegekulturellen Orientierung haben wir die Befragten mit einer hypothetischen Situation konfrontiert, in der eine nahe stehende Person auf Pflege angewiesen ist, und sie nach ihrer möglichen Unterstützung gefragt:

Frage: Stellen Sie sich einmal vor, eine Ihnen nahe stehende Person wird pflegebedürftig, das hieße, sie könnte ihren Haushalt nicht mehr führen, sie bräuchte Hilfe bei der Körperpflege und beim Toilettengang und sie käme im Alltag ohne fremde Hilfe nicht zurecht. Welche der folgenden Möglichkeiten kämen für Sie in Frage?

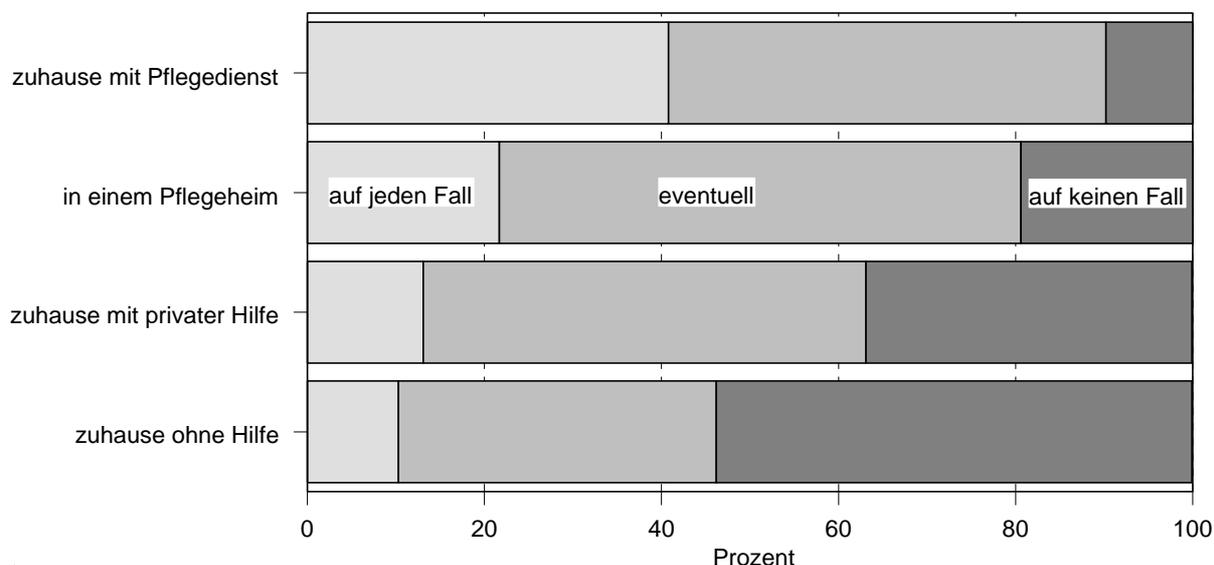
- Den Verwandten alleine und ohne Hilfe zu Hause pflegen.
- Die Pflege zuhause übernehmen, aber Unterstützung durch einen Pflegedienst, z.B. eine Sozialstation, suchen.
- Für den Verwandten einen Platz in einem gut geführten Pflegeheim in der Nachbarschaft suchen.
- Den Verwandten zu Hause mit der Hilfe von Freunden und Bekannten pflegen.

Antwortvorgaben: „auf jeden Fall / eventuell / auf keinen Fall“

Die Antworten zeigen zunächst einmal die große Bedeutung, die die häusliche Versorgung nicht nur für die Pflegebedürftigen, sondern auch für die potentiellen Pflegepersonen hat. Lediglich jeder zehnte Befragte kann sich selbst mit Unterstützung eines Pflegedienstes eine häusliche Versorgung nicht vorstellen. Für immerhin 41 % wäre dieses Pflegearrangement aber die erste Wahl und weitere 49 % würden es eventuell in Betracht ziehen.

Abbildung 39

„Wie könnten nahe stehende Personen gepflegt werden?“ *)



*) Alle Befragte ohne Pflegebedürftige und bereits Pflegenden
Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Etwa ein Fünftel der Befragten (22 %) würde einer Versorgung im Pflegeheim den klaren Vorzug geben. Für einen fast gleich großen Anteil kommt ein Pflegeheim auf keinen Fall in Betracht. Eine Pflege zuhause mit ausschließlich privater Hilfe oder ohne weitere Hilfe wird nur von wenigen Befragten (13 % bzw. 10 %) ins Auge gefasst. Für mehr als die Hälfte (54 %) käme eine Versorgung ohne professionelle Unterstützung „auf keinen Fall“ in Frage. Diese Ergebnisse zeigen eine große Bereitschaft und Verantwortlichkeit für die Versorgung pflegebedürftig gewordener nahe stehender Personen. Es ist durchaus bemerkenswert, dass

ein sehr großer Anteil der Befragten eine eigene Mitwirkung in der Pflege in Betracht zieht. Und selbst bei den Befragten, die auf keinen Fall „zu Hause pflegen“ würden oder ein Pflegeheim auf jeden Fall vorziehen, darf keinesfalls leichtfertig eine Abschiebementalität unterstellt werden. Hier mag es sehr häufig eigene körperliche Einschränkungen oder andere soziale und berufliche Verpflichtungen geben, die der Übernahme pflegerischer Aufgaben entgegenstehen. Die Versorgung von pflegebedürftiger Menschen kann eine massive persönliche Belastung und Herausforderung darstellen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Befragten der Unterstützung durch Pflegedienste eine große Bedeutung beimessen und einer alleinigen Pflege sehr skeptisch gegenüberstehen. Für die kommunale Altenhilfepolitik bieten sich hier wichtige Ansatzpunkte, durch die Förderung eines optimalen „Pflegemixes“ die pflegenden Angehörigen zu unterstützen.

Pflegekulturelle Orientierungen

Bei der oben dargestellten Frage nach den Möglichkeiten für die pflegerische Versorgung nahe stehender Personen lassen sich zwei konträre Optionen festmachen. Das eine Extrem sind die Personen, die sagen „auf keinen Fall allein zu Hause“ und auf „jeden Fall Heimpflege“. Ihnen stehen auf der anderen Seite die Personen gegenüber, die sagen „auf jeden Fall zu Hause pflegen“ und „auf keinen Fall ins Heim“. Dann gibt es natürlich noch Abstufungen von Personen, die eher der einen oder anderen Position zuneigen und die Unentschlossenen. Auf dieser Grundlage lässt sich folgende Typologie ableiten:

Tabelle 19: Typologie „Pflegekulturelle Orientierungen“

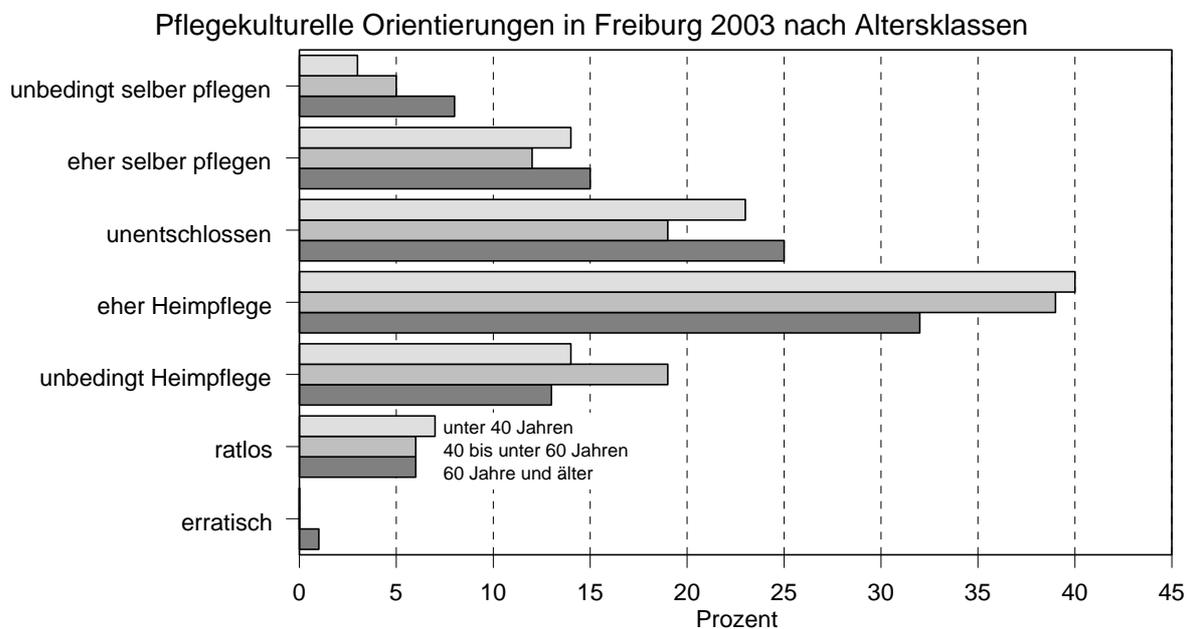
in einem Pflegeheim pflegen („Heimpflege“)	alleine zu Hause pflegen („Selberpflegen“)		
	auf keinen Fall	eventuell	auf jeden Fall
auf keinen Fall	„ratlos“	„eher selber pflegen“	„unbedingt selber pflegen“
eventuell	„eher Heimpflege“	„unentschlossen“	„eher selber pflegen“
auf jeden Fall	„unbedingt Heimpflege“	„eher Heimpflege“	„erratisch“

- 15 % der Befragten würden sich unbedingt für die Heimpflege entscheiden und können sich „auf keinen Fall“ eine alleinige Pflege vorstellen. 38 % haben eine starke Präferenz „eher Heimpflege“ zu wählen.
- Etwa ein Fünftel (22 %) der Befragten sind unentschlossen. Für sie kommen beide Versorgungsalternativen eventuell in Frage. Weitere 6 % sind ratlos, wenn sie vor die alleinige Alternative „Selberpflegen“ oder „Heimpflege“ gestellt würden.

- 17 % der Befragten geben an, „eher selber“ (13 %) oder „unbedingt selber“ (4 %) pflegen zu wollen.

Die bisherige Darstellung bezog sich auf alle befragten Altersgruppen. Nun ist die persönliche Betroffenheit von der Pflege thematik natürlich stark vom eigenen Lebensalter abhängig. Wer sich im Seniorenalter befindet, dem ist das Risiko der eigenen Pflegebedürftigkeit oder der des Partners bzw. der Partnerin sehr nahe. Für junge Erwachsene befindet sich das Thema dagegen in einer weiteren Distanz. Für die Bevölkerungsgruppe zwischen 40 und 60 Jahren wird hingegen häufig die zunehmende Hilfe- und Pflegebedürftigkeit der eigenen Eltern oder der Schwiegereltern zum unmittelbaren Problem. Deshalb stellt sich die Frage, ob die eigene Nähe und Distanz zu dieser Thematik einen Einfluss auf die pflegekulturelle Orientierung hat?

Abbildung 40



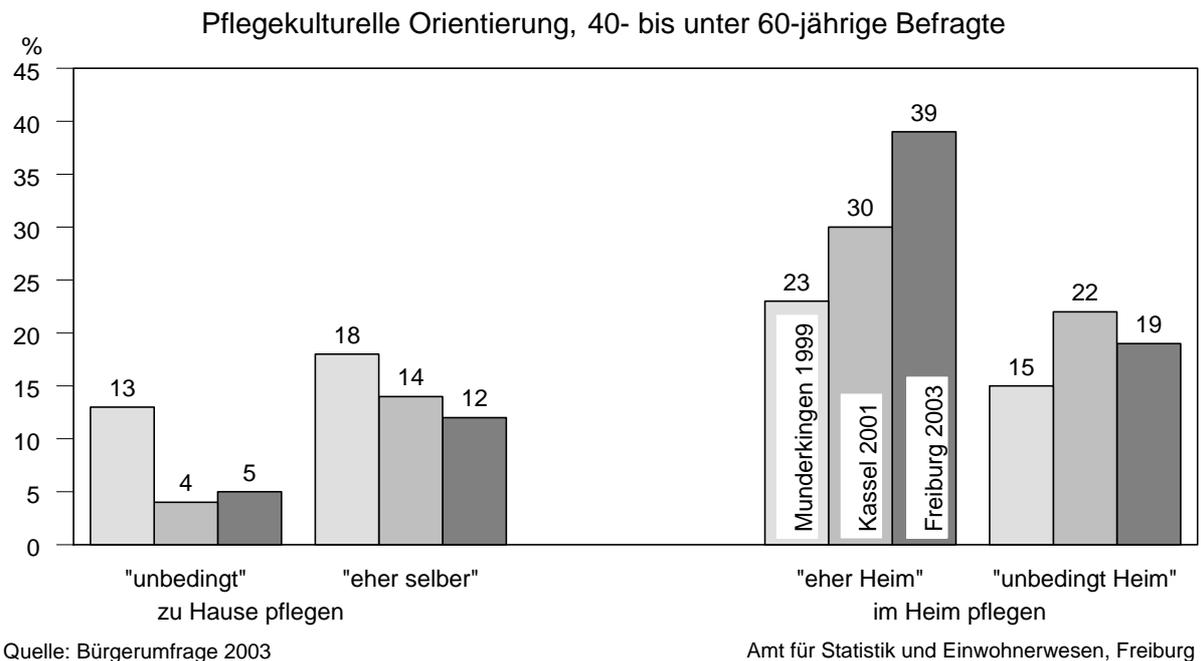
Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Interessanterweise ist die grundsätzliche Struktur der Orientierungen unabhängig von den beschriebenen drei Altersklassen. Unterschiede zeigen sich eher im Detail. So tendieren die Senioren etwas seltener zur Heimpflege und können sich häufiger die eigene Übernahme der notwendigen Pflege vorstellen. Sicherlich spielt dabei eine Rolle, dass in dieser Situation meistens die Versorgung des eigenen Ehepartners bzw. der Ehepartnerin zur Disposition steht und es sich deshalb weniger um grundlegende Unterschiede in der pflegekulturellen Orientierung handelt.

Für die Altersgruppe der 40- bis unter 60-Jährigen liegen Vergleichsstudien aus der schwäbischen Gemeinde Munderkingen und der hessischen Großstadt Kassel vor. Es zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung.

Abbildung 41



In der ländlich geprägten Gemeinde Munderkingen ist die Bereitschaft zum „selber pflegen“ deutlich ausgeprägter. 31 % würden zu Hause pflegen, wobei 13 % angeben, dies unbedingt tun zu wollen, während 18 % „eher“ dazu neigen. In Freiburg räumen hingegen lediglich 17 % und in Kassel 18 % der häuslichen Pflege eine erste Priorität ein. Spiegelbildlich hierzu stellen sich die Präferenzen für die Heimpflege dar. In Munderkingen plädieren lediglich 38 % der Befragten dieser Altersgruppe für die Heimpflege, während in Kassel (52 %) und in Freiburg (58 %) über die Hälfte der Befragten dieser Versorgungsform den Vorzug gibt. Im Vergleich zwischen Kassel und Freiburg fällt auf, dass die Freiburger sich weniger ausdrücklich „unbedingt“ für das Heim aussprechen und dafür häufiger für die etwas offenere Kategorie „eher Heim“ plädieren.

Der Vergleich zwischen der schwäbischen Gemeinde Munderkingen und den beiden Städten Kassel und Freiburg lässt sich auf die unterschiedliche Struktur der Milieus zurückführen. Wie stark sich diese Milieus im Hinblick auf ihre pflegekulturellen Orientierungen unterscheiden zeigt am Beispiel der Freiburger Befragung die Abbildung 42. Von den Personen, die zum traditionellen Unterschichtmilieu gehören, würden etwas mehr als ein Drittel (34 %) die Pflege selbst übernehmen. 8 % wollen „unbedingt selber pflegen“ und 26 % würden „eher selber pflegen“. Ebenfalls etwas mehr als ein Drittel (35 %) dieser Gruppe bevorzugt die Heimpflege. 15 % würden „unbedingt“ auf ein Pflegeheim zurückgreifen und für weitere 20 % käme nach unserer Typologie „eher“ ein Pflegeheim in Betracht.

Eine deutlich geringere Präferenz zur eigenen Übernahme der zu leistenden Pflegeaufgabe ist im bürgerlich-liberalen Milieu zu verzeichnen. Hier würde lediglich ein Zehntel der Befrag-

ten die Pflege „unbedingt selbst“ (2 %) oder „eher selbst“ (8 %) übernehmen wollen. Die Heimpflege käme für 18 % unbedingt und für 47 % eher in Frage.

Abbildung 42

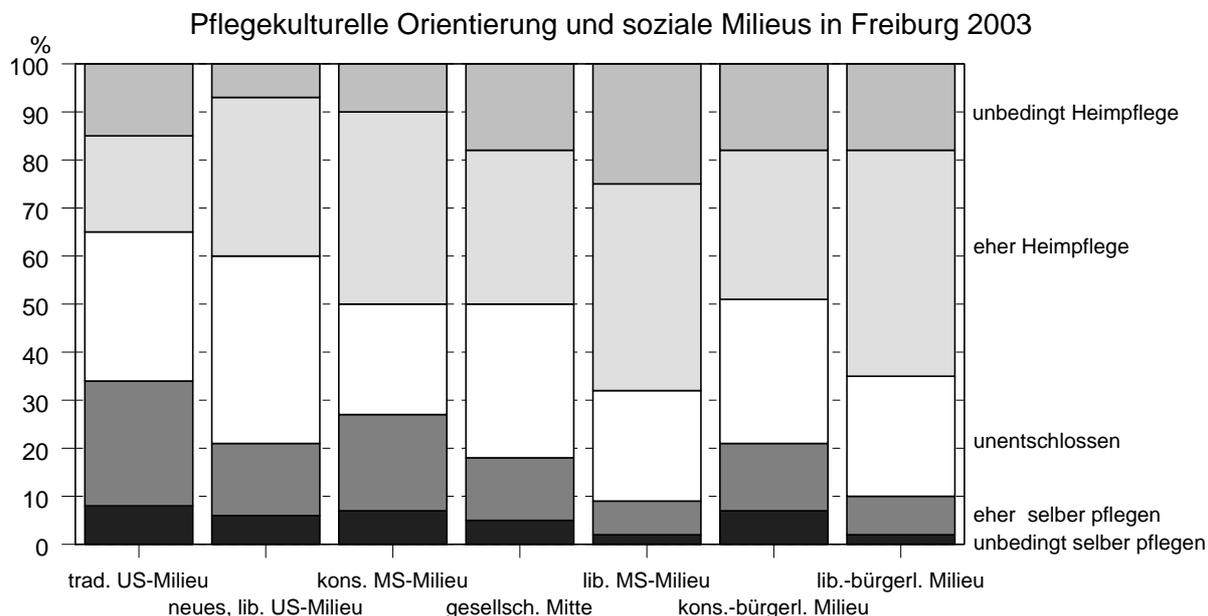


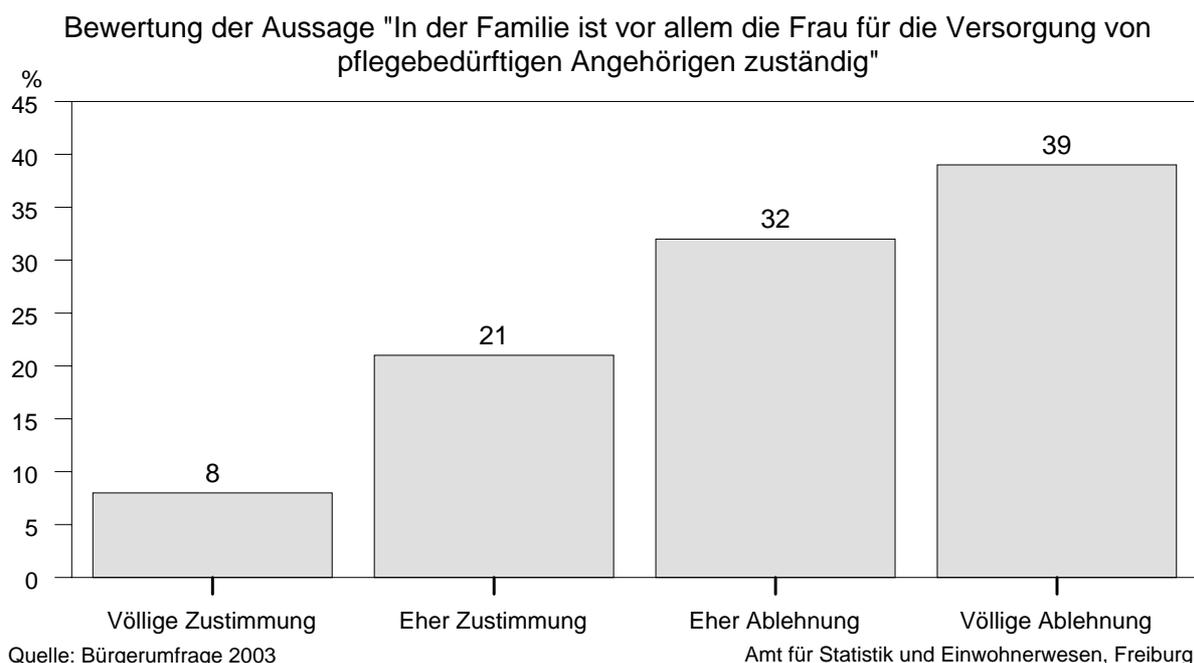
Tabelle 20: Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus in Freiburg 2003 in %

Milieu	pflegekulturelle Orientierung				
	selber pflegen		unentschlossen, ratlos	Heimpflege	
	unbedingt	eher selber pflegen		eher	unbedingt
trad. Unterschicht	8	26	31	20	15
neue, lib. Unterschicht	6	15	39	33	8
kons. Mittelschicht	7	20	23	40	10
gesellsch. Mitte	5	13	32	32	18
liberale Mittelschicht	2	7	23	43	25
kons. bürgerlich	7	14	30	31	18
lib. bürgerlich	2	8	25	47	18

An diesen Zahlen wird sichtbar, dass die zukünftige Versorgungssituation pflegebedürftiger Menschen nicht nur vor dem Hintergrund der harten demographischen Fakten des sich ändernden Altersaufbaus der Bevölkerung zu diskutieren ist, sondern auch der Einfluss des soziokulturellen Wandels auf das zukünftige informelle Pflegepotential zu berücksichtigen ist. Noch werden etwa 60 % der Freiburger Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege versorgt und etwa 40 % werden sogar ausschließlich von Angehörigen gepflegt. Gerade in urbanen Berei-

chen, die wie Freiburg über eine überdurchschnittliche große Bevölkerungsgruppe aus dem liberal-bürgerlichen Milieu verfügt, ist damit zu rechnen, dass das Pflegepotential des familiären Bereiches zukünftig abnehmen wird. Die Pflegearbeit ist übrigens eine Tätigkeit, die weit überwiegend von Frauen erbracht wird. Sieht man von den männlichen Ehegatten ab, sind es fast ausschließlich die Töchter und Schwiegertöchter, die diese Pflegeleistungen erbringen. 64 % der Befragten, die in der Bürgerumfrage angegeben haben, ältere, kranke oder behinderte Personen zu pflegen oder zu betreuen, sind weiblich. Dass diese traditionelle Rollenzuschreibung zunehmend brüchig wird, zeigt die Abbildung 43.

Abbildung 43



Die Ansicht, dass „in der Familie vor allem die Frau für die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zuständig ist“, wird von 71 % der Befragten zurückgewiesen. 39 % lehnen diese Aussage „völlig“ und 32 % lehnen sie „eher“ ab. Dabei zeigen sich wiederum deutliche Unterschiede bei den Befragten aus den verschiedenen soziokulturellen Milieus (Tab. 21). Während im traditionellen und konservativen Milieus die Zuständigkeit für die Pflege durchaus noch bei über der Hälfte der Befragten eher bei den Frauen gesehen wird findet diese Rollenzuschreibung nur bei 15 % der Befragten aus dem liberal-bürgerlichen Milieu Zustimmung.

Tabelle 21: Rollenzuteilung „Zuständigkeit für Pflege“ nach sozialem Milieu

Milieu	„In der Familie ist vor allem die Frau für die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zuständig.“				Anzahl
	völlige Zustimmung %	eher Zustimmung %	eher Ablehnung %	völlige Ablehnung %	
trad. Unterschicht	19	32	34	16	236
neue, liberale Unterschicht	2	22	41	35	156
kons. Mittelschicht	18	42	22	18	83
gesellsch. Mitte	8	28	38	26	230
liberale Mittelschicht	6	13	28	52	172
kons. bürgerlich	11	35	33	21	264
lib. bürgerlich	2	13	31	54	805

Wenn die Erwartung sinkt, dass Frauen für die Pflege zuständig sind, dann wäre es ja vorstellbar, dass entsprechend neue Erwartungen an die Männer entstehen, sich stärker in der Pflege zu engagieren. Wie die Ergebnisse der Bürgerumfrage und andere Studien zur Pflegesituation zeigen, gibt es dafür keine Anhaltspunkte. Unter diesen Umständen ist aber mit einem abnehmenden informellen Pflegepotential zu rechnen. Immer mehr ältere Menschen werden auf professionelle Pflege, vor allem auch durch stationäre Einrichtungen angewiesen sein. Dieser Trend zeigt sich bereits jetzt an den Ergebnissen der zweijährigen bundesweiten Pflegestatistik.¹ Der kulturelle Wandel wird den demographischen Nachfrageeffekt vor allem in städtischen Bereichen, deren Bevölkerung von modernen Sozialmilieus und Lebensstilen geprägt ist, noch verstärken.

Diese Veränderungen sind aber nicht nur eine Frage subjektiver Einstellungsmuster. Durch den familialen Wandel und steigende berufliche Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderung werden zukünftig weniger potentielle Pflegepersonen aus den verwandtschaftlichen Netzwerken zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wachsen die Konflikte zwischen den beruflichen Anforderungen und den eigenen Möglichkeiten, sich um die Versorgung pflege- und hilfebedürftiger Angehöriger zu kümmern. Die Problematik, „Kinder und Beruf“ zu vereinbaren, die gegenwärtig unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten intensiv diskutiert wird, betrifft in gleicher Weise die zukünftige pflegerische Versorgung älterer Menschen. Die Übernahme von Pflegeaufgaben ist mit Opportunitätskosten im Bereich der Erwerbstätigkeit verbunden, die immer weniger erbracht werden können. Dies führt zu sinkenden Geburtenzahlen und zu einem abnehmenden informellen Pflegepotential. Diese Effekte werden sich zudem noch zukünftig gegenseitig verstärken, da die sinkenden Geburtenzahlen das in der Zukunft verfügbare verwandtschaftliche Pflegepotential weiter reduzieren werden.

¹ Siehe z.B. Statistischer Infodienst vom 11. Oktober 2004, Online unter: <http://news.fr-ase.kunden.bzol.de/upload/16081.pdf>
 Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

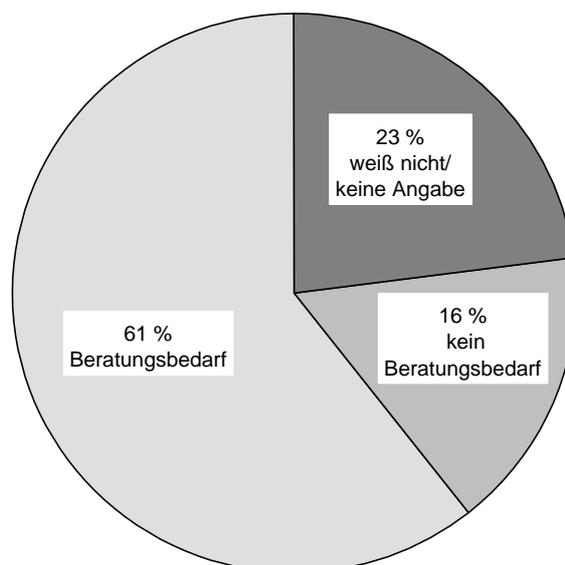
Unterstützung durch Beratung und professionelle Hilfen

Wie pflegebedürftige Menschen versorgt werden können, ist für die Betroffenen keine einfache Frage. Ob die Pflege besser in einem Heim geleistet werden sollte oder ob eine häusliche Versorgung möglich ist, hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab. Sind überhaupt mögliche Pflegepersonen vorhanden? Sind diese in der Lage und bereit, Pflegeaufgaben zu übernehmen? Was bedeutet dies dann konkret an Belastungen? Können diese Belastungen getragen werden oder ist mit einer Überforderung zu rechnen? Welche Hilfemöglichkeiten stehen denn in einem solchen Fall zur Verfügung? All dies sind Fragen, die sich stellen, wenn der Pflegefall eintritt und ein Versorgungs- und Pflegearrangement organisiert werden muss. In dieser schwierigen Lage ist es für Pflegebedürftige und Angehörige äußerst wichtig, ausreichend informiert zu sein, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Fehlentscheidungen können zu einem voreiligen Heimeintritt führen, der mit der entsprechenden ambulanten Unterstützung vielleicht zu vermeiden gewesen wäre. Auf der anderen Seite können aber auch die Belastungen der häuslichen Pflege unterschätzt werden und dann zu einer Überforderungssituationen führen. Wegen der hohen Bedeutung einer ausreichenden Informationsgrundlage haben wir deshalb gefragt:

Frage: Stellen Sie sich einmal vor, eine Ihnen nahe stehende Person wird pflegebedürftig. Würden Sie sich zutrauen, diese Situation allein zu bewältigen – oder bräuchten Sie in jedem Fall Hilfe durch Beratung?

Abbildung 44

Beratungsbedarf, wenn eine nahe stehende Person pflegebedürftig würde



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

61 % der Befragten glauben, dass sie in dieser Situation auf jeden Fall Beratung brauchen. Lediglich 16 % würden sich zutrauen, die Situation allein zu bewältigen. Etwa ein Viertel der Befragten (23 %) ist sich unsicher, ob sie Beratung brauchen, und antworten mit „weiß nicht“. Der Anteil der Unsicheren ist vor allem bei den jüngeren Befragten und den Studierenden sehr hoch. Dies spricht dafür, dass sich die Unsicheren einfach noch sehr entfernt von der Pflege thematik sehen und im Ernstfall ebenfalls zu einem Großteil auf Beratungsangebote angewiesen sein dürften.

Diese Annahme findet auch eine Bestätigung, wenn man den Beratungsbedarf und Kenntnis von Beratungsangeboten in Beziehung setzt. 63 % aller Befragten kennt keine Beratungsangebote. Besonders hoch ist dieser Anteil bei den Personen, die sich im Unklaren darüber sind, ob sie bei einer Pflegesituation überhaupt Beratung bräuchten. Am besten informiert sind diejenigen, die sich ohnehin zutrauen, die Situation auch alleine und ohne Beratung bewältigen zu können. Von dieser Gruppe kennt fast die Hälfte (46 %) eine Beratungsmöglichkeit. Von den Personen, die nach eigener Einschätzung Hilfe durch Beratung bräuchten, kennen 61 % kein konkretes Beratungsangebot.

Tabelle 22: Beratungsbedarf und die Kenntnis von Beratungsangeboten

Beratungsbedarf	Kenntnis von Beratungsangeboten					
	nein		ja		gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
kein Beratungsbedarf	286	54 %	242	46 %	528	100 %
Beratungsbedarf	1 225	61 %	790	39 %	2 015	100 %
weiß nicht/keine Angabe	522	75 %	173	25 %	695	100 %
gesamt	2 033	63 %	1 205	37 %	3 238	100 %

Diese Ergebnisse zeigen, dass es wichtig ist, die Bevölkerung noch stärker über die vorhandenen Beratungsmöglichkeiten zu informieren.

Eine durch umfassende Beratung geschaffene Informationsgrundlage kann dazu beitragen, dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ein passendes Pflegearrangement organisieren können. Besonders bei der häuslichen Versorgung wird eine optimale Unterstützung durch ambulante Pflegedienste immer wichtiger. Ein sehr hoher Anteil der Befragten, die bereit wären, pflegebedürftige Angehörige zu pflegen, würde einen solchen „Pflegemix“ in Betracht ziehen (Tab. 23).

Tabelle 23: Der Bedarf an Unterstützung durch berufliche Hilfen bei Personen mit der Bereitschaft zum Selberpflegen („Pfleagemix“)

	würden Unterstützung durch einen Pflegedienst suchen					
	auf jeden Fall		eventuell		auf keinen Fall	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unbedingt Bereitschaft selbst zu pflegen und Ablehnung der Heimpflege	21	22 %	70	74 %	4	4 %
eher Bereitschaft selbst zu pflegen	157	55 %	121	43 %	6	2 %
unentschlossen	243	51 %	227	48 %	4	1 %
eher Befürwortung von Heimpflege	222	28 %	484	61 %	85	11 %

Eine besondere Bedeutung hat die Unterstützung durch Pflegedienste bei den Personen, die sich in einer mittleren Distanz zwischen Eigenpflege und Heimpflege befinden und eher unentschlossen sind, für welche dieser beiden Optionen sie sich entscheiden sollen. Mehr als die Hälfte dieser Gruppe würde „auf jeden Fall“ Pflegedienste einschalten, falls die Entscheidung gegen die stationäre Pflege gefällt werden sollte. Fast keine Person aus dieser Gruppe würde auf „keinen Fall“ einen Pflegedienst beteiligen wollen. Selbst bei der Gruppe, die sehr stark die eigene Übernahme der Pflege Tätigkeit präferiert und die Möglichkeit der stationären Versorgung in einem Heim strikt ablehnt, würden etwa drei Viertel der Befragten (74 %) eventuell auf ambulante Hilfe zurückgreifen. Immerhin mehr als ein Fünftel (22 %) würde dies auf jeden Fall tun. Auch für die Gruppe der sehr stark auf familiäre Pflege orientierten Befragten spielen professionelle Unterstützungsangebote des ambulanten Bereiches also eine große Rolle.

Interessant ist das Antwortverhalten der Personen, die eigentlich eher zur Versorgung der Angehörigen in einem Pflegeheim tendieren. Auch bei ihnen zieht eine sehr große Gruppe die Unterstützung durch Pflegedienste in Betracht und nur etwa jeder Zehnte (11 %) kann sich das auf „keinen Fall“ vorstellen. Die Entscheidungssituation scheint demnach auch in dieser Gruppe offen zu sein und wesentlich davon abzuhängen, ob im Zusammenwirken mit professionellen Unterstützungsangeboten ein tragfähiges Pflegearrangement getroffen werden kann.

Resümee

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der zukünftige Pflegebedarf nicht nur von den demographischen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung abhängt, sondern auch maßgeblich von sozialen und kulturellen Veränderungen abhängen wird. Die Untersuchung der pflegekultureller Orientierungen in verschiedenen sozialen Milieus zeigt, dass gerade in den „modernen Milieus“, die in urbanen Bevölkerungsschichten dominieren und im Wachstum begriffen sind, die Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeaufgaben abnimmt und die

Heimpflege stärker präferiert wird. Diese Bevölkerungsschichten sind räumlich mobil und ihre objektiven Unterstützungsmöglichkeiten sind geringer, weil die Familiengröße und das Verwandtschaftsnetzwerk kleiner ist oder etwaige Angehörige weit entfernt wohnen. Vor allem geraten aber die in dieser Gruppe dominierenden Ressourcen und Orientierungen mit einer möglichen Wahrnehmung von Pfllegetätigkeiten immer mehr in eine Konfliktsituation.

Diese Situation weist nicht nur zufällig eine Parallele mit den gegenwärtig breit diskutierten Ursachen des Geburtenrückganges auf, sondern ist auf die strukturell gleichen Ursachen zurückzuführen. Mit steigender Bildung und beruflichem Engagement steigen die Opportunitätskosten bei der Übernahme von Pfllegetätigkeiten. Unter Opportunitätskosten versteht man Kosten, die durch den Nutzenentgang entstehen, der bei einer Entscheidung zwischen zwei Alternativen durch den Verzicht auf eine Möglichkeit entsteht. Die Entscheidung für Kinder kann beispielsweise durch die Unterbrechung der Berufstätigkeit zu entsprechenden Opportunitätskosten führen. Diese sind in der Regel um so größer, je höher die Bildung und das berufliche Einkommen sind. Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit kann deshalb als ein maßgeblicher Einflussfaktor für den Geburtenrückgang identifiziert werden.¹ Eine ähnliche Konfliktsituation im Hinblick auf die Opportunitätskosten besteht bei der Übernahme von Pfllegetätigkeiten.² Mit steigender Bildung und zunehmender Erwerbsbeteiligung der Frauen steigen die Opportunitätskosten. Es stellt sich nicht nur die Frage, „wie lassen sich Kinder und Beruf“, sondern auch, „wie lassen sich Pflege und Beruf“ vereinbaren? Die Zeiten, in denen nahezu selbstverständlich auf ein vorhandenes informelles Pflegepotential der Familien und hier natürlich in erster Linie der Frauen gebaut werden konnte, sind auf jeden Fall vorbei.

Die Ergebnisse zeigen aber auch sehr deutlich, dass über die pflegerische Versorgung nicht nur eindimensional zwischen der häuslichen und stationären Pflege entschieden wird, sondern dass sich die Frage nach einem optimalen „Pflegemix“ zwischen den verschiedenen Hilferessourcen für pflegebedürftige Menschen stellt. In den Milieus, die am ehesten zur Heimpflege tendieren und für die eine alleinige Übernahme der Pflege auf keinen Fall in Betracht kommt, gibt es gleichzeitig eine sehr starke Gruppe, die unentschlossen ist oder sich ein Pflegearrangement unter Einbindung professioneller ambulanter Pflegeangebote vorstellen kann. Hier bietet sich ein Ansatzpunkt für die kommunale Altenhilfepolitik. Durch eine verstärkte Beratung und Unterstützung dieser ambivalenten Gruppe könnte es sicherlich gelingen, in vielen Fällen ein tragfähiges häusliches Versorgungsarrangement zu entwickeln und damit die häusliche Pflege zu stärken. Dies würde nicht nur vielen Pflegebedürftigen entgegenkommen, die eine häusliche Versorgung dem Heim vorziehen, sondern hätte für die Kommunen auch eine fiskalische Dimension. Da die Kosten für stationäre Pflege erheblich

¹ Die Entscheidung für Kinder ist natürlich nicht allein durch rationale ökonomische Entscheidungen bestimmt, wird aber davon wesentlich mitbestimmt. Vgl. Rürup, Bert; Gruescu, Sandra: Nachhaltige Familienpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 2005, S. 3 – 6.

² Zu den Opportunitätskosten im Pflegebereich siehe ausführlicher: Blinkert, Baldo; Klie, Thomas: Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus. Ergebnisse einer Untersuchung über die sozialstrukturelle Verankerung von Solidarität. In: Sozialer Fortschritt, 49. Jg. (2000), H. 10, S. 237-245. Neben den Opportunitätskosten sind natürlich auch die realen Kosten der Heimpflege entscheidend, die von Personen aus modernen Milieus eher aufgebracht werden können als von Personen aus einkommensschwächeren traditionellen Milieus.

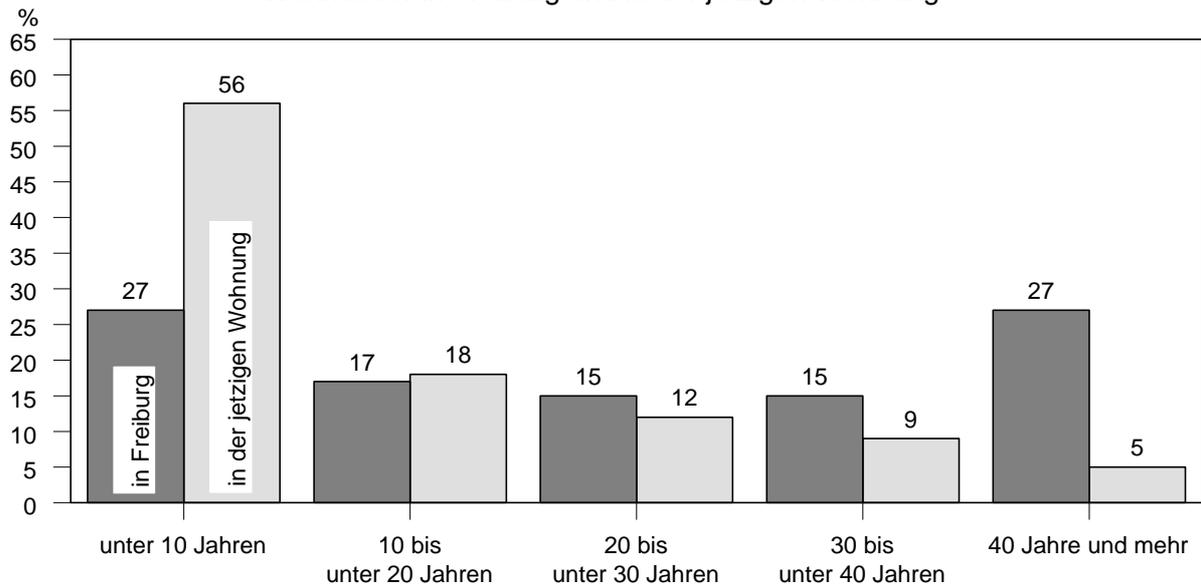
sind und der zu tragende Eigenanteil immer öfter im Rahmen der „Hilfe zur Pflege“ zu Lasten des kommunalen Haushaltes geht, könnte hier auch der Sozialhaushalt entlastet oder zumindest ein weiterer Kostenanstieg gedämpft werden. Während die Kommunen auf die allgemeine demographische Entwicklung und gesellschaftliche Orientierungen nur wenig Einfluss nehmen können, kann die Entscheidung für den Pflegemix durchaus beeinflusst werden.

5. Wohnzufriedenheit, Wohnversorgung und Umzugswünsche

In der Stadt gibt es eine sehr hohe Mobilität. Dies zeigt sich am Unterschied zwischen der Wohndauer in der jetzigen Wohnung und der gesamten Wohndauer in Freiburg. Die durchschnittliche Gesamtwohndauer ist mit 27 Jahren mehr als doppelt so lang wie die Wohndauer in der jetzigen Wohnung (13 Jahre).

Abbildung 45

Wohndauer in Freiburg und in der jetzigen Wohnung

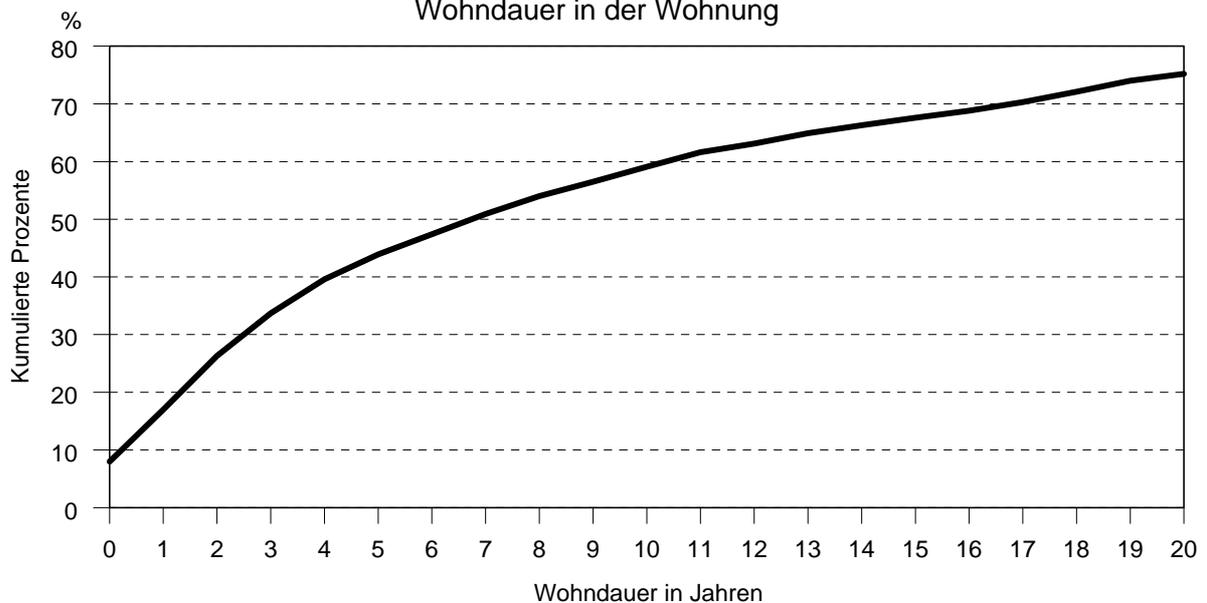


Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Abbildung 46

Wohndauer in der Wohnung



Quelle: Bürgerumfrage 2003

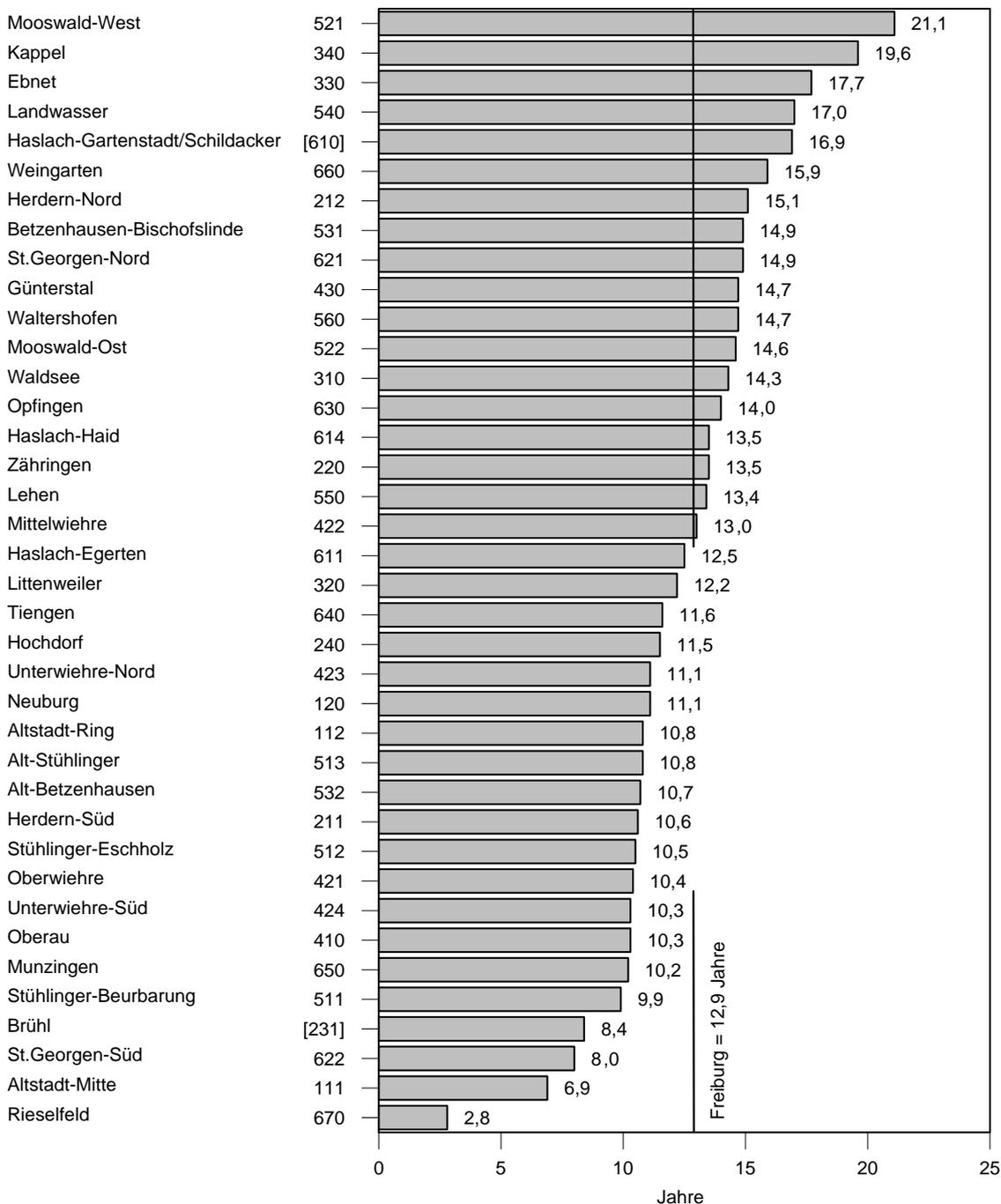
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Jeweils etwa ein Viertel der Befragten wohnt weniger als 9 Jahre bzw. länger als 11 Jahre in Freiburg. Ein Viertel der Befragten wohnt weniger als 2 Jahre und ein weiteres Viertel wohnt länger als 20 Jahre in der jetzigen Wohnung.

Die kürzeste durchschnittliche Wohndauer haben die Bewohnerinnen und Bewohner im neuen Stadtteil Rieselfeld (2,8 Jahre). Ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt liegt der Stadtteil St.Georgen-Süd (8,0 Jahre), zu dem auch das Neubaugebiet Vauban gehört.

Abbildung 47

Durchschnittliche Wohndauer in der jetzigen Wohnung
- in Jahren -



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3177

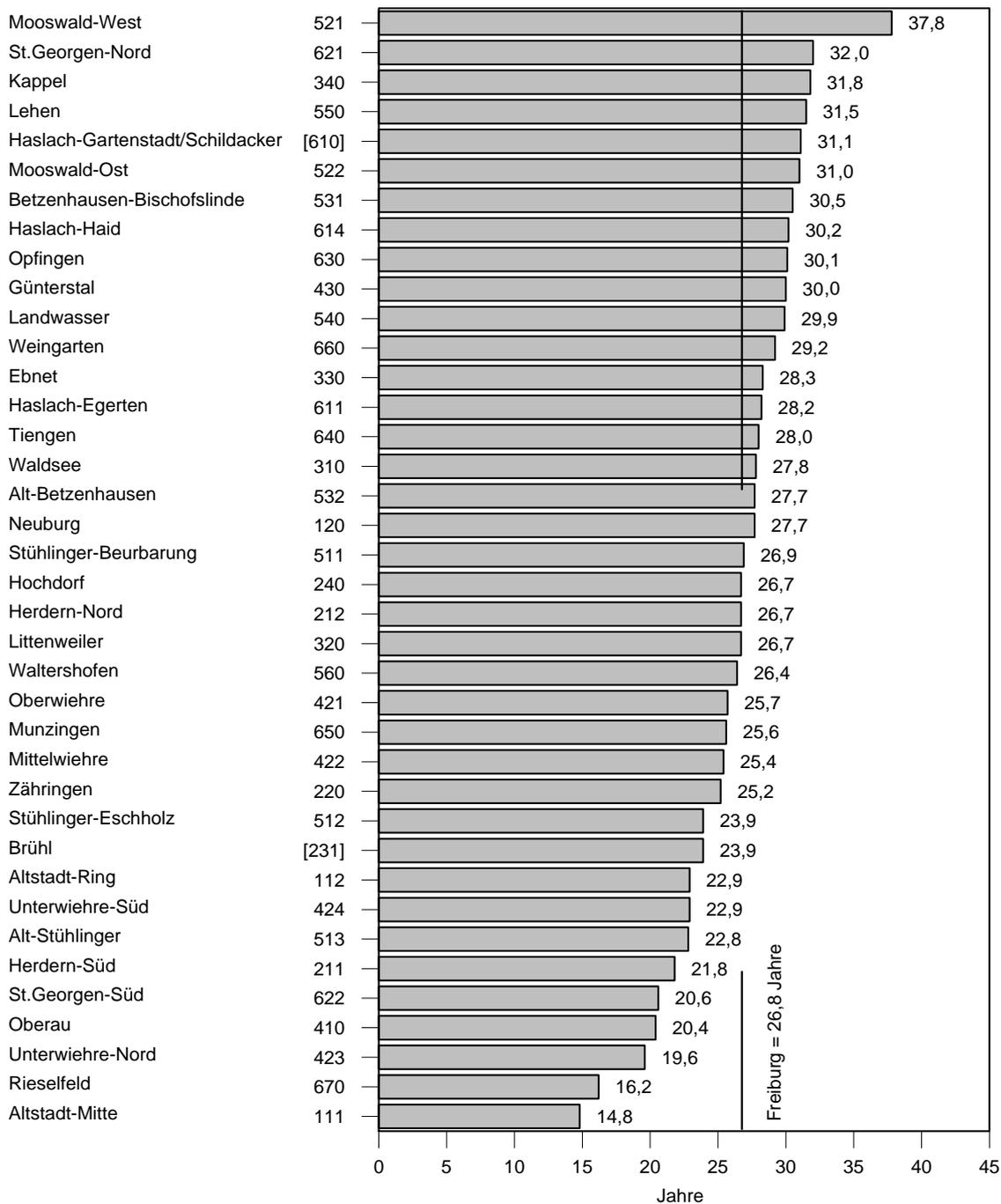
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Eine kurze Wohndauer finden wir vor allem bei den Einwohnern der innenstadtnahen Gebiete, während wir in den östlichen Ortsteilen Ebnet und Kappel sowie in den Stadtbezirken Mooswald-West und Landwasser eine alt eingesessene Bevölkerungsstruktur feststellen können. Üblicherweise gibt es einen Stadt-Land-Unterschied, der durch das unterschiedliche

Mobilitätsverhalten gekennzeichnet wird. Die städtische Bevölkerung ist mobiler und weist deshalb in der Regel eine kürzere durchschnittliche Wohndauer aus. Interessanterweise gilt dieser Zusammenhang nicht mehr für die westlichen Ortsteile, wie etwa in Hochdorf und den Tuniberggemeinden. Diese sind durch ein starkes Wachstum und den Zuzug jüngerer Bevölkerungsgruppen geprägt. Diese Strukturunterschiede zeigen sich auch, wenn man nicht nur die Wohndauer in der aktuellen Wohnung, sondern in Freiburg insgesamt betrachtet (Abb. 48).

Abbildung 48

Durchschnittliche Wohndauer in Freiburg
- in Jahren -



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3177

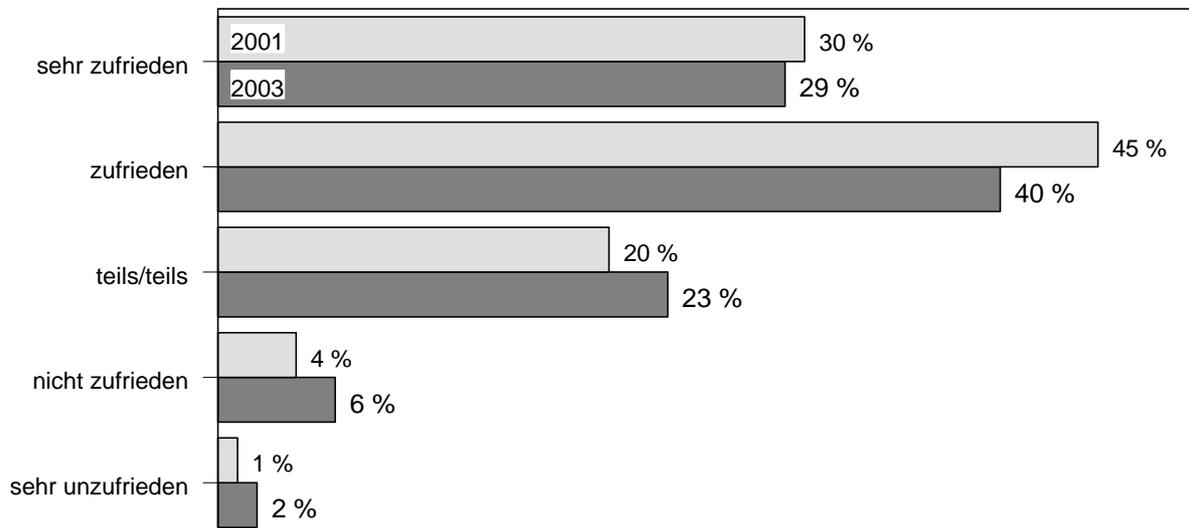
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Wohnzufriedenheit

69 % der Befragten sind mit ihrer Wohnung zufrieden (40 %) oder sehr zufrieden (29 %). Das sind sechs Prozentpunkte weniger als im Jahr 2001, in dem sich drei Viertel der Befragten zufrieden äußerten. Die Wohnzufriedenheit hat also insgesamt leicht abgenommen.

Abbildung 49

Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung?



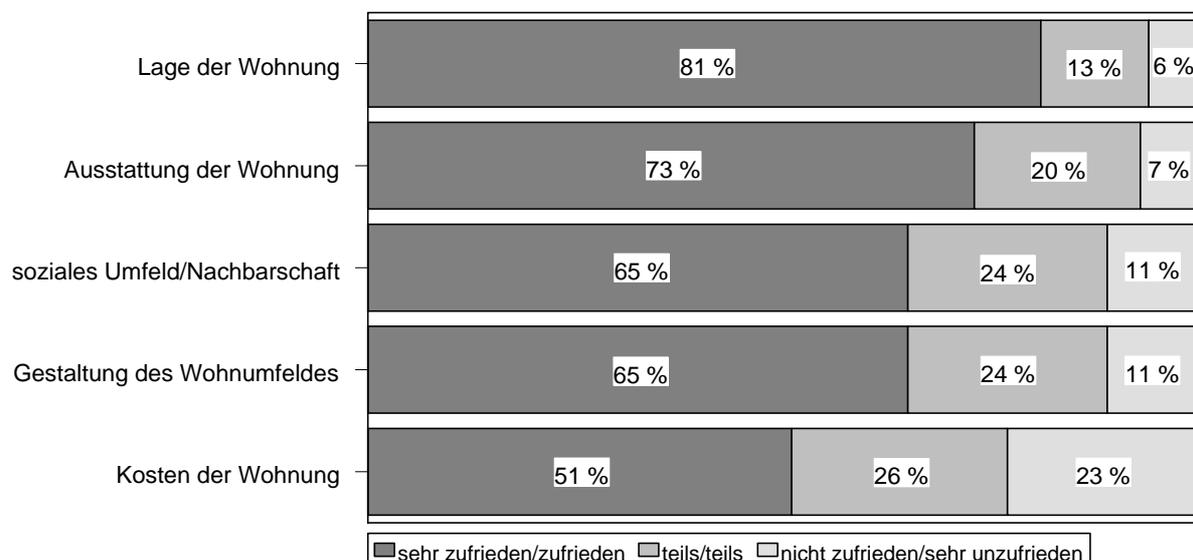
Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003
N = 2001 (2686), 2003 (3281)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die „Zufriedenheit mit der Wohnung“ bringt natürlich ein Gesamturteil zum Ausdruck, in dem ganz verschiedene Aspekte der Wohnzufriedenheit zusammengefasst sind. In der Tat gibt es deutliche Unterschiede, wenn man die verschiedenen Eigenschaften der Wohnungen in das Blickfeld nimmt.

Abbildung 50

Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Eigenschaften Ihrer Wohnung?



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Lagequalität der Wohnung wird von den Freiburgern durchweg positiv bewertet. 81 % äußern sich zufrieden oder sehr zufrieden und nur 6 % sind in irgendeiner Weise unzufrieden. Dieses Ergebnis deckt sich übrigens mit den Befunden der Freiburger Mietspiegelerhebungen, in denen ebenfalls nur geringe Lageunterschiede festzustellen waren. In fast allen Freiburger Stadtteilen können Erholungsflächen wie etwa der Mooswald, der Schönberg, der Schlossberg und andere Ausläufer des Schwarzwaldes in nur wenigen Minuten erreicht werden. Und auch die verdichteten urbanen Stadtgebiete weisen meist eine Lagequalität auf, die von vielen Bevölkerungsgruppen besonders geschätzt wird. Im Unterschied zu vielen anderen Großstädten gibt es in Freiburg auch eine flächendeckend gute Infrastruktur im nahezu gesamten Stadtgebiet. Dies alles führt dazu, dass es in Freiburg kaum Wohnungen gibt, die eindeutig schlechte Lagebedingungen aufweisen.

An zweiter Stelle der Zufriedenheit rangiert die Wohnungsausstattung. Fast drei Viertel der Befragten (73 %) äußern sich dementsprechend zufrieden oder sehr zufrieden. Dieses Ergebnis ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Wohnungsausstattung unter den erhobenen Wohnungseigenschaften den höchsten Einfluss auf die Wohnungszufriedenheit insgesamt aufweist.¹

Eine identische Bewertung erhalten wir für das „soziale Umfeld/die Nachbarschaft“ und die „Gestaltung des Wohnumfeldes“. Beide Bereiche werden von knapp zwei Dritteln (65 %) zufrieden stellend eingeschätzt. Zwar äußert sich eine deutliche Mehrheit zufrieden, aber es gibt deutliche Unterschiede. Dieser Befund deckt sich übrigens mit den Ergebnissen der Bürgerumfrage von 2001, in denen sichtbar wurde, wie erheblich sich die soziale Atmosphäre in den Stadtquartieren unterscheidet.² Den Quartieren mit starken Nachbarschaftsbeziehungen und wenig Konflikten stehen andere Stadtgebiete gegenüber, die eher von Anonymität und Unsicherheit geprägt sind. Diese sozial beeinträchtigten Gebiete, sind wie die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen, gleichzeitig sehr oft von wenig befriedigenden Wohnumfeldbedingungen gekennzeichnet.

Die geringste Zufriedenheit stellen wir im Bereich der Wohnkosten fest. Nur etwa die Hälfte der Befragten (51 %) äußert sich zufrieden und immerhin knapp ein Viertel (23 %) tut explizit ihre Unzufriedenheit kund. Die hohen Wohnkosten bedrückt vor allem die Mieter, von denen lediglich 42 % mit der Miete zufrieden und immerhin 31 % unzufrieden sind.

Die Wohnzufriedenheit unterscheidet sich deutlich in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Tabelle 24).

¹ Die Korrelation liegt bei 0,61, während die übrigen Eigenschaften zwischen 0,26 und 0,35 korrelieren.

² Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Bürgerumfrage 2001. Freiburg 2002, S.51 ff.

Tabelle 24: Die Wohnzufriedenheit der Freiburger Bevölkerung in Abhängigkeit demographischer Merkmale in der Bürgerumfrage 2003

	Wohnzufriedenheit					
	sehr zufrieden/ zufrieden		teils/teils		nicht/sehr unzufrieden	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	2286	70 %	755	23 %	240	7 %
darunter						
Altersgruppen						
18 bis unter 25 Jahren	190	56 %	110	32 %	42	12 %
25 bis unter 30 Jahren	142	52 %	92	34 %	37	14 %
30 bis unter 45 Jahren	628	63 %	281	28 %	91	9 %
45 bis unter 65 Jahren	741	76 %	178	18 %	56	6 %
65 bis unter 75 Jahren	320	84 %	54	14 %	9	2 %
75 Jahre und älter	248	87 %	33	12 %	2	1 %
Geschlecht						
weiblich	1250	68 %	444	24 %	133	7 %
männlich	1024	71 %	305	21 %	106	7 %
Nationalität						
deutsch	2143	71 %	670	22 %	191	6 %
nicht-deutsch	125	50 %	77	31 %	48	19 %
Soziales Milieu						
traditionelle Unterschicht	161	69 %	48	21 %	23	10 %
neue, liberale Unterschicht	102	67 %	38	25 %	11	7 %
konservative Mittelschicht	64	79 %	11	14 %	6	7 %
gesellschaftliche Mitte	154	69 %	51	23 %	19	8 %
liberale Mittelschicht	124	74 %	32	19 %	11	7 %
konservativ-bürgerlich	181	71 %	49	19 %	27	10 %
liberal-bürgerlich	530	67 %	200	25 %	56	7 %
studentisch	196	60 %	105	32 %	25	8 %
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalt	409	67 %	158	26 %	45	7 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	957	73 %	267	20 %	82	6 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	711	66 %	281	26 %	90	8 %
allein Erziehende	93	53 %	52	29 %	32	18 %

Quelle: Bürgerumfrage 2003

Einen wesentlichen Einfluss auf die Wohnzufriedenheit hat das Lebensalter. Während bei den unter 30-Jährigen nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ ist, werden bei den Senioren in den Altersgruppen über 65 Jahre Zufriedenheitswerte von deutlich über 80 % erreicht. Diese Unterschiede sind auf verschiedene Ursachenfaktoren zurückzuführen. Jüngere Einwohner haben deutlich größere Probleme, sich mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Sie verfügen am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn noch über geringere Einkommen und sind gleichzeitig mit den höchsten Miet-

forderungen konfrontiert, da die Mieten bekanntermaßen sehr stark von der Wohndauer abhängen. Die älteren Einwohner wohnen durchschnittlich schon wesentlich länger in ihrer Wohnung und konnten sich damit oft in mietpreisgünstigeren Zeiten wohnversorgen. Die Mietpreisentwicklung schlägt im Wohnungsbestand weniger heftig durch als auf dem Segment der Neumieten. Während sich die jüngeren Haushalte familienbedingt in der Expansionsphase befinden, schrumpfen die älteren Haushalte durch den Auszug der Volljährigen Kinder oder den Tod des Ehepartners. Dies ist ein weiterer Grund, warum sich die Wohnsituation der älteren Bevölkerung deutlich günstiger darstellt.

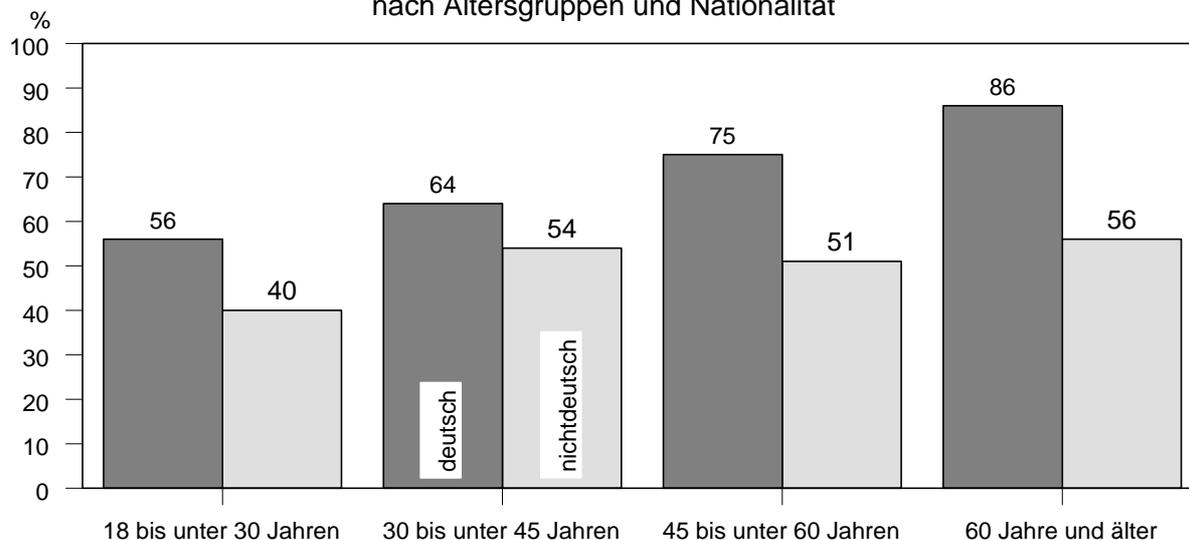
Keinen signifikanten Unterschied in der Wohnzufriedenheit gibt es zwischen den Männern und den Frauen. Einen erheblichen Effekt hat dagegen die Nationalität. Die Ausländer sind am wenigsten mit ihrer Wohnung zufrieden. Nur die Hälfte von ihnen ist „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. Auf der anderen Seite ist fast ein Fünftel (19 %) von ihnen mit der Wohnung „unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“. Dass es sich hier vermutlich um eine spezifische Form der Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt und nicht um einen Schichtungseffekt handelt, zeigt ein Blick auf die sozialen Milieus, bei denen weder das traditionelle noch das neue liberale Unterschichtmilieu im Hinblick auf die durchschnittliche Wohnzufriedenheit abweicht. Die Wohnzufriedenheit in den verschiedenen sozialen Milieus weist keine erheblichen Unterschiede auf. Lediglich das konservative Mittelschichtmilieu ist etwas zufriedener (79 %) als der Durchschnitt (70 %), während die Studierenden aufgrund der angespannten Wohnungs-lage in ihrem Marktsegment öfter unzufrieden (60 %) sind.

Da jüngere Befragte generell mit ihrer Wohnversorgung weniger zufrieden sind, könnte vermutet werden, dass die schlechteren Umfragewerte der ausländischen Befragten mit deren Altersstruktur zusammenhängt. Wie die Abbildung 51 zeigt, ist dies aber nicht der Fall. In allen Altersgruppen¹ sind signifikante Unterschiede in der Zufriedenheit festzustellen. Dabei geht die Schere mit steigendem Lebensalter weiter auseinander. Während in der jüngsten Altersgruppe von 18- bis unter 30 Jahren die Zufriedenheit der ausländischen Befragten um 16 % unter dem Wert der deutschen Befragten liegt, ist die Differenz bei den über 60-Jährigen fast doppelt so hoch.

¹ Der Zusammenhang zwischen Staatsangehörigkeit und Wohnzufriedenheit erwies sich auch nach Kontrolle der Wohndauer als stabil.
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 51

Anteil der Personen, die mit ihrer Wohnung "sehr zufrieden" oder "zufrieden" sind, nach Altersgruppen und Nationalität



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N= 3234

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Auch bei den Haushaltstypen weichen die Zufriedenheitswerte bei den Singles sowie bei den Mehrpersonenhaushalten ohne und mit Kindern nur wenige Prozentpunkte vom Mittelwert ab. Lediglich die allein Erziehenden sind deutlich unzufriedener. Ihre finanziellen Möglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt sind eingeschränkt, da sie die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens nicht ausnutzen können und in der Regel mit nur einem Einkommen die Wohnbedürfnisse mehrerer Haushalte befriedigen müssen.

Die Gebäude- und Wohnungsstruktur und das Wohnumfeld unterscheiden sich in den Freiburger Stadtbezirken zum Teil erheblich. Dies führt dazu, dass die Zufriedenheit mit den verschiedenen Wohnungsdimensionen in den Stadtquartieren deutlich differiert (vgl. Tab. 25). Die höchste Wohnungszufriedenheit stellen wir in den östlichen Ortsteilen Kappel und Ebnet fest. Auf der anderen Seite finden sich die Stadtbezirke des Stadtteils Stühlinger, sowie Brühl, Altstadt-Mitte, Mooswald-Ost und Weingarten, in denen die Wohnungszufriedenheit deutlich geringer ist.

Tabelle 25: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung? (Kommunalbarometer)

	Zufriedenheit insgesamt	Ausstattung der Wohnung	Kosten der Wohnung	soziales Umfeld / Nachbarschaft	Gestaltung Wohnumfeld	Lage der Wohnung
111 Altstadt-Mitte	64	75	57	70	65	86
112 Altstadt-Ring	74	71	57	65	62	79
120 Neuburg	77	73	65	69	70	90
211 Herdern-Süd	72	70	54	66	71	85
212 Herdern-Nord	74	71	64	71	74	83
220 Zähringen	78	78	58	71	74	81
[231] Brühl	59	66	51	56	48	55
240 Hochdorf	79	78	62	70	73	71
310 Waldsee	77	76	61	75	74	82
320 Littenweiler	68	71	59	69	70	79
330 Ebnet	80	81	61	77	74	87
340 Kappel	82	80	65	81	78	84
410 Oberau	72	70	58	72	69	86
421 Oberwiehre	72	70	60	72	73	86
422 Mittelwiehre	75	67	60	72	71	87
423 Unterwiehre-Nord	76	73	60	72	64	82
424 Unterwiehre-Süd	70	73	58	70	65	81
430 Günterstal	80	81	64	73	79	90
511 Stühlinger-Beurbarung	63	64	48	50	60	72
512 Stühlinger-Eschholz	65	70	57	57	54	74
513 Alt-Stühlinger	68	69	58	62	57	78
521 Mooswald-West	77	78	68	74	74	82
522 Mooswald-Ost	65	69	62	63	61	70
531 Betzenhausen-Bischofslinde	70	72	57	65	65	80
532 Alt-Betzenhausen	75	80	53	66	69	79
540 Landwasser	71	68	55	67	68	77
550 Lehen	78	73	69	78	75	76
560 Waltershofen	77	79	65	78	77	77
[610] Haslach-Gartenst./Schildacker	71	67	60	62	63	75
611 Haslach-Egerten	70	70	58	60	61	70
614 Haslach-Haid	73	73	65	64	57	65
621 St. Georgen-Nord	79	78	61	77	75	82
622 St. Georgen-Süd	78	80	60	78	75	85
630 Opfingen	79	80	65	73	72	81
640 Tiengen	79	79	62	71	70	75
650 Munzingen	76	78	62	72	71	76
660 Weingarten	66	68	54	55	57	68
670 Rieselfeld	72	78	49	69	67	73
Freiburg insgesamt	72	73	59	68	67	78

Skalenmittelwert einer 5-stufigen Skala von sehr unzufrieden (0) bis sehr zufrieden (100).

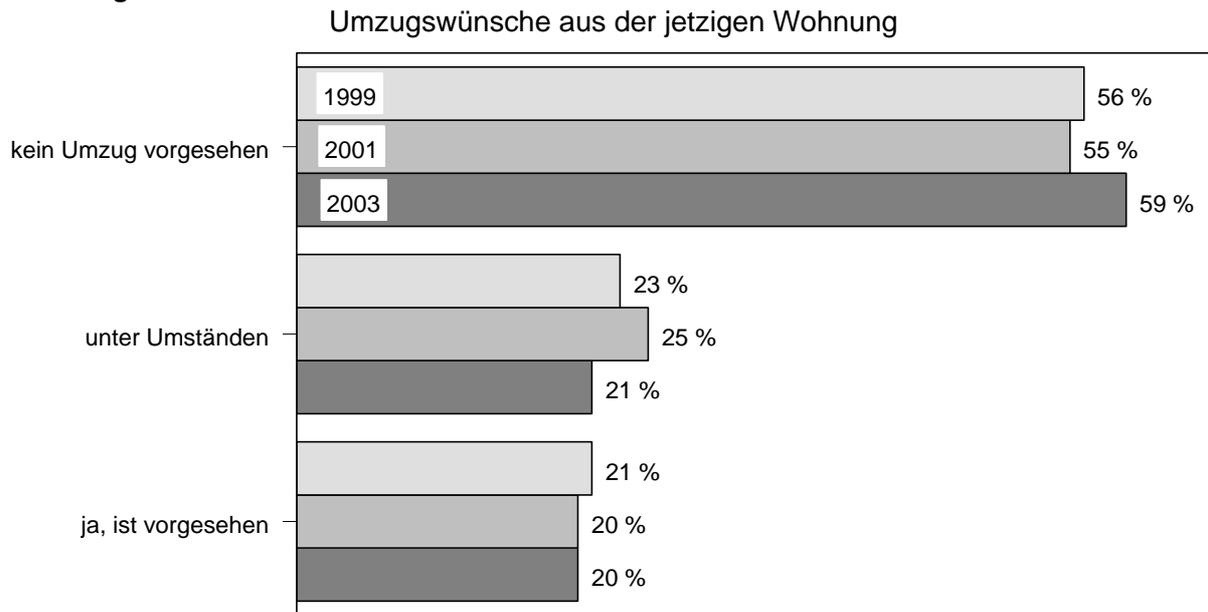
Umzugswünsche und Stadt-Umland-Wanderungen

Ein zentrales Thema der Stadtpolitik ist die Frage der Stadt-Umland-Wanderung. In den Großstädten ziehen vor allem Familienhaushalte mit mittleren und höheren Einkommen in das Umland. Ein zentrales Motiv ist dabei die Versorgung mit geeignetem Wohnraum. Aus der Bürgerumfrage 2001 wissen wir, dass als Wegzugsmotive vor allem eine unzureichende Wohnversorgung (Wohnung zu klein, teuer, schlecht) und der Wunsch nach Wohneigentum im Mittelpunkt stehen. Dieser als Suburbanisierung bezeichnete Prozess hat weitreichende Folgen für die Stadt und die Region. Sie betreffen beispielsweise die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung und die mit ihr verbundenen ökologischen Folgen, die sich durch das höhere Pendleraufkommen und den größeren Flächenverbrauch ergeben. Die Abwanderung von Familien beeinflusst aber auch das soziale Gefüge in der Stadt, da diese in der Regel über stärkere soziale Kontakte verfügen und überdurchschnittlich aktiv sind („Soziales Kapital“). Diese Stabilisierungsfunktion geht verloren, wenn sich die Stadtteile durch eine selektive Abwanderung entmischen und damit soziale Folgekosten entstehen.¹ Der Verlust an Einwohner hat aber auch unmittelbare Folgen für die Stadt, da ihr das Steueraufkommen für eine Personengruppe verloren geht, für die sie weiterhin Infrastrukturaufwendungen (z.B. für Verkehr, Arbeit, Kultur) tätigen muss.

Aus den Auswertungen des Einwohnermelderegisters erhalten wir Informationen über die Wanderungsbewegungen in der Vergangenheit. Das Melderegister bietet natürlich keine Möglichkeit, Aussagen über die Umzugsmotive und zukünftige Umzugsabsichten zu machen. Um dennoch zu diesen wichtigen Fragestellungen Antworten geben zu können, wird in den Freiburger Bürgerumfragen diese Thematik aufgegriffen. In den bisherigen drei Umfragen wurde zunächst die Frage gestellt: "Haben Sie vor, innerhalb der nächsten zwei Jahre aus Ihrer jetzigen Wohnung auszuziehen?" Im Erhebungsjahr 2003 schließen 59 % der Befragten einen Umzug innerhalb der nächsten zwei Jahre eher aus, während 21 % einen Umzug unter Umständen für möglich halten und 20 % diesen bereits fest ins Auge gefasst haben. Während zwischen den Bürgerumfragen 1999 und 2001 die Zahlen fast konstant blieben, ist nun die Zahl derjenigen angestiegen, die keinen Umzug planen. Dieser Trend deckt sich auch mit den Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik, in der in den vergangenen Jahren beispielsweise ein deutlicher Rückgang der innerstädtischen Umzüge festzustellen war. Diese Umzüge und die Wegzüge in die Region stehen im Unterschied zu den Fernwegzügen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Fragen des Wohnungsmarktes und der Wohnversorgung. Damit stellt sich die Frage, ob die Umzugswünsche insgesamt zurückgehen, oder ob es auch Verschiebungen zwischen der Stadt und dem Umland als mögliches Umzugsziel gibt. Deshalb haben wir bei den Umzugswilligen nachgefragt, welches Umzugsziel in Frage käme (Abb. 53)

¹ Die sozialen Ressourcen in den Wohngebieten wurden ausführlich in der Bürgerumfrage 2001 untersucht. Von einer Forschungsgruppe am Freiburger Max-Planck-Institut wurde nachgewiesen, dass ein Defizit an sozialen Ressourcen im Wohngebiet beispielsweise mit ursächlich für die Entstehung von Jugendkriminalität sein kann. Vgl. Oberwittler, Dietrich: Zusammenleben im Wohngebiet. Eine Skala zur Messung des sozialen Klimas in Wohnquartieren am Beispiel Freiburgs. Aus: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): Jahresheft 2000 - 2001. Freiburg 2002. Zum Forschungsprojekt „Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext“ siehe auch: <http://www.iuscrim.mpg.de/forsch/krim/oberwittler1.html>.

Abbildung 52



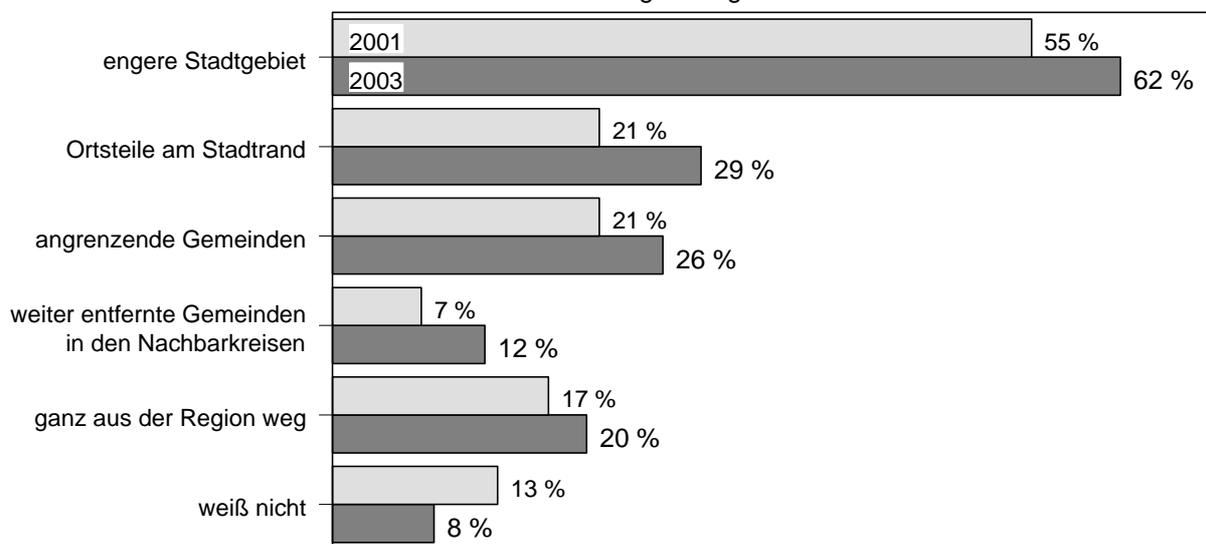
Quelle: Bürgerumfragen 1999, 2001 und 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

62 % der Befragten mit Umzugsabsichten möchten im engeren Stadtgebiet umziehen. Dies ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber der Befragung von 2001. Auch die Freiburger Ortsteile am Stadtrand haben als Umzugsziel deutlich an Attraktivität (29 % gegenüber 21 %) gewonnen. Für die höhere Quote an Personen, die sich dafür entscheiden, im Freiburger Stadtgebiet zu verbleiben, sind zwei Gründe denkbar. Ein Grund könnte sein, dass sich für die umzugsbereiten Gruppen die Möglichkeiten einer adäquaten Wohnversorgung in der Stadt im Vergleich zum Umland verbessert haben.

Abbildung 53

Wohin möchten Sie umziehen bzw. welches Umzugsziel käme für Sie in Frage?
- Mehrfachnennungen möglich -



Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Zweitens wären aber auch Gründe denkbar, die weniger unmittelbar mit dem Wohnungsmarkt in Beziehung stehen und die beispielsweise in einer höheren Attraktivität der urbanen Lebensbedingungen Freiburgs und seiner wohnungsnahen Infrastruktur gesehen werden könnten.

Differenziert man die Personen mit Umzugsplänen nach ihren Wohnortvorstellungen, so zeigen sich deutliche sozialstrukturelle Unterschiede (Tab. 26). Eine jüngere Altersstruktur haben diejenigen, die nicht ins Umland, sondern innerhalb des Freiburger Stadtgebietes umziehen möchten. Vor allem auch Singles und Personen mit einem geringeren Haushaltseinkommen sind in dieser Gruppe stärker vertreten. Bei den Personen, die eine Abwanderung in das Umland erwägen, ist die Altersgruppen der 30- bis unter 45-Jährigen deutlich überdurchschnittlich vertreten. Dabei handelt es sich sehr häufig um Familien mit Kindern, die auch eher ein überdurchschnittliches Einkommen aufweisen.

Tabelle 26: Die Sozialstruktur der potentiell Wegziehenden
in der Freiburger Bürgerumfrage 2003 (in %)

soziodemographische Merkmale	Umzugsziel ¹⁾		insgesamt
	nicht ins Umland	potentiell ins Umland	
Altersgruppen			
18 bis unter 25 Jahren	22 %	14 %	20 %
25 bis unter 30 Jahren	17 %	13 %	15 %
30 bis unter 45 Jahren	37 %	48 %	40 %
45 bis unter 65 Jahren	19 %	22 %	20 %
65 bis unter 75 Jahren	3 %	2 %	3 %
75 Jahre und älter	3 %	2 %	2 %
Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalt	29 %	19 %	26 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	44 %	50 %	46 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	23 %	28 %	24 %
allein Erziehende	5 %	4 %	4 %
Haushaltsnettoeinkommen			
unter 1250 Euro	38 %	30 %	36 %
1250 bis unter 2000 Euro	28 %	29 %	28 %
2000 bis unter 3000 Euro	22 %	27 %	23 %
über 3000 Euro	12 %	15 %	13 %

¹⁾ Umland sind hier die Gemeinden in den benachbarten Landkreisen

Wohnraumversorgung: Wohnfläche und Räume je Person

Die Wohnzufriedenheit hängt außer von den Qualitätsmerkmalen und der Ausstattung der Wohnung auch von der zur Verfügung stehenden Wohnfläche ab. Die zur Verfügung stehende Wohnfläche ist weiterhin ein wichtiges Merkmal für Fragen der Stadtplanung. Aus diesem Grund wurde in der Bürgerumfrage gefragt:

Frage: Welche Wohnfläche hat die gesamte Wohnung - einschließlich Küche, Bad und Flur?

Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen liegt bei 80 m². Die mittlere Hälfte der Wohnungen hat eine Fläche zwischen 55 m² und 100 m². Jeweils ein Viertel der Wohnungen ist kleiner bzw. größer. Bezieht man die Fläche auf die Anzahl der Personen, die in der Wohnung leben, so liegt der Mittelwert bei 38 m² (Median). Ein Viertel der Befragten hat weniger als 29 m² pro Person und ein weiteres Viertel mehr als 52 m² Wohnfläche je Person zur Verfügung.

Wie sich die Wohnflächenversorgung verschiedener Sozialgruppen darstellt, ist aus Tabelle 27 zu entnehmen. Die Wohnfläche nimmt mit steigendem Lebensalter zu. Kommen die 18- bis unter 30-Jährigen noch mit 30 m² je Person aus, so ist der Wohnflächenverbrauch bei den Senioren deutlich höher. Den über 60-Jährigen stehen durchschnittlich 50 m² pro Person zur Verfügung. Interessant ist der Sachverhalt, dass in den Privathaushalten auch in den hohen Altersjahrgängen keinerlei Rückgang der Wohnfläche festzustellen ist. Im Lebensverlauf werden durch die sich im allgemeinen verbessernde Einkommensposition und aus den Notwendigkeiten des Familienzyklus heraus die Wohnverhältnisse vergrößert. Obwohl sich im Alter dann die Haushaltsgröße durch den Auszug der Kinder und durch Verwitwung verkleinert, ist dennoch keine Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs festzustellen.

Die Wohnversorgung hängt natürlich in starkem Maß von der Einkommens- und Vermögenssituation ab. Dem oberen Einkommensviertel steht mit 51 m² je Person wesentlich mehr Wohnfläche zur Verfügung als dem unteren Einkommensviertel. Ebenfalls ist festzustellen, dass Migranten (28 m²) mit weniger Wohnraum auskommen müssen als Deutsche (39 m²). Neben diesen Wohlstandsunterschieden wirkt sich natürlich auch die Haushaltskonstellation auf die Pro-Kopf-Wohnfläche aus. Einpersonenhaushalte können mehr als doppelt so viel Wohnfläche nutzen wie Mehrpersonenhaushalte mit Kindern.

Tabelle 27: Wohnfläche (qm) pro Person

	Wohnfläche (qm) pro Person
	Median
insgesamt	38
darunter	
Altersgruppen	
18 bis unter 30 Jahren	30
30 bis unter 45 Jahren	33
45 bis unter 60 Jahren	40
60 bis unter 75 Jahren	50
75 Jahre und älter	50
Geschlecht	
weiblich	38
männlich	38
Nationalität	
deutsch	39
nicht-deutsch	28
Berufstätigkeit	
berufstätig	38
nicht berufstätig	41
Studenten	29
Haushaltsgröße	
Einpersonenhaushalt	58
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	40
Mehrpersonenhaushalt mit Kind(ern)	27
allein Erziehende	33
Kulturelles Kapital	
1 gering	35
2	36
3	38
4 hoch	43
Äquivalenzeinkommen	
1. Quartil	28
2. Quartil	33
3. Quartil	43
4. Quartil	51

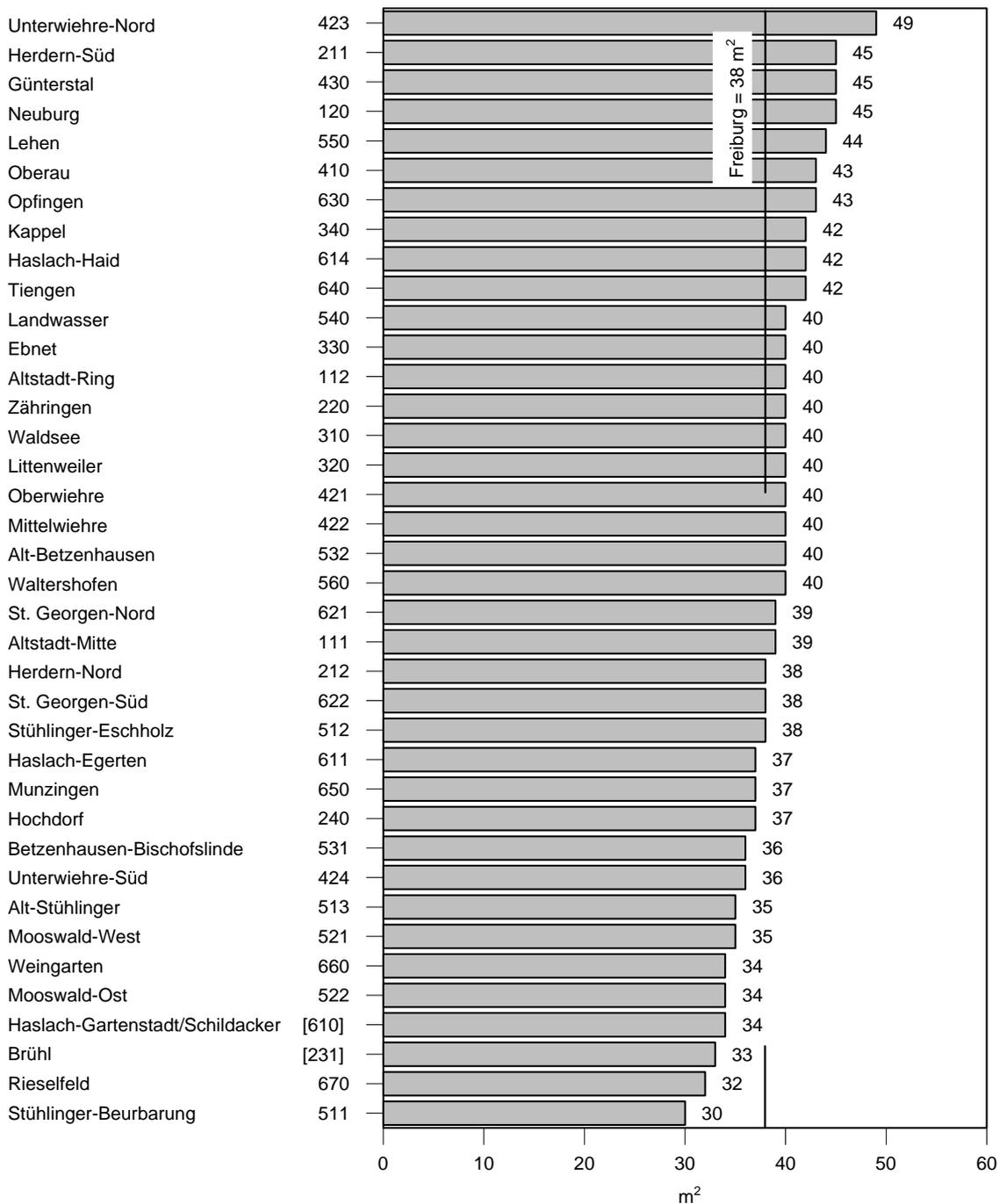
Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

Betrachtet man die in den Stadtquartieren durchschnittlich zur Verfügung stehende Pro-Kopf-Wohnfläche, dann überlagern sich der Wohlstands- und der Familieneffekt. Eine überdurchschnittliche Wohnversorgung beobachten wir in den gut situierten bürgerlichen Stadtgebieten, wie etwa in Teilen der Wiehre und Herdern. Eine deutlich unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche gibt es in eher benachteiligten Wohnquartieren, wie z.B. in Stühlinger-Beurbarung, Brühl, Haslach und Weingarten. Eine geringe Wohnfläche muss aber nicht un-

bedingt ein Zeichen für Benachteiligung darstellen, da der Armuts- bzw. Wohlstandseffekt von anderen Faktoren, wie etwa der Alters- und Familienstruktur, überlagert werden kann. So gibt es in Landwasser aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung einen überdurchschnittlichen Wohnflächenverbrauch. Auf der anderen Seite beobachten wir eine geringe Pro-Kopf-Wohnfläche im Neubaugebiet Rieselfeld. Die Ursache ist hier die hohe Anzahl junger Familien.

Abbildung 54

Durchschnittliche Wohnfläche in qm (Median) je Person



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3177

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Für die Wohnversorgung ist nicht nur die Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung, sondern auch die Anzahl der Wohnräume von Bedeutung. In der Bürgerumfrage wurde deshalb ebenfalls nach der Zahl der Räume gefragt:

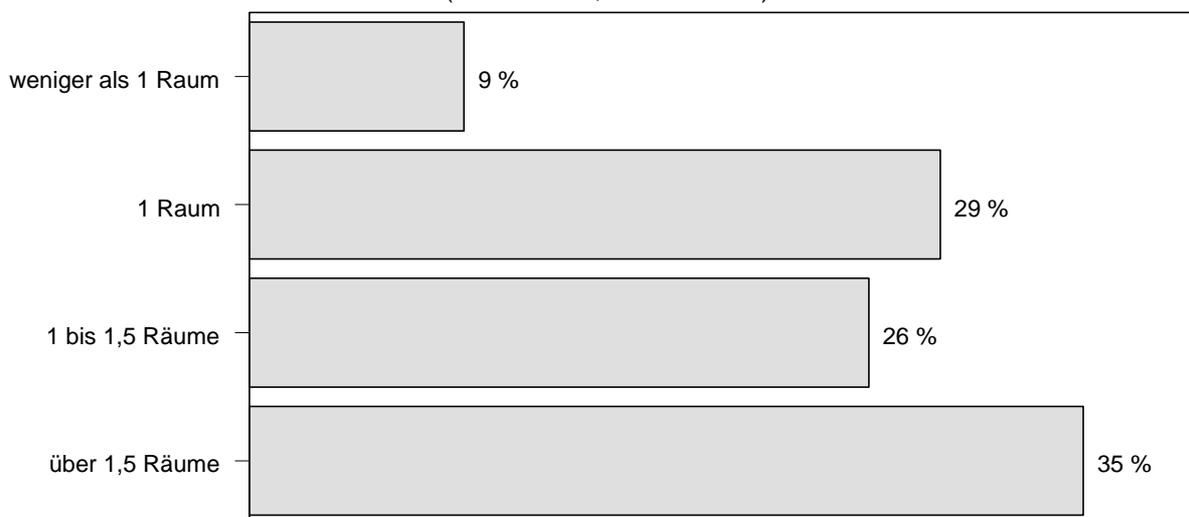
Frage: Wie viele Wohnräume hat die Wohnung - ohne Küche, Bad und Flur ?

8 % der Befragten bewohnten ein Appartement, 21 % eine Zweizimmerwohnung, 34 % eine Dreizimmerwohnung und 37 % hatten vier und mehr Wohnräume zur Verfügung. Eine aussagekräftige Kennziffer über die Wohnversorgung ergibt sich, wenn man die Anzahl der Wohnräume auf die Personen bezieht, die in dieser Wohnung leben. Durchschnittlich stehen in Freiburg 1,6 Wohnräume je Haushaltsmitglied zur Verfügung.

Etwa jeder zehnte Befragte (9 %) lebt in einer Wohnung, in der mehr Personen leben, als es Wohnräume gibt, und deren Wohnversorgung damit als prekär einzustufen ist. 29 % haben einen Raum für jeden Bewohner zur Verfügung und weitere 26 % können über bis zu 1,5 Räume/Bewohner verfügen. Mehr als jeder Dritte (35 %) verfügt sogar über ein noch umfangreicheres Raumangebot.

Abbildung 55

Anzahl der Räume pro Person
(ohne Küche, Bad und Flur)



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N= 3234

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Ebenso wie bei der zur Verfügung stehenden Quadratmeterfläche zeigen sich auch bei der Anzahl der Räume je Person deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 28). Während bei den unter 30-Jährigen nur etwa ein Drittel der Befragten über eine Wohnung mit mehr als einem Raum pro Haushaltsmitglied verfügt, sind es bei den 30- bis unter 45-Jährigen bereits die Hälfte und bei den 45- unter 75-Jährigen bereits drei Viertel der Befragten. Bei den über 65-Jährigen wird eine solche auskömmliche Raumversorgung dann sogar von bis zu 90 % der Befragten erreicht.

Tabelle 28: Anzahl der Wohnräume je Person

	Anzahl der Wohnräume je Person					
	weniger als 1 Raum		1 Raum		mehr als 1 Raum	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	304	9 %	951	29 %	1978	61 %
darunter						
Altersgruppen						
18 bis unter 25 Jahren	46	14 %	186	55 %	105	31 %
25 bis unter 30 Jahren	45	17 %	128	49 %	90	34 %
30 bis unter 45 Jahren	143	14 %	359	36 %	498	50 %
45 bis unter 65 Jahren	62	6 %	201	21 %	712	73 %
65 bis unter 75 Jahren	2	1 %	49	13 %	322	86 %
75 Jahre und älter	3	1 %	23	9 %	241	90 %
Geschlecht						
weiblich	172	10 %	531	29 %	1102	61 %
männlich	131	9 %	417	29 %	870	61 %
Nationalität						
deutsch	239	8 %	854	29 %	1892	63 %
nicht-deutsch	65	27 %	95	40 %	76	32 %
Soziales Milieu						
traditionelle Unterschicht	24	10 %	50	22 %	159	68 %
neue, liberale Unterschicht	14	9 %	32	21 %	107	70 %
konservative Mittelschicht	8	10 %	17	21 %	56	69 %
gesellschaftliche Mitte	17	7 %	63	28 %	147	65 %
liberale Mittelschicht	14	8 %	52	31 %	105	61 %
konservativ-bürgerlich	25	9 %	66	25 %	170	65 %
liberal-bürgerlich	65	8 %	233	29 %	501	63 %
studentisch	37	12 %	202	63 %	81	25 %
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalt	0	0 %	150	24 %	472	76 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	75	6 %	371	28 %	865	66 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	294	27 %	397	37 %	395	36 %
allein Erziehende	17	10 %	77	43 %	86	48 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

Im Verlauf des Familienzyklus ändert sich der Wohnraumbedarf erheblich. Während Familien in der Expansionsphase unterversorgt sind, steigt durch die schrumpfende Haushaltsgröße im Alter die Inanspruchnahme von Wohnraum („innerer Wohnflächenbedarf“). Für viele ältere Menschen ist es im Alter aber wenig attraktiv, die Wohnung zu wechseln, um sich an den gesunkenen Flächenbedarf anzupassen. Aufgrund höherer Mieten bei Neuverträgen bietet der Wohnungswechsel oftmals keine oder nur geringe ökonomische Vorteile. Auf der anderen Seite ist gerade im Alter die Bindung an die eigene Wohnung und das nachbarschaftliche Wohnumfeld besonders stark ausgeprägt.

Während sich die Wohnraumversorgung von Männern und Frauen und zwischen den sozialen Milieus nicht signifikant unterscheidet, ist eine deutliche Unterversorgung bei den ausländischen Befragten und bei den Mehrpersonenhaushalten mit Kindern feststellbar. In beiden Gruppen verfügen über ein Viertel der Befragten über weniger als einen Raum je Haushaltsmitglied.

Wohnen und Lebenssituation

Die Versorgung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum betrifft eine zentrale Lebenslagendimension der Bürgerinnen und Bürger. In der Bürgerumfrage wurden deshalb die vielfältigen Aspekte der Wohnversorgung, von der allgemeinen Beurteilung des Wohnungsmarktes über die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung bis hin zur Wohnraumversorgung, umfassend erhoben.

Die Befragten wurden aber auch zusammenfassend gefragt, ob in ihrer gegenwärtigen Lebenssituation Wohnungsprobleme (z.B. zu klein, zu teuer, ungeeignet) ein Problem darstellen.¹ Für 12 % der Befragten stellen Wohnungsprobleme ein „sehr großes Problem“ dar, weitere 11 % sehen in diesem Bereich für sich persönlich „große Probleme“. Dies bedeutet, dass fast ein Viertel der Wohnbevölkerung mit Wohnungsproblemen in irgendeiner Weise konfrontiert ist. Zusammengenommen 30 % sehen in diesem Bereich allenfalls „mittlere“ oder „geringe“ Probleme für sich. Knapp die Hälfte (47 %) berichtet über keine Probleme im Bereich der Wohnversorgung.

Die geringsten Probleme haben die Senioren (etwa 7 %), während die 25- bis unter 30-Jährigen am häufigsten über Wohnprobleme klagen. Ausländer (45 %) haben mehr als doppelt so häufig Wohnprobleme wie Deutsche (21 %). Zwischen Männern und Frauen gibt es in dieser Hinsicht keine Unterschiede. Auch wenn, wie oben gezeigt, Familien mit Kindern weniger Wohnraum zur Verfügung haben, sind dennoch keine überdurchschnittlichen Wohnungsprobleme (25 %) feststellbar. Deutlich öfter weisen die allein Erziehenden auf vorhandene Wohnprobleme hin (41 %). Dies spricht dafür, dass es vor allem die Kosten sind, die zu subjektiven Beeinträchtigungen im Wohnungsbereich führen.

¹ Siehe Frage 14 im Erhebungsbogen.

Tabelle 29: Sind Wohnungsprobleme vorhanden?

	Sind Wohnungsprobleme (zu klein, zu teuer, ungeeignet) vorhanden?			
	sehr großes/ großes Problem		mittleres/geringes/ überhaupt kein Problem	
	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	722	23 %	2414	77 %
darunter				
Altersgruppen				
18 bis unter 25 Jahren	128	38 %	206	62 %
25 bis unter 30 Jahren	111	40 %	163	60 %
30 bis unter 45 Jahren	287	29 %	710	71 %
45 bis unter 65 Jahren	151	16 %	814	84 %
65 bis unter 75 Jahren	24	7 %	311	93 %
75 Jahre und älter	14	7 %	191	93 %
Geschlecht				
weiblich	404	23 %	1333	77 %
männlich	316	23 %	1064	77 %
Nationalität				
deutsch	612	21 %	2263	79 %
nicht-deutsch	105	45 %	129	55 %
Soziales Milieu				
traditionelle Unterschicht	59	26 %	170	74 %
neue, liberale Unterschicht	25	17 %	124	83 %
konservative Mittelschicht	20	24 %	63	76 %
gesellschaftliche Mitte	49	21 %	179	79 %
liberale Mittelschicht	41	24 %	131	76 %
konservativ-bürgerlich	62	24 %	193	76 %
liberal-bürgerlich	172	21 %	632	79 %
studentisch	106	33 %	214	67 %
Haushaltsgröße				
Einpersonenhaushalt	131	23 %	437	77 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	260	21 %	975	79 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	267	25 %	819	75 %
allein Erziehende	72	41 %	106	59 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

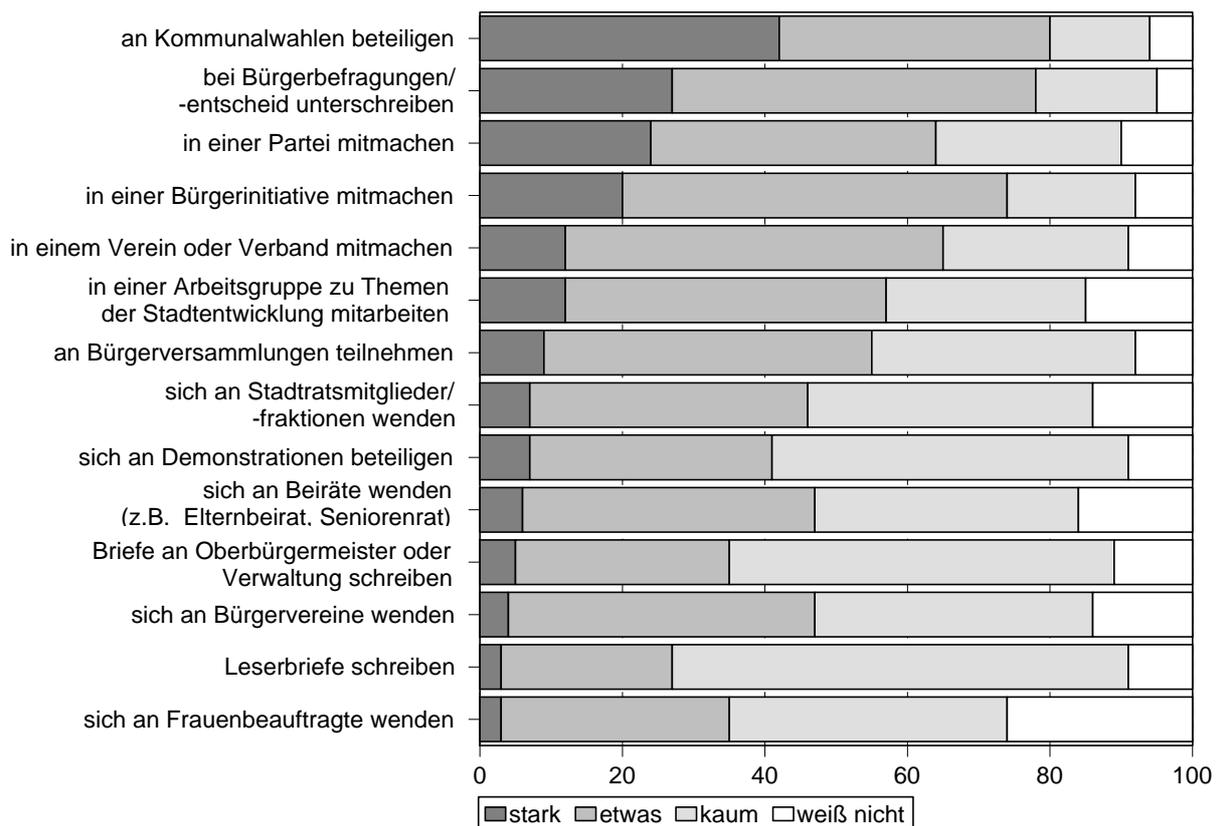
6. Kommunalpolitische Beteiligung und Parteiidentifikation

Die Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Gerade auf lokaler Ebene bieten sich vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung und deren Erfolge, aber auch mögliche Misserfolge sind unmittelbar zu erleben. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und eine breite Beteiligung bei kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen sind zentrale Elemente der Freiburger Stadtpolitik. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie verschiedene mögliche Beteiligungsformen von den Bürgerinnen und Bürgern beurteilt und in Anspruch genommen werden.

Frage: Für den Einzelnen gibt es verschiedene Möglichkeiten, Kommunalpolitik und Stadtentwicklung zu beeinflussen. Sagen Sie bitte, ob man mit den folgenden Möglichkeiten starken, etwas oder kaum Einfluss nehmen kann. Wir würden auch gerne wissen, ob Sie dies selbst tun würden oder bereits getan haben?

Abbildung 56

Möglichkeiten, kommunalpolitischen Einfluss zu nehmen



Quelle: Bürgerumfrage 2003

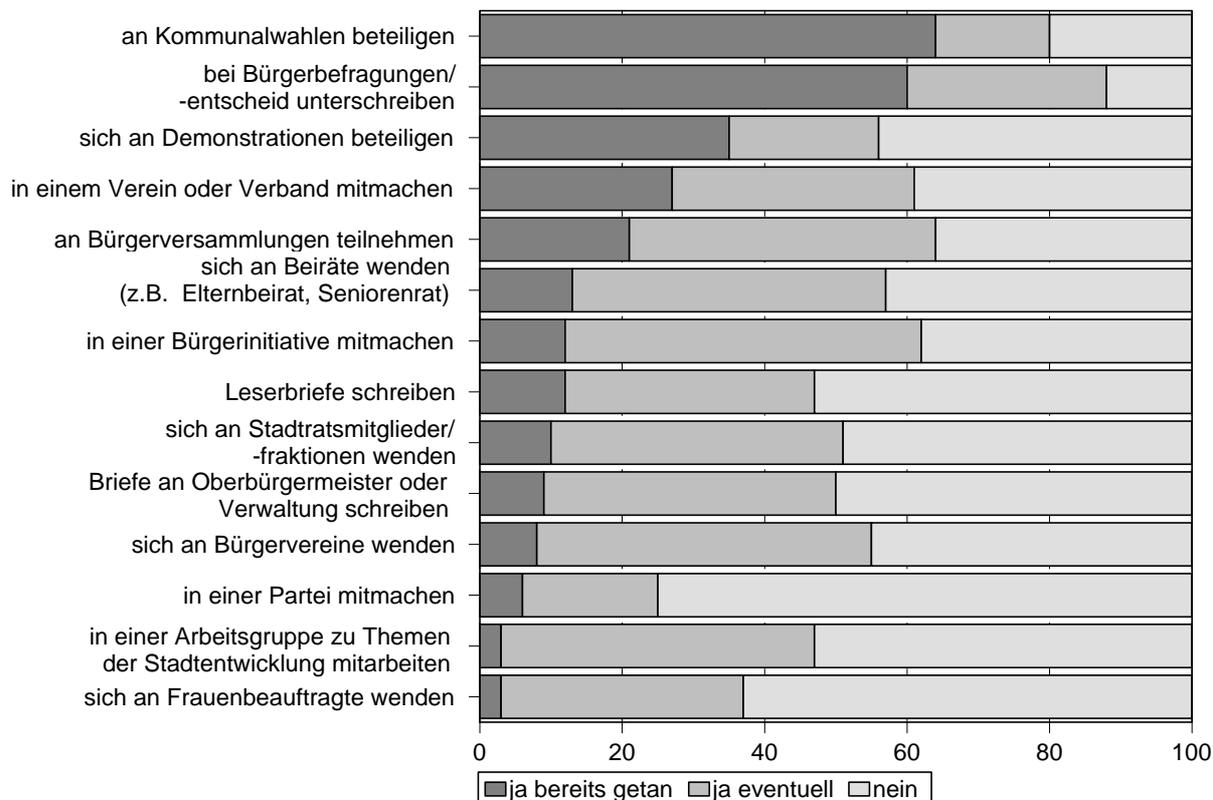
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die stärkste Einflussmöglichkeit sehen die Befragten in der Beteiligung an den Kommunalwahlen. Hier können Sie unmittelbar über ihr Stadtoberhaupt und die Zusammensetzung des Gemeinderates entscheiden und damit die grundsätzliche kommunalpolitische Ausrichtung bestimmen. 42 % sehen in der Beteiligung an Kommunalwahlen eine starke Einflussmöglichkeit. Auch an zweiter und drittel Stelle folgen klassische Formen politischer Beteiligung. Bür-

gerentscheide werden von 27 % und die Mitarbeit in einer politischen Partei wird von etwa einem Viertel (24 %) als starke Einflussmöglichkeit gesehen. Interessanterweise wird der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative auf kommunalpolitischer Ebene eine Wirksamkeit zugeschrieben (20 %), die sich mit einem unmittelbaren parteipolitischen Engagement durchaus vergleichen lässt. Dies liegt sicher darin begründet, dass politische Kontroversen auf der kommunalen Ebene stärker von Sachthemen und Personen abhängig sind, als dies auf der Landes- und Bundesebene der Fall ist. Auch durch Vereine (12 %), Arbeitsgruppen zur Stadtentwicklung (12 %) und Bürgerversammlungen (9 %) kann man nach Ansicht etlicher Befragter durchaus starken Einfluss nehmen. Berücksichtigt man dazu noch die Personen, die in diesen Formen „etwas“ Einflussmöglichkeiten einräumen, dann sehen auch bei diesen weicheren Beteiligungsmöglichkeiten durchgängig über die Hälfte der Befragten Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Beteiligung an einer Mitwirkungsform hängt natürlich davon ab, wie man die Möglichkeiten einschätzt, damit Einfluss nehmen zu können. Deshalb ergibt sich eine sehr ähnliche Rangfolge der Beteiligungsformen, wenn man danach fragt, ob diese schon einmal genutzt wurde oder ob man dies zumindest eventuell tun würde (Abb. 57)

Abbildung 57

Welche Beteiligungsmöglichkeiten, um Kommunalpolitik und Stadtentwicklung zu beeinflussen, kommen für Sie in Frage?



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen über Bürgerentscheide sind die beiden Beteiligungsformen, die von den Befragten bislang am meisten genutzt wurden. Dies hängt sicher damit zusammen, dass hier auch die stärksten Einflussmöglichkeiten gesehen werden. Während diese Beteiligungsformen von etwa 60 % bereits genutzt wurden, haben sich etwa ein Drittel der Befragten bereits an Demonstrationen beteiligt. Die Beteiligung an den übrigen aufgeführten Möglichkeiten ist zum Teil deutlich geringer. Interessant ist aber ein Blick auf die Anteilswerte hinsichtlich einer „eventuellen“ Beteiligung, die durchaus Potentiale erkennen lässt. Die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Bürgerversammlungen, Beiräten und Bürgervereinen kommt auch für viele Bürgerinnen und Bürger zumindest potentiell in Frage, die sich bislang nicht in diesen Formen beteiligt haben. Interessant ist auch das hohe Potential im Hinblick auf die Mitarbeit in „Arbeitsgruppen zu Themen der Stadtentwicklung“. Nur 4 % der Befragten geben an, sich bereits beteiligt zu haben, während weitere 44 % dazu eventuell bereit wären. Da diese Form der Bürgerbeteiligung einen hohen Stellenwert besitzt, sei es nun im Rahmen der Flächennutzungsplanung oder in der Stadtteilentwicklung, wäre der Frage nachzugehen, wie dieses Beteiligungspotential noch besser erschlossen werden könnte. Einen möglichen Ansatzpunkt liefert die demographische Struktur der potentiell Mitwirkungsbereiten. So fällt auf, dass vor allem die allein Erziehenden (52 %) und die Mehrpersonenhaushalte mit Kindern (47 %) überdurchschnittlich häufig ihre Mitwirkungsbereitschaft bekunden, aber sich faktisch noch nicht beteiligt haben. Hier wäre zu prüfen, ob die Kinderbetreuung einer Teilnahme an den angebotenen Veranstaltungen entgegensteht und durch entsprechende Maßnahmen die Teilnahmemöglichkeiten für diese Gruppe verbessert werden können.

Bekanntheit der Lokale Agenda 21 in Freiburg

Bereits 1996 hat Freiburg mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg beschlossen, die Agenda 21 auf lokaler Ebene umzusetzen. Ziel ist es, in Freiburg gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren, den Bürgerinnen und Bürgern Freiburgs und der Stadtverwaltung ein Handlungsprogramm für ein „Zukunftsfähiges Freiburg“ zu entwickeln. Als wichtiger Schritt zur Verwirklichung des Zieles wurde 1999 das Leitbild der Freiburger Agenda 21 beschlossen und mit Gemeinderatsbeschluss vom 22. Januar 2002 zur Kenntnis genommen. In der Präambel des Leitbildes ist die Aufgabe wie folgt umschrieben:

„In der Agenda 21 erhalten die Kommunen die Aufgabe zur Erstellung eines Handlungsprogrammes 'Lokale Agenda 21', das die Bereiche Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gleichrangig behandelt, die notwendige Balance zwischen den drei Bereichen sicherstellt und sich an den Kriterien der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ausrichtet. Bei der Erstellung dieses Handlungsprogramms für eine nachhaltige Entwicklung und den zu fällenden Entscheidungen sollen die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich miteinbezogen werden. Alle Bereiche der örtlichen Gemeinschaft sollen im konsensorientierten Dialog gemeinsam Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommune entwerfen.“

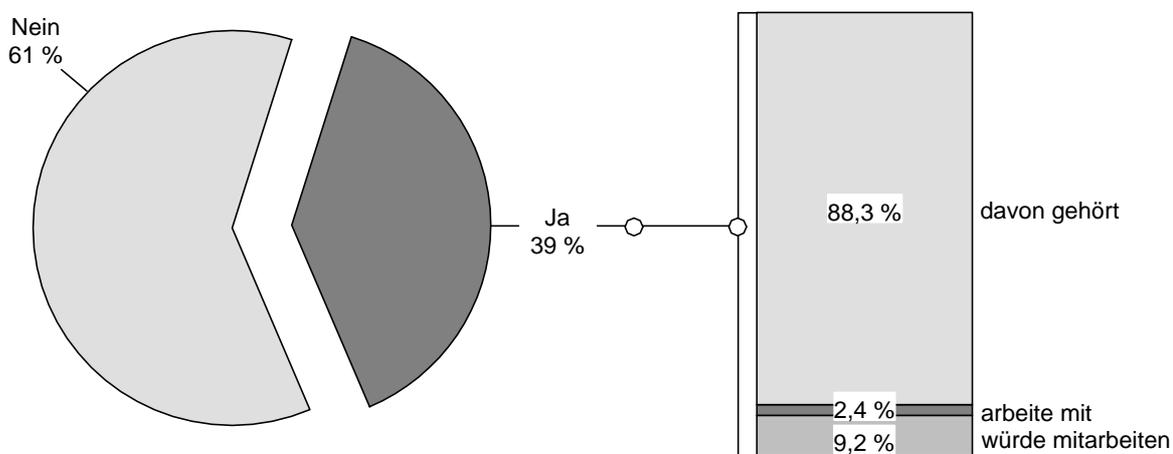
Auf dieser Grundlage wurde in Freiburg ein vielfältiges Spektrum an Aktivitäten entfaltet, die verschiedene Arbeitskreise und eine Vielfalt von Projekten umfassen. In der Bürgerumfrage wurde nun ermittelt, welchen Bekanntheitsgrad diese spezifische Beteiligungsform hat:

Frage: Haben Sie schon einmal etwas von der Lokalen Agenda 21 in Freiburg gehört?

39 % der Befragten haben schon einmal etwas von der Lokalen Agenda 21 gehört. Etwas mehr als jeder Zehnte, der die Lokale Agenda 21 kennt, wäre prinzipiell bereit mitzuarbeiten oder arbeitet bereits mit. Wie wir bei den traditionellen Beteiligungsformen gesehen haben, liegt selbst bei den politischen Parteien die potentielle Erreichbarkeit bei maximal einem Viertel der Bevölkerung und lediglich 6 % sind in einer Partei Mitglied oder haben sich bereits einmal in einer Partei engagiert. Vor diesem Hintergrund ist das Potential der Agenda 21 durchaus bemerkenswert. Es stellt sich allerdings auch hier die Frage, wie dieses Potential besser erschlossen werden kann, indem die bislang noch uninformierten 61 % der Bevölkerung besser angesprochen und dann in einem weiteren Schritt mögliche Hemmschwellen für eine Mitarbeit vermindert werden.

Abbildung 58

Haben Sie schon einmal etwas von der Lokalen Agenda 21 in Freiburg gehört?



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3392

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Lokale Agenda 21 ist vor allem bei den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und unter 65 Jahren bekannt. Bei der jüngeren Bevölkerung und bei den Senioren ist ihr Bekanntheitsgrad wesentlich geringer ausgeprägt. Während das Geschlecht keinen Unterschied macht, sind deutsche Befragte wesentlich häufiger (40 %) über die Lokale Agenda informiert als ausländische Befragte. Auch im Hinblick auf die sozialen Milieus zeigen sich deutliche Unterschiede. Im liberal-bürgerlichen Milieu ist die Lokale Agenda 21 bei über der Hälfte der Befragten bekannt.

Tabelle 30: Bekanntheit der Lokale Agenda 21

	Bekanntheit der Lokale Agenda 21			
	bekannt		nicht bekannt	
	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	1267	39 %	1993	61 %
darunter				
Altersgruppen				
18 bis unter 25 Jahren	107	31 %	238	69 %
25 bis unter 30 Jahren	84	31 %	190	69 %
30 bis unter 45 Jahren	431	43 %	567	57 %
45 bis unter 65 Jahren	435	45 %	534	55 %
65 bis unter 75 Jahren	135	36 %	240	64 %
75 Jahre und älter	64	24 %	206	76 %
Geschlecht				
weiblich	716	39 %	1098	61 %
männlich	543	38 %	883	62 %
Nationalität				
deutsch	1200	40 %	1788	60 %
nicht-deutsch	55	22 %	191	78 %
Soziales Milieu				
traditionelle Unterschicht	70	30 %	164	70 %
neue, liberale Unterschicht	48	32 %	101	68 %
konservative Mittelschicht	24	29 %	60	71 %
gesellschaftliche Mitte	91	41 %	132	59 %
liberale Mittelschicht	79	47 %	87	53 %
konservativ-bürgerlich	84	32 %	176	68 %
liberal-bürgerlich	408	52 %	383	48 %
studentisch	122	38 %	203	62 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

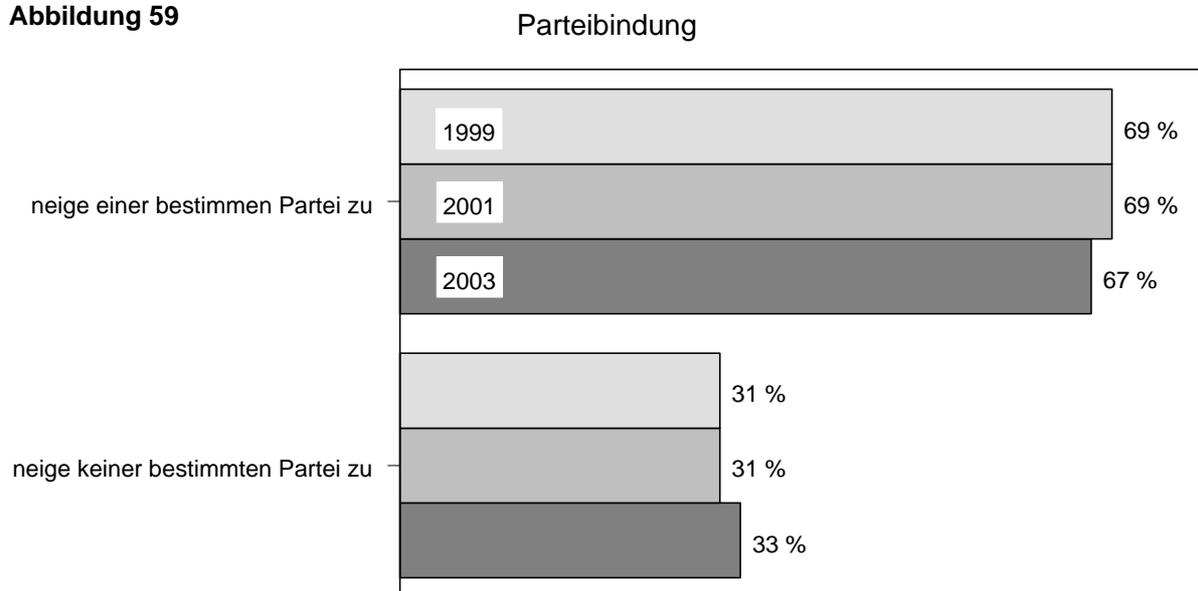
Die Parteiidentifikation der Freiburger Bevölkerung

Neben dem formalen Besitz eines Parteibuchs kennt die Wahlforschung auch eine Art psychologische Parteimitgliedschaft, die so genannte Parteiidentifikation.¹ Die Parteiidentifikation kann als eine gefühlsmäßige Bindung von Individuen an eine bestimmte Partei interpretiert werden, die neben der Kandidatenorientierung und der Bewertung aktueller Sachfragen ihre Wahlentscheidung mitbestimmt. Die Parteiidentifikation wirkt dabei ähnlich wie die Markenbindung von Kunden im Wirtschaftsleben. Je stärker beispielsweise ein Käufer an eine bestimmte Automarke gebunden ist, desto weniger wird er sich von einer Kaufentscheidung abbringen lassen, auch wenn andere Fahrzeuge nach objektiven Kriterien besser abschneiden. Als politische Brille beeinflusst die Parteiidentifikation die Wahrnehmung und Bewertung der Parteien und des politischen Geschehens und führt damit zu einem geschlosseneren und konsistenteren Parteibild.

Die Parteiidentifikation ist nicht nur ein wichtiger Einflussfaktor für das Wahlgesehen, sondern auch für die politische Integration der Bevölkerung. Deshalb wurde wie in den vergangen Umfragen wiederum nach der Parteibindung gefragt:

Frage: Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen?

Abbildung 59



Quelle: Bürgerumfragen 1999/2001/2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

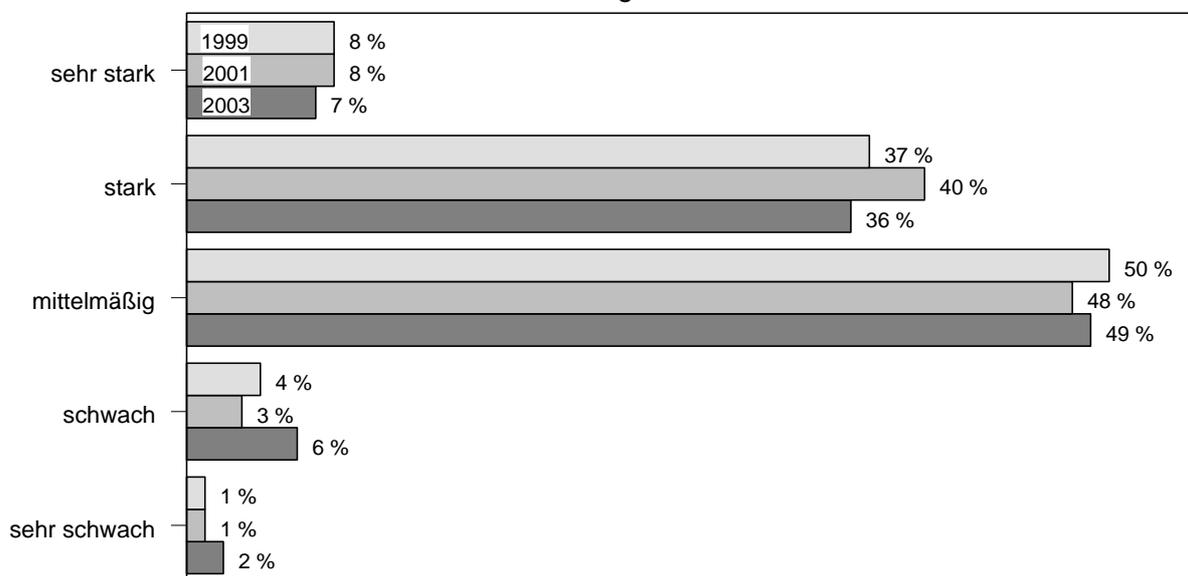
¹ Das Konzept der Parteiidentifikation wurde im sozialpsychologisch orientierten Ansatz der so genannten „Michigan-Schule“ der amerikanischen Wahlforschung konzipiert. Vgl. Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren u.a.: The American Voter. New York, London (John Wiley & Sons) 1960.

Zwei Drittel aller Befragten (67 %) neigen einer bestimmten Partei zu, während ein Drittel keine Parteibindung hat. Dies ist eine geringer Zunahme der nicht gebundenen Personen gegenüber den beiden Vorerhebungen von 1999/2001. Während für die Freiburger Wählerschaft keine Zeitreihen vorliegen, wissen wir aus der bundesweiten Trendbeobachtung, dass der Anteil der Personen, der sich nicht an eine Partei gebunden fühlt, kontinuierlich zunimmt. In den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen lag der Anteil der Wähler ohne dauerhafte Parteienbindung im Jahr 1977 noch bei lediglich 20 %.¹ Da sich die Wählerinnen und Wähler stärker an aktuellen Themen und dem Kandidatenangebot orientieren, führt die schwindende psychologische Parteibindung der Wähler („Dealignment“) potentiell zu einer geringeren Stabilität der politischen Kräfteverhältnisse. Die Wahlergebnisse lassen sich schwerer prognostizieren, da sie stark von kurzfristigen Themen abhängig werden und somit auch größere Stimmenverschiebungen zwischen zwei Wahlen immer wahrscheinlicher werden.

Etwa die Hälfte der Befragten, die sich überhaupt einer Partei verbunden fühlen, gibt an, eine „mittelmäßige“ Parteibindung zu besitzen. 43 % verfügen über eine „starke“ (36 %) oder „sehr starke“ Parteiidentifikation. Vor allem bei den stärker gebundenen Personen ist ein Rückgang zu beobachten. Demnach nimmt nicht nur die Identifikation generell, sondern auch die Bindekraft der Parteien ab. Wahlentscheidungen werden demnach stärker von Themen und Personen abhängig als von allgemeinpolitischen Orientierungen.

Abbildung 60

Wie stark oder schwach neigen Sie dieser Partei zu?



Quelle: Bürgerumfragen 1999/2001/2003

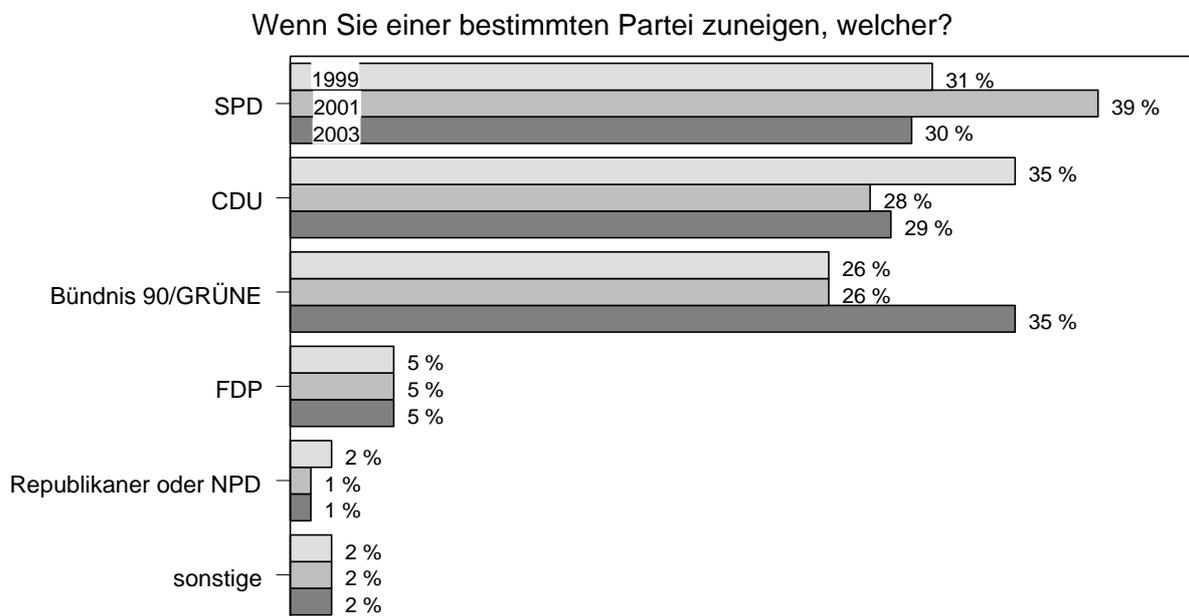
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Von den Personen, die angeben, einer festen Partei zuzuneigen, bevorzugen 30 % die SPD und 28 % die CDU. Mehr als ein Drittel (35 %) der Wähler mit fester Parteienbindung wählt die GRÜNEN (Abb. 61). Im Zeitvergleich hat vor allem der Anteil der Befragten mit einer fes-

¹ Vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger; Weick, Stefan: Die dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Jg. 2001, H. 26, S. 2.

ten Bindung an die GRÜNEN zugenommen. Diese Verschiebung ging zu Lasten von CDU und SPD. Bei der SPD ist die Entwicklung uneinheitlich. Hier ist anzunehmen, dass die hohen Werte im Jahr 2001 durch die politische Stimmung bei der damaligen Landtagswahl beeinflusst wurden. Was als stabiler Trend zu bewerten ist, wird die zukünftige Entwicklung zeigen.

Abbildung 61



Quelle: Bürgerumfragen 1999/2001/2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Parteiidentifikation bildet sich zum einen im Prozess der politischen Sozialisation aus, in deren Verlauf die Wahlbeteiligung und das Verhalten des Elternhauses die politische Einstellung der nächsten Generation wesentlich mit beeinflusst. Zum Zweiten festigt aber auch die eigene Wahlerfahrung die persönliche Parteibindung. Je öfter eine Person zur Wahl geht, desto stärker prägt sich ihre Parteiidentifikation aus. Aus diesem Grund ist der Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation in den höheren Altersgruppen deutlich geringer als in den jüngeren (Tab. 31). Bei den Senioren fühlt sich nur etwa jeder dritte Wahlberechtigte mit keiner Partei verbunden. Bei den Jungwählern in der Altersgruppe unter 30 Jahren liegt der Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation hingegen bei etwa der Hälfte der Befragten. Die jungen Wählerinnen und Wähler werden für die Parteistrategen damit zu einer besonders wichtigen, aber auch schwierigen Gruppe, da ihr Wahlverhalten weniger vorgeprägt und damit stärker von situativen Faktoren beeinflusst ist.

Keinen nennenswerten Einfluss auf die Parteiidentifikation hat das Geschlecht. Die Ausländer besitzen wesentlich häufiger als die Deutschen (38 %) nur eine schwach ausgeprägte Parteiidentifikation (60 %). Da sie, abgesehen von den EU-Bürgern, keinerlei Wahlrecht für die Parlamente besitzen, ist dieser Unterschied durchaus zu erwarten.

Sehr deutlich ist die unterschiedliche Ausprägung der Parteibindung in den verschiedenen sozialen Milieus. Nahezu die Hälfte der Befragten (49 %) aus dem traditionellen Unterschichtmilieu geben an, „keine“ oder allenfalls eine „schwache“ Parteibindung zu besitzen. Diese Entkopplung von sozialem Milieu und Parteibindung zeigt sich auch in den Freiburger Wahlergebnissen. Gerade in den ehemaligen sozialdemokratischen Hochburgen im Freiburger Westen geht beispielsweise die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich stark zurück. Im bürgerlich-liberalen Milieu kommt eine schwache Parteibindung wesentlich seltener vor. Lediglich etwas über ein Viertel (27 %) der Befragten hat „keine“ bzw. nur eine „schwache Parteibindung“.

Tabelle 31: Die Stärke der Parteibindung nach soziodemographischen Merkmalen

	Parteibindung					
	keine/schwache		mittlere		starke/sehr starke	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	1277	39 %	1054	32 %	925	28 %
darunter						
Altersgruppen						
18 bis unter 25 Jahren	173	52 %	95	28 %	67	20 %
25 bis unter 30 Jahren	130	48 %	73	27 %	71	26 %
30 bis unter 45 Jahren	382	39 %	346	35 %	262	26 %
45 bis unter 65 Jahren	344	35 %	323	33 %	308	32 %
65 bis unter 75 Jahren	135	35 %	140	37 %	107	28 %
75 Jahre und älter	99	36 %	72	26 %	101	37 %
Geschlecht						
weiblich	724	40 %	578	32 %	493	27 %
männlich	544	38 %	472	33 %	425	30 %
Nationalität						
deutsch	1121	38 %	992	33 %	873	29 %
nicht-deutsch	144	60 %	53	22 %	45	18 %
Soziales Milieu						
traditionelle Unterschicht	115	49 %	56	24 %	65	27 %
neue, liberale Unterschicht	64	42 %	58	38 %	32	21 %
konservative Mittelschicht	31	37 %	23	28 %	29	35 %
gesellschaftliche Mitte	84	37 %	87	38 %	58	25 %
liberale Mittelschicht	48	28 %	58	34 %	64	37 %
konservativ-bürgerlich	113	43 %	71	27 %	76	29 %
liberal-bürgerlich	218	27 %	308	39 %	270	34 %
studentisch	130	40 %	100	31 %	93	29 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

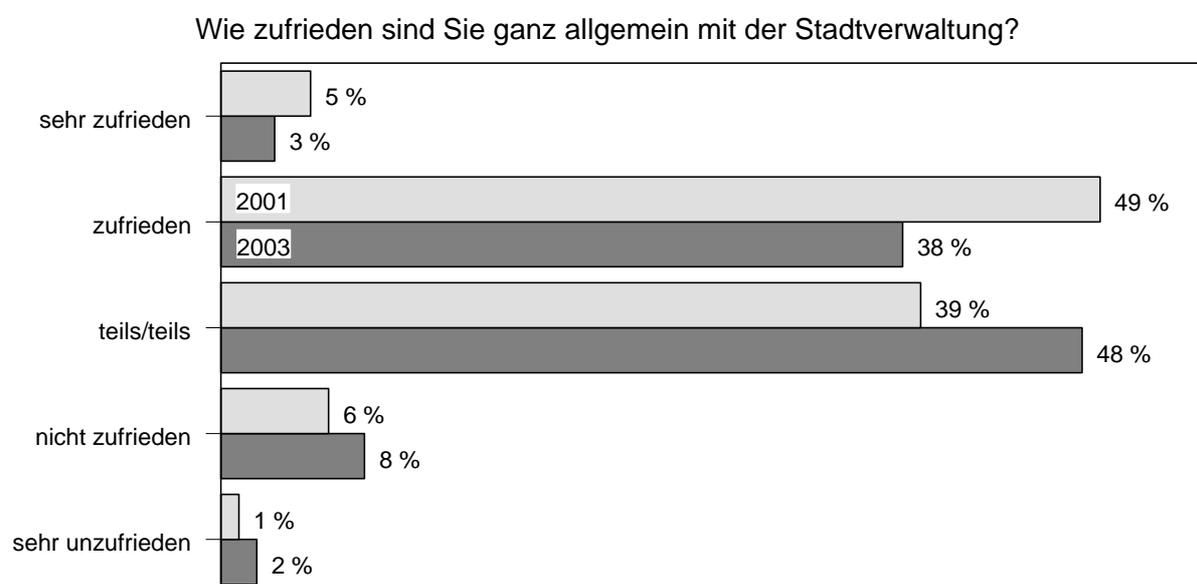
7. Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat

Um zu erfahren, wie zufrieden oder unzufrieden die Freiburger Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadtverwaltung sind, haben wir gefragt:

Frage: Wenn Sie ganz allgemein an Ihre Erfahrungen mit der Stadtverwaltung denken, wie zufrieden sind Sie dann mit ihr?

38 % der Befragten äußern sich zufrieden und 3 % sind sogar „sehr zufrieden“. Mit „teils/teils“ antworten knapp die Hälfte der Befragten (48 %). Etwa ein Zehntel der Befragten sind „nicht zufrieden“ oder „sehr unzufrieden“

Abbildung 62



Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003
N = 2001 (2444), 2003 (2932)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Im Vergleich zur vorherigen Bürgerumfrage hat der Anteil der eher zufriedenen Personen deutlich abgenommen, während sich nun wesentlich mehr Personen nur teilweise zufrieden äußern. Hinter den abnehmenden Zufriedenheitswerten können zwei verschiedene Faktoren stehen. Einerseits kann sich die allgemeine Abwärtsentwicklung der Lebensbedingungen auch zu einer generell kritischeren Bewertung der Stadtverwaltung führen. Andererseits ist es auch denkbar, dass sich die abnehmende Zufriedenheit auf einzelne Leistungsaspekte der Verwaltung bezieht. Wie die Leistungen einzelner Ämter und Dienststellen bewertet wird, ist aber im Rahmen einer allgemeinen Bürgerumfrage nicht differenziert genug zu beantworten, sondern bleibt gezielten Kundenbefragungen überlassen.

Es gibt durchaus unterschiedliche Grade der Zufriedenheit, wie eine Differenzierung nach soziodemographischen Merkmalen und Milieus (Tab. 32) zeigt.

Tabelle 32: Die allgemeine Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung

	Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung					
	sehr zufrieden/ zufrieden		teils/teils		nicht zufrieden/ sehr unzufrieden	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	1215	41 %	1407	48 %	310	11 %
darunter						
Altersgruppen						
18 bis unter 25 Jahren	91	34 %	136	51 %	40	15 %
25 bis unter 30 Jahren	89	39 %	115	51 %	23	10 %
30 bis unter 45 Jahren	311	35 %	457	52 %	114	13 %
45 bis unter 65 Jahren	385	42 %	440	48 %	91	10 %
65 bis unter 75 Jahren	190	51 %	150	40 %	30	8 %
75 Jahre und älter	140	56 %	98	39 %	11	4 %
Geschlecht						
weiblich	638	40 %	781	50 %	156	10 %
männlich	571	43 %	616	46 %	152	11 %
Nationalität						
deutsch	1107	41 %	1297	48 %	286	11 %
nicht-deutsch	96	45 %	96	45 %	23	11 %
Soziales Milieu						
traditionelle Unterschicht	89	41 %	109	50 %	20	9 %
neue, liberale Unterschicht	49	34 %	70	49 %	24	17 %
konservative Mittelschicht	32	45 %	30	41 %	11	15 %
gesellschaftliche Mitte	83	40 %	105	51 %	18	9 %
liberale Mittelschicht	63	42 %	76	50 %	12	8 %
konservativ-bürgerlich	112	46 %	110	46 %	19	8 %
liberal-bürgerlich	298	41 %	348	48 %	79	11 %
studentisch	105	40 %	129	49 %	27	10 %
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalt	253	48 %	230	44 %	44	8 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	495	42 %	567	48 %	107	9 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	341	34 %	514	52 %	140	14 %
allein Erziehende	51	32 %	81	51 %	28	18 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

Zunächst wird ein deutlicher Zusammenhang mit dem Lebensalter sichtbar. Etwa ein Drittel der unter 25-Jährigen, aber über die Hälfte der Senioren zeigen sich „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“ mit der Stadtverwaltung. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Na-

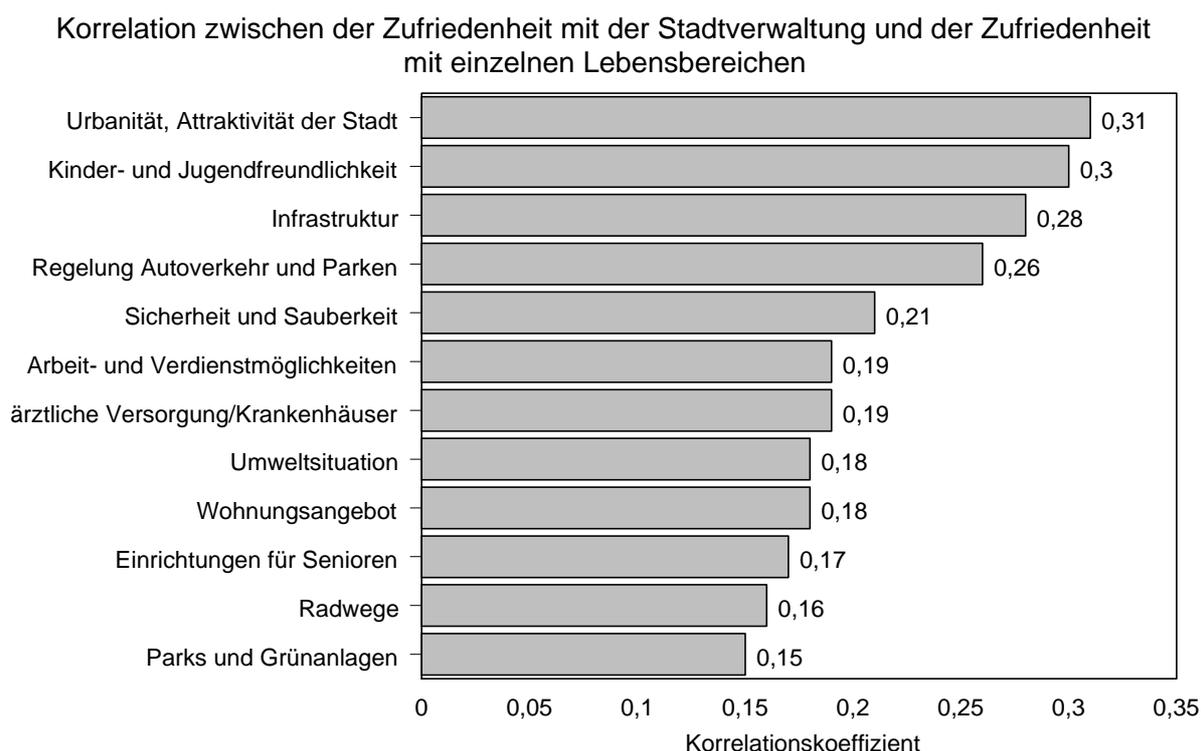
tionalitäten betragen nur wenige Prozentpunkte. Innerhalb der Milieugruppen weisen das neue, liberale Unterschichtmilieu und das konservative Mittelschichtmilieu einen geringfügig höheren Anteil Unzufriedener auf.

Einen erheblicheren Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung hat die Frage, ob Kinder im Haushalt leben. Bei den Singlehaushalten ist knapp die Hälfte (48 %) mit der Stadtverwaltung zufrieden und bei den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder sind es noch immer 42 %. Bei den Familien mit Kindern äußert sich hingegen nur ein Drittel der Befragten zufrieden mit der Stadtverwaltung. Dabei erweisen sich die allein Erziehenden noch etwas kritischer, auch wenn die Unterschiede letztlich nur wenige Prozentpunkte ausmachen.

Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung und mit einzelnen Lebensbereichen

Die Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung lässt sich mit der in Kapitel 2 untersuchten Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen korrelieren (Abb. 63).

Abbildung 63



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die Korrelationskoeffizienten mit ihren Wertebereichen von 0 bis 1 bringen zum Ausdruck, wie stark der Zusammenhang¹ zwischen zwei Bereichen ist. Eine Korrelation von 0 würde bedeuten, dass es überhaupt keinen Zusammenhang gibt. Eine Korrelation von 1 würde eine vollständige gegenseitige Abhängigkeit zum Ausdruck bringen.

Selbstverständlich hängt die Beurteilung der Stadtverwaltung nicht nur von der Zufriedenheit mit den einzelnen Lebensbereichen ab. Auch sind nicht alle Bereiche in gleicher Weise von der Stadtpolitik und dem Verwaltungshandeln abhängig, sondern werden vielfach auch von den gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Für den Grad der Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung sind zudem weitere Aspekte, wie z.B. die Bürgerfreundlichkeit, der Service und Fragen wie Transparenz und Bürgerbeteiligung, wichtig, die sich im Rahmen einer allgemeinen Bürgerumfrage nicht differenziert genug erfassen lassen.

Dennoch zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen der Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen und der generellen Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung. Alle Zufriedenheitsbereiche haben einen signifikanten Einfluss. Unter Berücksichtigung der eben gemachten Einschränkungen fällt dieser Einfluss teilweise sogar sehr deutlich aus.

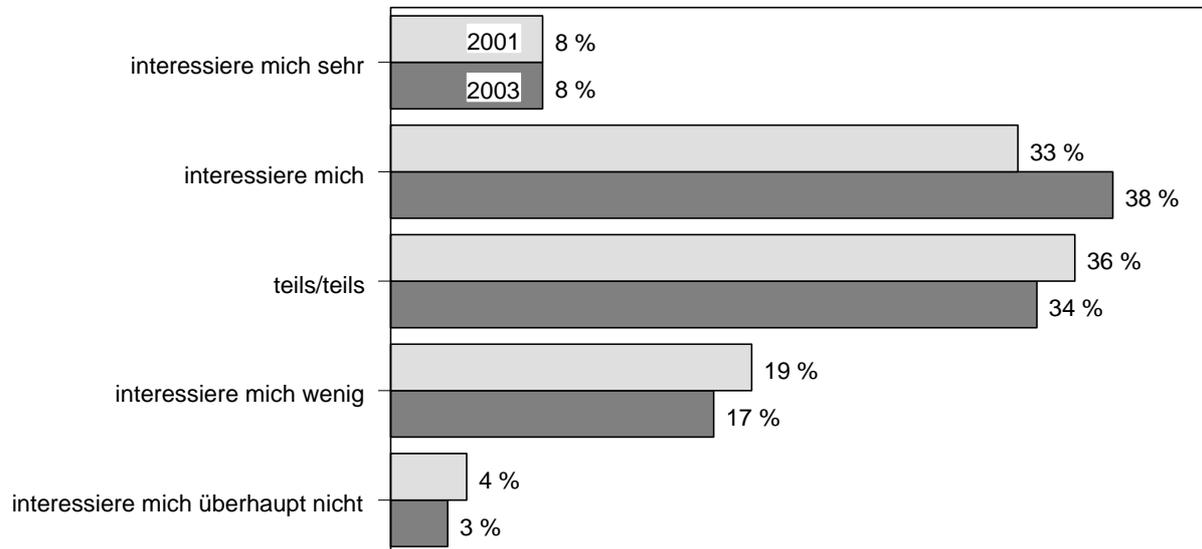
An der Spitze der Zufriedenheitsdimensionen stehen die Urbanität der Stadt und ihre Kinder- und Jugendfreundlichkeit. Wer mit den kulturellen Einrichtungen und Angeboten und der Stadtgestaltung zufrieden ist, urteilt auch positiver über die Leistungen der Stadtverwaltung. Wer auf der anderen Seite mit dem Angebot für Kinder und Jugendliche unzufrieden ist, bewertet auch die städtische Verwaltung negativer. Auch die Zufriedenheit mit der Infrastruktur, wie etwa dem Angebot an Schwimmbädern, Sportanlagen und dem öffentlichen Nahverkehr, wirkt sich deutlich auf die Einschätzung der Stadtverwaltung aus. An vierter Stelle steht die Frage der Regelung des Autoverkehrs. Wer sich über fehlende Parkmöglichkeiten und eine schlechte Verkehrsregelung ärgert, steht auch der Stadtverwaltung eher kritischer gegenüber. Andererseits haben Bereiche wie etwa das Angebot an Senioreneinrichtungen, die Radwege oder das Angebot an Park und Grünanlagen zwar durchaus einen Einfluss auf das Image der Verwaltung, dieser fällt aber eher gering aus. Das Wohnungsangebot erweist sich hinsichtlich der Zufriedenheitsanalyse zwar als dringender Problembereich, wirkt sich aber letztlich nur schwach auf das Image der Stadtverwaltung aus.

¹ Bei einem negativen Zusammenhang, der in diesem Fragekontext allerdings nicht zu erwarten ist, können sich auch negative Koeffizienten ergeben. Der Wertebereich wäre dann von -1 bis +1.

Frage: Interessieren Sie sich für das, was der Gemeinderat macht?

Abbildung 64

Interessieren Sie sich für das, was der Gemeinderat macht?



Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003
N = 2540 (2001), 3151 (2003)

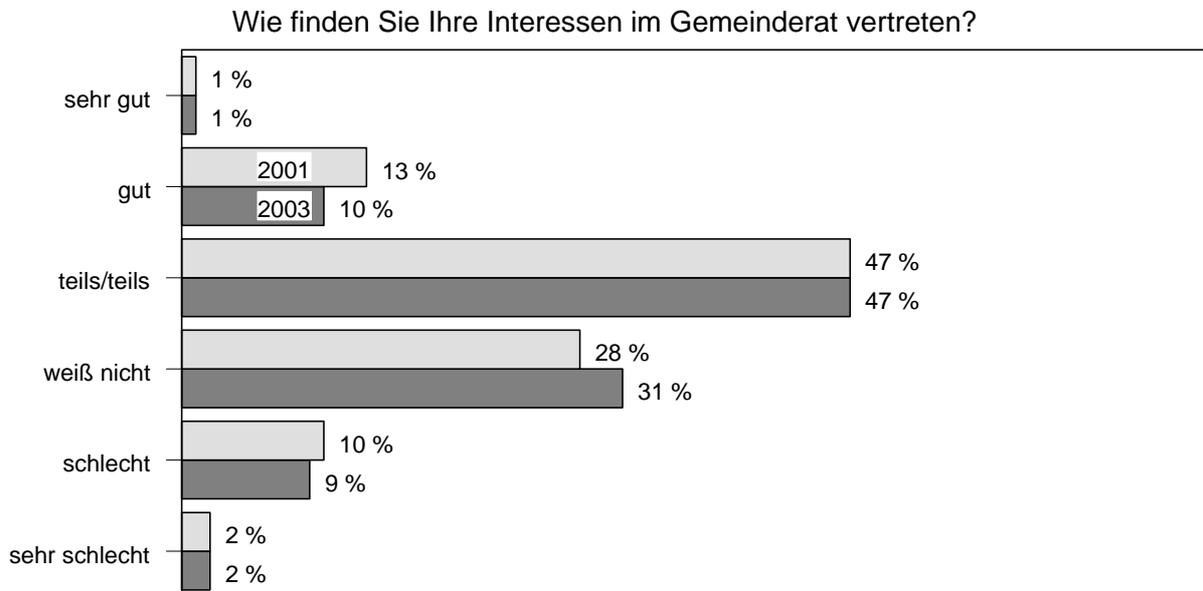
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Knapp die Hälfte der Befragten (46 %) interessiert sich für die Arbeit des Gemeinderates. 8 % sind „sehr interessiert“ und 38 % stufen sich als „interessiert“ ein. Etwa ein Drittel der Befragten (34 %) ist zumindest teilweise an der Tätigkeit des Gemeinderates interessiert, während sich ein Fünftel der Freiburger Bürgerinnen und Bürger nur „wenig“ (17 %) oder „überhaupt nicht“ mit der Arbeit des Gemeinderates beschäftigt.

Der Anteil der „Interessierten“ liegt im Vergleich zur Umfrage von 2001 um 5 %-Punkte höher. Diese Zunahme ist allerdings kaum als eine generelle Steigerung des Interesses an Kommunalpolitik zu interpretieren, sondern dürfte durch die zeitliche Nähe zum Wahltermin beeinflusst sein. In der Bürgerumfrage 1999, die mit einem Abstand von knapp 6 Monaten noch näher am Termin der Gemeinderatswahl lag, bekundeten sogar 57 % der Befragten Interesse an der Arbeit des Gemeinderates (interessiere mich/interessiere mich sehr). Diese Schwankungen zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger durch die Medienberichterstattung und die Veranstaltungen und Aktivitäten der Parteien und Bewerber/innen durchaus stärker für kommunalpolitische Themen ansprechen lassen.

Frage: Wie finden Sie Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten?

Abbildung 65



Quelle: Bürgerumfragen 2001/ 2003
N = 2647 (2001), 3308 (2003)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

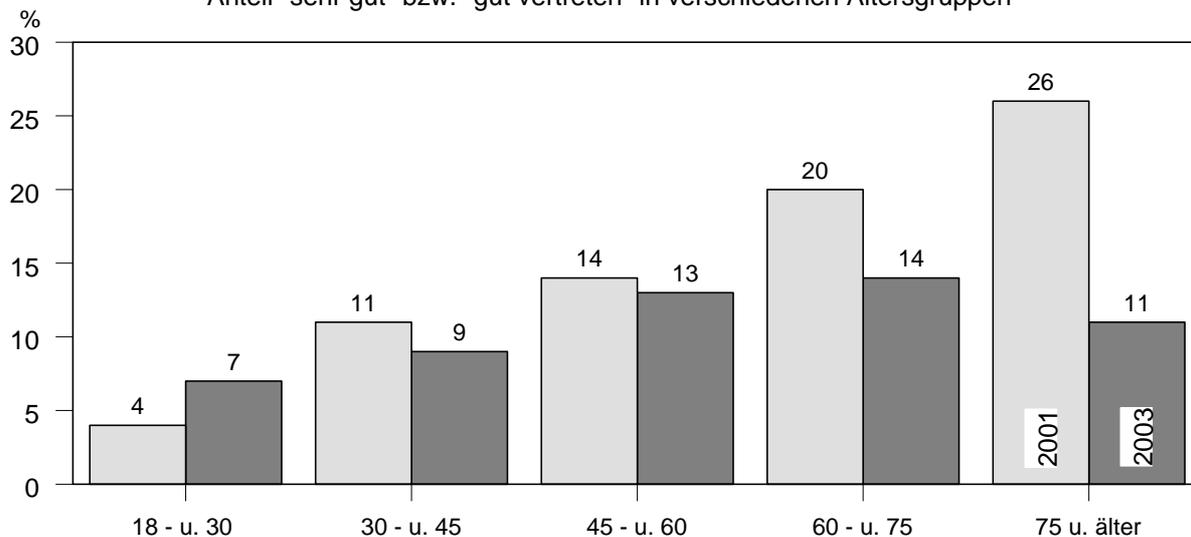
Die meisten der Befragten entschieden sich bei der Frage, wie sie ihre Interessen im Gemeinderat vertreten sehen, mit der Kategorie „teils/teils“ (47 %) oder „weiß nicht“ (31 %). Etwas mehr als jeder zehnte Befragte fühlt sich „gut“ (10 %) oder „sehr gut“ (1 %) vertreten. Etwa ebenso viele Personen fühlen sich „schlecht“ (9 %) oder „sehr schlecht“ (2 %) vertreten. Die Unterschiede zur Bürgerumfrage 2001 sind gering. Aufschluss über die Veränderungen gibt ein Blick auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Unterschiede in den Bevölkerungsgruppen

Die älteren Bevölkerungsgruppen fühlen sich im Allgemeinen besser im Gemeinderat vertreten als die Jüngeren. Am besten vertreten fühlen sich die 60- bis unter 75-Jährigen, von denen 14 % meinen, „sehr gut“ oder „gut“ vertreten zu sein. Bei den 18- bis unter 30-Jährigen wird diese Ansicht nur halb so häufig (7 %) vertreten. Allerdings hat sich der Unterschied zwischen Jung und Alt in den vergangenen zwei Jahren sehr stark eingeebnet.

Abbildung 66

Wie finden Sie Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten?
- Anteil "sehr gut" bzw. "gut vertreten" in verschiedenen Altersgruppen -



Quelle: Bürgerumfragen 2001/ 2003
N = 2680 (2001), 3352 (2003)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Während bei den unter 60-Jährigen das Gefühl einer guten Repräsentation der eigenen Interessen nur um maximal drei Prozentpunkte zwischen den beiden Erhebungsjahren variiert, ist es bei den jüngeren Senioren im Alter von 60 bis unter 75 Jahren um 6 Prozentpunkte zurückgegangen. In der Gruppe der ab 75-Jährigen ist der Rückgang mit 15 %-Punkten sogar noch drastischer ausgeprägt.

Differenziert man die Angaben nach weiteren sozialen Merkmalen, so zeigen sich eher geringfügige Unterschiede. Männer (12 %) fühlen sich etwas besser vertreten als Frauen (10 %) und Deutsche (11 %) sehen sich besser repräsentiert als Ausländer (8 %). Die stärksten Unterschiede sind im Hinblick auf das Einkommen festzustellen. Während sich lediglich 9 % der Befragten aus dem unteren Einkommensviertel „gut“ bzw. „sehr gut“ vertreten fühlen, ist dies bei 14 % der Personen aus dem obersten Einkommensviertel der Fall. Soweit Veränderungen zur Bürgerumfrage 2001 zu verzeichnen sind, lassen sich diese auf die oben beschriebene Veränderungen in den höheren Altersgruppen zurückführen. Dies betrifft etwa den Rückgang eines guten Repräsentationsgefühls in der Gruppe der Nicht-Berufstätigen und bei Personen mit einer langen Wohndauer in Freiburg.

Tabelle 33: Wer hat Interesse an der Arbeit des Gemeinderates?

Wer fühlt sich gut vertreten?

	Interesse am Gemeinderat ^{*)}		Gut im Gemeinderat vertreten ^{*)}	
	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	1 452	46 %	359	11 %
darunter				
Altersgruppen				
18 bis unter 30 Jahren	128	23 %	44	7 %
30 bis unter 45 Jahren	389	40 %	87	9 %
45 bis unter 60 Jahren	388	54 %	97	13 %
60 bis unter 75 Jahren	377	61 %	94	14 %
75 Jahre und älter	158	60 %	34	11 %
Geschlecht				
weiblich	745	43 %	185	10 %
männlich	699	50 %	172	12 %
Nationalität				
deutsch	1 361	47 %	334	11 %
nicht-deutsch	75	35 %	21	8 %
Berufstätigkeit				
nicht berufstätig	680	52 %	162	11 %
berufstätig	715	46 %	170	10 %
Studenten	56	19 %	26	8 %
Wohndauer in Freiburg				
unter 10 Jahren	228	28 %	68	8 %
10 bis unter 20 Jahren	237	45 %	67	12 %
20 bis unter 30 Jahren	210	47 %	51	11 %
30 bis unter 40 Jahren	243	54 %	59	12 %
40 Jahre und mehr	485	59 %	100	11 %
Kulturelles Kapital^{**)}				
1 gering	256	36 %	88	11 %
2	90	40 %	22	9 %
3	557	43 %	133	10 %
4 hoch	541	60 %	114	12 %
Äquivalenzeinkommen^{***)}				
1. Quartil	206	35 %	61	9 %
2. Quartil	323	45 %	80	11 %
3. Quartil	290	52 %	68	12 %
4. Quartil	382	58 %	95	14 %

*) Befragte, die sich interessieren/sehr interessieren bzw. sehr gut/gut vertreten fühlen

**) Zusammenfassung von Schulbildung und Berufsstatus

***) Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen nach Anzahl und Alter der im Haushalt lebenden Personen

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

Folgende weitere Differenzierungen sind festzustellen:

- Das geringste Interesse an der Arbeit des Gemeinderates haben die jüngeren Altersgruppen. Bei den 18- unter 30-Jährigen interessiert sich nur knapp jede/r Vierte (23 %). Bei den Senioren interessieren sich hingegen über 60 % der Befragten.
- Männer interessieren sich häufiger für die Arbeit des Gemeinderates (50 %) als Frauen (43 %).
- Mit zunehmender Wohndauer in Freiburg steigt das Interesse an der Kommunalpolitik deutlich an.
- Je höher die Bildung, der Berufsstatus und das Einkommen ist, desto ausgeprägter ist das Interesse an der Gemeinderatsarbeit.

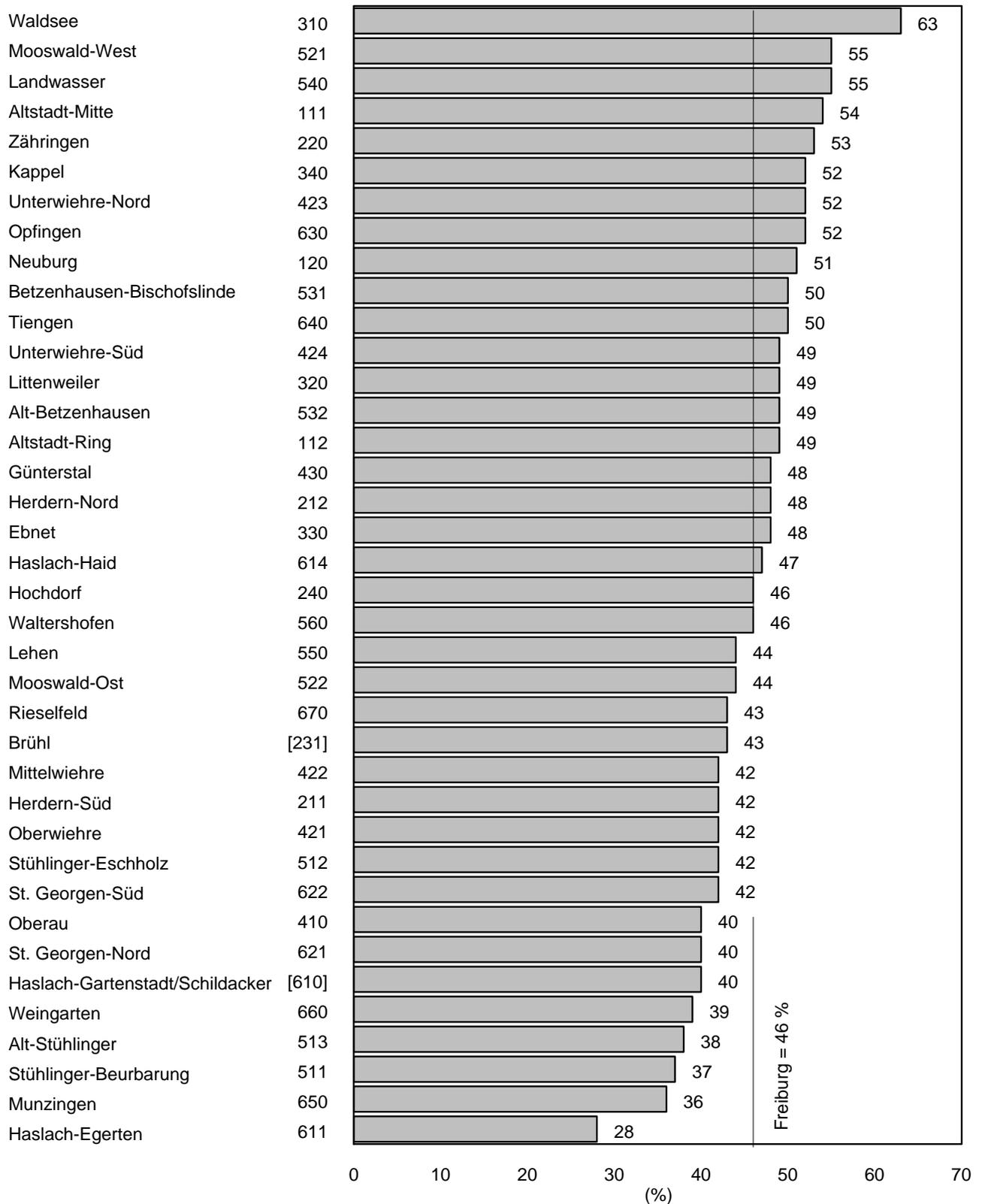
Unterschiede in den Stadtbezirken

Da sich die soziale Struktur in den Stadtbezirken Freiburgs deutlich unterscheidet, ergeben sich auch Unterschiede im Hinblick auf das kommunalpolitische Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner in den verschiedenen Gebieten. Je stärker die Bewohnerschaft von älteren Einwohnern oder Personen mit höherem Bildungsniveau und Einkommen geprägt ist, desto höher ist das Interesse an der Arbeit des Gemeinderates. Eine junge Bevölkerung oder ein hoher Anteil an Bewohnern mit geringem Sozialstatus lässt hingegen auch ein weniger stark ausgeprägtes Interesse am Gemeinderat erwarten.

Der stärkste Anteil kommunalpolitisch Interessierter findet sich im Stadtbezirk Waldsee (63 %), dem an zweiter und dritter Stelle die Bezirke Mooswald-West (55 %) und Landwasser (55 %) folgen. Das geringste Interesse an der Arbeit des Gemeinderates haben die Bewohner im Stadtbezirk Haslach-Egerten (28 %). Weniger als vier von zehn Befragten zeigen sich in den Bezirken und Stadtteilen Weingarten (39 %), Alt-Stühlinger (38 %), Stühlinger-Beurbarung (37 %) und Munzingen (36 %) interessiert.

Abbildung 67

Anteil der Personen, die sich für das interessieren, was der Gemeinderat macht



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 2958

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

In welchen Aufgabengebieten der Stadt soll eingespart, in welchen mehr ausgegeben werden?

Welche Bereiche den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind, zeigt sich, wenn man danach fragt, welche Schwerpunkte im kommunalen Haushalt gesetzt werden sollten:

Frage: Die Stadt Freiburg kann sich - genau wie ein Privathaushalt - nicht alles gleichzeitig leisten. Meistens muss man, wenn man für eine Sache mehr ausgeben will, bei anderen Aufgaben/Ausgaben einsparen.

Bitte geben Sie für jeden Aufgabenbereich an, wo nach Ihrer Meinung die Stadt

- einsparen kann, also Leistungen einschränken soll,
- die Aufgaben unverändert bleiben sollen,
- die Leistungen verbessert, also mehr ausgegeben werden soll.

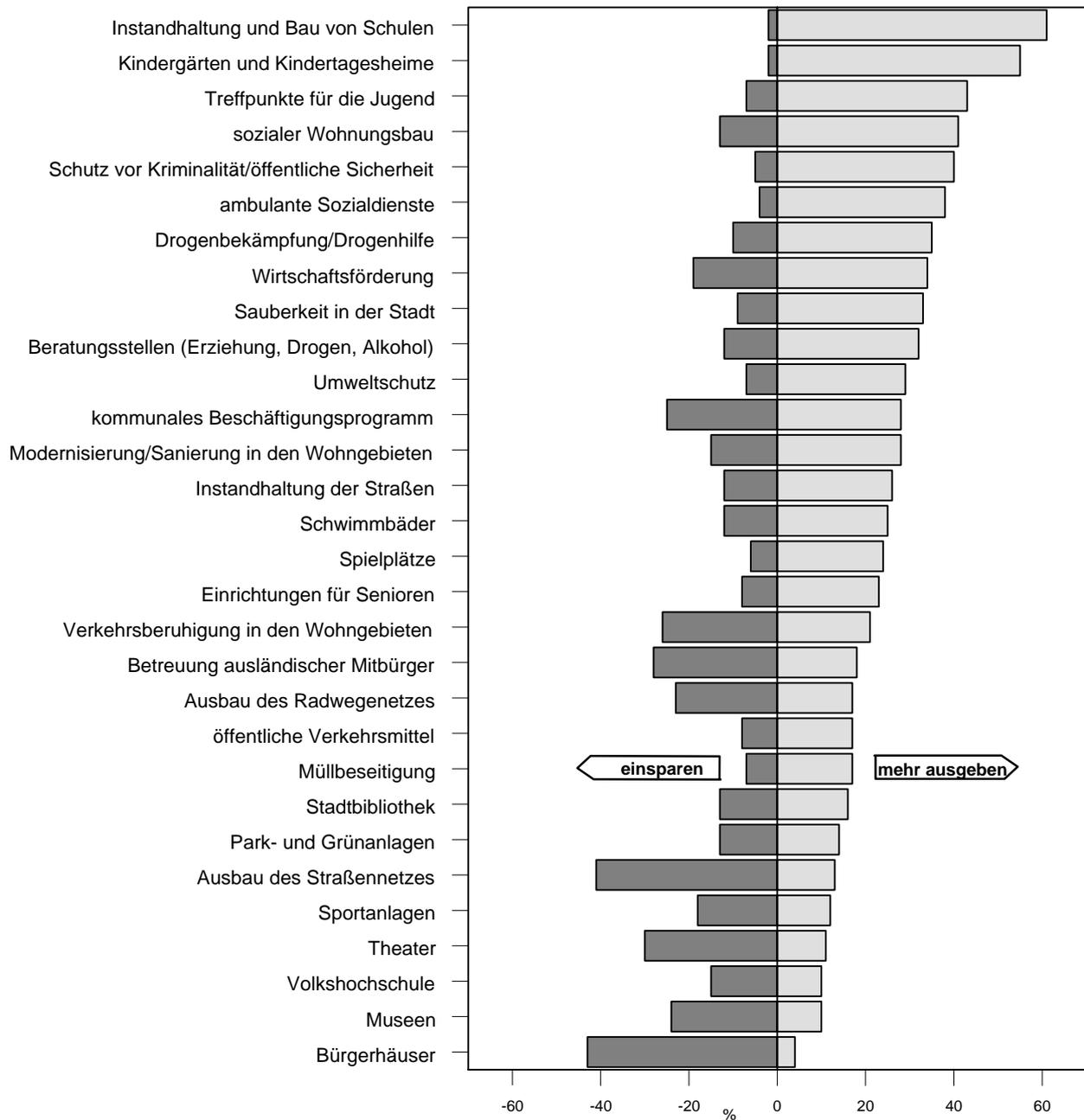
Denken Sie bitte daran, dass Mehrausgaben an der einen Stelle nur durch Einsparungen an anderer Stelle bezahlt werden können.

Die Antworten auf diese Frage sind nicht das Ergebnis betriebswirtschaftlicher Kalkulationen und Abwägungen, sondern Ausdruck persönlicher Präferenzen und Sorgen einerseits und allgemeiner gesellschaftlich hochgeschätzter Werte andererseits. Dass es schwerer fällt, Einsparungen vorzuschlagen als Mehrausgaben zu fordern, zeigt sich auch im Antwortverhalten der Befragten. Trotz der Aufforderung, Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle zu decken, übersteigt die Anzahl der Ausgabenforderungen die Anzahl der Einsparungsvorschläge um das 1,7fache.

Die Sorge um die Kinder und Jugendlichen hat die höchste Priorität. 61 % der Befragten würden mehr für die Schulen ausgeben, 55 % würden in Kindertageseinrichtungen investieren und 43 % halten es für sinnvoll, mehr für Jugendtreffpunkte auszugeben. Wenig Ausgabebereitschaft zeigen die Befragten im kulturellen Bereich.

Abbildung 68

Wofür soll die Stadt mehr ausgeben, wo soll sie sparen?



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Im Vergleich mit der Bürgerumfrage von 1999 ist vor allem die Ausgabenbereitschaft für die Kindergärten und den „sozialen Wohnungsbau“ deutlich angestiegen. Eine sinkende Ausgabenbereitschaft gibt es in den Bereichen öffentlicher Nahverkehr, Ausbau des Radwegenetzes und der Kriminalprävention.

Tabelle 34: In welchen Bereichen würden die Freiburger Bürgerinnen und Bürger sparen oder mehr ausgeben ? (Bürgerumfrage 2003)

	2003 (%)			Veränderung 1999/2003 (%-Punkte)		
	einsparen	gleich lassen	mehr ausgeben	einsparen	gleich lassen	mehr ausgeben
Instandhaltung und Bau von Schulen	2	37	61	0	-4	4
Kindergärten und Kindertagesheime	2	43	55	-1	-15	16
Treffpunkte für die Jugend	7	50	43	2	4	-5
sozialer Wohnungsbau	13	45	41	-2	-12	14
Schutz vor Kriminalität/öffentl. Sicherheit	5	55	40	0	12	-12
ambulante Sozialdienste	4	58	38	-1	-2	3
Drogenbekämpfung/Drogenhilfe	10	55	35	0	7	-7
Wirtschaftsförderung	19	47	34	1	-4	2
Sauberkeit in der Stadt	9	58	33	1	-5	4
Beratungsstellen (Erziehung, Drogen etc.)	12	56	32	3	2	-5
Umweltschutz	7	64	29	0	7	-7
kommunales Beschäftigungsprogramm	25	47	28	8	-4	-3
Modernisierung/Sanierung Wohngebiete	15	57	28	2	-6	4
Instandhaltung der Straßen	12	62	26	2	4	-6
Schwimmbäder	12	62	25	2	-7	5
Spielplätze	6	69	24	1	4	-5
Einrichtungen für Senioren	8	69	23	0	-2	2
Verkehrsberuhigung in Wohngebieten	26	54	21	0	4	-4
Betreuung ausländischer Mitbürger	28	54	18	6	-3	-3
Ausbau des Radwegenetzes	23	60	17	7	4	-12
öffentliche Verkehrsmittel	8	75	17	3	13	-16
Müllbeseitigung	7	76	17	-4	4	0
Stadtbibliothek	13	71	16	2	-3	1
Park- und Grünanlagen	13	73	14	4	0	-5
Ausbau des Straßennetzes	41	46	13	1	2	-3
Sportanlagen	18	69	12	3	0	-3
Theater	30	59	11	*)	*)	*)
Volkshochschule	15	74	10	1	1	-2
Museen	24	67	10	*)	*)	*)
Bürgerhäuser	43	53	4	8	-6	-2

Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt möglich

*) In der Bürgerumfrage 1999 wurde ohne weitere Differenzierung nach dem Bereich „Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen“ gefragt, weshalb ein Vergleich nur mit Einschränkungen möglich ist. Für Einsparungen sprachen sich damals 20 % der Befragten aus, 17 % waren für Mehrausgaben und 63% wollten die Ausgaben unverändert lassen.

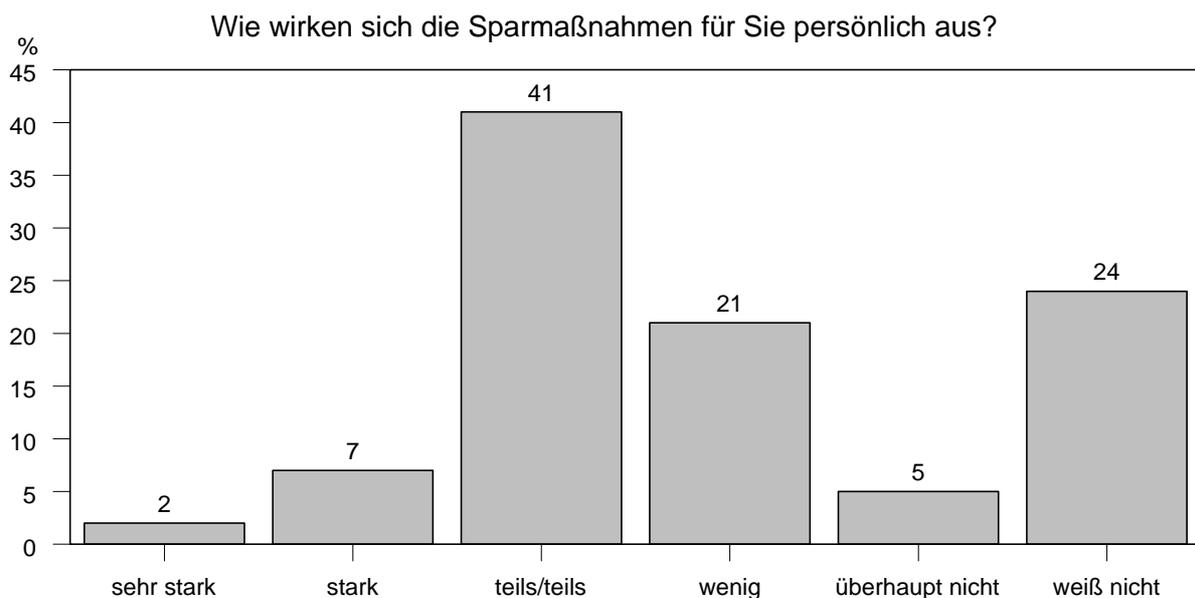
Wie wirken sich die städtischen Sparmaßnahmen auf die persönlichen Verhältnisse aus?

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung können sich auf unterschiedliche Weise auswirken, da die betroffenen Einsparbereiche für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen von unterschiedlicher Relevanz sind. Deshalb wurde in der Bürgerumfrage gefragt, wie sich die getroffenen Einsparentscheidungen auf die persönlichen Verhältnisse auswirken:

Frage: Der Gemeinderat hat in der letzten Zeit eine Reihe von Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt beschlossen. Werden sich diese Entscheidungen auf Ihre persönlichen Verhältnisse auswirken?

Es fällt auf, dass ein großer Anteil der Befragten die Auswirkungen nicht unmittelbar beurteilen kann. Knapp ein Viertel (24 %) wählt deshalb die Antwortvorgabe „weiß nicht“. Die meisten Befragten mit einem Anteil von 41 % fühlen sich „teilweise“ in ihren persönlichen Verhältnissen betroffen, etwa jeder Zehnte fühlt sich „sehr stark“ (2 %) oder „stark“ (7 %) und etwa jeder Vierte sieht sich persönlich „wenig“ (21 %) oder „überhaupt nicht“ betroffen.

Abbildung 69



Quelle: Bürgerumfrage 2003
(N = 3244)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Es sind die Familien, die sich subjektiv am stärksten von den Sparmaßnahmen betroffen fühlen. Eine differenzierte Auswertung nach sozialen Merkmalen zeigt, dass sich die Befragten aus der Altersgruppe der 30- bis unter 45-Jährigen (14 %) sowie die Mehrpersonenhaushalte mit Kindern (16 %) und die allein Erziehenden (25 %) am stärksten von den Sparmaßnahmen betroffen fühlen. Auch die ausländischen Befragten (15 %) sehen sich häufiger stark betroffen. Am geringsten scheinen die Freiburger Studierenden mit den Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung konfrontiert zu sein. Lediglich drei Prozent halten sich für stark betroffen und fast die Hälfte (48 %) weiß mit den Auswirkungen nichts anzufangen.

Tabelle 35: Subjektive Auswirkungen der Sparmaßnahmen

	Subjektive Auswirkungen der Sparmaßnahmen							
	sehr stark/ stark		teils/teils		wenig/ über- haupt nicht		weiß nicht	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	301	9 %	1325	41 %	847	26 %	771	24 %
darunter								
Altersgruppen								
18 bis unter 25 Jahren	22	6 %	110	32 %	55	16 %	153	45 %
25 bis unter 30 Jahren	20	7 %	97	35 %	39	14 %	118	43 %
30 bis unter 45 Jahren	140	14 %	431	43 %	217	22 %	205	21 %
45 bis unter 65 Jahren	85	9 %	420	43 %	304	31 %	171	17 %
65 bis unter 75 Jahren	23	6 %	165	45 %	123	33 %	57	16 %
75 Jahre und älter	8	3 %	89	34 %	105	40 %	62	23 %
Geschlecht								
weiblich	176	10 %	744	41 %	428	24 %	455	25 %
männlich	124	9 %	574	40 %	412	29 %	314	22 %
Nationalität								
deutsch	262	9 %	1215	41 %	812	27 %	689	23 %
nicht-deutsch	35	15 %	96	40 %	29	12 %	82	34 %
Soziales Milieu								
traditionelle Unterschicht	27	12 %	98	43 %	66	29 %	39	17 %
neue, liberale Unterschicht	14	9 %	69	46 %	41	27 %	28	18 %
konservative Mittelschicht	7	9 %	37	46 %	20	24 %	18	22 %
gesellschaftliche Mitte	24	11 %	95	42 %	61	27 %	45	20 %
liberale Mittelschicht	19	11 %	77	46 %	46	28 %	26	15 %
konservativ-bürgerlich	22	9 %	98	38 %	62	24 %	73	29 %
liberal-bürgerlich	83	11 %	325	41 %	234	30 %	150	19 %
studentisch	11	3 %	99	30 %	61	18 %	157	48 %
Haushaltsgröße								
Einpersonenhaushalt	39	6 %	217	36 %	190	31 %	162	27 %
Mehrpersonenh. ohne Kinder	79	6 %	531	41 %	349	27 %	332	26 %
Mehrpersonenh. mit Kind(ern)	174	16 %	504	47 %	216	20 %	179	17 %
allein Erziehende	43	25 %	77	44 %	23	13 %	31	18 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

8 Informationsverhalten und Internetnutzung

8.1 Informationsquellen zum kommunalpolitischen Geschehen

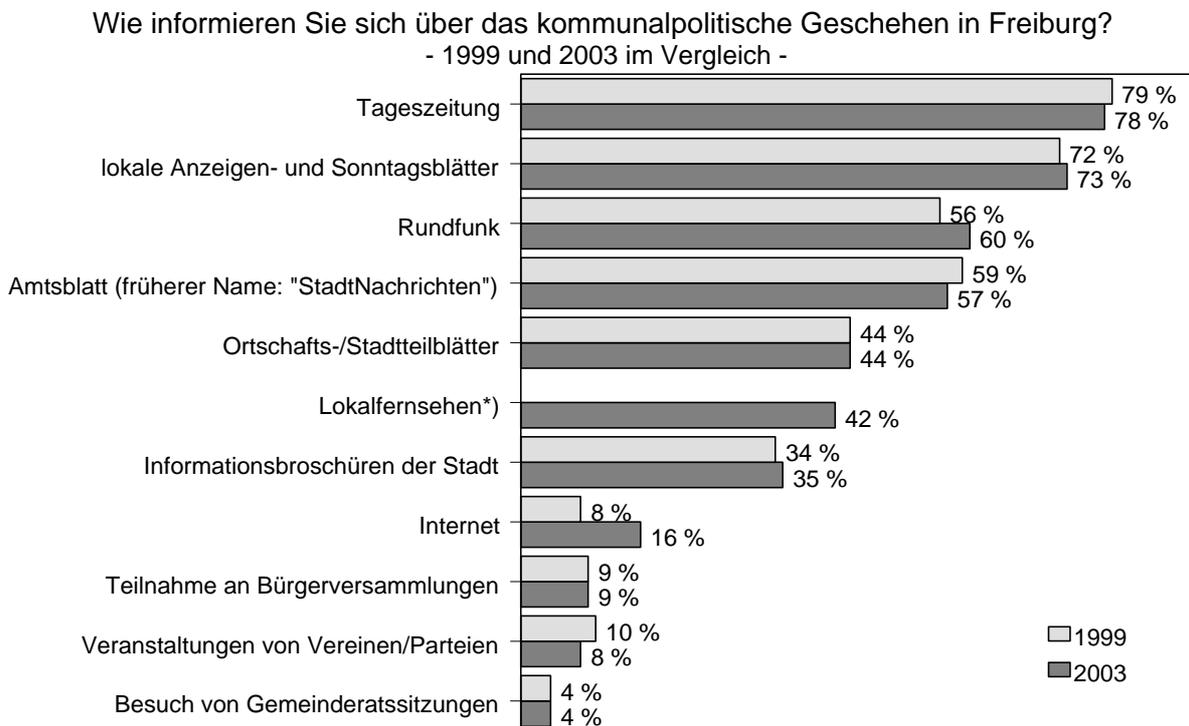
Wie informieren sich die Bürgerinnen und Bürger über das kommunalpolitische Geschehen in der Stadt und in welchem Umfang haben sie Zugang zum Internet? Dies sind Fragen, die für die Kommunikationsstrukturen der Stadtverwaltung („E-Government“) und für ihre Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Bedeutung haben. In der Bürgerumfrage wurde deshalb diesen zwei Aspekten nachgegangen.

Frage: Informieren Sie sich über Kommunalpolitik in Freiburg?

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) gibt an, sich regelmäßig über Kommunalpolitik in Freiburg zu informieren. Etwas mehr als die Hälfte (52 %) informieren sich zumindest unregelmäßig und 12 % informieren sich überhaupt nicht.

Frage: Wie informieren Sie sich über das kommunalpolitische Geschehen in Freiburg?

Abbildung 70



Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Das wichtigste Informationsmittel (78 % der Befragten) über das kommunale Geschehen ist die Tageszeitung. Auch die lokalen Anzeigen- und Sonntagsblätter, die kostenfrei an die Freiburger Haushalte verteilt werden, werden von immerhin knapp drei Viertel der Befragten

(73 %) als lokale Informationsquelle herangezogen. Über den Rundfunk versorgen sich 60 % der Bürgerinnen und Bürger mit regionalen Informationen und ein fast eben so hoher Anteil greift auf das von der Stadt Freiburg an die Haushalte verteilte Amtsblatt (57 %) zurück. Weniger als die Hälfte der Befragten bezieht kommunalpolitische Informationen aus den Ortschafts- und Stadtteilblättern, dem Lokalfernsehen oder aus Informationsbroschüren. Vergleicht man die Ergebnisse mit der Bürgerumfrage von 2001, dann hat sich das Informationsverhalten kaum geändert. Die Anteile der verschiedenen Medien variieren nur um wenige Prozentpunkte. Lediglich beim Internet hat sich eine Veränderung ergeben. Der Anteil der Personen, der im Jahr 2001 auch kommunalpolitische Informationen online bezogen hat, hat sich von 8 % im Jahr 2001 auf nun 16 % verdoppelt. Diese hohe Dynamik weist auf die zukünftig noch weiter wachsende Bedeutung dieses Mediums hin.

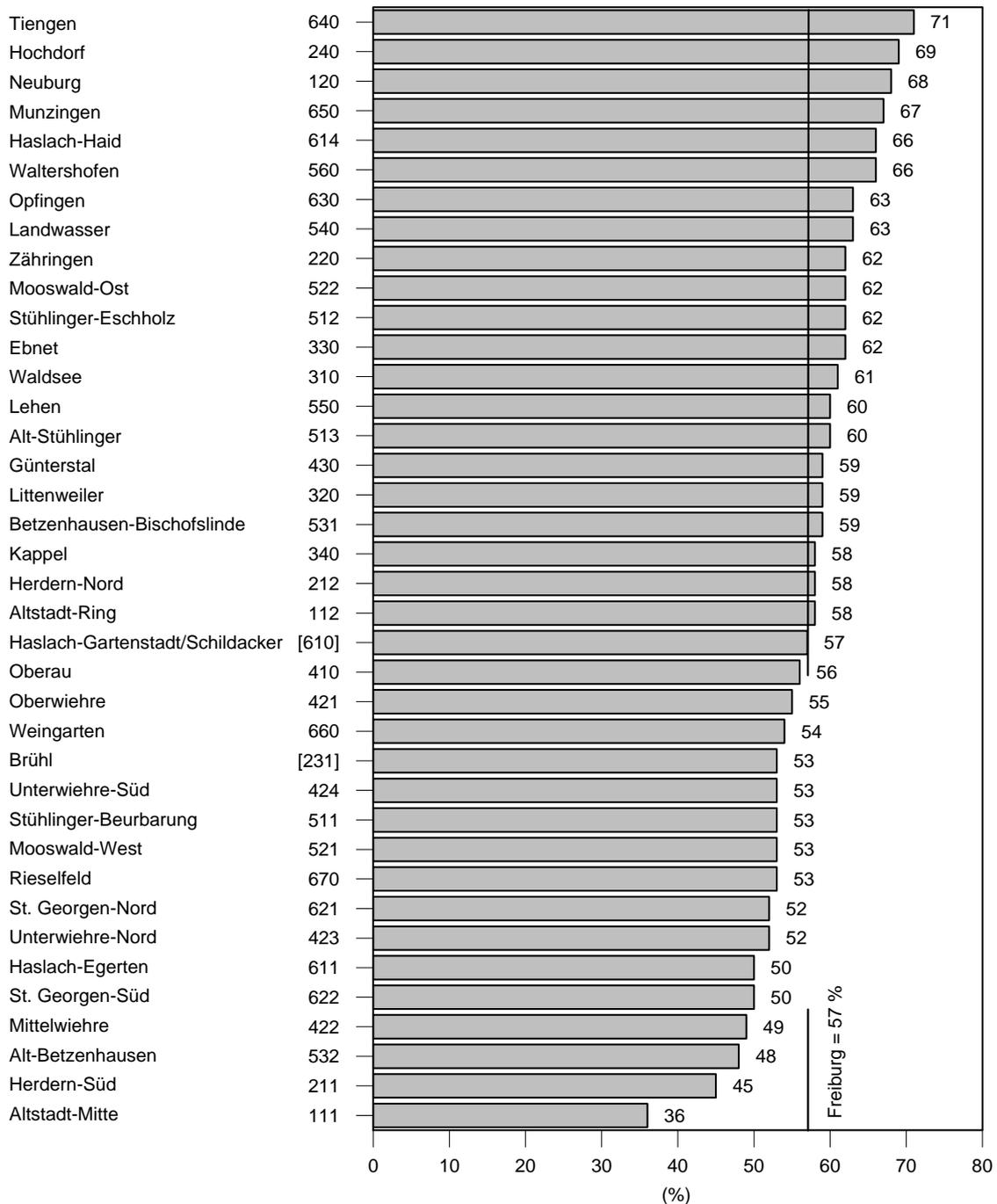
Tabelle 36: Das Amtsblatt (früher StadtNachrichten) als Informationsquelle

	Amtsblatt (früherer Name: StadtNachrichten)			
	nicht genannt		genannt	
	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	1455	43 %	1933	57 %
darunter				
Altersgruppen				
18 bis unter 25 Jahren	239	69 %	106	31 %
25 bis unter 30 Jahren	168	61 %	110	39 %
30 bis unter 45 Jahren	429	42 %	591	58 %
45 bis unter 65 Jahren	347	34 %	665	66 %
65 bis unter 75 Jahren	141	35 %	261	65 %
75 Jahre und älter	112	38 %	183	62 %
Geschlecht				
weiblich	832	44 %	1051	56 %
männlich	608	41 %	869	59 %
Nationalität				
deutsch	1295	42 %	1804	58 %
nicht-deutsch	141	56 %	110	44 %
Soziales Milieu				
traditionelle Unterschicht	86	36 %	151	64 %
neue, liberale Unterschicht	53	34 %	102	66 %
konservative Mittelschicht	33	39 %	51	61 %
gesellschaftliche Mitte	74	32 %	156	68 %
liberale Mittelschicht	76	44 %	96	56 %
konservativ-bürgerlich	108	41 %	155	59 %
liberal-bürgerlich	314	39 %	493	61 %
studentisch	217	66 %	111	34 %

Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

Abbildung 71

Leseranteil des Amtsblattes nach Stadtbezirken
(früher "StadtNachrichten")



Quelle: Bürgerumfrage 2003
N = 3194

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Das Amtsblatt wird am häufigsten in der Gruppe der 45- bis unter 65-Jährigen gelesen, in der ein Leseranteil von zwei Dritteln (66 %) erreicht wird (Tab. 36). Bei den unter 25-Jährigen bezieht hingegen weniger als ein Drittel der Befragten kommunalpolitisch relevante Informationen aus dem Amtsblatt. Zwischen Männern und Frauen gibt es nur geringe Differenzen beim Leseranteil des Amtsblattes. Ausländer greifen hingegen weniger auf das Amtsblatt

zurück als Deutsche. Bei den sozialen Milieus wird der maximale Leseranteil in der Milieugruppe der „gesellschaftlichen Mitte“ mit 68 % erreicht. Bei den Studierenden beträgt er wiederum lediglich ein Drittel.

Bei einer Betrachtung der Leseranteile in den einzelnen Stadtbezirken fällt auf, dass die Stadtnachrichten vor allem in den westlichen Ortsteilen einen hohen Leseranteil erreichen. An der Spitze liegt Tiengen mit 71 %. Der geringste Anteil wird auf der anderen Seite im Bezirk Altstadt-Mitte (36 %) erreicht, was sicherlich auf den hohen Wohnanteil an Studierenden zurückzuführen ist.

8.2 Wer ist online? Zugang und Nutzung des Internets

War das Internet vor wenigen Jahren eher noch eine Sache für Computerfreaks und Spezialisten, so hat es sich inzwischen zu einem Massenmedium mit hoher Reichweite entwickelt. Diese Entwicklung ist für die städtische Gesellschaft unter verschiedenen Gesichtspunkten von Interesse. Wenn immer mehr Bürgerinnen und Bürger über einen Onlinezugang verfügen, eröffnen sich neue Möglichkeiten, städtische Dienstleistungen über E-Government-Lösungen anzubieten. Auch für die städtische Informationspolitik ergeben sich neue Anforderungen und Möglichkeiten der Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft. Durch die Kenntnis des unterschiedlichen Netzzugangs in den Stadtteilen und Sozialgruppen lassen sich einerseits spezifische potentielle Nutzergruppen für städtische Onlineangebote identifizieren. Andererseits ist der Zugang bzw. Nichtzugang zum Internet auch ein wichtiger Indikator für die Informationsressourcen in der Bevölkerung. Hier können neue Formen der Benachteiligung oder des Ausschlusses entstehen, wenn etwa durch fehlende finanzielle, kulturelle oder gesundheitliche Einschränkungen der Zugang zu Informationen und Dienstleistungen eingeschränkt wird.

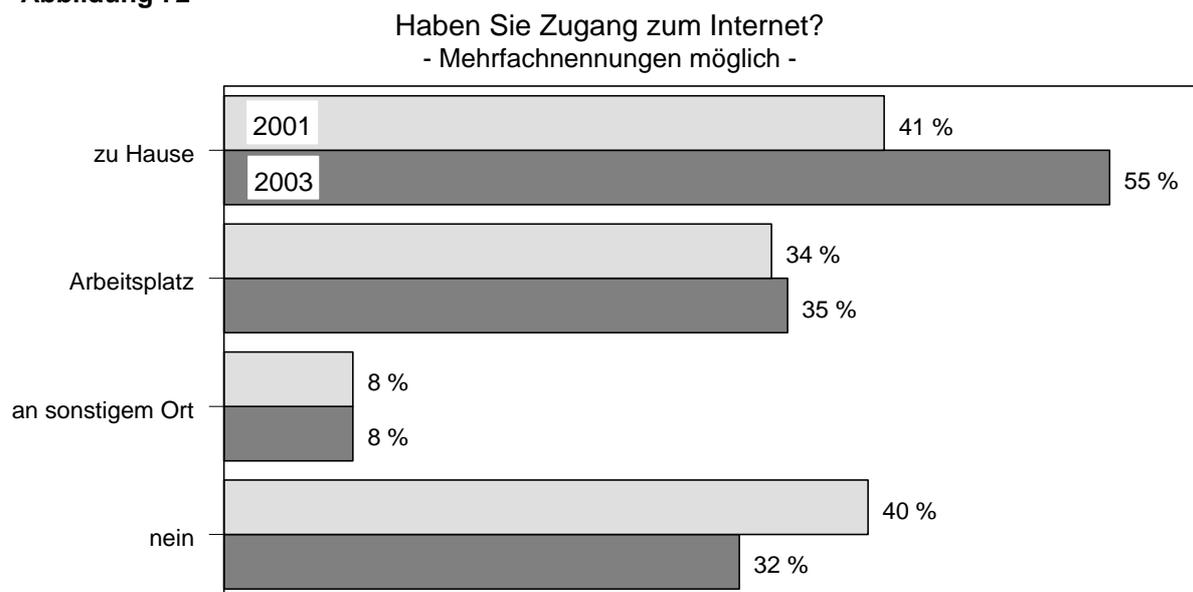
Der Zugang zum Internet

Inzwischen verfügt die Mehrheit der Freiburger Bevölkerung (55 %) über einen Internetzugang im eigenen Haushalt (Abb. 72).

Gerade im privaten Bereich ist ein deutlicher Anstieg von immerhin 14 %-Punkten innerhalb der letzten zwei Jahre zu verzeichnen. Die Zugangsmöglichkeit am Arbeitsplatz oder an anderen Orten ist konstant geblieben. Die Anzahl der Offliner, die keinen Zugang zum Internet haben, hat sich in Freiburg von 40 % im Jahr 2001 auf nun 32 % reduziert. Mehr als zwei Drittel der Freiburger Bevölkerung nutzen also inzwischen das Internet als Kommunikationsmittel. Damit liegt der Anteil deutlich über anderen bundesweiten Erhebungen, bei denen von einer Zugangsquote von 55 % berichtet wird.¹

¹ Forschungsgruppe Wahlen: Internet-Strukturdaten. Repräsentative Umfrage - III. Quartal 2003. Mannheim 2003.
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 72



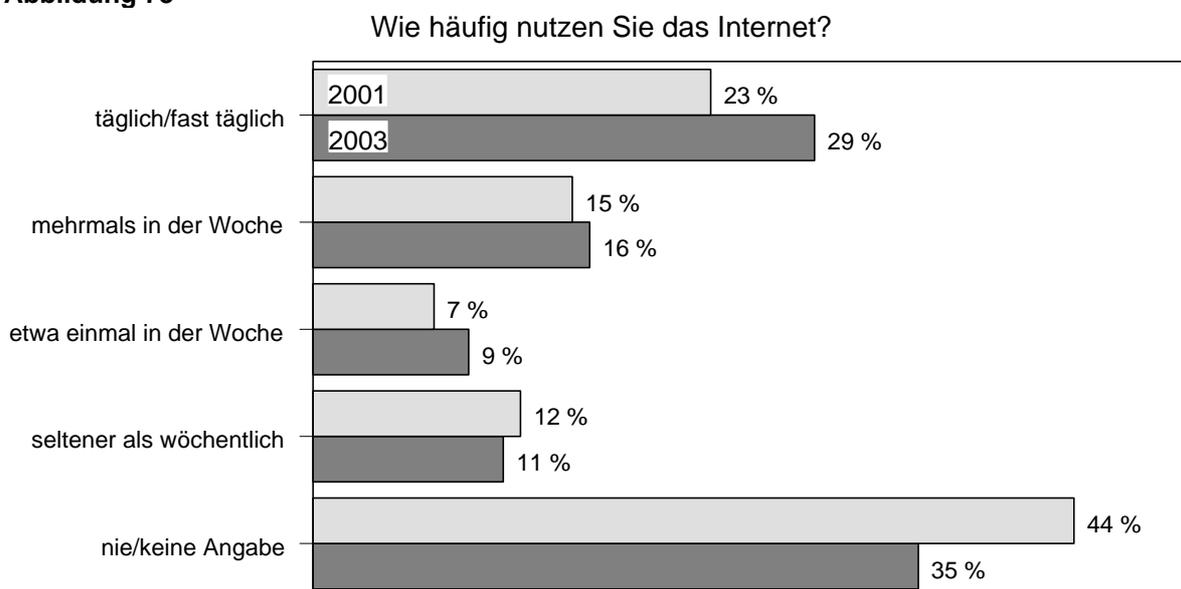
Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003
N = 2001 (2711), 2003 (3392)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Häufigkeit der Internetnutzung

Wie häufig das Internet von den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, ist aus Abbildung 73 zu ersehen.

Abbildung 73



Quelle: Bürgerumfragen 2001/2003
N = 2001 (2711), 2003 (3389)

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

29 % der Befragten sind nahezu täglich online und über die Hälfte (54 %) nutzt mindestens einmal in der Woche das Internet. Auch in der Häufigkeit der Nutzung ist eine deutliche Zunahme gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2001 festzustellen. Die Zahl derjenigen, die täglich online gehen, hat um 6 Prozentpunkte zugenommen.

Tabelle 37: Wie häufig nutzen Sie das Internet?

	täglich / mehrmals wöchentlich		einmal wöchentlich und seltener		nie	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
insgesamt	1 547	46 %	662	20 %	1 183	35 %
darunter						
Altersgruppen						
18 bis unter 30 Jahren	438	70 %	123	20 %	62	10 %
30 bis unter 45 Jahren	635	62 %	231	23 %	155	15 %
45 bis unter 60 Jahren	340	45 %	217	29 %	196	26 %
60 bis unter 75 Jahren	116	18 %	69	10 %	476	72 %
75 Jahre und älter	10	3 %	16	5 %	270	91 %
Geschlecht						
weiblich	726	39 %	450	24 %	707	38 %
männlich	815	55 %	207	14 %	455	31 %
Nationalität						
deutsch	1 423	46 %	607	20 %	1 070	35 %
nicht-deutsch	109	43 %	49	20 %	93	37 %
Berufstätigkeit						
berufstätig	948	58 %	393	24 %	284	17 %
nicht berufstätig	329	23 %	220	15 %	890	62 %
Studenten	270	82 %	49	15 %	10	3 %
Kulturelles Kapital						
1 gering	212	26 %	125	16 %	462	58 %
2	78	31 %	39	16 %	132	53 %
3	665	52 %	302	23 %	320	25 %
4 hoch	574	57 %	188	19 %	241	24 %
Äquivalenzeinkommen						
1. Quartil	264	39 %	140	21 %	268	40 %
2. Quartil	314	42 %	164	22 %	278	37 %
3. Quartil	266	46 %	108	19 %	206	36 %
4. Quartil	374	55 %	120	18 %	184	27 %

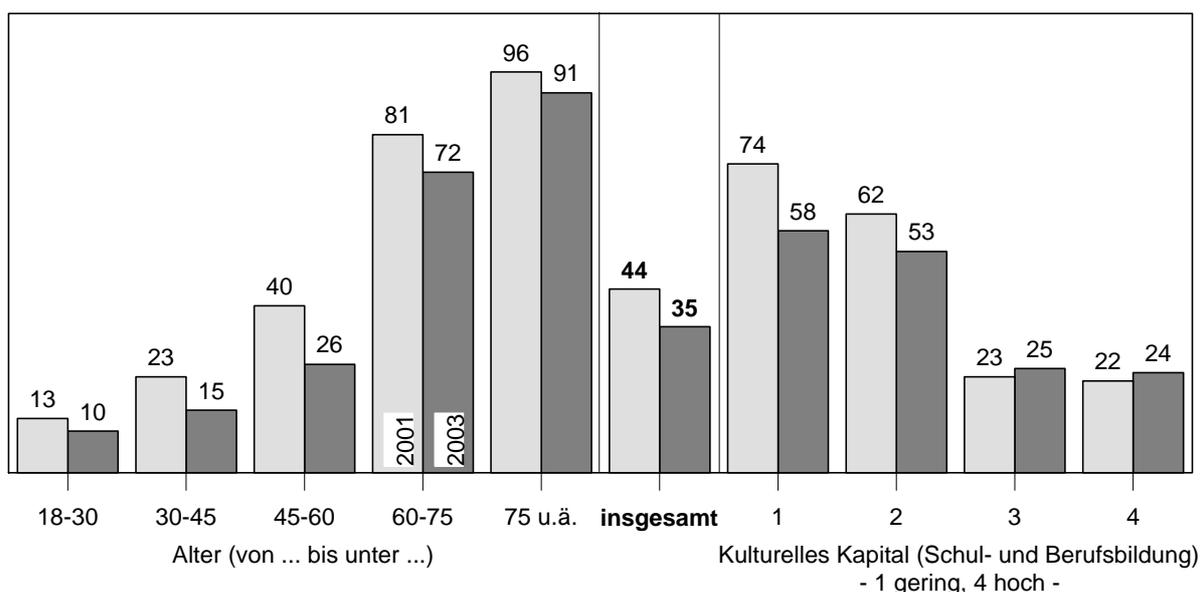
Quelle: Freiburger Bürgerumfrage 2003

Die Nutzung des Internets hängt ganz wesentlich von der Bildung und dem Alter ab. Die Zusammenhänge sind so stark ausgeprägt, dass man durchaus von der Tendenz zu einer digitalen Spaltung der Gesellschaft sprechen kann, die vor allem entlang der Grenze zwischen Jung und Alt verläuft. Von der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen sind lediglich 10 % nie im Internet, während bei den über 60- bis unter 75-Jährigen 72 % offline sind. In der Gruppe mit der höchsten schulischen Qualifikation ist weniger als ein Viertel nie im Internet

unterwegs, während bei den Personen mit geringem kulturellen Kapital 58 % ohne Interneterfahrung sind. Der unterschiedliche Zugang zum Internet kann dazu führen, dass neue Benachteiligungen entstehen oder bereits bestehende verschärft werden. Die Internetnutzung als ein Aspekt von „Computer-Literacy“ ist keineswegs lediglich eine Frage der Freizeitgestaltung. Wer keinen Zugang zum Internet hat, wird zunehmend von Informationen abgeschnitten werden. Wer seine Bankgeschäfte nicht online erledigt, sondern von Hand Überweisungen ausfüllt, gilt bei den Geldinstituten als Kunde zweiter Klasse und wird mit Gebühren belastet. Und zunehmend wird die Fähigkeit zum Umgang mit den Techniken des Internets zu einer unverzichtbaren Basisqualifikation.

Abbildung 74

Anteil der „Offliner“, die nie im Internet sind (in %)



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Als ein positives Anzeichen kann der tendenzielle Rückgang der Unterschiede in der Internetnutzung betrachtet werden (Abb. 74). So hat sich vor allem der Anteil der Internetnutzer in den Altersgruppen ab 45 Jahren und bei den Befragten mit einfacher Schulbildung und geringerem Berufsstatus deutlich erhöht. In der Altersgruppe der 45- bis unter 60-Jährigen hat sich die Anzahl der „Offliner“ am stärksten reduziert. Gaben vor zwei Jahren noch 40 % der Befragten dieser Gruppe an „nie“ im Internet zu sein, ist nun nur noch etwa ein Viertel „offline“. Recht deutlich bleibt hingegen der Kontrast zwischen der berufstätigen Bevölkerung und den Senioren. Die Gruppe der Befragten mit dem höchsten kulturellen Kapital blieb hingegen in ihrer Onlinenutzung konstant. Hier scheint ein Sättigungseffekt bei der Bevölkerungsgruppe eingetreten zu sein, die sich schon sehr früh für einen Internetanschluss entschieden hat, während die Personengruppe mit einfacheren Schul- und Berufsabschlüssen in der Nutzung aufholt. Die hier durchgeführte Betrachtung konzentriert sich auf die quantitative Nutzung des Internets. Zukünftig dürften qualitative Fragen der Onlinenutzung sicherlich stärker in den Mittelpunkt des Interesses rücken: Werden beispielsweise die Möglichkeiten des Internets zur Informationsbeschaffung und Kommunikation genutzt oder stehen eher die Unterhaltungsmöglichkeiten im Vordergrund? Ähnlich wie bei den oft bemängelten Lesekom-

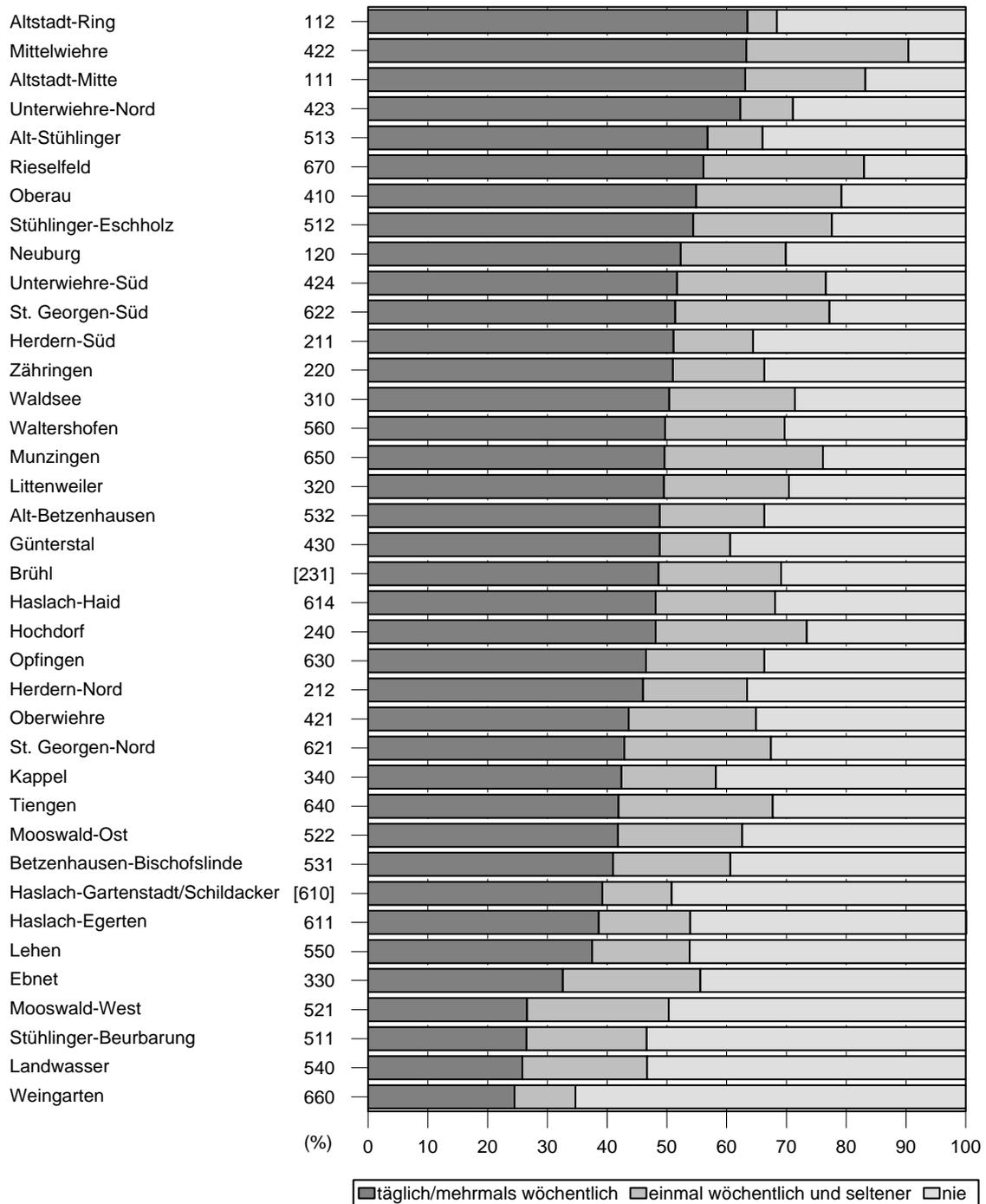
petenzen im Umgang mit Printprodukten wird es auch hier auf die Fähigkeiten zu einem sinnvollen Informations- und Wissensmanagement ankommen.

Internetnutzung nach Stadtbezirken

Da die Internetnutzung sehr stark mit dem Lebensalter und der Bildung der Befragten zusammenhängt, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Stadtbezirken.

Abbildung 75

Internetnutzung nach Stadtbezirken



Quelle: Bürgerumfrage 2003

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die höchsten Onlinequoten haben wir in den Innenstadtbezirken, in denen viele Studierende leben. Hier sind etwa bis zu zwei Drittel der Befragten täglich oder mehrmals wöchentlich im Internet unterwegs. Die geringsten Quoten beobachten wir in den Stadtteilen Landwasser und Weingarten. In Weingarten sind zwei Drittel (65 %) und in Landwasser ist mehr als die Hälfte der Befragten (53 %) nie online.

9. Literaturverzeichnis

- AMT FÜR STATISTIK UND EINWOHNERWESEN DER STADT FREIBURG (Hrsg.): *Bürgerumfrage 2001*. Freiburg 2002. (= Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau)
- BLINKERT, Baldo: *Aktionsräume von Kindern in der Stadt*. Pfaffenweiler 1993.
- BLINKERT, Baldo; KLIE, Thomas: *Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus. Ergebnisse einer Untersuchung über die sozialstrukturelle Verankerung von Solidarität*. In: *Sozialer Fortschritt*, 49. Jg. (2000), H. 10, S. 237-245.
- BOURDIEU, Pierre: *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. Aus: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen (Schwartz) 1983. (= Soziale Welt: Sonderband; 2) S. 183 - 198.
- CAMPBELL, Angus; CONVERSE, Philip E.; MILLER, Warren : *The American Voter*. New York, London (John Wiley & Sons) 1960.
- COLEMAN, James: *Social Capital in the creation of Human Capital*. In: *American Journal of Sociology*, 94. Jg. (1988), S. 95-120.
- DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG: *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin 2005.
- DEUTSCHER STÄDTETAG (Hrsg.): *Methodik kommunaler Bürgerumfragen*. In: *Reihe H. DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung*, Jg. 1997.
- DILLMANN, Don: *Mail and Telephone Surveys. The Total Design Method*. New York, Chichester, Brisbane u.a. (John Wiley & Sons) 1978.
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN: *Internet-Strukturdaten. Repräsentative Umfrage - III. Quartal 2003*. Mannheim 2003.
- HÖFFLIN, Peter: *Werkstattbericht "Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Freiburg"*. Freiburg (Amt für Statistik und Einwohnerwesen) 2004. (= Beiträge zur Statistik)
- HOFFMEYER-ZLOTNIK, Jürgen; WARNER, Uwe: *Die Messung von Einkommen im nationalen und internationalen Vergleich*. In: *ZUMA-Nachrichten*, 22. Jg. (1998), H. 42, S. 30-65.
- INGLEHART, Ronald: *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*. In: *American Political Science Review*, 65. Jg. (1971), S. 991 - 1017.
- INGLEHART, Ronald: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles*. Princeton (Princeton University Press) 1977.
- KAHL, Reinhard: *Das Schwinden der Sinne* o.O. (Filmproduktion Norddeutscher Rundfunk) 1992.
- LANDESHAUPTSTADT STUTTGART; STATISTISCHES AMT: *Die Ergebnisse in der Bürgerumfrage 2003 in der Gesamtschau*. Stuttgart 2004. (= Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 2/2004)
- MÜCKENBERGER, Ulrich: *Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld*. Bremen 1998.

- NIEPEL, Gabriele: *Alleinerziehende. Abschied von einem Klischee*. Opladen (Leske + Budrich) 1994.
- OBERWITTLER, Dietrich: *Zusammenleben im Wohngebiet. Eine Skala zur Messung des sozialen Klimas in Wohnquartieren am Beispiel Freiburgs*. Aus: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg (Hrsg.): *Jahresheft 2000 - 2001*. Freiburg 2002.
- OHDE, Julia: *Kinderbetreuung in Deutschland. (BRIGITTE Untersuchung '92)* Hamburg 1992.
- REICHARD, Christoph: *Das "Neue Steuerungsmodell" und der Bürger*. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 41. Jg. (2002), H. 2, S. 44-60.
- REUBAND, Karl-Heinz: *Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern. Durchführungsbedingungen, Ausschöpfungsquoten und soziale Zusammensetzung der Befragten in einer Großstadtstudie*. In: *ZA-Information*, Jg. 1999, H. 45, S. 71-99.
- REUBAND, Karl-Heinz: *Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 53. Jg. (2001), H. 2, S. 307-333.
- RÜRUP, Bert; GRUESCU, Sandra: *Nachhaltige Familienpolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 2005, S. 3-6.
- SCHMITT-BECK, Rüdiger; WEICK, Stefan: *Die dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Jg. 2001, H. 26, S. 1-5.

ANHANG

I Leben in Freiburg

Wenn Sie einmal an die Lebensbedingungen in Freiburg denken.

1. a) Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Freiburg?

	Zahl der Nennungen	%
sehr gut	533	16
ziemlich gut	1695	52
teils/teils	880	27
ziemlich schlecht	140	4
sehr schlecht	27	1
insgesamt	3274	100

1. b) Wie waren Ihrer Meinung nach die Freiburger Lebensbedingungen vor zehn Jahren?

	Zahl der Nennungen	%
sehr gut	586	23
ziemlich gut	1566	61
teils/teils	397	15
ziemlich schlecht	21	1
sehr schlecht	3	0
insgesamt	2573	100

2. a) Seit wann wohnen Sie in Freiburg?

	Zahl der Nennungen	%
unter 10 Jahren	878	27
10 - unter 20 Jahren	563	17
20 - unter 30 Jahren	479	15
30 - unter 40 Jahren	483	15
40 Jahre und mehr	870	27
insgesamt	3274	100

2. b) Seit wann wohnen Sie in der jetzigen Wohnung?

	Zahl der Nennungen	%
unter 10 Jahren	1802	56
10 - unter 20 Jahren	559	18
20 - unter 30 Jahren	374	12
30 - unter 40 Jahren	279	9
40 Jahre und mehr	175	5
insgesamt	3189	100

3. Leben Sie gerne in Freiburg, oder würden Sie lieber woanders wohnen?

	Zahl der Nennungen	%
lebe gerne in Freiburg	3033	90
würde lieber im Umland wohnen	170	5
würde lieber ganz woanders wohnen	160	5
insgesamt	3362	100

4. Bitte beurteilen Sie, inwieweit die unten aufgeführten Eigenschaften Ihrer Meinung nach auf Freiburg zutreffen.

Eigenschaft: familienfreundlich

	Zahl der Nennungen	%
trifft völlig zu	640	19
trifft eher zu	1303	39
teils/teils	922	28
trifft eher nicht zu	163	5
trifft überhaupt nicht zu	21	1
weiß ich nicht	277	8
insgesamt	3326	100

Eigenschaft: ausländerfreundlich

	Zahl der Nennungen	%
trifft völlig zu	581	18
trifft eher zu	1187	36
teils/teils	980	30
trifft eher nicht zu	143	4
trifft überhaupt nicht zu	24	1
weiß ich nicht	363	11
insgesamt	3277	100

Eigenschaft: frauenfreundlich

	Zahl der Nennungen	%
trifft völlig zu	574	18
trifft eher zu	1395	43
teils/teils	735	23
trifft eher nicht zu	104	3
trifft überhaupt nicht zu	19	1
weiß ich nicht	418	13
insgesamt	3245	100

Eigenschaft: seniorenfreundlich

	Zahl der Nennungen	%
trifft völlig zu	482	15
trifft eher zu	1121	34
teils/teils	773	24
trifft eher nicht zu	181	6
trifft überhaupt nicht zu	31	1
weiß ich nicht	697	21
insgesamt	3286	100

Eigenschaft: kinderfreundlich

	Zahl der Nennungen	%
trifft völlig zu	553	17
trifft eher zu	1139	35
teils/teils	965	29
trifft eher nicht zu	259	8
trifft überhaupt nicht zu	38	1
weiß ich nicht	319	10
insgesamt	3273	100

5. Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit die größten Probleme in Freiburg?

	Zahl der Nennungen	%
schlechte Parkmöglichkeit	1745	51
öffentlicher Nahverkehr	273	8
zu geringes Wohnungsangebot	1484	44
zu hohe Mieten	2408	71
Verkehrsbelastung	1236	36
Arbeitslosigkeit	1412	42
mangelnde Ausländerintegration	408	12
Lärmbelastung	675	20
fehlende Kindergärten	610	18
fehlende kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen	317	9
mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	839	25
mangelndes Angebot an Einrichtungen für Senioren	371	11
angespannte Haushaltslage der Stadt	2341	69
Unsicherheit im Bereich öffentl. Verkehrsmittel (Belästigung)	609	18
Sicherheit und Ordnung (Drogen, Raub, Vandalismus etc.)	1237	36
Passantenbelästigung (z.B. Bettellei)	1064	31
politischer Extremismus	102	3
Ausländerfeindlichkeit	172	5
kommunale Steuern und Abgaben (Müll, Abwasser, Energie)	1246	37
mangelnde Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	1244	37

5. Welches ist das wichtigste Problem?

	Zahl der Nennungen	%
schlechte Parkmöglichkeit	152	5
öffentlicher Nahverkehr	16	1
zu geringes Wohnungsangebot	231	8
zu hohe Mieten	662	22
Verkehrsbelastung	96	3
Arbeitslosigkeit	326	11
mangelnde Ausländerintegration	31	1
Lärmbelastung	40	1
fehlende Kindergärten	31	1
fehlende kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen	13	0
mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	63	2
mangelndes Angebot an Einrichtungen für Senioren	12	0
angespannte Haushaltslage der Stadt	834	27
Unsicherheit im Bereich öffentliche Verkehrsmittel (Belästigung)	29	1
Sicherheit und Ordnung (Drogen, Raub, Vandalismus etc.)	172	6
Passantenbelästigung (z.B. Bettelei)	31	1
politischer Extremismus	4	0
Ausländerfeindlichkeit	9	0
kommunale Steuern und Abgaben (Müll, Abwasser, Energie)	105	3
mangelnde Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	214	7
insgesamt	3072	100

6. Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit den folgenden Aspekten der Stadt Freiburg?

	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	un-zufrieden	sehr un-zufrieden	ins-gesamt
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
den Arbeits und Verdienstmöglichkeiten	86	933	1061	470	178	2727
den Einkaufsmöglichkeiten	726	1699	569	241	74	3310
den öffentlichen Verkehrsmitteln	847	1671	503	113	39	3173
den Sportanlagen	203	1268	660	126	19	2277
den Schwimmbädern	193	1157	857	419	117	2743
der Umweltsituation (Luft, Wasser, Natur)	554	1738	715	128	27	3163
den Spielmöglichkeiten für Kinder/ den Spielplätzen	164	907	818	201	60	2150
dem Angebot an Kindergärten/den Kindertagesstätten	103	617	634	293	67	1714
dem Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt	46	428	821	940	508	2743
der öffentlichen Sicherheit/ dem Schutz vor Kriminalität	175	1247	1108	439	132	3101
den kulturellen Einrichtungen/Veranstaltungen	476	1672	696	136	30	3011
dem Angebot an Parks/Grünanlagen	473	1818	676	183	27	3177
der Regelung des Autoverkehrs	100	879	1236	590	218	3023
den Radwegen	567	1507	661	179	48	2962
den Parkmöglichkeiten in der Innenstadt	99	557	708	884	594	2843
dem Angebot an weiterführenden Schulen	293	1052	408	109	35	1896
der ärztlichen Versorgung/ den Krankenhäusern	777	1690	435	113	24	3040
dem Angebot an Einrichtungen für Senioren	110	682	525	123	28	1468
dem Angebot an Jugendeinrichtungen	43	430	723	316	87	1600
der Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt	388	1555	927	251	54	3175
der Atmosphäre in der Stadt	733	1663	648	165	32	3241
der Sauberkeit auf Plätzen und Straßen	223	1100	1047	613	308	3291
den Naherholungsangeboten	1139	1458	358	50	13	3019
den Gaststätten, Restaurants und anderen ähnlichen Einrichtungen	679	1708	634	107	26	3153

6. Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit den folgenden Aspekten der Stadt Freiburg? (in %)

	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	un-zufrieden	sehr un-zufrieden	ins-gesamt
	%	%	%	%	%	%
den Arbeits und Verdienstmöglichkeiten	3	34	39	17	7	100
den Einkaufsmöglichkeiten	22	51	17	7	2	100
den öffentlichen Verkehrsmitteln	27	53	16	4	1	100
den Sportanlagen	9	56	29	6	1	100
den Schwimmbädern	7	42	31	15	4	100
der Umweltsituation (Luft, Wasser, Natur)	18	55	23	4	1	100
den Spielmöglichkeiten für Kinder/ den Spielplätzen	8	42	38	9	3	100
dem Angebot an Kindergärten/den Kindertagesstätten	6	36	37	17	4	100
dem Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt	2	16	30	34	19	100
der öffentlichen Sicherheit/ dem Schutz vor Kriminalität	6	40	36	14	4	100
den kulturellen Einrichtungen/Veranstaltungen	16	56	23	5	1	100
dem Angebot an Parks/Grünanlagen	15	57	21	6	1	100
der Regelung des Autoverkehrs	3	29	41	20	7	100
den Radwegen	19	51	22	6	2	100
den Parkmöglichkeiten in der Innenstadt	3	20	25	31	21	100
dem Angebot an weiterführenden Schulen	15	55	22	6	2	100
der ärztlichen Versorgung/ den Krankenhäusern	26	56	14	4	1	100
dem Angebot an Einrichtungen für Senioren	7	46	36	8	2	100
dem Angebot an Jugendeinrichtungen	3	27	45	20	5	100
der Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt	12	49	29	8	2	100
der Atmosphäre in der Stadt	23	51	20	5	1	100
der Sauberkeit auf Plätzen und Straßen	7	33	32	19	9	100
den Naherholungsangeboten	38	48	12	2	0	100
den Gaststätten, Restaurants und anderen ähnlichen Einrichtungen	22	54	20	3	1	100

6. Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Sie persönlich?

	wichtig	teils/teils	unwichtig	kann ich nicht beurteilen	insgesamt
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Arbeits und Verdienstmöglichkeiten	2412	292	81	300	3085
Einkaufsmöglichkeiten	2065	965	112	17	3159
öffentliche Verkehrsmittel	2093	732	233	77	3134
Sportanlagen	749	1167	567	575	3058
Schwimmbäder	1207	1214	364	296	3080
Umweltsituation (Luft, Wasser, Natur)	2717	306	30	64	3117
Spielmöglichkeiten für Kinder/ Spielplätze	1558	509	229	754	3050
Angebot an Kindergärten/ Kindertagesstätten	1421	366	221	1041	3048
Wohnungsangebot/ Wohnungsmarkt	2106	514	151	334	3105
öffentliche Sicherheit/ Schutz vor Kriminalität	2531	504	50	69	3153
kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen	1358	1380	206	134	3078
Angebot an Parks/Grünanlagen	1838	1114	119	50	3121
Regelung des Autoverkehrs	1761	1050	155	148	3115
Radwege	2039	725	132	225	3122
Parkmöglichkeiten in der Innenstadt	1280	1046	521	255	3102
Angebot an weiterführenden Schulen	1535	423	167	924	3049
ärztliche Versorgung / Krankenhäuser	2642	350	26	129	3146
Angebot an Einrichtungen für Senioren	1004	610	204	1252	3071
Angebot an Jugendeinrichtungen	1228	578	152	1086	3044
Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt	1675	1247	135	57	3115
Atmosphäre in der Stadt	2235	814	51	34	3134
Sauberkeit auf Plätzen und Straßen	2106	922	119	15	3162
Naherholungsangebote	2048	795	82	190	3115
Gaststätten, Restaurants und andere ähnliche Einrichtungen	1330	1457	259	98	3144

6. Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Sie persönlich? (in %)

	wichtig	teils/teils	unwichtig	kann ich nicht beurteilen	insgesamt
	%	%	%	%	%
Arbeits und Verdienstmöglichkeiten	78	9	3	10	100
Einkaufsmöglichkeiten	65	31	4	1	100
öffentliche Verkehrsmittel	67	23	7	2	100
Sportanlagen	24	38	19	19	100
Schwimmbäder	39	39	12	10	100
Umweltsituation (Luft, Wasser, Natur)	87	10	1	2	100
Spielmöglichkeiten für Kinder/ Spielplätze	51	17	8	25	100
Angebot an Kindergärten/ Kindertagesstätten	47	12	7	34	100
Wohnungsangebot/ Wohnungsmarkt	68	17	5	11	100
öffentliche Sicherheit/ Schutz vor Kriminalität	80	16	2	2	100
kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen	44	45	7	4	100
Angebot an Parks/Grünanlagen	59	36	4	2	100
Regelung des Autoverkehrs	57	34	5	5	100
Radwege	65	23	4	7	100
Parkmöglichkeiten in der Innenstadt	41	34	17	8	100
Angebot an weiterführenden Schulen	50	14	5	30	100
ärztliche Versorgung / Krankenhäuser	84	11	1	4	100
Angebot an Einrichtungen für Senioren	33	20	7	41	100
Angebot an Jugendeinrichtungen	40	19	5	36	100
Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt	54	40	4	2	100
Atmosphäre in der Stadt	71	26	2	1	100
Sauberkeit auf Plätzen und Straßen	67	29	4	0	100
Naherholungsangebote	66	26	3	6	100
Gaststätten, Restaurants und andere ähnliche Einrichtungen	42	46	8	3	100

II. Familie und soziale Unterstützung

7. Gibt es in Ihrem Haushalt Kinder, die jünger als 12 Jahre sind?

	Zahl der Nennungen	%
ja	640	19
nein	2749	81
insgesamt	3389	100

8. Wie alt sind diese Kinder? Handelt es sich jeweils um einen Jungen oder ein Mädchen?

Alter des Kindes

	Zahl der Nennungen	%
0	48	3
1	191	12
2	129	8
3	144	9
4	130	8
5	152	10
6	134	9
7	115	7
8	128	8
9	138	9
10	123	8
11	139	9
insgesamt	1572	100

Geschlecht des Kindes

	Zahl der Nennungen	%
Mädchen	747	48
Junge	810	52
insgesamt	1557	100

9. Können Kinder im Alter zwischen 5 und 9 Jahren im unmittelbaren Wohnumfeld spielen?

	Zahl der Nennungen	%
ja, ohne Beaufsichtigung und ohne Bedenken	277	42
ja, ohne Beaufsichtigung, aber mit Bedenken	217	33
ja, aber nur unter Aufsicht	126	19
nein, das ist überhaupt nicht möglich	39	6
insgesamt	659	100

10. Können Kinder im Alter zwischen 5 und 9 Jahren Spielkameraden erreichen?

	Zahl der Nennungen	%
ja, kann die Spielkameraden auch selber erreichen	408	64
ja, kann die Spielkameraden selber erreichen, aber der Weg dahin ist problematisch	86	13
ja, aber der Transport zu den Spielkameraden muss organisiert werden	127	20
nein, Spielkameraden sind nicht vorhanden bzw. nicht erreichbar	20	3
insgesamt	641	100

11. Probleme*) mit der Kinderbetreuung

	große Probleme		teilweise Probleme		keine Probleme	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vor der Kindergartenzeit						
fehlende Betreuungsmöglichkeiten	145	25	212	37	214	37
zu teure Betreuungsmöglichkeiten	230	42	181	33	138	25
nur Betreuungsmöglichkeiten, mit denen ich nicht einverstanden bin	49	11	104	22	313	67
In der Kindergartenzeit						
fehlende Kindergartenplätze überhaupt	93	18	144	27	293	55
zu große Gruppen im Kindergarten	116	22	192	36	220	42
fehlende Ganztags-Kindergartenplätze	152	30	137	26	227	44
fehlende Vormittags-Kindergartenplätze	41	8	106	21	359	71
ungünstige Öffnungszeiten des Kindergartens	126	24	180	34	228	43
Schließzeiten wegen Ferien	176	33	194	36	168	31
Kindergarten zu teuer	149	28	187	35	199	37
Ausfälle, z. B. durch Krankheit der Betreuer	64	12	153	29	310	59
zu langer Weg zum Kindergarten	22	4	113	21	396	75
schlechte Ausstattung im Kindergarten	36	7	146	28	345	65
In der Schulzeit						
zu große Schulklassen	179	42	125	29	119	28
zu langer Weg zur Schule	38	9	119	27	287	65
ungünstige Unterrichtszeiten	50	12	135	31	246	57
gewünschte Schulart nicht in der Nähe	66	15	98	23	265	62
häufiger Unterrichtsausfall	115	27	141	33	168	40
fehlende Vormittagsbetreuung	54	13	78	19	282	68
fehlende Nachmittagsbetreuung	87	21	99	23	235	56

*) Aktuelle oder frühere Probleme bei Befragten mit Kindern unter 12 Jahren

noch 11. Zukünftig erwartete Probleme mit der Kinderbetreuung

	nicht genannt		genannt	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Vor der Kindergartenzeit				
fehlende Betreuungsmöglichkeiten	528	82	119	18
zu teure Betreuungsmöglichkeiten	514	80	132	20
nur Betreuungsmöglichkeiten, mit denen ich nicht einverstanden bin	604	93	43	7
In der Kindergartenzeit				
fehlende Kindergartenplätze überhaupt	536	83	110	17
zu große Gruppen im Kindergarten	526	81	120	19
fehlende Ganztags-Kindergartenplätze	509	79	137	21
fehlende Vormittags-Kindergartenplätze	589	91	57	9
ungünstige Öffnungszeiten des Kindergartens	533	82	113	18
Schließzeiten wegen Ferien	512	79	134	21
Kindergarten zu teuer	519	80	128	20
Ausfälle, z. B. durch Krankheit der Betreuer	574	89	72	11
zu langer Weg zum Kindergarten	604	94	42	6
schlechte Ausstattung im Kindergarten	567	88	79	12
In der Schulzeit				
zu große Schulklassen	405	63	242	37
zu langer Weg zur Schule	554	86	92	14
ungünstige Unterrichtszeiten	519	80	127	20
gewünschte Schulart nicht in der Nähe	532	82	115	18
häufiger Unterrichtsausfall	449	70	197	30
fehlende Vormittagsbetreuung	517	80	130	20
fehlende Nachmittagsbetreuung	459	71	188	29

12. Wenn Sie einmal an eine normale Woche denken, übernehmen außer Ihnen noch andere Personen zeitweise die Betreuung des Kindes/der Kinder? (Befragte mit Kindern unter 12 Jahren)

Betreuung übernimmt auch: (Ehe-)Partner

	Zahl der Nennungen	%
ja	239	37
nein	408	63
insgesamt	646	100

Betreuung übernehmen auch: Großeltern des Kindes

	Zahl der Nennungen	%
ja	476	74
nein	170	26
insgesamt	646	100

Betreuung übernehmen auch: ältere Geschwister

	Zahl der Nennungen	%
ja	95	15
nein	552	85
insgesamt	646	100

Betreuung übernehmen auch: andere Verwandte

	Zahl der Nennungen	%
ja	60	9
nein	586	91
insgesamt	646	100

Betreuung übernimmt auch: Tagesmutter

	Zahl der Nennungen	%
ja	40	6
nein	606	94
insgesamt	646	100

Betreuung übernimmt auch: Kindergarten/Hort

	Zahl der Nennungen	%
ja	257	40
nein	390	60
insgesamt	646	100

Betreuung übernehmen auch: andere (z.B. Babysitter, Nachbarn)

	Zahl der Nennungen	%
ja	207	32
nein	439	68
insgesamt	646	100

13. Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie bei den folgenden Aussagen, ob Sie jeweils „völlig zustimmen“, „eher ablehnen“ oder „völlig ablehnen“.

Aussage: „Eine berufstätige Frau kann ein genauso herzliches Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	1749	55
eher zustimmen	915	29
eher ablehnen	422	13
völlig ablehnen	66	2
insgesamt	3153	100

Aussage: „Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	167	5
eher zustimmen	537	17
eher ablehnen	1078	34
völlig ablehnen	1349	43
insgesamt	3131	100

Aussage: „Ein Kleinkind wird sicher darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	796	25
eher zustimmen	1025	33
eher ablehnen	859	27
völlig ablehnen	459	15
insgesamt	3138	100

Aussage: „Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	435	14
eher zustimmen	642	20
eher ablehnen	956	30
völlig ablehnen	1105	35
insgesamt	3139	100

Aussage: „Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	515	17
eher zustimmen	1341	43
eher ablehnen	967	31
völlig ablehnen	288	9
insgesamt	3111	100

Aussage: „Eine verheiratete Frau sollte auf ihre Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	405	13
eher zustimmen	570	18
eher ablehnen	949	30
völlig ablehnen	1222	39
insgesamt	3146	100

Aussage: „In der Familie ist vor allem die Frau für die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zuständig.“

	Zahl der Nennungen	%
völlig zustimmen	244	8
eher zustimmen	661	21
eher ablehnen	1006	32
völlig ablehnen	1229	39
insgesamt	3140	100

14. Sind die folgenden Punkte in Ihrer gegenwärtigen Lebenssituation für Sie persönlich bzw. für den Haushalt, in dem Sie leben, ein Problem?

Problem - Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	139	4
ein großes Problem	200	6
ein mittleres Problem	363	12
ein geringes Problem	502	16
überhaupt kein Problem	601	19
trifft nicht zu	1332	42
insgesamt	3138	100

Problem - fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	96	3
ein großes Problem	159	5
ein mittleres Problem	226	7
ein geringes Problem	269	9
überhaupt kein Problem	296	9
trifft nicht zu	2077	67
insgesamt	3123	100

Problem - ungünstige oder wechselnde Arbeitszeiten

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	151	5
ein großes Problem	197	6
ein mittleres Problem	332	11
ein geringes Problem	402	13
überhaupt kein Problem	573	18
trifft nicht zu	1456	47
insgesamt	3111	100

Problem - Erziehungsprobleme, Schulprobleme

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	53	2
ein großes Problem	98	3
ein mittleres Problem	215	7
ein geringes Problem	323	10
überhaupt kein Problem	366	12
trifft nicht zu	2045	66
insgesamt	3100	100

Problem - Wohnungsprobleme (z.B. zu klein, zu teuer, ungeeignet)

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	362	12
ein großes Problem	360	11
ein mittleres Problem	512	16
ein geringes Problem	428	14
überhaupt kein Problem	576	18
trifft nicht zu	898	29
insgesamt	3135	100

Problem - geringes Einkommen, geringe Rente

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	431	14
ein großes Problem	414	13
ein mittleres Problem	606	19
ein geringes Problem	550	17
überhaupt kein Problem	401	13
trifft nicht zu	765	24
insgesamt	3167	100

Problem - eigene Pflegebedürftigkeit

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	54	2
ein großes Problem	66	2
ein mittleres Problem	115	4
ein geringes Problem	127	4
überhaupt kein Problem	330	11
trifft nicht zu	2447	78
insgesamt	3138	100

Problem - Pflegebedürftigkeit von Angehörigen

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	76	2
ein großes Problem	118	4
ein mittleres Problem	169	5
ein geringes Problem	166	5
überhaupt kein Problem	256	8
trifft nicht zu	2353	75
insgesamt	3138	100

Problem - Einsamkeit, Isolation, keine oder kaum Kontakte

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	76	2
ein großes Problem	93	3
ein mittleres Problem	199	6
ein geringes Problem	372	12
überhaupt kein Problem	752	24
trifft nicht zu	1668	53
insgesamt	3159	100

Problem - selbstständige Führung des Haushaltes (z.B. Behinderung, Pflegebedürftigkeit)

	Zahl der Nennungen	%
ein sehr großes Problem	56	2
ein großes Problem	51	2
ein mittleres Problem	88	3
ein geringes Problem	140	4
überhaupt kein Problem	593	19
trifft nicht zu	2215	70
insgesamt	3144	100

15. Wenn Sie plötzlich für einige Wochen fremde Hilfe benötigen? Hätten Sie jemand, der Ihnen hilft oder müssten Sie sich an eine öffentliche Einrichtung wenden?

	Anzahl	%
Ja, Angehörige würden mir helfen.	2303	68
Ja, Nachbarn würden mir helfen.	725	21
Ja, Freunde würden mir helfen.	1570	46
Ja, Kollegen würden mir helfen.	340	10
Nein, ich müsste mich an eine öffentliche Einrichtung wenden.	524	15
insgesamt	3392	100

Mehrfachnennungen möglich

16. Wie viele Ihrer Verwandten wohnen in Freiburg?

	Zahl der Nennungen	%
keine	1260	38
wenige	1231	37
viele	601	18
sehr viele	205	6
insgesamt	3297	100

17. Pflegen oder betreuen Sie zur Zeit eine ältere, kranke oder behinderte Person?

	Zahl der Nennungen	%
nein	3021	93
ja	234	7
insgesamt	3255	100

17.1 Wenn ja, wie groß ist der tägliche Umfang der Tätigkeit (in Stunden)?

	Zahl der Nennungen	%
mindestens 1,5 Std.	114	51
mindestens 3 Std.	65	29
5 Std. oder mehr täglich	47	21
insgesamt	225	100

17.2 Wenn ja, pflegen Sie diese Person in deren eigener Wohnung?

	Zahl der Nennungen	%
ja	150	69
nein	69	31
insgesamt	219	100

18. Stellen Sie sich einmal vor, eine Ihnen nahestehende Person wird pflegebedürftig, das hieße, sie könnte ihren Haushalt nicht mehr führen, sie bräuchte Hilfe bei der Körperpflege und beim Toilettengang und sie käme im Alltag ohne fremde Hilfe nicht zurecht. Welche der folgenden Möglichkeiten käme für Sie in Frage?

Pflegekulturelle Orientierung: den Verwandten allein und ohne fremde Hilfe zu Hause pflegen

	Zahl der Nennungen	%
auf jeden Fall	235	10
eventuell	829	36
auf keinen Fall	1217	53
insgesamt	2282	100

Pflegekulturelle Orientierung: zu Hause pflegen, aber mit professioneller Unterstützung

	Zahl der Nennungen	%
auf jeden Fall	1079	41
eventuell	1298	49
auf keinen Fall	268	10
insgesamt	2645	100

Pflegekulturelle Orientierung: einen Platz in einem gut geführten Pflegeheim suchen

	Zahl der Nennungen	%
auf jeden Fall	500	22
eventuell	1328	58
auf keinen Fall	455	20
insgesamt	2283	100

Pflegekulturelle Orientierung: zu Hause mit der Unterstützung von Freunden und Bekannten pflegen

	Zahl der Nennungen	%
auf jeden Fall	289	13
eventuell	1114	50
auf keinen Fall	825	37
insgesamt	2228	100

19. Beratungsbedarf bei Pflegebedürftigkeit einer nahestehenden Person

	Zahl der Nennungen	%
kein Beratungsbedarf	555	16
Beratungsbedarf	2055	61
weiß nicht/keine Angabe	783	23
insgesamt	3392	100

20. Wüßten Sie, wer Sie in solch einer Situation beraten könnte?

	Zahl der Nennungen	%
nein	2005	62
ja	1214	38
insgesamt	3219	100

III. Wohnen

21. Wenn Sie einmal die Vor- und Nachteile Ihrer Wohnung betrachten, wie zufrieden sind Sie dann mit Ihrer Wohnung?

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	959	29
zufrieden	1327	40
teils/teils	755	23
unzufrieden	185	6
sehr unzufrieden	54	2
insgesamt	3281	100

22. Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Eigenschaften Ihrer Wohnung?

Wohnzufriedenheit: Ausstattung

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	861	26
zufrieden	1553	47
teils/teils	649	20
unzufrieden	189	6
sehr unzufrieden	41	1
insgesamt	3292	100

Wohnzufriedenheit: Kosten

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	441	14
zufrieden	1205	37
teils/teils	851	26
unzufrieden	542	17
sehr unzufrieden	197	6
insgesamt	3235	100

Wohnzufriedenheit: Soziales Umfeld / Nachbarschaft

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	730	22
zufrieden	1393	43
teils/teils	783	24
unzufrieden	238	7
sehr unzufrieden	121	4
insgesamt	3265	100

Wohnzufriedenheit: Gestaltung des Wohnumfeldes

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	598	19
zufrieden	1480	46
teils/teils	799	25
unzufrieden	250	8
sehr unzufrieden	99	3
insgesamt	3227	100

Wohnzufriedenheit: Lage der Wohnung

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	1335	40
zufrieden	1371	41
teils/teils	404	12
unzufrieden	133	4
sehr unzufrieden	74	2
insgesamt	3317	100

23. Wohnfläche der Wohnung (in qm)

1. Quartil	55
arithmetischer Mittelwert	80
Median	79
3. Quartil	100

24. Anzahl Wohnräume - ohne Küche, Bad und Flur

	Zahl der Nennungen	%
1 Raum	247	7
2 Räume	691	21
3 Räume	1131	34
4 Räume	662	20
5 und mehr Räume	573	17
insgesamt	3303	100

25. Wie beurteilen Sie die Größe Ihrer Wohnung?

	Zahl der Nennungen	%
viel zu klein	186	6
etwas zu klein	857	26
gerade richtig	2012	60
etwas zu groß	253	8
viel zu groß	19	1
insgesamt	3327	100

26. Wohnen Sie in einer Miet- oder Eigentumswohnung?

	Zahl der Nennungen	%
Mietwohnung	2218	66
Eigentumswohnung	456	14
eigenes Haus	676	20
insgesamt	3350	100

27. Haben Sie vor innerhalb der nächsten zwei Jahre auszuziehen?

	Zahl der Nennungen	%
nein, kein Umzug vorgesehen	1984	59
unter Umständen, vielleicht	705	21
ja, ist vorgesehen	653	20
insgesamt	3342	100

28. Wenn Sie umziehen wollen oder müssen, welches Umzugsziel käme für Sie in Frage?

	Anzahl	%
das engere Stadtgebiet Freiburg	844	62
Freiburger Ortsteile am Stadtrand (z.B. Opfingen, Hochdorf)	391	29
angrenzende Gemeinden (z.B. Umkirch, Gundelfingen, Merzhausen)	348	26
weiter entfernte Gemeinden in den benachbarten Landkreisen	161	12
Ich möchte/muss ganz aus der Region wegziehen.	273	20
weiß nicht	109	8
insgesamt	1358	100

Mehrfachnennungen möglich

IV. Beteiligung

29. Für den Einzelnen gibt es verschiedene Möglichkeiten, Kommunalpolitik und Stadtentwicklung zu beeinflussen. Sagen Sie bitte, ob man mit den folgenden Möglichkeiten starken, etwas oder kaum Einfluss nehmen kann. Wir würden auch gerne wissen, ob Sie dies selbst tun würden oder bereits getan haben?

Möglichkeit der Einflussnahme: Engagement in einem Verein

	Zahl der Nennungen	%
stark	370	12
etwas	1651	53
kaum	823	26
weiß nicht	299	10
insgesamt	3144	100

Möglichkeit der Einflussnahme: in einer Bürgerinitiative mitmachen

	Zahl der Nennungen	%
stark	619	20
etwas	1688	54
kaum	553	18
weiß nicht	274	9
insgesamt	3134	100

Möglichkeit der Einflussnahme: Leserbriefe schreiben

	Zahl der Nennungen	%
stark	86	3
etwas	754	24
kaum	2008	64
weiß nicht	268	9
insgesamt	3117	100

Möglichkeit der Einflussnahme: an Kommunalwahlen beteiligen

	Zahl der Nennungen	%
stark	1310	42
etwas	1203	38
kaum	438	14
weiß nicht	200	6
insgesamt	3151	100

Möglichkeit der Einflussnahme: Bürgerbefragungen/Bürgerentscheide

	Zahl der Nennungen	%
stark	857	27
etwas	1592	51
kaum	541	17
weiß nicht	149	5
insgesamt	3139	100

Möglichkeit der Einflussnahme: in einer Partei mitmachen

	Zahl der Nennungen	%
stark	764	24
etwas	1262	40
kaum	804	26
weiß nicht	301	10
insgesamt	3130	100

Möglichkeit der Einflussnahme: an Bürgerversammlungen teilnehmen

	Zahl der Nennungen	%
stark	272	9
etwas	1446	46
kaum	1149	37
weiß nicht	262	8
insgesamt	3128	100

Möglichkeit der Einflussnahme: Briefe an Oberbürgermeister oder Verwaltung schreiben

	Zahl der Nennungen	%
stark	170	5
etwas	937	30
kaum	1689	54
weiß nicht	336	11
insgesamt	3131	100

Möglichkeit der Einflussnahme: sich an Stadtratsmitglieder/-fraktionen wenden

	Zahl der Nennungen	%
stark	217	7
etwas	1231	39
kaum	1261	40
weiß nicht	409	13
insgesamt	3117	100

Möglichkeit der Einflussnahme: sich an Frauenbeauftragte wenden

	Zahl der Nennungen	%
stark	102	3
etwas	983	32
kaum	1199	39
weiß nicht	799	26
insgesamt	3082	100

Möglichkeit der Einflussnahme: sich an Beiräte wenden

	Zahl der Nennungen	%
stark	186	6
etwas	1267	41
kaum	1155	37
weiß nicht	491	16
insgesamt	3099	100

Möglichkeit der Einflussnahme: sich an Demonstrationen beteiligen

	Zahl der Nennungen	%
stark	226	7
etwas	1047	34
kaum	1557	50
weiß nicht	270	9
insgesamt	3099	100

Möglichkeit der Einflussnahme: sich an Bürgervereine wenden

	Zahl der Nennungen	%
stark	139	4
etwas	1334	43
kaum	1225	39
weiß nicht	415	13
insgesamt	3114	100

Möglichkeit der Einflussnahme: in einer Arbeitsgruppe zu Themen der Stadtentwicklung mitarbeiten

	Zahl der Nennungen	%
stark	363	12
etwas	1416	45
kaum	868	28
weiß nicht	467	15
insgesamt	3113	100

Würden Sie dies selbst tun: Engagement in einem Verein?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	854	27
ja eventuell	1069	34
nein	1188	38
insgesamt	3111	100

Würden Sie dies selbst tun: in einer Bürgerinitiative mitmachen?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	358	12
ja eventuell	1558	50
nein	1192	38
insgesamt	3108	100

Würden Sie dies selbst tun: Leserbriefe schreiben?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	372	12
ja eventuell	1067	35
nein	1647	53
insgesamt	3086	100

Würden Sie dies selbst tun: an Kommunalwahlen beteiligen?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	1992	64
ja eventuell	509	16
nein	613	20
insgesamt	3115	100

Würden Sie dies selbst tun: Bürgerbefragungen/Bürgerentscheide?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	1869	60
ja eventuell	875	28
nein	379	12
insgesamt	3124	100

Würden Sie dies selbst tun: in einer Partei mitmachen?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	192	6
ja eventuell	605	19
nein	2331	75
insgesamt	3128	100

Würden Sie dies selbst tun: an Bürgerversammlungen teilnehmen?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	649	21
ja eventuell	1332	43
nein	1153	37
insgesamt	3134	100

Würden Sie dies selbst tun: Briefe an Oberbürgermeister oder Verwaltung schreiben?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	268	9
ja eventuell	1276	41
nein	1590	51
insgesamt	3134	100

Würden Sie dies selbst tun: sich an Stadtratsmitglieder/-fraktionen wenden?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	319	10
ja eventuell	1274	41
nein	1527	49
insgesamt	3119	100

Würden Sie dies selbst tun: sich an Frauenbeauftragte wenden?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	87	3
ja eventuell	1043	34
nein	1944	63
insgesamt	3074	100

Würden Sie dies selbst tun: sich an Beiräte wenden?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	391	13
ja eventuell	1348	44
nein	1359	44
insgesamt	3098	100

Würden Sie dies selbst tun: sich an Demonstrationen beteiligen?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	1108	35
ja eventuell	647	21
nein	1391	44
insgesamt	3146	100

Würden Sie dies selbst tun: sich an Bürgervereine wenden?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	246	8
ja eventuell	1453	47
nein	1424	46
insgesamt	3123	100

Würden Sie dies selbst tun: in einer Arbeitsgruppe zu Themen der Stadtentwicklung mitarbeiten?

	Zahl der Nennungen	%
ja bereits getan	109	3
ja eventuell	1375	44
nein	1631	52
insgesamt	3114	100

30. Haben Sie schon einmal etwas von der Lokalen Agenda 21 in Freiburg gehört?

	Zahl der Nennungen	%
nein	1993	61
ja, davon gehört	1119	34
ja, arbeite selbst mit/habe mitgearbeitet	31	1
ja, würde eventuell mitarbeiten	117	4
insgesamt	3261	100

31. Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu. Wie ist es bei Ihnen? (Parteiidentifikation)

	Zahl der Nennungen	%
neige einer bestimmten Partei zu	2214	67
neige keiner bestimmten Partei zu	1098	33
insgesamt	3312	100

32. Wenn Sie einer Partei zuneigen, welcher?

	Zahl der Nennungen	%
CDU	602	29
SPD	618	30
Bündnis 90/GRÜNE	727	35
FDP	95	5
Republikaner oder NPD	13	1
sonstige	39	2
insgesamt	2094	100

33. Wie stark oder schwach neigen Sie dieser Partei zu?

	Zahl der Nennungen	%
sehr stark	152	7
stark	773	36
mittelmäßig	1054	49
schwach	139	6
sehr schwach	40	2
insgesamt	2158	100

34. In der Politik können ja verschiedene Ziele verfolgt werden. Wenn Sie zwischen den folgenden vier Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten (Rang 1) und welches am unwichtigsten (Rang 4)?

Politische Ziele (Inglehardt-Skala): Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung

	Zahl der Nennungen	%
Rang 1	581	19
Rang 2	659	22
Rang 3	870	29
Rang 4	892	30
insgesamt	3003	100

Politische Ziele (Inglehardt-Skala): mehr Einfluss der Bürger

	Zahl der Nennungen	%
Rang 1	1246	42
Rang 2	860	29
Rang 3	545	18
Rang 4	336	11
insgesamt	2988	100

Politische Ziele (Inglehardt-Skala): Kampf gegen steigende Preise

	Zahl der Nennungen	%
Rang 1	457	15
Rang 2	654	22
Rang 3	871	29
Rang 4	1008	34
insgesamt	2990	100

Politische Ziele (Inglehardt-Skala): Recht auf freie Meinungsäußerung

	Zahl der Nennungen	%
Rang 1	966	33
Rang 2	805	27
Rang 3	607	21
Rang 4	583	20
insgesamt	2961	100

V. Stadtverwaltung und Gemeinderat

35. Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung

	Zahl der Nennungen	%
sehr zufrieden	94	3
zufrieden	1120	38
teils/teils	1407	48
unzufrieden	247	8
sehr unzufrieden	63	2
insgesamt	2932	100

36. Interessieren Sie sich für das, was der Gemeinderat macht?

	Zahl der Nennungen	%
interessiere mich sehr	265	8
interessiere mich	1186	38
teils/teils	1082	34
interessiere mich wenig	534	17
interessiere mich überhaupt nicht	82	3
insgesamt	3151	100

37. Wie finden Sie Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten?

	Zahl der Nennungen	%
sehr gut vertreten	25	1
gut vertreten	334	15
teils/teils	1547	68
schlecht vertreten	296	13
sehr schlecht vertreten	65	3
insgesamt	2267	100

38. Informieren Sie sich über Kommunalpolitik in Freiburg?

	Zahl der Nennungen	%
regelmäßig	1203	36
unregelmäßig	1726	52
überhaupt nicht	387	12
insgesamt	3317	100

39. Wie informieren Sie sich über das kommunalpolitische Geschehen in Freiburg?

	Anzahl der Nennungen	%
Rundfunk	2033	60
Tageszeitung	2653	78
lokale Anzeigen- und Sonntagsblätter	2483	73
Amtsblatt (früherer Name: StadtNachrichten)	1933	57
Besuch von Gemeinderatssitzungen	125	4
Teilnahme an Bürgerversammlungen	305	9
Veranstaltungen von Vereinen/Parteien	268	8
Informationsbroschüren der Stadt	1171	35
Ortschafts-/Stadtteilblätter	1485	44
Internet	558	16
Lokalfernsehen	1434	42
insgesamt	3392	100

Mehrfachnennungen möglich

40. Haben Sie Zugang zum Internet?

	Anzahl der Nennungen	%
nein	1096	32
ja, zu Hause	1856	55
ja, am Arbeitsplatz (auch Schule, Uni u.ä.)	1191	35
ja, an einem sonstigen Ort (z.B. Internetcafé, Bibliothek)	264	8
insgesamt	3392	100

41. Wie häufig nutzen Sie das Internet?

	Zahl der Nennungen	%
täglich/fast täglich	999	45
mehrmals in der Woche	547	25
etwa einmal in der Woche	290	13
seltener	371	17
insgesamt	2208	100

42. Wofür soll die Stadt mehr ausgeben, wo soll sie sparen? (in %)

	einsparen	unverändert	mehr ausgeben
	%	%	%
sozialer Wohnungsbau	13	45	41
Ausbau des Straßennetzes	41	46	13
Instandhaltung der Straßen	12	62	26
kommunales Beschäftigungsprogramm	25	47	28
Instandhaltung und Bau von Schulen	2	37	61
Kindergärten und Kindertagesheime	2	43	55
Treffpunkte für die Jugend	7	50	43
Spielplätze	6	69	24
Schwimmbäder	12	62	25
Sportanlagen	18	69	12
Theater	30	59	11
Museen	24	67	10
Stadtbibliothek	13	71	16
Einrichtungen für Senioren	8	69	23
ambulante Sozialdienste	4	58	38
Betreuung ausländischer Mitbürger	28	54	18
Beratungsstellen (Erziehung, Drogen, Alkohol)	12	56	32
Bürgerhäuser	43	53	4
Volkshochschule	15	74	10
Wirtschaftsförderung	19	47	34
Ausbau des Radwegenetzes	23	60	17
öffentliche Verkehrsmittel	8	75	17
Park- und Grünanlagen	13	73	14
Modernisierung und Sanierung in den Wohngebieten	15	57	28
Sauberkeit in der Stadt	9	58	33
Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten	26	54	21
Umweltschutz	7	64	29
Müllbeseitigung	7	76	17
Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit	5	55	40
Drogenbekämpfung/Drogenhilfe	10	55	35

42. Wofür soll die Stadt mehr ausgeben, wo soll sie sparen? (Anzahl)

	einsparen	un- verändert	mehr ausgeben	insgesamt
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
sozialer Wohnungsbau	356	1221	1114	2691
Ausbau des Straßennetzes	1218	1372	382	2972
Instandhaltung der Straßen	353	1894	797	3044
kommunales Beschäftigungsprogramm	535	1014	604	2153
Instandhaltung und Bau von Schulen	62	1055	1734	2851
Kindergärten und Kindertagesheime	57	1106	1423	2586
Treffpunkte für die Jugend	181	1270	1106	2557
Spielplätze	162	1832	643	2637
Schwimmbäder	365	1832	746	2943
Sportanlagen	511	1922	342	2775
Theater	906	1762	318	2985
Museen	706	1977	285	2967
Stadtbibliothek	391	2064	458	2913
Einrichtungen für Senioren	183	1615	533	2331
ambulante Sozialdienste	97	1449	954	2500
Betreuung ausländischer Mitbürger	660	1293	423	2376
Beratungsstellen (Erziehung, Drogen, Alkohol)	312	1468	852	2632
Bürgerhäuser	1084	1321	101	2506
Volkshochschule	431	2085	285	2800
Wirtschaftsförderung	480	1199	849	2527
Ausbau des Radwegenetzes	698	1823	523	3044
öffentliche Verkehrsmittel	236	2322	529	3087
Park- und Grünanlagen	402	2260	420	3081
Modernisierung und Sanierung in den Wohngebieten	443	1619	799	2861
Sauberkeit in der Stadt	268	1825	1040	3133
Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten	769	1612	614	2995
Umweltschutz	206	1934	883	3023
Müllbeseitigung	208	2361	528	3097
Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit	164	1697	1219	3079
Drogenbekämpfung/Drogenhilfe	281	1477	939	2696

43. Wie werden sich die vom Gemeinderat beschlossenen Sparmaßnahmen auf Ihre persönlichen Verhältnisse auswirken?

	Zahl der Nennungen	%
sehr stark	75	3
stark	226	9
teils/teils	1325	54
wenig	689	28
überhaupt nicht	158	6
insgesamt	2472	100

VI. Fragen zu Ihrer Person

44. Befragungspersonen nach Altersgruppen

	Zahl der Nennungen	%
18 bis unter 25 Jahren	345	10
25 bis unter 30 Jahren	278	8
30 bis unter 45 Jahren	1021	30
45 bis unter 65 Jahren	1012	30
65 bis unter 75 Jahren	402	12
75 Jahre und älter	295	9
insgesamt	3352	100

44. Befragungspersonen nach Geschlecht

	Zahl der Nennungen	%
weiblich	1883	56
männlich	1477	44
insgesamt	3360	100

46. Befragungspersonen nach Staatsangehörigkeit

	Zahl der Nennungen	%
deutsch	3099	92
nicht-deutsch	252	8
insgesamt	3351	100

47. Wie viele Personen, Sie selbst eingeschlossen, leben ständig in Ihrem Haushalt?

Anzahl der Personen im Haushalt

	Zahl der Nennungen	%
1	772	23
2	1314	40
3	569	17
4	447	14
5 und mehr	201	6
insgesamt	3303	100

Anzahl der Personen unter 8 Jahren im Haushalt

	Zahl der Nennungen	%
keine	2902	86
1	313	9
2	146	4
3 und mehr	27	1
insgesamt	3389	100

Anzahl der Personen von 8 bis unter 14 Jahren im Haushalt

	Zahl der Nennungen	%
keine	3032	89
1	249	7
2	91	3
3 und mehr	17	0
insgesamt	3389	100

Anzahl der Personen von 14 bis unter 18 Jahren im Haushalt

	Zahl der Nennungen	%
keine	3083	91
1	229	7
2	55	2
3 und mehr	22	1
insgesamt	3389	100

48. Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie?

	Zahl der Nennungen	%
Volks-/Hauptschulabschluss	783	24
Mittlere Reife /Realschulabschluss	722	22
Abitur/(Fach-)Hochschulreife	939	28
(Fach-)Hochschulabschluss	801	24
keinen Schulabschluss	39	1
noch Schüler/Schülerin	29	1
insgesamt	3312	100

49. Sind Sie gegenwärtig erwerbstätig oder was trifft sonst auf Sie zu?

	Anzahl der Nennungen	%
ganztags berufstätig	1212	36
teilzeitbeschäftigt	443	13
geringfügig oder stundenweise beschäftigt (400-Euro-Job)	293	9
in Berufsausbildung, Lehre, Wehrdienst, Zivildienst	72	2
arbeitslos	157	5
Rentner(in)/Pensionär(in)	855	25
Schüler(in)/Student(in)	328	10
Hausfrau/Hausmann	393	12
etwas anderes	138	4
insgesamt	3392	100

Mehrfachnennungen möglich

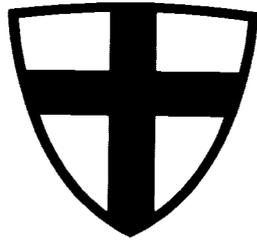
50. Wenn Sie erwerbstätig sind oder waren, was trifft auf Sie zu?

	Zahl der Nennungen	%
Arbeiter/in	324	11
Facharbeiter	139	5
Vorarbeiter, Meister	58	2
Angestellte/r, ausführende Tätigkeit	396	13
Angestellte/r, qualifizierte Tätigkeit	985	34
Angestellte/r, leitende Funktion	285	10
Beamtin/Beamter, einfacher oder mittlerer Dienst	84	3
Beamtin/Beamter, gehobener Dienst	149	5
Beamtin/Beamter, höherer Dienst	121	4
selbständige/r Akademiker/in	157	5
andere/r Selbständige/r	240	8
insgesamt	2938	100

51. Haushaltsnettoeinkommen

	Zahl der Nennungen	%
unter 750 Euro	263	9
750 bis unter 1000 Euro	223	8
1000 bis unter 1250 Euro	276	10
1250 bis unter 1500 Euro	282	10
1500 bis unter 1750 Euro	231	8
1750 bis unter 2000 Euro	224	8
2000 bis unter 2250 Euro	259	9
2250 bis unter 2500 Euro	222	8
2500 bis unter 3000 Euro	288	10
3000 bis unter 3500 Euro	230	8
3500 Euro und mehr	282	10
insgesamt	2778	100

Ihre Meinung ist uns wichtig!



Stadt Freiburg im Breisgau

Befragung der Freiburger Bürgerinnen und Bürger 2003

Was Sie noch wissen müssen!

- M Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen im beigefügten Rückumschlag innerhalb der nächsten 14 Tage an uns zurück. Somit entstehen Ihnen keine Portokosten. Sie können den Fragebogen auch in den Rathäusern, in den Ortsverwaltungen, im Bürgeramt oder im Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Wilhelmstr. 20a, 79098 Freiburg abgeben.
- M Beantworten Sie bitte die Fragen persönlich, und achten Sie bitte beim Ausfüllen auf die entsprechenden Hinweise bei den jeweiligen Fragen.
- M Die Daten werden ohne Namen beim Amt für Statistik gespeichert und sind ausschließlich für summarische Auswertungen und statistische Untersuchungen bestimmt. Wir versichern Ihnen, dass Ihre Angaben nach den strengen Anforderungen des Datenschutzes behandelt werden. Ihre Teilnahme ist freiwillig, doch bedenken Sie, dass Ihre Aussagen für die Stadtpolitik sehr wichtig sind.

Wenn Sie Fragen haben, dann stehen Ihnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter der Telefonnummer 201-3284 zur Verfügung. Gerne können Sie uns auch eine Nachricht per E-Mail (statistik@stadt.freiburg.de) oder Telefax (201-3299) senden.

5. Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit die größten Probleme in Freiburg?

(Bitte **alles** Zutreffende ankreuzen.)

- | | | |
|---|--------------------------|----|
| schlechte Parkmöglichkeiten | <input type="checkbox"/> | 01 |
| öffentlicher Nahverkehr | <input type="checkbox"/> | 02 |
| zu geringes Wohnungsangebot | <input type="checkbox"/> | 03 |
| zu hohe Mieten | <input type="checkbox"/> | 04 |
| Verkehrsbelastung | <input type="checkbox"/> | 05 |
| Arbeitslosigkeit | <input type="checkbox"/> | 06 |
| mangelnde Ausländerintegration | <input type="checkbox"/> | 07 |
| Lärmbelastung | <input type="checkbox"/> | 08 |
| fehlende Kindergärten | <input type="checkbox"/> | 09 |
| fehlende kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen | <input type="checkbox"/> | 10 |
| mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen | <input type="checkbox"/> | 11 |
| mangelndes Angebot an Einrichtungen für Senioren | <input type="checkbox"/> | 12 |
| angespannte Haushaltsslage der Stadt | <input type="checkbox"/> | 13 |
| Unsicherheit im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel (Belästigung, Raub) | <input type="checkbox"/> | 14 |
| Sicherheit und Ordnung (Drogen, Raub, Vandalismus etc.) | <input type="checkbox"/> | 15 |
| Passantenbelästigung (z. B. Bettelei) | <input type="checkbox"/> | 16 |
| politischer Extremismus | <input type="checkbox"/> | 17 |
| Ausländerfeindlichkeit | <input type="checkbox"/> | 18 |
| kommunale Steuern und Abgaben (Müll, Abwasser, Energie) | <input type="checkbox"/> | 19 |
| mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen | <input type="checkbox"/> | 20 |

Welches der oben angekreuzten Probleme ist das wichtigste?

(Bitte nur **eine** Nummer angeben.)

**6. Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit den folgenden Aspekten der Stadt Freiburg?
Bitte geben Sie auch jeweils an, wie wichtig dieser Aspekt für Sie persönlich ist.**

Bitte in jede Zeile ein Kreuz bei Zufriedenheit und ein Kreuz bei Wichtigkeit!	Zufriedenheit						Wichtigkeit			
	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	unzufrieden	sehr unzufrieden	kann ich nicht beurteilen/ trifft nicht zu	wichtig	teils/teils	unwichtig	kann ich nicht beurteilen
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4
den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Einkaufsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den öffentlichen Verkehrsmitteln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Sportanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Schwimmbädern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der Umweltsituation (Luft, Wasser, Natur)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Spielmöglichkeiten für Kinder/ den Spielplätzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
dem Angebot an Kindergärten/ den Kindertagesstätten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
dem Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der öffentlichen Sicherheit/ dem Schutz vor Kriminalität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den kulturellen Einrichtungen/Veranstalt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
dem Angebot an Parks/Grünanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der Regelung des Autoverkehrs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Radwegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Parkmöglichkeiten in der Innenstadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
dem Angebot an weiterführenden Schulen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der ärztlichen Versorgung/ den Krankenhäusern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
dem Angebot an Einrichtungen für Senioren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
dem Angebot an Jugendeinrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der Atmosphäre in der Stadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
der Sauberkeit auf Plätzen und Straßen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Naherholungsangeboten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
den Gaststätten, Restaurants und anderen ähnlichen Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					

II. Familie und soziale Unterstützung

7. Gibt es in Ihrem Haushalt Kinder, die jünger als 12 Jahre sind?

ja  (weiter mit Frage 8) nein  (weiter mit Frage 13)

8. Wie alt sind diese Kinder? Handelt es sich jeweils um einen Jungen oder ein Mädchen?

		1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind
Bitte eintragen:	Alter (in Jahren):	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Geschlecht:	<input type="checkbox"/> Mädchen <input type="checkbox"/> Junge			

9. Bitte sagen Sie uns jeweils für jedes dieser Kinder, ob es draußen in unmittelbarer Nähe der Wohnung spielen kann? Welche der folgenden Aussagen ist am ehesten zutreffend?

(Bitte für jedes Kind **nur eine** Antwort ankreuzen.)

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind
ja, ohne Beaufsichtigung und ohne Bedenken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, ohne Beaufsichtigung aber mit Bedenken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, aber nur unter Aufsicht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein, das ist überhaupt nicht möglich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Hat Ihr Kind in erreichbarer Nähe Spielkameraden? Welche Aussage ist am ehesten zutreffend?

(Bitte für jedes Kind **nur eine** Antwort ankreuzen – die Aussage, die am ehesten zutrifft.)

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind
ja, kann die Spielkameraden auch selber erreichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, kann die Spielkameraden selber erreichen, aber der Weg dahin ist problematisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, aber der Transport zu den Spielkameraden muss organisiert werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nein, Spielkameraden sind nicht vorhanden bzw. nicht erreichbar	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Auf dieser Liste stehen mögliche Schwierigkeiten und Probleme, die Eltern bei der Kinderbetreuung haben können. Bitte geben Sie an, ob Sie mit diesen Punkten große Probleme, teilweise Probleme oder keine Probleme haben bzw. früher hatten. Und bei welchen Aspekten rechnen Sie gegebenenfalls für die Zukunft mit Problemen?

	große Probleme	teilweise Probleme	keine Probleme	zukünftig Probleme
Vor der Kindergartenzeit				
fehlende Betreuungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu teure Betreuungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nur Betreuungsmöglichkeiten, mit denen ich nicht einverstanden bin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In der Kindergartenzeit				
fehlende Kindergartenplätze überhaupt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu große Gruppen im Kindergarten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fehlende Ganztags-Kindergartenplätze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fehlende Vormittags-Kindergartenplätze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungünstige Öffnungszeiten des Kindergartens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schließzeiten wegen Ferien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kindergarten zu teuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausfälle, z. B. durch Krankheit der Betreuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu langer Weg zum Kindergarten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
schlechte Ausstattung im Kindergarten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In der Schulzeit				
zu große Schulklassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu langer Weg zur Schule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungünstige Unterrichtszeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
gewünschte Schulart nicht in der Nähe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
häufiger Unterrichtsausfall	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fehlende Vormittagsbetreuung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fehlende Nachmittagsbetreuung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Wenn Sie einmal an eine normale Woche denken, übernehmen außer Ihnen noch andere Personen zeitweise die Betreuung des Kindes/der Kinder? Wenn ja, welche Personen sind das und wie viele Stunden pro Woche übernehmen diese Personen die Betreuung?

	Ja	Nein	Anzahl der Stunden pro Woche
(Ehe-) Partner	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Großeltern des Kindes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
ältere Geschwister	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
andere Verwandte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Tagesmutter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Kindergarten/Hort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
andere (z. B. Babysitter, Nachbarn)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>

13. Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie bei den folgenden Aussage, ob Sie jeweils „völlig zustimmen“, „eher zustimmen“, „eher ablehnen“ oder „völlig ablehnen“. <i>(Bitte pro Zeile ein Kästchen ankreuzen.)</i>	völlig zustimmen	eher zustimmen	eher ablehnen	völlig ablehnen
Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In der Familie ist vor allem die Frau für die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zuständig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Sind die folgenden Punkte in Ihrer gegenwärtigen Lebenssituation für Sie persönlich bzw. für den Haushalt, in dem Sie leben, ein Problem?	ein sehr großes Problem	ein großes Problem	ein mittleres Problem	ein geringes Problem	überhaupt kein Problem	trifft nicht zu
Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/>					
fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>					
ungünstige oder wechselnde Arbeitszeiten	<input type="checkbox"/>					
Erziehungsprobleme, Schulprobleme	<input type="checkbox"/>					
Wohnungsprobleme (z. B. zu klein, zu teuer, ungeeignet)	<input type="checkbox"/>					
geringes Einkommen, geringe Rente	<input type="checkbox"/>					
eigene Pflegebedürftigkeit	<input type="checkbox"/>					
Pflegebedürftigkeit von Angehörigen	<input type="checkbox"/>					
Einsamkeit, Isolation, keine oder kaum Kontakte	<input type="checkbox"/>					
selbstständige Führung des Haushaltes (z.B. Behinderung, Pflegebedürftigkeit)	<input type="checkbox"/>					

15. Stellen Sie sich einmal vor, Sie kommen plötzlich in eine Situation, in der Sie innerhalb weniger Tage für einige Wochen fremde Hilfe benötigen (z. B. bei einer Krankheit). Hätten Sie Angehörige, Freunde, Nachbarn oder Kollegen, mit deren Hilfe Sie Ihre momentane Lage bewältigen könnten, oder müssten Sie sich an eine öffentliche Einrichtung wenden?

- | | | | |
|---|--------------------------|---------------------------------|--------------------------|
| Ja, Angehörige würden mir helfen. | <input type="checkbox"/> | Ja, Nachbarn würden mir helfen. | <input type="checkbox"/> |
| Ja, Freunde würden mir helfen. | <input type="checkbox"/> | Ja, Kollegen würden mir helfen. | <input type="checkbox"/> |
| Nein, ich müsste mich an eine öffentliche Einrichtung wenden. | | | <input type="checkbox"/> |

16. Wie viele Ihrer Verwandten und Ihrer Freunde bzw. Freundinnen wohnen in Freiburg?

	keiner/ keine	wenige	viele	sehr viele/ alle
Verwandte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freunde bzw. Freundinnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Pflegen oder betreuen Sie zur Zeit eine ältere, kranke oder behinderte Person?

Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>  (weiter mit Frage 17.1)			
 (weiter mit Frage 18)	17.1 Wenn ja, wie groß ist der tägliche Umfang der Tätigkeit (in Stunden)?	1 ½ Std. (mind. tägl.) <input type="checkbox"/>	3 Std. (mind. tägl.) <input type="checkbox"/>	5 Std. oder mehr täglich <input type="checkbox"/>
	17.2 Wenn ja, pflegen Sie diese Person in deren eigener Wohnung?	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  (weiter mit Frage 19)		

18. Stellen Sie sich einmal vor, eine Ihnen nahestehende Person wird pflegebedürftig, das hieße, sie könnte ihren Haushalt nicht mehr führen, sie bräuchte Hilfe bei der Körperpflege und beim Toilettengang und sie käme im Alltag ohne fremde Hilfe nicht zurecht Welche der folgenden Möglichkeiten kämen für Sie in Frage?

(Bitte **nur ein** Kästchen ankreuzen.)

	auf jeden Fall	eventuell	auf keinen Fall
den Verwandten allein und ohne fremde Hilfe zu Hause pflegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Pflege zu Hause übernehmen, aber Unterstützung durch einen Pflegedienst, z. B. eine Sozialstation, suchen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für den Verwandten einen Platz in einem gut geführten Pflegeheim in der Nachbarschaft suchen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Verwandten zu Hause mit der Hilfe von Freunden und Bekannten pflegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Würden Sie sich zutrauen, diese Situation allein zu bewältigen – oder bräuchten Sie in jedem Fall Hilfe durch Beratung?

- | | |
|---|--------------------------|
| Ich würde mir zutrauen, die Situation allein zu bewältigen. | <input type="checkbox"/> |
| Ich bräuchte in jedem Fall Hilfe durch Beratung. | <input type="checkbox"/> |
| weiß nicht | <input type="checkbox"/> |

20. Wüssten Sie, wer Sie in Freiburg in solch einer Situation beraten könnte?

Nein Ja, und zwar

III. Wohnen

21. Wenn Sie einmal die Vor- und Nachteile Ihrer Wohnung betrachten, wie zufrieden sind Sie dann mit Ihrer Wohnung?

	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß ich nicht
	<input type="checkbox"/>					

22. Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Eigenschaften Ihrer Wohnung?

	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß ich nicht
Ausstattung der Wohnung	<input type="checkbox"/>					
Kosten der Wohnung	<input type="checkbox"/>					
Soziales Umfeld / Nachbarschaft	<input type="checkbox"/>					
Gestaltung des Wohnumfeldes	<input type="checkbox"/>					
Lage der Wohnung	<input type="checkbox"/>					

23. Welche Wohnfläche hat die gesamte Wohnung - einschließlich Küche, Bad und Flur -?

_____ m² nicht bekannt

24. Wie viele Wohnräume hat die Wohnung - ohne Küche, Bad und Flur -?

_____ Räume

25. Wie beurteilen Sie insgesamt die Größe Ihrer Wohnung? Ist sie für Ihren Haushalt

	viel zu klein	etwas zu klein	gerade richtig	etwas zu groß	viel zu groß	weiß ich nicht
	<input type="checkbox"/>					

26. Wohnen Sie in einer Mietwohnung, einer Eigentumswohnung oder in einem eigenen Haus?

Mietwohnung (auch Untermiete) Eigentumswohnung eigenes Haus

27. Haben Sie vor, innerhalb der nächsten zwei Jahre aus Ihrer jetzigen Wohnung auszuziehen

nein, kein Umzug vorgesehen  (weiter mit Frage 29)

unter Umständen, vielleicht

ja, ist vorgesehen

37. Wie finden Sie Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten?					
sehr gut vertreten	gut vertreten	teils/ teils	schlecht vertreten	sehr schlecht vertreten	weiß ich nicht
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Informieren Sie sich über Kommunalpolitik in Freiburg?		
regelmäßig	unregelmäßig	überhaupt nicht
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Wie informieren Sie sich über das kommunalpolitische Geschehen in Freiburg?	
<i>(Bitte alles Zutreffende ankreuzen.)</i>	
Rundfunk	<input type="checkbox"/>
Tageszeitung	<input type="checkbox"/>
lokale Anzeigen- und Sonntagsblätter	<input type="checkbox"/>
Amtsblatt (früherer Name: "StadtNachrichten")	<input type="checkbox"/>
Besuch von Gemeinderatssitzungen	<input type="checkbox"/>
Teilnahme an Bürgerversammlungen	<input type="checkbox"/>
Veranstaltungen von Vereinen/Parteien	<input type="checkbox"/>
Informationsbroschüren der Stadt	<input type="checkbox"/>
Ortschafts-/Stadtteilblätter	<input type="checkbox"/>
Internet	<input type="checkbox"/>
Lokalfernsehen (TV Südbaden, FR-TV)	<input type="checkbox"/>

40. Haben Sie Zugang zum Internet? <i>(Mehrfachnennungen möglich)</i>	
ja, zu Hause	<input type="checkbox"/>
ja, am Arbeitsplatz (auch Schule, Uni u.ä.)	<input type="checkbox"/>
ja, an einem sonstigen Ort (z.B. Internetcafé, Bibliothek u.ä.)	<input type="checkbox"/>
nein	<input type="checkbox"/>  <i>(weiter mit Frage 42)</i>

41. Wie häufig nutzen Sie das Internet?			
täglich/fast täglich	<input type="checkbox"/>	etwa einmal die Woche	<input type="checkbox"/>
mehrmals die Woche	<input type="checkbox"/>	seltener	<input type="checkbox"/>

42. Die Stadt Freiburg kann sich - genau wie ein Privathaushalt - nicht alles gleichzeitig leisten. Meistens muss man, wenn man für eine Sache mehr ausgeben will, bei anderen Aufgaben/Ausgaben einsparen.

Bitte geben Sie für jeden Aufgabenbereich an, wo nach Ihrer Meinung die Stadt

- einsparen kann, also Leistungen einschränken soll,
- die Aufgaben unverändert bleiben sollen,
- die Leistungen verbessert, also mehr ausgegeben werden soll.

Denken Sie bitte daran, dass Mehrausgaben an der einen Stelle nur durch Einsparungen an anderer Stelle bezahlt werden können.

(Bitte pro Zeile ein Kästchen ankreuzen.)

	ein- sparen	unver- ändert	mehr ausgeben	weiß ich nicht
sozialer Wohnungsbau	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausbau des Straßennetzes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Instandhaltung der Straßen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kommunales Beschäftigungsprogramm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Instandhaltung und Bau von Schulen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kindergärten und Kindertagesheime	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Treffpunkte für die Jugend	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Spielplätze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schwimmbäder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Theater	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Museen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtbibliothek	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einrichtungen für Senioren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ambulante Sozialdienste	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Betreuung ausländischer Mitbürger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beratungsstellen (Erziehung, Drogen, Alkohol)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bürgerhäuser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Volkshochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftsförderung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausbau des Radwegenetzes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
öffentliche Verkehrsmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Park- und Grünanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Modernisierung und Sanierung in den Wohngebieten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sauberkeit in der Stadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Müllbeseitigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drogenbekämpfung/Drogenhilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
anderes, und zwar	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Der Gemeinderat hat in der letzten Zeit eine Reihe von Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt beschlossen. Werden sich diese Entscheidungen auf Ihre persönlichen Verhältnisse auswirken?

sehr stark	stark	teils/teils	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht
<input type="checkbox"/>					

VI. Fragen zu Ihrer Person

44. Ihr Geburtsjahr? 19 ..

45. Ihr Geschlecht? weiblich männlich

46. Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit? ja nein

47. Wie viele Personen, Sie selbst eingeschlossen, leben ständig in Ihrem Haushalt?

Anzahl der Personen im Haushalt

Wie viele Personen sind im Alter...

... unter 8 Jahren

... von 8 bis unter 14 Jahren

.. von 14 bis unter 18 Jahren

48. Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie?

(Bitte nur ein Kästchen ankreuzen.)

Volks-/Hauptschule (Fach-)Hochschulabschluss

Mittlere Reife/Realschulabschluss keinen Schulabschluss

Abitur/(Fach-)Hochschulreife noch Schüler/Schülerin

49. Sind Sie gegenwärtig erwerbstätig oder was trifft sonst auf Sie zu?

(mehrere Nennungen möglich)

ganztags berufstätig Rentner(in)/Pensionär(in)

teilzeitbeschäftigt Schüler(in)/Student(in)

geringfügig oder stundenweise beschäftigt (400-Euro-Job, Mini-Job) Hausfrau/Hausmann

in Berufsausbildung, Lehre, Wehrdienst, Zivildienst etwas anderes

arbeitslos

50. Wenn Sie erwerbstätig sind oder waren, was trifft für Sie zu . . .

(Bitte nur ein Kästchen ankreuzen.)

Arbeiterin/Arbeiter, und zwar

Arbeiter Facharbeiter Vorarbeiter, Meister

Angestellte/Angestellter, und zwar in

ausführender Tätigkeit (z. B. Verkauf, Schreibkraft)

qualifizierter Tätigkeit (z. B. Sachbearbeitung)

leitender Funktion (z. B. Abteilungsleiter, Prokurist, Direktor)

Beamtin/Beamter, und zwar im

einfachen oder mittleren Dienst gehobenen Dienst höheren Dienst

Selbständige/Selbständiger, und zwar

selbständige/r Akademiker/in andere/r Selbständige/r

51. Wenn Sie alles zusammenrechnen, was der gesamte Haushalt an Einkommen hat, also Lohn, Gehalt, Rente, Kindergeld oder andere Einkünfte nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung, wie hoch ist dann das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen des gesamten Haushalts?

(Bitte nur ein Kästchen ankreuzen.)

unter 750 Euro	<input type="checkbox"/>	2000 bis unter 2250 Euro	<input type="checkbox"/>
750 bis unter 1000 Euro	<input type="checkbox"/>	2250 bis unter 2500 Euro	<input type="checkbox"/>
1000 bis unter 1250 Euro	<input type="checkbox"/>	2500 bis unter 3000 Euro	<input type="checkbox"/>
1250 bis unter 1500 Euro	<input type="checkbox"/>	3000 bis unter 3500 Euro	<input type="checkbox"/>
1500 bis unter 1750 Euro	<input type="checkbox"/>	3500 Euro und mehr	<input type="checkbox"/>
1750 bis unter 2000 Euro	<input type="checkbox"/>	kann/will die Frage nicht beantworten	<input type="checkbox"/>

52. Ich habe für den Gemeinderat und die Stadtverwaltung noch folgende Anregungen:

.....

.....

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

VERÖFFENTLICHUNGEN

des Amtes für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg seit 1978

Gebühr¹⁾ in EUR
(Stand: 1. Januar 2003)

Statistische Reihen

1.	Halbjahresheft I (Reihe seit 1989 eingestellt)		8,--
2.	Halbjahresheft II (Reihe seit 1989 eingestellt)		8,--
3.	Jahresheft		10,--
4.	Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg		10,--
	- Bevölkerungsheft: Struktur der Bevölkerung (Reihe seit 2005 eingestellt) (Kleinräumige Auswertung der Einwohnerdatei, jeweils zum 1. Januar)		10,--
	- Bürgerumfrage (alle zwei Jahre)		15,--
	- Gebäudeheft: Struktur der Gebäude und Wohnungen (Reihe seit 2004 eingestellt) (Kleinräumige Auswertung der Gebäudedatei, jeweils zum 1. Januar)		8,--
	- Schulheft: Allgemeinbildende Schulen	bis Herbst 1994	8,--
	- Schulheft: Berufliche Schulen		8,--
	- Bildung in Freiburg (ab Schuljahr 1995/96) (Reihe seit 2001 eingestellt)		10,--
	- Sozialheft: Struktur der Sozialhilfeempfänger (Auswertung des Freiburger Sozialhilfebeobachtungssystems)		10,--
	- Wahlheft: Analyse des Wahlergebnisses (anlässlich jeder einzelnen Wahl)	ab	13,--
	- Sonderberichte	ab	5,--

¹⁾ (ohne Versandkosten)

Textbeiträge in den verschiedenen Statistischen Reihen des Amtes

Natürliche Grundlagen

- Das Klima im Stadtgebiet von Freiburg
(Ltd. Reg. Direktor Dipl. Met. H. Trenkle, Deutscher Wetterdienst - Zentrale Medizinmeteorologische Forschungsstelle Freiburg) • Jahresheft 1978 (vergriffen)
- Flächennutzung der Stadt Freiburg - Die Ergebnisse der Flächenerhebung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (Städtevergleich) • Jahresheft 1980
- Die erdgeschichtliche Situation der Stadt Freiburg und deren Einfluss auf ihre Natur- und Kulturlandschaft
(Prof. Dr. Kurt Sauer, Präsident i. R., Geol. Landesamt Baden-Württemberg) • Jahresheft 1981 (vergriffen)
- Eine Periode mit hoher Luftverschmutzung in Freiburg, Januar 1982
(Dr. E. Schultz, Deutscher Wetterdienst, Zentrale Medizinmeteorologische Forschungsstelle Freiburg)
• Halbjahresheft 2/1981 (vergriffen)
- Bioklimatische und lufthygienische Probleme der Stadt Freiburg
(Dr. E. Schultz, Deutscher Wetterdienst, Zentrale Medizinmeteorologische Forschungsstelle Freiburg)
• Jahresheft 1983 (vergriffen)
- Naturschutz in Freiburg - Erfahrungen des Naturschutzbeauftragten
(Direktor Dr. H. Volk, Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt) • Jahresheft 1983 (vergriffen)

- Luftverschmutzung in Freiburg: Räumliche Verteilung und Einfluss des Wetters (von Bernward Janzing)
 - Jahresheft 1993

Bevölkerung

- Wo wohnen die Freiburger Uni-Studenten? • Halbjahresheft 1/1978 (vergriffen) und • Halbjahresheft 1/1980
- Zur räumlichen Mobilität in den Stadtbezirken von Freiburg • Halbjahresheft 2/1978 (vergriffen)
- Die Auswertung der Lohnsteuerkartenempfängerstatistik (1980) • Halbjahresheft 1/1979 (vergriffen)
- Die Entwicklung der Geburten seit 1950 in Freiburg • Bevölkerungsheft 1980 (vergriffen)
- Umzüge in Freiburg i. Br. in den Jahren 1977 bis 1980
(Th. Willmann, Institut für Soziologie der Uni Freiburg) • Halbjahresheft 1/1981
- Der Altersaufbau der wohnberechtigten Bevölkerung in Freiburg nach Status der Wohnung und Familienstand
Der Wandel in der Altersstruktur der Freiburger Wohnbevölkerung seit 1966
Die Altersstruktur der Freiburger Wohnbevölkerung im Vergleich zu der einiger ausgewählter Städte und Landkreise in Baden-Württemberg • Bevölkerungsheft 1981 (vergriffen)
- Ausländer in Freiburg (Strukturdaten) • Bevölkerungsheft 1982 (vergriffen)
- Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Freiburg bis zum Jahre 2000 • Beiträge zur Stadtforschung und Stadtentwicklung Hrsg.: Bürgermeisteramt der Stadt Freiburg, Heft 14, Oktober 1981 (vergriffen)
- Das Meldegesetz und die amtliche Einwohnerzahl (S. Wimmer, Dezernent des Deutschen Städtetages)
Das neue Meldegesetz für Baden-Württemberg (H. F. Umlandt, Referent im Innenministerium Baden-Württemberg) • Bevölkerungsheft 1983 (vergriffen)
- Die Kleinkinder im Stadtgebiet • Bevölkerungsheft 1985 (vergriffen)
- Alte Menschen in Freiburg - Demographische Aspekte - • Bevölkerungsheft 1985 (vergriffen)
- Die Kriminalität in Freiburg • Halbjahresheft 1/1985
- Asylbewerber und Asylberechtigte im April 1986 in Freiburg • Halbjahresheft 2/1985 (vergriffen)
- Signale der gesellschaftlichen Entwicklung in Freiburg • Jahresheft 1985 (vergriffen)
- Berufliche Segregation und räumliche Differenzierung • Bevölkerungsheft 1986 (vergriffen)
- Ausländer in Freiburg (Beiträge verschiedener Autoren) • Sonderbericht Stadtforschung 1988
- Mieter der Siedlungsgesellschaft Freiburg GmbH - Ein Vergleich mit der gesamtstädtischen Bevölkerung (R. Theis, M.A.) • Bevölkerungsheft 1988 (vergriffen)
- Straßenpunks in Freiburg (J. Weerenbeck) • Halbjahresheft 1/1988 (vergriffen)
- Studenten in Freiburg • Allgemeinbildende Schulen 1988 (vergriffen)
- Ausländerkriminalität in Freiburg im Spiegel der Statistik (Prof. Dr. Josef Kürzinger)
 - Halbjahresheft 2/1988
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 25. Mai 1987 in Freiburg
 - Sonderbericht Zählungen 1989 (vergriffen)
- Eheschließungen und Scheidungen (C. Schweizer)
Die Altenbevölkerung in Freiburg (M. Meßmer) • Bevölkerungsheft 1989 (vergriffen)
- Vertriebene, Aussiedler und Übersiedler (Beiträge verschiedener Autoren)
 - Sonderbericht Stadtforschung 1989
- Wie leben die Studenten in Freiburg? • Allgemeinbildende Schulen 1989 (vergriffen)
- Die Wachstumsregion Freiburg • Sonderbericht Zählungen 1991 - Heft 1
- Alleinerziehende in Freiburg • Sonderbericht Zählungen 1992 - Heft 2
- Die Einwohnerzahl von Freiburg
Trendumkehr im Wachstum der Großstädte • Bevölkerungsheft 1992 (vergriffen)

- Ältere Menschen in Freiburg • Sonderbericht Zählungen 1992 - Heft 3
- Die Ausländerbevölkerung in Freiburg
Bildung und Geld bestimmen maßgeblich die Wahl des Wohngebiets - Die sozialräumliche Gliederung der Stadt Freiburg • Bevölkerungsheft 1993
- Das mobile Freiburg - Wanderungen seit 1987 (B. Maus)
Ausländerinnen und Ausländer im Seniorenalter • Bevölkerungsheft 1995 (vergriffen)
- Haushaltsstrukturen in Freiburg • Bevölkerungsheft 1996 (vergriffen)
- Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung für Freiburg - 1995 bis 2005 (B. Maus)
• Sonderbericht Stadtforschung 1996
- Ist die Familie gefährdet? • Bevölkerungsheft 1998 (R. Tressel und Th. Willmann)
- Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung für Freiburg - 1998 bis 2010 (B. Maus)
• Sonderbericht Stadtforschung 1999
- Bürgerumfrage 1999 in Freiburg (R. Tressel und Th. Willmann)
• Sonderbericht Stadtforschung 2000
- Bürgerumfrage 2001 in Freiburg (P. Höfflin)
• Sonderbericht Stadtforschung 2002
- Zusammenleben im Wohngebiet – Eine Skala zur Messung des sozialen Klimas in Wohnquartieren am Beispiel Freiburgs
(Dr. Dietrich Oberwittler, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg)
• Jahresheft 2000-2001
- Bürgerumfrage 2003 in Freiburg (P. Höfflin)
• Sonderbericht Stadtforschung 2005

Gebäude, Wohnungen und Bodenmarkt

- Ergebnisse einer Auswertung der Wohnungsangebote in der örtlichen Tagespresse
• Gebäudeheft 1981 (vergriffen)
- Bodenpreise in Freiburg
(Dr. B. Blinkert, Institut für Soziologie der Uni Freiburg) • Gebäudeheft 1981 (vergriffen)
- Auswertung der Wohngelddatei des Amtes für Wohnungswesen - Informationen zu Wohnungen und Wohnungsmieten • Gebäudeheft 1982 und Halbjahresheft 2/1984 (vergriffen)
- Mietpreisentwicklung in Freiburg im Zeitraum 1982 - 1985
(Dr. M. Heisterkamp, Rechenzentrum der Uni Freiburg) • Halbjahresheft 2/1984 (vergriffen)
- Herkunft und Beschaffenheit der Bausteine des Freiburger Münsters
(Prof. Dr. Kurt Sauer, Präsident i. R. Geol. Landesamt Baden-Württemberg) • Gebäudeheft 1983 (vergriffen)
Ungleiche Mietbelastungen in ausgewählten Freiburger Stadtquartieren
(Dr. P. Höhmann und R. Bürkle, Institut für Soziologie der Uni Freiburg) • Gebäudeheft 1986 (vergriffen)
- Entwicklung der Baugenehmigungen 1985 - 1989
Die Mietpreise am 25. Mai 1987 in Freiburg • Gebäudeheft 1990
- Haushalte und Wohnungsversorgung 1987 • Gebäudeheft 1991
- Wohngeld im Städtevergleich 1990 • Gebäudeheft 1992
- Wohnungsmarktbeobachtung in Freiburg - 1994 bis 1996 • Sonderbericht Stadtforschung 1998
- Wohnungsmarkt - Wohnungsanzeigen • Gebäudeheft 1999

Infrastruktur

- Freizeit in den Waldlandschaften um Freiburg (vergriffen)
(Dr. H. Volk, Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg) • Halbjahresheft 2/1979

- Ärzte, Krankenhäuser und Apotheken in Freiburg • Jahresheft 1980
- Die Entwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens in der Stadt Freiburg - Rückblick und Ausblick - (W. Leupolz, Referent im Oberschulamt Freiburg) • Allgemeinbildende Schulen 1981 (vergriffen)
- Die Entwicklung des beruflichen Schulwesens in der Stadt Freiburg (vergriffen) (Bartels, Referent für das gewerbliche Schulwesen im Oberschulamt Freiburg) • Berufliche Schulen 1981
- Der Schülerrückgang und seine möglichen Folgen für die weitere Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen in der Stadt Freiburg und ihrem Umland (vergriffen) (Dr. W. Raether, Lehrstuhl für Erziehungsw. II der Uni Freiburg) • Allgemeinbildende Schulen 1982
- Schulkosten in Freiburg: 1976, 1979 und 1981 (R. Süß) • Berufliche Schulen 1982 (vergriffen)
- Die Stadt Freiburg als Schulträger öffentlicher Schulen (W. Elmlinger und H. Rombach, Schulverwaltungsamt) • Berufliche Schulen 1982 (vergriffen)
- Die Kindergartenentwicklung im Rahmen der kommunalen Sozialplanung der Stadt Freiburg. in den Jahren 1972 bis 1982 (V. Kolodziej und M. Haardt, Sozial- und Jugendamt) • Halbjahresheft 2/1982
- Hilfeangebote für psychisch Kranke und seelisch Behinderte in der Stadt Freiburg nach dem Stand Herbst 1983 (Dr. H. P. Mehl und K. Vetter, Sozial- und Jugendamt) • Jahresheft 1982
- Ausländische Kinder und Jugendliche in schulischen und außerschulischen, pädagogischen Einrichtungen in Freiburg (Beiträge verschiedener Autoren) • Allgemeinbildende Schulen 1983 (vergriffen)
- Sozial- und Jugendhilfe in Freiburg (Bürgermeister B. Kiefer und Prof. Dr. H. P. Mehl) • Halbjahresheft 2/1983 (vergriffen)
- Die Benutzer der Stadtbibliothek Freiburg Abonntenen und Besuchergemeinschaften der Städtischen Bühnen • Halbjahresheft 1/1984
- Die Gewerblichen Schulen IV in Freiburg (K. Beck, Oberstudiendirektor) • Berufliche Schulen 1984 (vergriffen)
- Das Colombischlössle als Museum für Ur- und Frühgeschichte - Infrastrukturuntersuchung und Bauaufnahme als Voraussetzung der Museumskonzeption (G. Biegel, M. A., Direktor des Museums für Ur- und Frühgeschichte) • Halbjahresheft 1/1985
- Die Gymnasien im Umland von Freiburg • Allgemeinbildende Schulen 1985 (vergriffen)
- Die Gewerblichen Schulen II in Freiburg (Oberstudiendirektor Dipl.-Ing. P. Burkart) • Berufliche Schulen 1985
- 125 Jahre Städtische Museen in Freiburg (Beiträge verschiedener Autoren) • Jahresheft 1985 (vergriffen)
- 130 Jahre Handelslehranstalt und 60 Jahre Walter-Eucken-Gymnasium in Freiburg (H. Mangold, Dipl.-Volkswirt und Oberstudiendirektor) • Berufliche Schulen 1986 (vergriffen)
- Ein Haus für alle Bürger: Kultur- und Tagungsstätte (W. Preker) • Gebäudeheft 1987 (vergriffen)
- Hauswirtschaftliche und Landwirtschaftliche Schulen (Oberstudiendirektorin M. Häfner) • Berufliche Schulen 1987 (vergriffen)
- Das Richard-Fehrenbach-Planetarium - Marketing-Überlegungen über die Zukunft eines Planetariums als Grundlage einer Programmkonzeption (O. Wöhrbach) • Halbjahresheft 2/1987 (vergriffen)
- Der Internationale Zelt-Musik-Festival e. V. - Rückblick auf die Entwicklung einer Freiburger Kulturinitiative - (A. Heisler) • Jahresheft 1987 (vergriffen)
- Qualitätsprobleme des Freiburger Trinkwassers und was an Vorsorge geleistet wird (E. Möck, Pressestelle der Freiburger Energie- und Wasserversorgungs AG) • Jahresheft 1988 (vergriffen)
- Die Max-Weber-Schule (Oberstudiendirektor Dr. H. Glatz) • Berufliche Schulen 1989
- Sozialhilfeempfänger/innen 1990 in Freiburg ! Situationsbericht 1989 und 1990 des Sozial- und Jugendamtes zur Entwicklung der Sozialhilfe in Freiburg (R. Pult u.a.) • Sozialheft 1990
- Ganztagesbetreuung an der Albert-Schweitzer-Schule II (Rektor H. Hüttemann) • Allgemeinbildende Schulen 1991

- Die Richard-Fehrenbach-Gewerbeschule in Freiburg (Oberstudiendirektor O. Srowig)
 - Berufliche Schulen 1991
- Auswärtige Schüler an den Freiburger städtischen allgemeinbildenden Gymnasien (H.-P. Maier)
 - Allgemeinbildende Schulen 1992
- Die Beruflichen Schulen in Freiburg (B. Lickert) • Berufliche Schulen 1992
- Schulische Fördermaßnahmen für Kinder von Ausländern und Aussiedlern (E. Muhler)
 - Allgemeinbildende Schulen 1994
- Ein neuer Stadtteil entsteht auf dem Rieselfeld (R. Schelkes) • Gebäudeheft 1995

Wirtschaft und Verkehr

- Ergebnisse der Agrarberichterstattung 1977 • Jahresheft 1978 (vergriffen)
- Die Arbeitsmarktsituation in Freiburg • Sonderbericht Stadtforschung 1979
- Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Freiburg 1974 - 1979 • Jahresheft 1979
- Bestand und räumliche Verteilung der Kraftfahrzeuge in Freiburg 1980 • Halbjahresheft 2/1980
- Freiburger Arbeitsmarkt im Städtevergleich • Halbjahresheft 1/1983
- Bauhauptgewerbe 1968 - 1984 • Gebäudeheft 1985
- Beschäftigung und Einkommen im Städtevergleich • Jahresheft 1983 (vergriffen)
- Stand der Arbeitslosigkeit in Freiburg 1985 • Jahresheft 1984 (vergriffen)
- Alternativprojekte - einige empirische Befragungsergebnisse zur Situation in Freiburg - P. Zoche, Lehrbeauftragter am Institut der Soziologie der Uni Freiburg) • Jahresheft 1984 (vergriffen)
- Förderung des Dienstleistungssektors durch die kommunale Wirtschaftsförderung (D. Bullinger, Direktor des Wirtschaftsförderungsamtes) • Jahresheft 1986 (vergriffen)
- Wie gut verdienen die Freiburger? Aspekte der wirtschaftlichen Situation in Freiburg • Halbjahresheft 1/1987
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 in Freiburg
 - Sonderbericht Zählungen 1989
- Ergebnisse der Volkszählung als Datengrundlage zur Umsetzung der Ziele der Gesamtverkehrskonzeption Der wachsende Pendlerstrom - Auswertung der Volkszählungsergebnisse 1987 Das Verkehrsverhalten von Studenten -Ergebnisse der 12. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
 - Sonderbericht Stadtforschung 1990
- Bestand und räumliche Verteilung der Kraftfahrzeuge in Freiburg 1990
 - Jahresheft 1991 (vergriffen)
- Freiburger Wirtschaftsdaten im Vergleich • Sonderbericht Stadtforschung 1994
- Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Freiburg
 - Sonderbericht Stadtforschung 1995
- Aktuelle Trends der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Freiburg 1998
 - Sonderbericht Stadtforschung 1998

Region

- Freiburg und sein Umland im Wandel • Sonderbericht Stadtforschung 1992
- Die Bautätigkeit in der Region 1990 und 1991 - Wohngeld im Städtevergleich • Gebäudeheft 1992
- Die Stadtregion Freiburg 1988 - 1995: Ein statistischer Atlas (H.-J. Lincke)
 - Sonderbericht Stadtforschung 1996

- Die steigende finanzielle Belastung der Großstädte, auch eine Folge der Suburbanisierung und der Transferleistungen ins Umland? Das Beispiel Freiburg
 - Sonderbericht Stadtforschung 1996
- Die Region Freiburg 1990 - 2000: Ein statistischer Atlas • Sonderbericht Stadtforschung 2002

Ressourcen der Stadt Freiburg

- Der Haushalt der Stadt Freiburg 1974 - 1981
Die finanzielle Situation der Stadt Freiburg im Vergleich mit den Stadtkreisen Baden-Württembergs (R. Süß) • Halbjahresheft 1/1982
- Werkstattbericht "Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Freiburg". Mit einem Gastbeitrag von Elke Pahl-Weber und Kerstin Zillmann: "Wie wird nachhaltige Stadtentwicklung messbar?"
 - Sonderbericht Stadtforschung 2004

Wahlen

- Zur Wahl der Gemeinderäte am 22. Juni 1980 in Freiburg
(Struktur der Wahlvorschläge) • Sonderbericht Wahlen 1980
- Terminplan zur Gemeinderatswahl sowie zu den Ortschaftsratswahlen in Freiburg
 - Wahlheft GW '80 und • Wahlheft GW '84
- Mitgliederzahlen der Parteien in Freiburg und ihre räumliche Verteilung in der Stadt
 - Wahlheft BW '80 und • Wahlheft BW '83
- Berufsstruktur und Parteienergebnisse (Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen der Berufsgruppenzugehörigkeit der Wahlberechtigten und den Ergebnissen der Parteien bei der Bundestagswahl in Freiburg)
 - Sonderbericht 1981
- Die Oberbürgermeisterwahlen in Freiburg seit Kriegsende • Wahlheft OB '82 (vergriffen)
- Die Oberbürgermeisterwahl in Freiburg 1982 (Versuch einer wahlsoziologischen Einordnung)
(Dr. G. Mielke, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Uni Freiburg) • Wahlheft OB '82 (vergriffen)
- Landtagswahl am 25. März 1984
(Die sanften Rebellen: Die Anhänger der GRÜNEN zwischen sozialen Privilegien und politischem Protest)
(Dr. G. Mielke, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Uni Freiburg) • Wahlheft LW '84
- Gemeinderatswahl am 28. Oktober 1984 in Freiburg
(Spezielle Untersuchungsschwerpunkte zum Thema Panaschieren) • Wahlheft GW '84
- Vor der Bundestagswahl 1987 - Zahlen, Fakten, Trends aller Bundestagswahlen in Freiburg -
(Beiträge verschiedener Autoren) • Sonderbericht Wahlen 1987
- Bundestagswahl am 25. Januar 1987
(Ergebnisse kommentiert und analysiert von Dr. G. Mielke und U. Eith, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Uni Freiburg) • Wahlheft BW '87
- Wahl der Abgeordneten zum 2. Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 in Freiburg
 - Ergebnisse und Analyse -
Was bedeutet die Europäische Gemeinschaft für die Region Freiburg - Südlicher Oberrhein?
(Dr. K. von Wogau, Mitglied des Europäischen Parlaments) • Wahlheft EW '84
- Landtagswahl am 20. März 1988
 - Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft LW '88
- Bürgerentscheid am 26. Juni 1988 - Kultur- und Tagungsstätte -
- Ergebnisse und Analyse - • Sonderbericht
- Wahl der Abgeordneten zum 3. Europäischen Parlament am 18. Juni 1989 in Freiburg
 - Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft EW '89
- Gemeinderatswahl am 22. Oktober 1989
 - Ergebnis und Analyse - • Wahlheft GW '89 (vergriffen)

- Strohfeuer oder Schwelbrand? - Zur Diskussion um die Anhänger der neuen Rechtsparteien - Eine Analyse der Wähler der Republikaner bei der Europawahl und der Kommunalwahl 1989 in Freiburg. (Dr. G. Mielke, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Uni Freiburg) • Sonderbericht Wahlforschung1990
- Wahl des Oberbürgermeisters am 23. September 1990 in Freiburg
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft OB '90
- Bundestagswahl am 2. Dezember 1990
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft BW '90
- Landtagswahl am 5. April 1992
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft LW '92 (vergriffen)
- 513 Kandidatinnen und Kandidaten zur Gemeinderatswahl am 12. Juni 1994 in Freiburg
- Struktur der Wahlvorschläge - • Sonderbericht Wahlen 1994
- Gemeinderatswahl am 12. Juni 1994
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft GW '94
- Europawahl am 12. Juni 1994
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft EW '94
- Bundestagswahl am 16. Oktober 1994
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft BW '94
- Bürgerentscheid am 23. Juli 1995 - Flugplatz -
- Ergebnisse und Analyse - • Sonderbericht
- Landtagswahl am 24. März 1996
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft LW '96
- Vor den Wahlen 1998
- Berichte und Analysen - • Sonderbericht Wahlen 1998
- Bundestagswahl am 27. September 1998
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft BW '98
- Wahl des Oberbürgermeisters am 18. Oktober 1998 in Freiburg
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft OB '98
- Europawahl am 13. Juni 1999
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft EW '99
- Bürgerentscheid am 25. Juli 1999 - Stadtbahn Haslach -
- Ergebnisse und Analyse - • Sonderbericht
- Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1999
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft GW '99
- Landtagswahl am 25. März 2001
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft LW '01
- Wahl des Oberbürgermeisters am 21.4. und 5.5.2002 in Freiburg
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft OB '02
- Bundestagswahl am 22. September 2002
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft BW '02
- Europawahl am 13. Juni 2004
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft EW '04
- Gemeinderatswahl am 13. Juni 2004
- Ergebnisse und Analyse - • Wahlheft GW '04

Stadtbezirke der Bürgerumfrage 2003 in Freiburg



111	Altstadt-Mitte	422	Mittelwiehre	[610]	Haslach-Gartenstadt/Schildacker
112	Altstadt-Ring	423	Unterwiehre-Nord	611	Haslach-Egerten
120	Neuburg	424	Unterwiehre-Süd	614	Haslach-Haid
211	Herdern-Süd	430	Günterstal	621	St. Georgen-Nord
212	Herdern-Nord	511	Stühlinger-Beurbarung	622	St. Georgen-Süd
220	Zähringen	512	Stühlinger-Eschholz	630	Opfingen
[231]	Brühl	513	Alt-Stühlinger	640	Tiengen
240	Hochdorf	521	Mooswald-West	650	Munzingen
310	Waldsee	522	Mooswald-Ost	660	Weingarten
320	Littenweiler	531	Betzenhausen-Bischofslinde	670	Rieselfeld
330	Ebnet	532	Alt-Betzenhausen		
340	Kappel	540	Landwasser		
410	Oberau	550	Lehen		
421	Oberwiehre	560	Waltershofen		